

Ä-K01-9 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Kaj Mertens-Stickel

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 2:

In den vergangenen Jahren haben wir mehr als je zuvor für den Klimaschutz in Brandenburg erreicht: Durch uns gab es zum ersten Mal ein Klimaministerium und mit dem Klimaplan wird festgeschrieben, wie unser Bundesland bis spätestens 2045 klimaneutral wird. ~~Wir sind sogar noch ehrgeiziger und wollen~~ Da die CO2-Einsparungen bisher jedoch nicht im erforderlichen Maße stattgefunden haben, muss die Klimaneutralität früher erreichen entsprechend sehr viel schneller erreicht werden, denn die Klimakrise ist die größte Bedrohung unserer Zeit und ihre Auswirkungen sehen wir zunehmend auch in Brandenburg: Wälder brennen, Böden und Flüsse trocknen aus und Überschwemmungen bedrohen ganze Orte.

Begründung

Nicht der Zeitpunkt ist entscheidend, wann Klimaneutralität erreicht wird, sondern die Menge CO₂, die wir der Atmosphäre in dem Zeitraum noch zumuten. Da abstrakte Gradzahlen und ferne Jahreszahlen zum Allgemeingut geworden sind, möchte ich hier nicht an Grundsätzen rütteln und das Ziel komplett neu formulieren, obwohl das längst nötig geworden wäre.

Aber zu formulieren, dass man sich hier als ehrgeizigen Musterschüler gibt, erscheint mir angesichts der Lage doch sehr irritierend. Und schädlich für das Verständnis für die Wichtigkeit der Beschleunigung, vor allem bei noch-nicht-grünen Lesern.

Ä-K06-10 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Kaj Mertens-Stickel

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 142 einfügen:

Für mehr Sicherheit sollen, wo möglich, Fahrradwege vom Autoverkehr getrennt verlaufen. Wo das nicht möglich ist – beispielsweise in historischen Stadtkernen – müssen Radler*innen anders geschützt werden, zum Beispiel durch Tempo 30, farbige Markierungen, Beleuchtungen und Beschilderungen. Wir verbinden das Radwegenetz besser mit dem Nahverkehr: Fahrradparkplätze, Reparaturstationen, öffentliche Toiletten und Mitnahmemöglichkeiten sorgen für ein zuverlässiges Unterwegssein zu Fuß, mit dem Rad und den öffentlichen Verkehrsmitteln. Mit neuen Konzepten wollen wir auch den Fußverkehr und Schulwege sicherer und barriereärmer machen.

Neuer Abschnitt: Carsharing beschleunigen

Carsharing wird so attraktiv, dass es keinen Anreiz mehr für ein privates Auto gibt. Durch gute Planung und Analysen werden die zusätzlichen Sharing-Angebote auf Ortsteil- und kommunaler Ebene ermittelt und die Umsetzung durch Kampagnen und Einbeziehung der Anwohner unterstützt.

Begründung

Carsharing ist extrem wichtig! Es müssen so viele Menschen wie möglich davon abgehalten werden, neue Autos zu kaufen.

Der Umstieg auf Elektromobilität hat nur dann einen Effekt auf das Klima, wenn er mit einer Reduzierung der Fahrzeuge und einer Erhöhung der Fahrleistung je Fahrzeug einhergeht.

Denn die Produktion von vollelektrischen Autos mit Lithium-Batterien amortisiert sich klimatechnisch erst nach 90.000 km (siehe <https://www.vdi.de/themen/mobilitaet/vdi-oekobilanz-fuer-pkw-antriebe>). Wir brauchen aber jetzt die CO₂-Einsparungen, nicht erst in 20 Jahren. Das heißt:

Umstieg auf elektrische Antriebe bringt nur in Verbindung mit weniger Autos und mit hohen Fahrleistungen pro Auto und Jahr (die woanders wegfallen!).

Die Unterstützung könnte z.B. so aussehen:

- eine Analyse, wieviele Autos in einem Dorf oder Quartier maximal gleichzeitig unterwegs sind, wird zu 100 % gefördert. Idealerweise macht das jemand aus dem Quartier oder Dorf.
- Kampagnen, die das Carsharing voranbringen, und die Bürgerinnen mitnehmen, werden kostenlos zur Verfügung gestellt und gefördert
- Automobilhersteller werden bei der teilweisen Umstellung vom Produzenten zum Dienstleister z.B. durch Fortbildungsangebote und Förderung des Wandels unterstützt
- es gibt einen Zeitplan für die Reduzierung der Stückzahlen, damit die Unternehmen planen können
- dieser ist mit Sanktionen versehen

Der Zeitplan ermöglicht Planungssicherheit, die Fortbildungen garantieren den Mitarbeitern Beschäftigung und nehmen den Unternehmerverbänden das leidige Argument der Arbeitslosigkeit aus dem Mund.

(Zeitplan und Fortbildungen/Umschulungen sind natürlich für viele andere Branchen auch wichtig, wenn der Konsum zurückgehen soll und Dienstleistungen eine größere Rolle spielen sollen.)

Sharing heute ist wichtiger als autonomes Fahren in ferner Zukunft!

Ä-K02-11 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Kaj Mertens-Stickel

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 28:

Kommunen sollen besonders stark von der Energiewende profitieren. Auf Bundesebene haben wir diese Beteiligung im Erneuerbare-Energien-Gesetz ermöglicht, im Land ~~wollen~~haben wir ~~im Rahmen des Wind- und Solareuros diese~~mit dem Windeuro zusätzliche lokale Wertschöpfung ~~schaffen~~geschaffen und wollen dies nun auch bei Freiflächen-Solaranlagen ermöglichen. Wir werden Kommunen stärker bei der Beantragung und Nutzung von Fördermitteln vom Bund unterstützen. Kommunale Energiewende-Verantwortliche sollen als Ansprechpartner dienen.

Begründung

Den Windeuro gibts ja schon.

Ä-K02-14 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Isabell Hiekel

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 39:

Der Braunkohletagebau hat die Lausitz über die letzten 150 Jahre geprägt und die Landschaft stark verändert. 137 Dörfer sind verschwunden, zehntausende Menschen wurden umgesiedelt und große ~~Gebiete~~Bereiche des sorbisch/wendischen Siedlungsgebietes mit seiner Lebensart, der sorbischen/wendischen Sprache und Kultur ~~sind~~ verloren gegangen. Der Kohleausstieg ist für die Lausitz ein neuer tiefgreifender Umbruch.

Begründung

Es geht nicht nur um die sorbisch/wendische Kultur.

Ä-K07-18 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Thomas von Gizycki

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 158:

An vielen Orten in Brandenburg fehlt es an Wohnraum und besonders Menschen, die nur kleine und mittlere Mieten zahlen können, werden kaum noch fündig. ~~Wir wollen die Wohnraumförderung weiter mit genug Geld ausstatten. Mit guten Zinsen bei Darlehen und Zuschüssen schaffen wir Voraussetzungen für deutlich längere Mietpreisbindungen und hohe Umweltstandards.~~ Wir wollen den Neubau bezahlbarer Wohnungen durch Kommunen und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen deutlich verbessern. Einerseits mit guten Zinsen bei Darlehen und Zuschüssen bei der Wohnbauförderung andererseits mit einer besseren Beratung und Unterstützung von Kommunen, die kein eigenes Wohnungsbauunternehmen haben.

Ä-K06-22 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Benno König

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 135:

Den Schienenausbau im Rahmen des Projekts i2030 wollen wir schneller und konsequenter umsetzen, besonders den Ausbau des Bahn-Regionalverkehrs. Wo möglich, wollen wir stillgelegte Strecken wieder reaktivieren, unter anderem die Schorfheidebahn RB63 ~~und~~, die Wriezener Bahn und die Bahn von Wustermark nach Ketzin. Stilllegungen von Bahnstrecken lehnen wir ab. Das Bahnangebot von Neustadt/Dosse über Pritzwalk nach Meyenburg soll erhalten und ausgebaut sowie möglichst in Absprache mit Mecklenburg-Vorpommern in Richtung Güstrow erweitert werden. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse, Takt- und Rufbusse die Verbindungen zwischen den Orten. Wir wollen das öffentliche Verkehrsnetz als ein großes Ganzes denken und die Finanzierung im Land neu organisieren.

Begründung

Die Bahnstrecke Wustermark-Ketzin ist vorhanden und müsste nur ertüchtigt und Verkehr bestellt werden. Sie könnte im Berliner Umland eine wichtige Erschließungsfunktion wahrnehmen.

Streckenstilllegungen sollten wir eine klare Absage erteilen.

Über den Erhalt und Ausbau des Bahnangebots Neustadt/Dosse, Pritzwalk, Meyenburg und die Erweiterung nach Plau am See, Karow und Güstrow wird derzeit länderübergreifend verhandelt. Dies sollten wir durch eine klare Positionierung unterstützen.

Ä-K07-24 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 152:

~~Die~~Das Bau- und Siedlungswesen ist hauptverantwortlich für die Klima- und Ressourcenkrise,
Gebäude, in denen wir leben und arbeiten, ~~haben großen Einfluss auf~~Bauwerke unserer Infrastruktur
bestimmen unsere Lebensqualität. Darum setzen wir uns dafür ein, dass allen Menschen in
Brandenburg guter und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, ~~dass~~ Kinder und junge Menschen
in ~~modernen Gebäuden~~baukulturell hochwertigen Räumen lernen und dass sich unser Planen und
Bauen gut mit Klima und Umwelt verträgt. Die Herausforderungen und Bedarfe sind in den
Landesteilen unterschiedlich, ~~aber auch~~daher setzten wir auf individuelle Konzepte in ~~ländlichen~~
Regionen gibt es zunehmend Wohnraummangel.den Städten und Gemeinden

Begründung

Schellnhuber und Sobek haben das eindrücklich auf dem Konvent der Baukultur dargelegt.

Wenn wir über Planen und Bauen reden, reden wir über Gebäude (zum Aufenthalt von Menschen) und Bauwerke (alles andere)

Die Moderne haben wir zum Glück überwunden, hoffe ich.

gute Lösungen im Bau- und Siedlungswesen müssen immer individuell sein

Ä-K01-25 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 14:

Klimaschutz beginnt in ~~der Kommunen~~ den Städten und Gemeinden, die Landesregierung muss die Kommunen stärker beim Klimaschutz vor Ort unterstützen. Dafür wollen wir einen Klimafonds und Unterstützungsstrukturen schaffen. Das bedeutet, dass Kommunen mehr Geld und Wissen bekommen, um ~~Klimaschutzprojekte~~ Klimaschutz umzusetzen, die den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren und zur Erreichung der ~~kommunalen~~ Klimaschutzziele beitragen.

Begründung

zur Erreichung der Klimaschutzziele ist es erforderlich Klimaschutz in allen Bereichen, insbesondere im Bau- und Siedlungswesen, wo die Städte und Gemeinden eine besondere Verantwortung haben für den Eigenbau (KiTa, Schulen, Verwaltung), die Baumaßnahmen der kommunalen Gesellschaften (Wohnungsbaugesellschaften, Wasser- und Abwasser, Energieversorgung) sowie bei der Bauleitplanung (Art.28 GG). Klimaschutz darf nicht nur ein paar Projekte betreffen.

Ä-K01-26 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 15:

Wir wollen die Brandenburger Energieagentur zur Energie- und Klimaagentur ausbauen. Sie soll Landkreisen, Städten und ~~Kommunen~~Gemeinden dabei helfen, ~~Klimaschutzprojekte zu planen, Fördermittel zu beantragen~~Klimaschutz und ~~die notwendigen Genehmigungen~~Klimaanpassung in allen Bereichen zu ~~bekommen~~planen und umzusetzen. Außerdem soll sie Wissen vermitteln und ~~Kommunen~~die kommunale Ebene miteinander ins Gespräch bringen. Das entlastet ~~unsere ehrenamtlichen~~ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen und Verwaltungen spürbar, denn mit der neuen Agentur haben alle eine Anlaufstelle. Die Brandenburger Energie- und Klimaagentur soll Bürger*innen und Unternehmen beim Einsparen von Treibhausgasen und dem Umstieg auf erneuerbare Energien helfen. Um schneller für sparsame, nachhaltige Wärmeenergie ~~in den Kommunen~~bei öffentlichen und privaten Bauten zu sorgen, wollen wir zusammen mit den Stadtwerken neue Konzepte entwickeln, bei der Finanzierung helfen und zügig in die technische und bauliche Umsetzung kommen.

Begründung

Die kommunale Ebene umfasst Landkreise, Städte und Gemeinden. Wobei der Art.28 GG nur für die Städte und Gemeinden gilt. Es sollten immer die zuständigen Akteure genannt werden.

Es geht angesichts der Dramatik des Klimawandels beim Klimaschutz immer auch um Klimaanpassung.

Fördermittel und Genehmigungen sind nur Teile des gesamten Umsetzungsprozesses.

Entlastet werden alle Kommunalpolitiker*innen.

Bei Wärme ist Einsparung der wichtigste Teil nachhaltiger Wärmeversorgung. Das bedeutet fast immer bauliche Massnahmen, daher ist die Landesstiftung Baukultur hier gleichzeitig die Anlaufstelle der kommunalen Ebene für Klimaschutz und Klimaanpassung.

Private und öffentliche Bauten haben hier unterschiedliche Bedingungen.

Ä-K01-27 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 20:

Weil die Klimakrise immer häufiger Extremwetterereignisse, wie Starkregen oder Hitzephasen, mit sich bringt, wollen wir die Förderprogramme für den Schutz vor Extremwetter in Kommunen besonders ausbauen. Jede Kommune soll dabei unterstützt werden, **Konzepte zur Klimaanpassung** **Klimaanpassungsmassnahmen vor Ort** zu **entwickeln, planen und umzusetzen**. Hitzeaktionspläne sollen für mehr Kühle und Schatten in unseren Städten und Gemeinden sorgen und die Infrastruktur auch in Hitzephasen absichern. Den Hochwasserschutz wollen wir ebenso weiter voranbringen, wobei wir uns – nachdem die Deiche an Elbe und Oder fast vollständig ertüchtigt sind – vor allem auf die Region der Schwarzen Elster konzentrieren wollen.

Begründung

Was zu tun ist in Sachen Klima, sei es Klimaschutz oder Klimaanpassung, ist weitgehend bekannt.

Jetzt geht es darum dieses Wissen vor Ort umzusetzen und echte Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen in den Städten und Gemeinden, die dafür weitgehend zuständig sind, umzusetzen.

Ä-K02-29 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 24:

Der Erhalt unseres Planeten, lebenswerte Städte und Dörfer, gute Wohnungen und Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Wenn Wirtschaft, Kultur und Klimaschutz Hand in Hand gehen, geht es Brandenburg gut. Darum wollen wir Brandenburg zum Top-Ansiedelungsland für innovative Unternehmen aus der ~~Klima- und~~ Energiewirtschaft machen und mit erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung neue Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen. Davon sollen Städte, Gemeinden und alle Brandenburger*innen direkt profitieren. Die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien in Kombination mit mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung bietet Chancen für mehr Versorgungssicherheit und sinkende Kosten in Brandenburg. Grüne Energie wird zum Standortvorteil: ~~Wind und Sonne liefern den Strom sowie Wasserstoff für H2-ready-Kraftwerke und die örtliche Industrie liefern und~~ [Zeilenumbruch] Kommunen erwirtschaften damit neue Einnahmen. Der Erfolg der letzten Jahre gibt uns Rückenwind: vielerorts sind neue JobsArbeitsplätze entstanden, das Handwerk boomt, dank Wind- und Solareuro profitieren ~~auch~~ unsere Städte und Gemeinden. Die Zielkonflikte zwischen Energiewende und Artenschutz gehen wir weiter faktenbasiert an, hohe Energieeffizienz und Energieeinsparung senkt die erforderlichen Ausbauten und somit das Konfliktpotenzial.

Begründung

Die Energiewende ist nicht nur ein technisches und wirtschaftliches Thema, sondern eine zentrale kulturelle Herausforderung, insbesondere für Städte und Gemeinden. Wenn wir, und damit sind alle Menschen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg gemeint, die Energiewende nicht gemeinsam wollen und an ihrer Umsetzung arbeiten, ist das Projekt gescheitert. Die grösste kulturelle Herausforderung ist dabei eine gute Baukultur in Brandenburg zu etablieren. Denn wie John Schellnhuber und Werner Sobek stets detailliert nachweisen, ist das Bau- und Siedlungswesen hauptverantwortlich für die Klimakatastrophe. Und ohne schöne und lebenswerte Städte und Dörfer wird niemand, und das betrifft vor allem die ländlichen Räume, die notwendige Energiewende im erforderlichen Umfang unterstützen.

Der derzeitige Energieverbrauch ist bekanntlich und nachweislich nicht durch erneuerbare Energien zu decken. Daher haben wir in Brandenburg, gemeinsam mit Berlin nur eine Chance auf 100% EE zu kommen, wenn wir die Bedarfe massivst mindern und die Effizienz unter Einhaltung der Effektivität deutlich erhöhen. Die deutlichsten Auswirkungen werden diese notwendigen Veränderungen auf das Bau- und Siedlungswesen haben. Diese Veränderungen sind erforderlich, auch weil die sonst entstehenden Konflikte das Ganze gefährden.

Ä-K02-30 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 28:

~~Kommunen~~ Städte und Gemeinden sollen besonders stark von der Energiewende profitieren. Auf Bundesebene haben wir diese Beteiligung im Erneuerbare-Energien-Gesetz ermöglicht, im Land wollen wir im Rahmen des Wind- und Solareuros diese lokale Wertschöpfung schaffen. Wir werden ~~Kommunen~~ Städte und Gemeinden stärker bei der Beantragung und Nutzung von Fördermitteln vom Bund unterstützen. ~~Kommunale~~ Lokale Energiewende-Verantwortliche sollen als Ansprechpartner dienen.

Begründung

Die kommunale Ebene umfasst Landkreise, Ämter, Verbandsgemeinden, Städte und Gemeinden. Der Art. 28 GG spricht nur von Gemeinden. Nur diese besitzen die Planungshoheit als Gebietskörperschaft (ggf. die Ämter und Verbandsgemeinden, wenn sie diese dorthin abgegeben haben).

Ä-K02-31 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 30:

Jede Form der Energienutzung bringt Zielkonflikte mit. Auch wenn die Nutzung erneuerbarer Energien hier am besten abschneidet, wollen wir die Konflikte weiter verringern. An erster Stelle ist dies durch gute und partizipative Planung möglich, um den Ausbau natur- und landschaftsverträglicher zu steuern gestalten, zu beschleunigen und die Akzeptanz zu erhöhen. Konkret wollen wir Freiflächen-Solaranlagen vermehrtvorrangig auf schon versiegelten Flächen ausbauen. Um die geplanten Windvorranggebiete so schnell wie möglich auszuweisen, wollen wir die Regionalen Planungsgemeinschaften weiter stärken fachlich und finanziell unterstützen.

Begründung

"steuern" heisst von oben herab bestimmen, das widerspricht guter Planung und erfolgreicher Partizipation.

Beim Ausbau der EE geht es doch um Verträglichkeit, Beschleunigung und Akzeptanz.

Um das zu erreichen sollten die Planungsgemeinschaften fachlich auch entsprechend ausgestattet werden.

Ä-K02-32 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 37 einfügen:

Uns ist wichtig, dass die Zivilgesellschaft eine größere Rolle in den Gremien, die den Strukturwandel gestalten, spielt. Die [länderübergreifend](#) Initiative „Bürgerregion Lausitz“ wollen wir langfristig finanziell unterstützen und auch Vereinen erlauben, Fördergelder zu beantragen. Kindergärten und andere soziale Einrichtungen sollen ebenso förderfähig werden. [Wir unterstützen das länderübergreifend Projekt „Baukulturgemeinden der Lausitz – Partizipation als Erfolgsfaktor für zukünftige Entwicklungen“ für mehr erfolgreiche Bürger*innenbeteiligung in den Städten und Dörfern vor Ort in allen Fragen des Bau- und Siedlungswesens](#)

Begründung

Wie die Bürgerregion Lausitz sind die Baukulturgemeinden ein partizipatives Projekt zu Unterstützung der Dörfer und Städte in der ganzen Lausitz, speziell in den Fragen des Bau- und Siedlungswesens (Bauleitplanung, Projektentwicklung, Bedarfsplanung, Bodenpolitik, etc.). Initiiert vom Lausitzbeauftragten Ende 2019 und gemeinsam von den Architektenkammern in Brandenburg und Sachsen ausgearbeitet, wird es zwar von der WRL offiziell begrüsst, jedoch nicht gefördert. Sachsen hätte das Projekt gerne unterstützt, Brandenburg tut das bis jetzt nicht. Hierfür braucht es ein politisches Signal in einem künftigen Koalitionsvertrag in Brandenburg, möglichst auch in Sachsen

Ä-K02-33 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 39 einfügen:

Der Braunkohletagebau hat die Lausitz über die letzten 150 Jahre geprägt und die Landschaft stark verändert. 137 Dörfer sind verschwunden, zehntausende Menschen wurden umgesiedelt und große Gebiete der sorbischen/wendischen Kultur sind mit diesen Dörfern verloren gegangen. Der Kohleausstieg ist für die Lausitz ein neuer tiefgreifender Umbruch. Die alte Baukultur wird nicht wieder kommen, Baukultur jedoch ist konstitutiv für eine besiedelte Kulturlandschaft. Daher wollen wir mit den Baukulturgemeinden der Lausitz wieder eine gute Baukultur in der Lausitz etablieren.

Begründung

Kulturlandschaft und Baukultur sind unmittelbar verbunden. Gute Baukultur ist erforderlich für lebenswerte rurale und urbane Räume unserer Städte und Dörfer. Wenn mehr qualifizierte Menschen wieder in der ganzen Lausitz leben sollen, bedarf es eigenen attraktiven Lebens- und Arbeitsumfeldes. Gute Baukultur hat genau dies zum Ziel. Gute Baukultur müssen die Städte und Gemeinden vor Ort umsetzen. Hierzu braucht es uneigennützig fachliche Unterstützung wie sie das länderübergreifend Projekt "Baukulturgemeinden" der Lausitz bietet.

Ä-K02-34 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 40:

Darum wollen wir einen Ort der Begegnung schaffen, der von der Geschichte und Identität der Lausitz rund um die Kohle erzählt und einen Blick in die Zukunft der ganzen Lausitz wirft: Ein Lausitzer ~~Landschaftsmuseum~~Kulturlandschaftsmuseum. Das Museum soll die Bergbaugeschichte aufarbeiten und an das Leben und Arbeiten im Tagebau erinnern. Es soll zeigen, wie der Tagebau unsere Landschaft, unsere Städte und Dörfer, unsere Kultur verändert hat, vor welchen Problemen Natur und ~~Gesellschaft~~Mensch heute stehen, aber auch welche Lösungen und Chancen es gibt. Das Museum soll gemeinsam von Sachsen und Brandenburg, zusammen mit den Menschen vor Ort entwickelt und geplant werden. Träger sollte eine unabhängige Institution sein.

Begründung

Die Geschichte und die Zukunft der Lausitz ist eine Geschichte ihrer Kulturlandschaft, ihrer Baukultur: Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und ihre Besiedelung

Dabei ist es sehr wichtig Ober- und Niederlausitz, also die ganze Lausitz im gesamten und in ihrer Heterogenität zu betrachten

Ein solches Museum darf kein UFO werden, das von Dresden oder Potsdam der Lausitz übergeholt wird. Erfolgreich wird es nur, wenn es mit den Menschen vor Ort und im besten Sinne nachhaltig entsteht. Die Bürgerregion Lausitz und die Baukulturgemeinden bieten hier sach- und fachgerechte Unterstützung.

Ä-K03-35 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 64 einfügen:

Unser Klima und unsere Natur brauchen jeden Baum. Und trotzdem sinkt bei uns die Zahl der Straßen, die von Bäumen gesäumt werden. Ein neues Kompetenzzentrum soll diesen Trend umkehren und dafür sorgen, dass die berühmten Brandenburger Alleen ein Comeback erfahren. Die Alleenschutzkonzeption des Landes wollen wir weiterentwickeln. So muss beispielsweise bei Verlusten von Alleebäumen zukünftig eine 1:1-Kompensation möglichst ortsnah erfolgen. Die in den letzten 50 Jahren verlorengegangene Alleen wollen wir wiedergewinnen, Fehlstellen in bestehenden Alleen sollen ortsgleich nachgepflanzt werden.

Begründung

Konkretisierung des Comebacks

Ä-K05-36 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 122:

Die Klimakrise bringt Brandenburg in eine Wasserkrise. Die höheren Temperaturen lassen mehr Wasser verdunsten und weniger Grundwasser bildet sich ~~—während unser~~ Den bisher stetig steigenden Wasserverbrauch weiter steigt wollen wir durch effizientere und effektivere Wassernutzung wie die Grauwassernutzung in Industrie, Gewerbe und privaten Haushalten diesen Trend umkehren. Unser Ziel ist es, das lebenswichtige Wasser für jetzige und kommende Generationen zu schützen und nachhaltig zu nutzen. Dafür braucht es mehr Personal und Mittel.

Begründung

Sparsamere und konsequente Mehrfachnutzung von Trink- und Brauchwasser schont die Wasserspeicher in unseren Böden.

Ä-K06-37 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 134 einfügen:

Guter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) braucht auch gute Straßen. Wir wollen das bestehende Straßennetz gut instand halten, teure und klimaschädliche Neubauten aber vermeiden. Gegen teure und überflüssige Ortsumgehungen wie in Lübben, die mitten durch das Biosphärenreservat Spreewald gehen soll, in Bad Freienwalde durch das Hammerthal oder in Eberswalde, setzen wir uns weiter engagiert ein.

Begründung

Die OU B87 ist nachweislich überflüssig, das damalige Feststellungsverfahren hat falsche Grundannahmen gemacht, hierzu gab oder gibt es auch ein Klageverfahren.

Ä-K01-38 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Detlef Fiehler

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 15 einfügen:

Wir wollen die Brandenburger Energieagentur zur Energie- und Klimaagentur ausbauen. Sie soll Landkreisen und Kommunen dabei helfen, Klimaschutzprojekte zu planen, Fördermittel zu beantragen und die notwendigen Genehmigungen zu bekommen. Außerdem soll sie Wissen vermitteln und Kommunen miteinander ins Gespräch bringen. Das entlastet unsere ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen spürbar, denn mit der neuen Agentur haben alle eine Anlaufstelle. Die Brandenburger Energie- und Klimaagentur soll Bürger*innen und Unternehmen beim Einsparen von Treibhausgasen und dem Umstieg auf erneuerbare Energien helfen. Um schneller für nachhaltige Wärmeenergie in den Kommunen zu sorgen, wollen wir zusammen mit den Stadtwerken und weiteren Initiativen in den Kommunen neue Konzepte entwickeln, bei der Finanzierung helfen und zügig in die Umsetzung kommen.

Begründung

In vielen Kommunen gibt es keine Stadtwerke. Allerdings werden immer mehr BürgerInnen aktiv die Wärmewende selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb müssen z.B. BürgerInnengossenschaften mit unterstützt werden.

Ä-K06-39 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 135:

Den Schienenausbau im Rahmen des Projekts i2030 wollen wir schneller und konsequenter umsetzen. Wo möglich, wollen wir stillgelegte Strecken wieder reaktivieren, unter anderem die Schorfheidebahn RB63 ~~und~~, die Wriezener Bahn und die Strecke Uckro-Luckau-Lübben-Beeskow. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse, Takt- und Rufbusse die Verbindungen zwischen den Orten. Wir wollen das öffentliche Verkehrsnetz als ein großes Ganzes denken und die Finanzierung im Land neu organisieren.

Begründung

Die Strecke Uckro-Luckau-Lübben-Beeskow eignet sich gut, da ein Teil davon aus militärischen Gründen sowieso betriebsbereit gehalten wird (Lübben-Krugau) und dort das Projekt Wasserstoff/Batterie-Antrieb erprobt werden soll. intensiver genutzt wird die Strecke aber nur werden, wenn es attraktive Regional- und Fernbahnanbindungen gibt

Ä-K06-40 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 138 einfügen:

Das von uns vorgeschlagene Deutschlandticket für 49 Euro ist ein Verkaufsschlager und Riesenerfolg für eine klimafreundlichere sowie einfachere Mobilität ohne Tarifgrenzen. Wir wollen es für maximal 29 Euro für Auszubildende, Rentner*innen und Menschen, die Bürgergeld erhalten, auf den Weg bringen, damit das Ticket für alle bezahlbar wird. Schüler*innen sollen ein einheitlich günstiges Ticket von den Landkreisen angeboten bekommen. [Wir wollen ein Deutschlandticket Fahrrad zur länderübergreifenden Mitnahme von Fahrrädern.](#)

Begründung

Die Mitnahme von Fahrrädern im Regionalverkehr erhöht die Attraktivität des SPNV enorm. Bisher muss für jedes Bundesland eine eigene Fahrradkarte gekauft werden. Ferner ist es in Brandenburg nicht möglich eine Monatskarte Fahrrad online zu kaufen. Eine erleichterte Mitnahme von Fahrrädern ist auf jeden Fall wünschenswert.

Ä-K06-41 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 140 einfügen:

Fahrradfahren muss in Brandenburg noch besser möglich sein. An zu vielen Ecken gibt es keine gut ausgebauten und sicheren Fahrradwege. Das wollen wir ändern und das Rad auf kürzeren Strecken zur besten Wahl machen, denn Radeln ist für rund zwei Drittel aller Wege im Land eine echte Option und fördert die Gesundheit.

Begründung

Die gesundheitlichen Aspekte des Radfahrens sind ein zentrales Argument für die Stärkung des Radverkehrs. Ferner können so die Gesundheitsberufe hierfür gewonnen werden.

Ä-K06-42 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 144:

Um klimafreundliche Mobilität mit Hochdruck voranzutreiben wollen wir eine landeseigene Beratungsstelle für Kommunen einrichten, wie es sie beispielsweise schon im Land Berlin und Nordrhein-Westfalen gibt. Denn meist wird vor Ort entschieden, wo ein neuer Fahrradweg oder eine Bushaltestelle gebaut wird. Häufig ~~verfügen~~ besteht in den Kommunen nicht ~~über~~ ausreichend ~~Planungspersonal~~ Planungskapazität, daher sollen sie in Zukunft Unterstützung bekommen.

Begründung

Radwege – wie die meisten Bauprojekte – planen nicht die Kommunen selbst, sondern beauftragen entsprechend qualifizierte Landschaftsarchitektur- und Verkehrsplanungsbüros. Diese Qualifikationen selbst vorzuhalten ist für kleine Gemeinden, Ämter oder Kleinstädte nicht sinnvoll. Diese Aufträge müssen in der Regel europaweit ausgeschrieben werden, leider waren alle Bemühungen die Wertgrenzen für solche Ausschreibungen hochzuziehen bei der EU vergeblich. Auch daher brauchen die Kommunen auch hier fachliche und finanzielle Unterstützung.

Ä-K07-43 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 155:

~~Die Art, wie wir in Deutschland bauen, ist eine große Belastung für die Umwelt: Rund 40 Prozent des Treibhausgasausstoßes und mehr als die Hälfte allen Abfalls entstehen in Deutschland im Bausektor. Außerdem verbraucht der Bereich große Mengen von Erdölprodukten und anderer mineralischer Stoffe. Ein Grund dafür ist, dass es in Deutschland einfacher und gewinnbringender ist, alte Gebäude abzureißen und neu zu bauen. Wir wollen Bestandsgebäude, wo immer es geht, erhalten und sanieren, bevor neu gebaut wird. Beim Neubau setzen wir auf klimaneutrale Bauweisen und Baustoffe, die auch beim nächsten Haus wieder zum Einsatz kommen können, wie Holz.~~

Die Art, wie wir planen und bauen, ist eine enorme Belastung für Mensch und Umwelt: Einer der Gründe hierfür ist, dass es in Deutschland einfacher und gewinnbringender ist, alte Gebäude abzureißen und neu zu bauen. Wir wollen Bestandsgebäude erhalten und sanieren, bevor neu gebaut wird. Um Modernisierungen, Instandsetzungen und Um- und Anbauen attraktiver und leichter zu machen werden wir die Brandenburgische Bauordnung im Sinne einer Umbauordnung weiterentwickeln und für besonders ambitionierte öffentliche und institutionelle Bauherrn einen Gebäudetyp E einführen, um die Schutzziele der Landesbauordnung ressourcenschonender und wirtschaftlicher umsetzen zu können. Bei Um- und Neubau setzen wir auf klimagerechte Bauweisen und Baustoffe wie Holz, Stroh oder Lehm. Zentral ist jedoch die Wiederverwendung von Bauteilen und Baustoffe, dabei wollen wir eine möglichst lange Nutzungskaskade erreichen. Den Einsatz von halogenierten Kunststoffen und Kältemitteln, für die es ja heute schon Ersatz gibt, wollen wir zurückfahren.

Begründung

Der Baukulturbericht der Bundesstiftung Baukultur und die Forschungsergebnisse von Werner Sobek weisen eindeutig mehr als 50% der Treibhausgasemissionen dem Bauwesen zu.

Die überbordende Flächeninanspruchnahme zerstört vor allem im Umland von Berlin viele Lebensräume.

Die 16 Architektenkammern haben konkrete und umsetzbare Vorschläge erarbeitet und bereits der Bauministerkonferenz am Bundesrat und dem BMWSB übergeben:

<https://bak.de/presse/pressemitteilungen/bak-legt-musterumbauordnung-vor-als-beitrag-zur-nachhaltigen-entwicklung-von-staedten-und-kommunen/>

Umsetzen müssen dies allerdings die Länder.

Der Vorschlag zur Einführung dieses Gebäudetyps E ist eine echter Paradigmenwechsel im Bauwesen: In Analogie zu den Heilberufen soll für den kompetenten öffentlichen und institutionellen Bauherren nicht mehr der überdetaillierte Katalog von technischen Baubestimmungen und Normen zur Erreichung der Schutzziele der Landesbauordnungen gelten, sondern individuelle Planungs- und Bauvereinbarungen. Näheres hier:

<https://www.byak.de/aktuelles/newsdetail/gebaeudetyp-e.html>

Der Bayerische Landtag hat das bereits beschlossen und startet derzeit mehrere Pilotprojekte

Um die extrem hohe Ressourceninanspruchnahme des Bauwesens in den Griff zu bekommen, sind drei Strategien erforderlich:

1. Verringerung bei gleichzeitiger Verbesserung des Planens und Bauens und Erhaltung der Wertschöpfung: Weniger, aber besser planen und bauen.
2. Wiederverwendung von Gebäuden, Bauwerken und Bauteilen wie Fenster, Türen, Bekleidungen, etc.
3. Wiederverwendung von Baustoffen. Dabei ist auf eine möglichst lange Nutzungskaskade zu achten (downcycling-Problematik)

Halogenierte Kohlenwasserstoffe wie PVC oder die aus falsch verstandenem Brandschutz heute zwangsweise eingesetzten Kältemittel im Wärmepumpen sind ungesund und umweltschädlich. Sie können fast immer durch reine Kohlenwasserstoff-Verbindungen ersetzt werden (z.B. Butan, Propan bzw. Polyethylen, Polypropylen, Polyolenine, etc)

Ä-K07-44 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 156:

~~Mit einem Klimaupdate der Landesbauordnung und der Wohnraumförderung wollen wir Sanieren und Bauen unbürokratischer gestalten und die Regeln für das Bauen mit ökologischen Stoffen wie Stroh, Lehm und Holz lockern. Wir wollen Mindestquoten für den Einsatz recycelter Baustoffe einführen, auch in öffentlichen Ausschreibungen. Flächen auf einem Grundstück sollen unterschiedlich genutzt werden können. So kann mehr Wohnraum gebaut, aber auch leerstehende Gebäude durch eine neue Nutzung wieder mit Leben gefüllt werden.~~

Mit der Landesumbauordnung und der Wohnraumförderung wollen wir Sanierung und Neubau unbürokratischer machen und das Planen und Bauen mit ökologischen Stoffen wie Stroh, Lehm und Holz erleichtern. Wir wollen Mindestquoten für den Einsatz recycelter Baustoffe einführen, auch in öffentlichen Ausschreibungen. Die Nutzung wiederverwendeter Bauteile wollen wir fördern. Das Baugesetzbuch und die Baunutzungsverordnung wollen wir klima- und ressourcenverwaltung umgestalten, hierzu wollen wir eine Bundesratsinitiative starten.

Begründung

Die Art der Nutzung von Flächen obliegt der jeweiligen Gemeinde im Rahmen des BauGB und der BauNVO, die beides Bundesgesetze sind.

<https://bak.de/baugb-novelle-vorschlaege-an-bauministerin-klara-geywitz/>

Ä-K07-45 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 161:

~~Natur~~Boden erhalten, weniger Flächen ~~verbrauchen~~inanspruchnehmen

Begründung

Fläche und Boden sind nicht vermehr- oder verminderbar, Boden kann nur unterschiedlich genutzt bzw. in Anspruch genommen werden. Derzeit machen wir aus wertvollen Böden Flächen, die mit einem enormen Ressourcenaufwand erschlossen und bebaut werden und darüber hinaus riesige Mobilitätsbedarfe produziert.

Ä-K07-47 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 162:

Wir wollen in Zukunft weniger Flächen in Brandenburg für Bau- und Infrastrukturprojekte ~~verbrauchen~~ inanspruchnehmen und mehr Natur für uns alle erhalten. Dafür wollen wir den Landesentwicklungsplan, welcher festlegt, wo in Brandenburg gebaut und wie genau Flächen genutzt werden können, zusammen mit den Städten und Gemeinden weiterentwickeln. Bis 2050 sollen unter dem Strich keine neuen Flächen mehr verbraucht werden.

Begründung

Flächen kann man nicht verbrauchen, sondern sie werden genutzt bzw. inanspruchgenommen.

Der Landesentwicklungsplan wird jetzt schon von den Kommunen heftig kritisiert und ausgehöhlt, aber nicht in unserem Sinne. Wenn wir die Flächeninanspruchnahme in den Griff bekommen wollen, geht das nur gemeinsam mit den Städten und Gemeinden.

Ä-K07-49 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 171:

Die Umgebung, in der wir aufwachsen und lernen, ist genauso wichtig für unseren Lernerfolg wie gute Lehrkräfte und Lerninhalte. Die Bildungswissenschaft spricht vom „Dritten Pädagogen“ Trotzdem werden beim Bau unserer Kitas und Schulen meist nur die gesetzlichen Mindeststandards eingehalten und gesundheitlich problematische Baustoffe eingesetzt, statt auf eine fördernde Lernumgebung zu achten. Wir setzen uns dafür ein, dass es an jedem neuen oder zu sanierenden Lernort in Zukunft zunächst eine Workshop- und Planungsphase gibt, die Eltern, Kinder und Pädagog*innen einbezieht und von Bauprofi partizipationserfahrenen Architekt*innen moderiert wird. Ergebnis dieser Phase 0 ist eine orts- und kindgerechte Bedarfsplanung. Egal ob ~~durch~~-Kreativräume, inklusive Spielplätze oder nachhaltige Sportplätze ~~sowie~~, Schulhöfe ~~und~~oder Schulgärten: Diejenigen, die täglich in der Schule sind, sollen in Zukunft stärker an der Ausgestaltung Gestaltung ihres Lern- und Arbeitsortes teilhaben. So wollen wir Kitas und Schulen planen und bauen, die wirklich für die Bedürfnisse der Lernenden und Lehrenden eingerichtet sind.

Begründung

Die Qualität unserer Bildungsstätten, gerade für die Jüngsten unserer Gesellschaft, muss dringend verbessert werden. Was man in jungen Jahren nicht lernt, lernt man später viel schwieriger. Gute Kitas und Schulen sind die Voraussetzung für eine gute und leistungsfähige Gesellschaft

Ä-K02-104 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Tatjana Rosenthal

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 32 einfügen:

Mit grünem Wasserstoff können Unternehmen mit hohem Energieverbrauch auf eine klimaneutrale Alternative setzen, die unabhängig von fossilen Rohstoffen und den Preisen dafür auf den Weltmärkten ist. Wir wollen deshalb neue Wertschöpfungsketten sowie das Know-How im Land aufbauen und den Aufbau eines deutschlandweiten Wasserstoff-Pipeline-Netzes unterstützen, das Brandenburg an den Weltmarkt anschließt. Wir begleiten den Standort Schwedt beim Umstieg auf die Wasserstoffproduktion hin zu einer grünen Zukunft. Dabei ist klar: nur wo ausreichend Erneuerbare Energien und Wasser ist, kann auch in Brandenburg Wasserstoff hergestellt werden. Hier wollen wir für klare Regeln sorgen, damit die Wasserstoffproduktion den Wassermangel nicht weiter verschärft.

Begründung

Explizit grüner Wasserstoff aus Überschuss an erneuerbaren Energien stellt eine nachhaltige Alternative dar.

Ä-K02-109 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Pohlmann

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 36:

Zugleich muss der Umbau der Lausitz zu einer attraktiven, lebenswerten Region fortgesetzt werden. Wir wollen mehr Transparenz bei der Fördermittelvergabe in der Region und beim begleitenden Monitoring sollen zukünftig Nachhaltigkeitsaspekte stärker eine Rolle spielen. ~~Wer~~ Strukturfördermittel dürfen nicht zu erheblichen Umweltbeeinträchtigungen führen. Wer sie beantragt, soll vom Land stärker zu Nachhaltigkeitsmaßnahmen beraten werden und durch das Land aufzustellende Mindestanforderungen, insbesondere bei investiven Maßnahmen, einhalten. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Sachsen in Form einer länderübergreifenden Steuerungsgruppe vertiefen.

Begründung

Beratung alleine wird nicht ausreichen, Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards durchzusetzen. Hierzu bedarf es harter Kriterien, durch die Landesregierung, z.B. bei Baumaßnahmen.

Ä-K01-114 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Juliane Kühnemund

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 20:

Weil die Klimakrise immer häufiger Extremwetterereignisse, wie Starkregen oder Hitzephasen, mit sich bringt, wollen wir die Förderprogramme für den Schutz vor Extremwetter in Kommunen besonders ausbauen. Jede Kommune soll dabei unterstützt werden, Konzepte zur Klimaanpassung zu entwickeln. Hitzeaktionspläne sollen für mehr Kühle und Schatten in unseren Städten und Gemeinden sorgen und ~~die Infrastruktur auch~~ vulnerable Gruppen in akuten Hitzephasen ~~absichern~~ schützen. Darüber hinaus ist die Infrastruktur gegen Hitzeschäden abzusichern. Den Hochwasserschutz wollen wir ebenso weiter voranbringen, wobei wir uns – nachdem die Deiche an Elbe und Oder fast vollständig ertüchtigt sind – vor allem auf die Region der Schwarzen Elster konzentrieren wollen.

Begründung

Hitzeaktionspläne dienen nicht nur dazu, Hitze in Städten zu reduzieren, sie sind auch dazu da, gefährdete Menschen (neben älteren Menschen auch kleine Kinder aber zb auch Pflegekräfte oder Menschen, die im Freien arbeiten) vor den Auswirkungen von Hitzeperioden zu schützen.

Ä-K06-115 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Gerd-Henning Gunkel

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 135:

Den Schienenausbau im Rahmen des Projekts i2030 wollen wir schneller und konsequenter umsetzen, besonders den Ausba des Bahn-Regionalverkehrs. Wo möglich, wollen wir stillgelegte Strecken wieder reaktivieren, unter anderem die Schorfheidebahn RB63 ~~und~~, die Wriezener Bahn und die Bahn von Wustermark nach Ketzin. Stilllegungen von Bahnstrecken lehnen wir ab. Das Bahnangebot von Neustadt/Dosse über Pritzwalk nach Meyenburg soll erhalten und ausgebaut sowie möglichst in Absprache mit Mecklenburg-Vorpommern in Richtung Güstrow erweitert werden. Im Rahmen von I2030 ist der Regionalbahnhof Seegefeld zu erhalten. Auf dem Berliner Außenring fordern wir die Wiedereinrichtung des Haltepunkts Schönwalde(Glien)/Bötzow. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse, Takt- und Rufbusse die Verbindungen zwischen den Orten. Wir wollen das öffentliche Verkehrsnetz als ein großes Ganzes denken und die Finanzierung im Land neu organisieren.

Begründung

Ich unterstütze damit den Änderungsantrag von Benno König im vollen Umfang und ergänze die Forderung nach dem Erhalt des Hp. Seegefeld, der im Rahmen von i2030 neulich überraschend zugunsten der möglichen S-Bahn aus der Planung genommen wurde. Außerdem die Forderung nach dem RB-Halt auf dem Berliner Außenring im Zusammenhang mit dem Schönwalder Projekt "Erlenbruch", um die dort mit dem Wohnungsbau verbundenen Verkehrsprobleme zu lösen.

Ä-K01-137 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Inge Schwenger

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 3:

Die Notwendigkeit zum Handeln war noch nie so groß wie jetzt. Alles, was wir heute für den Klimaschutz tun, schützt uns in Zukunft vor noch größeren Problemen. Mit mutigem Anpacken schützen wir unsere Kinder und Enkelkinder und geben ihnen ein Stück Sicherheit zurück. Unser Auch wenn 2023 bereits teilweise eine durchschnittliche Erderhitzung von über 1,5 Grad vermuten lässt, so ist unser Ziel ist nach wie vor: Die Erderhitzung auf höchstens +1,5 Grad zu begrenzen – so wie es im Pariser Klimaschutzabkommen steht. Dafür müssen wir den Ausstoß von Treibhausgasen, wie CO₂, auf ein Mindestmaß reduzieren und alles für den Erhalt und Ausbau natürlicher CO2 Speicher wie Wälder, Moore und humusreiche Böden tun. Und gleichzeitig werden wir darauf achten, dass der Wandel für alle bezahlbar und gerecht bleibt.

Begründung

Wir können nicht die Fakten missachten, die bereits heute nahelegen, dass das 1,5Grad Ziel nicht mehr erreichbar ist und schon dass 2 Grad Ziel kaum zu schaffen. Hier muss das Wahlprogramm den Bürger*innen reinen Wein einschenken. Weiter ist der oft falschen alleinigen Schwerpunktsetzung auf die Reduzierung des CO2 Ausstoßes eine mindestens genau so wichtige auf die CO2 Absorptionskapazitäten vor allem natürlicher(!) Strukturen an die Seite zu stellen. Dies ist daher nicht nur in den einzelnen Kapiteln sondern direkt in der Präambel zu erwähnen.

Ä-K04-141 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Inge Schwenger

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 70:

Unser Boden hat vielfältige Funktionen, er ist elementare Lebens- und Produktionsgrundlage und nicht vermehrbar. Unsere Böden sind größtenteils ertragsschwach und oftmals sandig. Nur eine nachhaltige Nutzung unserer Böden mit Humusaufbau sichert seine Funktionen. Wir setzen uns dafür ein, klima- und grundwasserschädliche Stickstoff- und Phosphateinträge Phosphatmissionen in die Umwelt zu mindern, und statt dessen Kompostwirtschaft als Alternative zum Einsatz mineralischer Indstriedünger zu fördern. Das Gleiche gilt für die Förderung von Alternativen für den Pestizideinsatz, um diesen konsequent zu reduzieren und besonders, Besonders gefährliche Pestizide sind gänzlich zu verbieten. Dazu entwickeln wir die Pestizidreduktionsstrategie des Landes weiter.

Begründung

Die rein chemisch bilanzierten Mengen an Phosphor oder Stickstoff sind nicht ausschlaggebend für deren Bedeutung als Emittenten in Richtung Grundwasser oder Atmosphäre. So ist im Kompost der Stickstoff zu teils über 90% organisch gebunden und damit nicht emittierend. Industrielle Bodenbearbeitung, Düngung etc. aber arbeitet hauptsächlich mit Klima- und Grundwasser schädlichen Mineralien. Auch bei der Pestizidreduzierung sollte der Dialog mit den Landwirt*innen unsere Stärke sein.

Ä-K04-142 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Inge Schwenger

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 74 einfügen:

Ob Familienbetrieb, junge Durchstarter*in oder Alteingesessene: Brandenburgs Landwirtschaftsbetriebe sollen vielfältig bleiben. Den Ausverkauf unserer Flächen an nicht-landwirtschaftliche Investoren lehnen wir ab Leerzeichen. Das gehen wir mit einem Agrarstrukturgesetz an und gründen eine Siedlungsgesellschaft des Landes. Das stärkt nicht nur unsere vielfältigen Strukturen, sondern sichert auch die regionale Versorgung und Wertschöpfung. Existenzgründer*innen ,aber auch die Übernahme und Reorganisation bestehender Höfe durch folgende Generationen unterstützen wir mit einer zielgerichteten Förderung und Beratungsangeboten.

Begründung

Nicht nur Existenzgründungen gilt es zu fördern. Vor allem der Generationswechsel bei den Familienbetrieben sollte gegenüber einer Übernahme durch große Agrarkonzerne von uns geschützt und besonders begleitet werden. Hier stehen wir an der Seite der regionalen Landwirt*innen.

Ä-K04-143 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Inge Schwenger

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 75 einfügen:

Die Agrarförderung der Vergangenheit bevorzugte vor allem flächenstarke Betriebe. Wir setzen uns dafür ein, dass Fördergelder in Zukunft noch stärker an [den Erhalt der bäuerlichen Familienstruktur](#), ökologische und Gemeinwohlkriterien geknüpft werden und damit nachhaltig wirtschaftende Betriebe stärker gefördert werden.

Begründung

Der Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe ist die wesentliche Absicherung des Gelingens der Agrarwende, da diese nicht an kurzfristigen ERträgen sondern vor allem am ERhalt der Bodengesundheit etc. für die nachfolgenden Generationen interessiert sind.

Ä-K04-145 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Inge Schwenger

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 87 einfügen:

Wir werden uns darum für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU einsetzen, die mehr Gelder für gesellschaftliche Leistungen und so eine ökologische, klimaresiliente und klimagerechte Agrarpolitik beinhaltet und einheitliche Tierwohl- sowie Klimaschutzmaßstäbe anlegt. Wer in Europa eine Existenz als Landwirt*in gründet, soll von der EU eine Gründungsprämie erhalten.

Begründung

Wir setzen hier in Brandenburg Zeichen für die Verteidigung unserer regionalen Landwirtschaft auch gegenüber EU-Ländern oder Drittstaaten, die deutlich weniger Auflagen in Sachen Tierwohl- oder Naturschutz haben und daher oft wesentlich billiger produzieren können.

Ä-K04-146 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Inge Schwenger

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 98:

Wir wollen uns mit einer Förderung dafür einsetzen, dass neue und sanierte Ställe den Tieren Zugang zum Freiland ermöglichen. Außerdem fördern wir eine alternative Tierhaltung, zum Beispiel die Haltung in Agroforstsystemen, unter Photovoltaikanlagen oder in Mobilställen. Die Pflicht zur Baugenehmigung für mobile Ställe für Hühner, Hähne oder Puten bis 500 Kubikmeter haben wir bereits abschaffen können. Für moderne Ställe mit Freilandhaltung ist es außerdem schwieriger, eine Baugenehmigung zu erhalten, weil häufig fehlerhafte Emissionsdaten zu ihrer Bewertung genutzt werden. Das wollen wir ändern, indem wir Pilotstudien zu Emissionen in der Freilandhaltung in Auftrag geben und Studien mit bis zu einer Millionen Euro unterstützen. Bisher können Genehmigungsfehler der Behörden nicht vor Gericht beklagt werden, wir streiten daher weiterhin für ein Verbandsklagerecht u.a. für ~~Tierschutzverbände~~ Tierschutz- aber auch bäuerliche Verbände.

Begründung

Diese scheinbar kleine Änderung setzt sich klar gegen die vermeintliche Unvereinbarkeit von Tierschutz und bäuerlichem Handeln ab. Es geht um die gemeinschaftliche Arbeit für mehr Tierschutz. Oft stehen vor allem Tierhalter vor dem Problem, dass Auflagen und Gerichte eine tiergerechtere Haltung (wie z.B. auch die Freilandhaltung von Schweinen) untersagen. Wir Grüne machen klar, dass wir an der Seite solcher Landwirt*innen stehen.

Ä-K04-147 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Inge Schwenger

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 99:

~~Wir wollen, dass Tiere artgerecht gehalten werden und gleichzeitig Umwelt und Ressourcen geschont werden. Industrielle Tierhaltung lehnen wir ab. Darum wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um Prämien für gesunde Tiere auszuzahlen, an denen keine Kürzung von Ringelschwänzen bei Schweinen oder von Schnäbeln bei Hühnern vorgenommen wurden. Lange Transporte zu großen Schlachthöfen bedeuten für Tiere Angst und Stress, weshalb wir die mobile Schlachtung vor Ort als Alternative fördern wollen.~~

Lange Transporte zu großen Schlachthöfen bedeuten für Tiere Angst und Stress, und für kleine Tierhaltungsbetriebe großen Aufwand. Deshalb wollen wir die regionale bzw. lokale Schlachtung (mobil oder in kleinen Schlachteinheiten) als Alternative fördern . Der Weideschuss soll bei Einhaltung zu erarbeitender Kriterien grundsätzlich erlaubt sein.

Begründung

Wir sind offen für die Art der regionalen Schlachtung und es lassen sich neben mobilen Schlachtungen vor allem auch unabhängige kleine Schlachtmöglichkeiten , wie bereits in anderen Bundesländern erfolgreich eingeführt, denken. Die bisherige Abhängigkeit der Genehmigung für den Weideschuss/Weideschlachtung vom jeweiligen Veterinäramt muss durch eine verlässliche , kriteriengestützte generelle Erlaubnis für kleine und mittlere Erzeugerstätte abgelöst werden.

Ä-K02-148 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Tatjana Rosenthal

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 24:

~~Der Erhalt unseres Planeten, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Wenn Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand gehen, geht es Brandenburg gut. Darum wollen wir Brandenburg zum Top-Ansiedlungsland für innovative Unternehmen aus der Klima- und Energiewirtschaft machen und mit erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen. Davon sollen Städte, Gemeinden und alle Brandenburger*innen direkt profitieren. Die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien bietet Chancen für mehr Versorgungssicherheit und sinkende Kosten in Brandenburg. Grüne Energie wird zum Standortvorteil: Wind und Sonne liefern den Strom sowie Wasserstoff für H2-ready-Kraftwerke und die örtliche Industrie liefern und Kommunen erwirtschaften damit neue Einnahmen. Der Erfolg der letzten Jahre gibt uns Rückenwind: vielerorts sind neue Jobs entstanden, das Handwerk boomt, dank Wind- und Solareuro profitieren auch unsere Gemeinden. Die Zielkonflikte zwischen Energiewende und Artenschutz gehen wir weiter faktenbasiert an.~~

Der gigantische Energiebedarf unseres Lebenswandels bringt den Planeten an seine Grenze. Um unseren Lebensstandard zu sichern und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zu bewahren, bedarf es einer Transformation der Energiewirtschaft von fossilen hin zu erneuerbaren Energiequellen. Flankiert von Energieeffizienz und -einsparung in den Sektoren verfügen wir in Brandenburg über alle notwendigen Ressourcen, die Klimaneutralität 2045 zu erreichen und stehen im bundesweiten Vergleich ganz gut dar.

Wir wollen die Energiewende mit Blick auf das 1,5° Klimaziel, wenn möglich, schon früher erreichen. Deshalb bekennen wir uns seit der 1. Stunde zur Energiewende und treiben entschlossen den Ausbau Erneuerbarer Energien voran. Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiewende sozial- und umweltverträglich vollzogen wird. Erneuerbare Energien sind günstig in der Erzeugung und sorgen in Zukunft dafür, dass der Strom nicht nur für die Industrie und Wirtschaft, sondern für alle Verbraucher in Brandenburg bezahlbar ist.

Die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien macht Brandenburgs Unternehmen bereit für die Energiewende und attraktiv für Neugründungen und Unternehmensansiedlungen. Während ein vielfältiges Angebot an neuen Berufsperspektiven bei innovativen Energieunternehmen entsteht und den Strukturwandel ermöglicht, bleiben regionale Arbeitsplätze in anderen Sparten erhalten. Dabei bietet die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien nicht nur wirtschaftliche Chancen für Unternehmen, sondern bringt den Kommunen gute Einnahmemöglichkeiten über direkte Beteiligung an den Stromerträgen mit sich. Geld, das den Städten und Gemeinden die Umsetzung der kommunalen Energiewende in den Orten ermöglicht.

Eine positive Dynamik der Energiewende zeigt sich bereits vielerorts in Brandenburg und motiviert uns weiterhin auch die Zielkonflikte anzugehen und zu lösen. Weil auch der Natur- und Artenschutz ohne den Klimaschutz nicht ginge, wollen wir ihn mit der Energiewende versöhnen. Dabei werden wir keine Chancen für eine natur- und umweltverträgliche Gestaltung der Energiewende liegen lassen.

Begründung

Ich finde der Absatz Energiewende wird dem Thema nicht gerecht. Eigentlich hätte es nach einem eigenen Kapitel dafür verlangt. Daher habe ich den Absatz Energiewende komplett ersetzt. Dabei habe

ich die Aussagen aus dem ursprünglichen Text sinngemäß belassen. Was ist an meinem Text anders? Als einzige Partei, die zur Energiewende steht, muss unser Bekenntnis zur Energiewende überzeugender und der Ausdruck positiver sein. Die Klimaneutralität ist möglich. Die Energiewende geht voran. Das ist gut und das macht Mut. Wir wissen nicht, ob wir das 1,5° Ziel mit unserem Handeln in Brandenburg halten werden. Vermutlich nicht, aber wir werden durch die Energiewende nicht bedroht! Im Gegenteil, das ist unsere Chance auf eine sichere und möglicherweise bessere Zukunft.

Ä-K01-149 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 2:

In den vergangenen Jahren haben wir mehr als je zuvor für den Klimaschutz in Brandenburg erreicht: Durch uns gab es zum ersten Mal ein ~~Klimaministerium~~ **Ministerium für Klimaschutz** und mit dem Klimaplan wird festgeschrieben, wie unser Bundesland bis spätestens 2045 klimaneutral wird. Wir sind sogar noch ehrgeiziger und wollen die Klimaneutralität früher erreichen, denn die Klimakrise ist die größte Bedrohung unserer Zeit und ihre Auswirkungen sehen wir zunehmend auch in Brandenburg: Wälder brennen, Böden und Flüsse trocknen aus und Überschwemmungen bedrohen ganze Orte.

Begründung

Das Ministerium heißt "Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz".

Ä-K02-151 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 24:

Der Erhalt unseres Planeten, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Wenn Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand gehen, geht es Brandenburg gut. Darum wollen wir Brandenburg zum Top-Ansiedlungsland für innovative Unternehmen aus der Klima- und Energiewirtschaft machen und mit erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen. Davon sollen Städte, Gemeinden und alle Brandenburger*innen direkt profitieren. Die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien bietet Chancen für mehr Versorgungssicherheit und sinkende Kosten in Brandenburg. Grüne Energie wird zum Standortvorteil: Wind und Sonne liefern den Strom ~~sowie Wasserstoff für H2-ready-Kraftwerke und die örtliche Industrie liefern und Kommunen erwirtschaften damit neue Einnahmen.~~ grüner Wasserstoff ersetzt fossile Rohstoffe und Energieträger in der Stahlproduktion, Raffinerien, der chemischen Industrie und in vielen Betrieben, deren Prozesse nicht elektrifiziert werden können. In H2-ready-Kraftwerken ergänzt grüner Wasserstoff die fluktuierende Stromerzeugung durch Wind und Sonne. Das ermöglicht der örtlichen Industrie und Kommunen, neue Einnahmen zu erwirtschaften. Der Erfolg der letzten Jahre gibt uns Rückenwind: vielerorts sind neue Jobs entstanden, das Handwerk boomt, dank Wind- und Solareuro profitieren auch unsere Gemeinden. Die Zielkonflikte zwischen Energiewende und Artenschutz gehen wir weiter faktenbasiert an.

Begründung

Der Vorschlag ist vermutlich nur redaktionell, allerdings war der Satz so krumm, dass ich ihn gar nicht verstanden habe. Daher bitte noch mal prüfen.

Ä-K02-154 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 27:

Dank grünem Umsteuern in Land und Bund zieht der Ausbau erneuerbarer Energien inzwischen wieder deutlich an. Diese Entwicklung bringt viel Geld ins Land, an dem wir Bürger*innen, Kommunen und Regionen stärker beteiligen wollen. Mit dem von uns beschlossenen Solareuro und dem Windeuro profitieren Kommunen kräftig von erneuerbaren Energien. Unser nächstes Ziel: auch Bürger*innen sollen mit einem Bürgerenergiebeteiligungsgesetz direkt profitieren. Wir wollen Familien, Unternehmen und Kommunen außerdem beim Umstieg auf grüne Energie unterstützen. Dazu bringen wir das sogenannte **Energy Sharing** "Energy Sharing" von Strom und Wärme auf den Weg. Dies erlaubt Mitgliedern einer Erneuerbaren-Energien-Gemeinschaft (z. B. die Bewohner*innen eines Quartiers mit Dach-PV) unter Nutzung des Verteilnetzes die gemeinschaftliche Nutzung des / der erzeugten Stroms / Wärme. Wir unterstützen Erzeugungsgemeinschaften, Energiegenossenschaften und wollen, dass Landesflächen bevorzugt an Bürger*innen-Energie-Projekte vergeben werden.

Begründung

Der Begriff "Energy sharing" ist in Deutschland noch nicht allgemein bekannt und wohl auch noch nicht sauber definiert / eingeführt. Hier braucht es eine Erklärung. Kommen wir vielleicht auch ohne den englischen Begriff aus?

Ä-K02-160 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 30:

Jede Form der **Energienutzung****Energieerzeugung** bringt Zielkonflikte mit. Auch wenn die **Nutzung****Erzeugung** erneuerbarer Energien hier am besten abschneidet, wollen wir die Konflikte weiter verringern. An erster Stelle ist dies durch gute und partizipative Planung möglich, um den Ausbau zu steuern. Konkret wollen wir Freiflächen-Solaranlagen vermehrt auf schon versiegelten Flächen ausbauen. Um die geplanten Windvorranggebiete so schnell wie möglich auszuweisen, wollen wir die Regionalen Planungsgemeinschaften weiter stärken.

Begründung

Auch die Nutzung von Energie ist mit Zielkonflikten verbunden. Aus dem Inhalt dieses Abschnittes würde ich aber vermuten, dass es hier um die "Erzeugung" gehen soll.

Ä-K02-163 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 32:

~~Mit grünem~~ Grüner Wasserstoff ~~können Unternehmen mit hohem Energieverbrauch auf~~ kann fossile Rohstoffe in der Stahlindustrie, den Raffinerien und der chemischen Industrie ersetzen. Dort, wo die notwendige Prozesswärme nicht elektrisch bereitgestellt werden kann, ist grüner Wasserstoff eine klimaneutrale klimafreundliche Alternative ~~setzen, für die unabhängig von fossilen Rohstoffen und den Preisen dafür auf~~ Unternehmen. Auch für den ~~Weltmärkten ist~~ Schwerlastverkehr und für kommunale Fahrzeuge kann grüner Wasserstoff eine sinnvolle Defossilisierungsoption sein. Wir wollen deshalb neue Wertschöpfungsketten sowie das notwendige Know-How im Land aufbauen und den Aufbau eines deutschlandweiten Wasserstoff-Pipeline-Netzes unterstützen, das Brandenburg an den Weltmarkt anschließt. Wir begleiten den ~~Standort~~ Raffineriestandort Schwedt und das Stahlwerk Eisenhüttenstadt beim Umstieg auf die Wasserstoffproduktion und dessen Einsatz hin zu einer grünen Zukunft. Dabei ist klar: nur wo ausreichend Wasser ist, kann auch in Brandenburg Wasserstoff hergestellt werden. Hier wollen wir für klare Regeln sorgen, damit die Wasserstoffproduktion den Wassermangel nicht weiter verschärft.

Begründung

Noch bedeutsamer als die energetische Nutzung von Wasserstoff (also die Verbrennung oder dessen Einsatz in Brennstoffzellen) ist die stoffliche Nutzung. In einem Wasserstoff-Kapitel muss das deutlich werden. Darüber hinaus können natürlich viele Betriebe auch von der energetischen Nutzung profitieren, sind tatsächlich auch darauf angewiesen. Unabhängig von den Weltmarktpreisen werden wir durch die Wasserstoffnutzung nicht. Wir werden in Deutschland auf Importe angewiesen sein und nur ca 30% des benötigten Wasserstoffs selbst produzieren. Der selbst erzeugte Wasserstoff wird vielen Studien zufolge (deutlich) teurer sein als Wasserstoff, der in Weltregionen erzeugt wird, die deutlich bessere Bedingungen für die Erzeugung erneuerbarer Energien aufweisen. Wasserstoff (-derivate) wird / werden auf dem Weltmarkt gehandelt werden. Damit sind die Kosten nicht weltmarktunabhängig.

zur Ergänzung "Raffinerie" zum "Standort Schwedt": Wasserstoff wird auch an anderen Orten in Brandenburg erzeugt werden. Ich nehme an, hier soll der Fokus auf der PCK-Raffinerie liegen. Dann sollten wir das spezifizieren. Andernfalls stellt sich die Frage, warum nur in Schwedt die Wasserstoffproduktion begleitet werden soll.

Ähnlich der Raffinerie Schwedt wird auch das Stahlwerk Eisenhüttenstadt ein großer Wasserstoffverbraucher werden. Hier muss das Werk mittelfristig technologisch auf Eisendirektreduktion umgestellt werden. Das benötigt sicher auch Begleitung durch die Politik. Gibt es einen Grund, dass dieser Punkt nicht explizit aufgeführt wurde?

Ä-K04-162 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 100 bis 101:

Wir wollen Tierversuche zur Forschung in Medizin und Biologie ~~kommt auch ohne Tierversuche~~ ~~aus~~ reduzieren. Darum wollen wir die tierversuchsfreie Forschung gezielt fördern und in der Ausbildung ~~komplett auf~~ den Einsatz von Versuchstieren ~~verzichten~~ minimieren. Die Tierversuchskommission wollen wir zu mindestens 50 Prozent mit Tierschützer*innen besetzen lassen, wie es die Länder Berlin und Baden-Württemberg bereits tun. In der Gesellschaft wollen wir für mehr Tierschutz werben, indem wir dem Thema in der Lehrer*innenausbildung und in den Lehrplänen mehr Raum geben.

Begründung

Tierversuche sind weiterhin Bestandteil moderner Lebenswissenschaften. Sie schaffen die Grundlage für wichtige Innovationen wie Impfstoffe und Medikamente. Einerseits, da sie deren Testung an einem dem Menschen zumindest ähnlichen Organismus ohne Gefährdung von Menschen ermöglichen, andererseits, weil sie uns helfen Krankheitsprozesse in einem komplexen Organismus ganzheitlich zu verstehen. Entsprechend dem 4-R-Prinzip (Vermindern, Verbessern, Vermeiden, Verantwortung) sollte es natürlich unser Ziel sein Tierversuche kritisch zu begleiten. Die Behauptung Medizin sei ohne Tierversuche möglich ist zumindest aus Sicht der wissenschaftlichen Humanmedizin falsch, bzw. nimmt man dabei das Ausbleiben von therapeutischen Innovation zulasten von Patientinnen und Patienten in Kauf.

Ä-K04-164 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 83:

Erneuerbare Energien und Landwirtschaft können sich gut ergänzen. Mit gut geplanten und in die Landschaft eingebundenen Photovoltaik-Anlagen können nicht nur relativ witterungsunabhängige Einkommen für Landwirt*innen geschaffen werden. **Photovoltaik-Anlagen** **Kombiniert mit naturnaher Bepflanzung und Bewirtschaftung** können **sie** auch die Biodiversität fördern und zur Bodenverbesserung beitragen. Die Energieagentur Brandenburg soll darum zukünftig nicht mehr nur Unternehmen und Kommunen beraten, sondern auch zentrale Ansprechpartnerin für Landwirt*innen werden, die ihre Flächen für erneuerbare Energien nutzen wollen. Wir wollen, dass Agri-Photovoltaik einen höheren Stellenwert erhält.

Begründung

PV-Anlagen per se tragen nicht zur Förderung der Biodiversität oder der Bodenverbesserung bei. Das gelingt nur, wenn die Flächen nicht länger intensiv bewirtschaftet werden. So wie der Satz geschrieben ist, könnte man meinen, es reicht, PV-Anlagen aufzustellen, um die Artenvielfalt zu fördern.

Ä-K04-166 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 98:

Wir wollen uns mit einer Förderung dafür einsetzen, dass neue und sanierte Ställe den Tieren Zugang zum Freiland ermöglichen. Außerdem fördern wir eine alternative Tierhaltung, zum Beispiel die Haltung in Agroforstsystemen, unter Photovoltaikanlagen oder in Mobilställen. Die Pflicht zur Baugenehmigung für mobile Ställe für Hühner, Hähne oder Puten bis 500 Kubikmeter haben wir bereits abschaffen können. ~~Für moderne Ställe mit Freilandhaltung ist es außerdem schwieriger, eine Baugenehmigung zu erhalten, weil häufig~~ Wir möchten die Beantragung von Baugenehmigungen für moderne Ställe mit Freilandhaltung erleichtern, denn bislang wird diese dadurch erschwert, dass fehlerhafte Emissionsdaten zu ihrer Bewertung genutzt werden. Das wollen wir ändern, indem wir Pilotstudien zu Emissionen in der Freilandhaltung in Auftrag geben und Studien mit bis zu einer Millionen Euro unterstützen. Bisher können Genehmigungsfehler der Behörden nicht vor Gericht beklagt werden, wir streiten daher weiterhin für ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände.

Begründung

Der ursprüngliche Satz "Für moderne Ställe mit Freilandhaltung..." liest sich so, als wäre dies unsere "Errungenschaft". Das soll sicher so nicht sein. Ich habe einen Alternativvorschlag gemacht.

Ä-K07-182 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 163:

Wir wollen Kommunen durch Beratung und Förderungen dabei unterstützen, sich weiterzuentwickeln, ohne weiter in die Fläche zu wachsen – zum Beispiel, indem höher gebaut wird. ~~In Zukunft werden auch~~ **Wo dennoch** neue Flächen versiegelt werden, ~~daher~~ wollen wir eine Strategie auf den Weg bringen, die Flächen durch Entsiegelung verbindlich an die Natur zurückgibt.

Begründung

Der Vorrang der Nutzung vorhandener Flächen gegenüber der Neuerschließung wird deutlicher herausgearbeitet.

Ä-K07-185 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 164:

~~Der Bedarf unserer Wirtschaft an~~Attraktive Gewerbe- und Industrieflächen ~~wächst ständig~~sichern durch gute Arbeitsplätze und eine hohe Wertschöpfung den Wohlstand in der Hauptstadtregion. ~~Gleichzeitig wollen wir natürliche Räume erhalten und~~Diese Flächen werden vor Allem im Berliner Umland zunehmend knapp. In Brandenburg gibt es aber auch strukturschwache Regionen, die Bundesregierung strebt bis 2050 ein Netto-Null-Ziel für den Flächenverbrauch an zu attraktiven Industrie- und Gewerbestandorten werden können. Statt immer neue Wiesen zu versiegeln, wollen wir in Brandenburg ~~schon jetzt~~ intelligente Lösungen entwickeln, wie wir bereits als Bauland ausgewiesene Flächen besser nutzen können. Aktuell sind viele vorhandene Flächen ungenutzt oder über größere Flächen verteilt, es gibt keine Internet- oder ÖPNV-Anschlüsse und auch das Baurecht macht es oft unnötig schwer, bestehende Gewerbeflächen neu zu nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Gewerbegebieten Anlagen für grünen Strom und Speichersysteme schneller genehmigt und errichtet werden und der Strom direkt vor Ort nutzbar ist. Wir wollen eine neue Landesgesellschaft gründen, die in Zusammenarbeit mit den Kommunen bestehende Flächen aufbereitet und für Unternehmen nutzbar macht.

Neue Gewerbe- und Industrieflächen müssen nachhaltig und klimaneutral sein. Dabei müssen wir weg von einer Vergabe der Flächen zur quantitativen Arbeitsplatzbeschaffung, hin zu einer qualitativen Auswahl. In enger Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ministerien wollen wir alle Aspekte von Wirtschaftsentwicklung, Umwelt- und Klimaschutz und der erforderlichen verkehrlichen Anbindung für Güter und Personen im Blick behalten. Mit dem Land Berlin wollen wir dazu eng zusammenarbeiten. Alle Erfolgsfaktoren einer möglichen Ansiedlung sind von Anfang an zu berücksichtigen.

Begründung

Der Änderungsantrag folgt weitgehend dem LDK-Beschluss „Für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und klimaneutrale Wirtschaft in Brandenburg“ vom 29.04.2023.

Der Vorrang der Nutzung vorhandener Flächen gegenüber der Neuerschließung wird deutlicher herausgearbeitet und Vorgaben für ggf. dennoch notwendige Neuausweisung von Flächen dargestellt.

Ä-K02-214 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 42 einfügen:

Das Ende des Kohletagebaus steht vor der Tür und es ist nicht ausreichend gesichert, wie ehemalige Bergbaulandschaften und der Wasserhaushalt der Region wiederhergestellt werden. Darum setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, eine öffentliche Braunkohletagebaufolge-Stiftung [mit Sachsen und Sachsen-Anhalt](#) zu gründen. So wollen wir verhindern, dass im Falle einer Insolvenz von Tagebau-Unternehmen die Steuerzahler*innen für die Tagebaufolgen einspringen müssen. Die Unternehmen sollen in die Pflicht genommen werden, indem sie beispielsweise eine vereinbarte Summe einzahlen, die von der Stiftung verwaltet wird.

Begründung

Konkretisierung

Ä-K06-216 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 128 bis 129:

Wir sind in Brandenburg die treibende Kraft beim Ausbau des Regionalverkehrs, haben Plus- und Rufbusse auf die Straße gebracht und bleiben dran, um stillgelegte Bahnstrecken wieder zu leistungsfähigen Verkehrsadern zu machen.

Wir waren auch die treibende Kraft bei der Einführung des Deutschlandtickets und eines günstigen Semestertickets für Studierende. Das sind große Erfolge für den Klimaschutz und für unsere Lebensqualität.

~~In unserem Bundesland bewegt sich schon jetzt viel: Wir sind Spitzenreiter beim Ausbau des Regionalverkehrs, haben Plus- und Rufbusse auf die Straße gebracht und machen stillgelegte Bahnstrecken wieder zu leistungsfähigen Verkehrsadern. Um eine Verkehrswende zu schaffen, die nicht nur ökologisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich erfolgreich ist, braucht es Busse und Bahnen, die häufig, verlässlich und flächendeckend fahren und Radwege, auf denen Menschen sicher, barrierefrei und komfortabel von A nach B kommen. Viele Brandenburger*innen sind auf das Auto angewiesen – weil bisher die Alternative fehlt. Besonders im Blick haben wir die Bedürfnisse der Menschen in den ländlichen Gegenden Brandenburgs. Mit dem Deutschlandticket sind hunderttausende Brandenburger*innen kostengünstig und klimafreundlich mobil. Das sind große Erfolge für den Klimaschutz und für unsere Lebensqualität.~~

Um eine Verkehrswende zu schaffen, die nicht nur ökologisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich erfolgreich ist, brauchen wir gute Alternativen zum Auto. Also Busse und Bahnen, die häufig, verlässlich und flächendeckend fahren, sowie Radwege, die sicher und komfortabel sind.

Besonders im Blick haben wir die Bedürfnisse der Menschen in den ländlichen Gegenden Brandenburgs.

Die Verkehrsplanung wollen wir landesweit verstärkt am tatsächlichen und künftig möglichen Bedarf ausrichten. Dafür wollen wir z.B. anonymisierte Mobilfunkdaten nutzen, um sicherzustellen, dass die Kräfte zielgenau dort eingesetzt werden, wo sie benötigt werden.

Ä-K06-217 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 130:

~~Mit neuen Konzepten wollen wir den Fußverkehr und Schulwege sicherer und barriereärmer machen. Wo es das Land regeln kann, wollen wir auf Brandenburger Autobahnen ein Tempolimit einführen. Innerorts setzen wir uns für Tempo 30 ein.~~

Wir wollen weitergehende barrierearme, einfache und innovative Angebote machen, die für die Menschen vor Ort funktionieren und alltagstauglich sind, z.B. Fahrradmitnahme in Bussen.

Begründung

Umformuliert, Zielgruppe erweitert und Tempolimit an dieser Stelle raus, da es A) nicht zum vorstehenden Satz zum Thema Fuß- und Schulwege passt und wir B) nicht sehen, "wo das Land es regeln kann".

Ä-K06-218 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 131 bis 133:

Wir schaffen die Mobilitätsgarantie für Brandenburg.

~~Wir schaffen die Mobilitätsgarantie für Brandenburg. Bedeutet: Egal in welchem Ort innerhalb Brandenburgs wird es zwischen 5 und 22 Uhr mindestens stündlich eine Möglichkeit geben, in Bus oder Bahn einzusteigen – am Wochenende alle zwei Stunden. Mit Bahn, Plus- und Taktbussen oder fahrplan- und linienungebundenen Flächenrufbussen wollen wir ganz Brandenburg abdecken.~~

In jedem Ort gibt es zwischen 5:00 und 22:00 Uhr mindestens einmal pro Stunde die Möglichkeit ein ÖPNV-Angebot zu nutzen, sowie mindestens ein zusätzliches Angebot nach 0:00 Uhr. Sei es durch Bahn oder Linienbusse oder durch bedarfsorientierte Rufbusse. Dafür müssen wir mehr Verbindungen und Strecken schaffen.

Wir setzen uns für einen qualitativ hochwertigen Ausbau von sicheren Park & Ride und Bike & Ride Parkplätzen ein.

Der Schienenausbau und die Wiederinbetriebnahme von den wirkungsvollsten Strecken stehen ganz vorne. Das Projekts i2030 wird mit uns schneller und konsequenter umgesetzt. Die Planung für unter anderem die Schorfheidebahn RB63 sowie die Wriezener Bahn werden wir zügig voranbringen. Stilllegungen von Bahnstrecken sind mit uns nicht zu machen. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse und Rufbusse schnelle Verbindungen.

Wir wissen, dass die Mobilitätsgarantie nicht allein mit herkömmlichen Maßnahmen umgesetzt werden kann. Deswegen machen wir Brandenburg auch zum Vorreiter beim autonomen Fahren und nutzen seine Potenziale für die Verkehrswende voll aus.

Die unterschiedlichen Arten von Mobilität brauchen gute Straßen. Wir wollen das bestehende Straßennetz instand setzen und halten. Teure und klimaschädliche Neubauten und überdimensionierte Erweiterungen wollen wir vermeiden. Gegen teure Ortsumgehungen, z.B. um Lübben mitten durch das Biosphärenreservat Spreewald, in Bad Freienwalde durch das Hammerthal oder in Eberswalde, setzen wir uns weiter ein. Beim Ausbau der B96 sind wir für eine deutliche Reduzierung des Bauvorhabens.

Begründung

Umformuliert, Reihenfolge der dazugehörigen Absätze aufeinander aufbauender angepasst, P+R, B+R ergänzt

Ä-K06-219 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Juliane Roschitz

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 134 löschen:

~~Guter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) braucht auch gute Straßen. Wir wollen das bestehende Straßennetz gut instand halten, teure und klimaschädliche Neubauten aber vermeiden. Gegen teure Ortsumgehungen wie in Lübben, die mitten durch das Biosphärenreservat Spreewald gehen soll, in Bad Freienwalde durch das Hammerthal oder in Eberswalde, setzen wir uns weiter engagiert ein.~~

Begründung

Streichen, da in vorhergehenden geänderten Absatz mit berücksichtigt.

Ä-K06-220 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 135 löschen:

~~Den Schienenausbau im Rahmen des Projekts i2030 wollen wir schneller und konsequenter umsetzen. Wo möglich, wollen wir stillgelegte Strecken wieder reaktivieren, unter anderem die Schorfheidebahn RB63 und die Wriezener Bahn. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse, Takt- und Rufbusse die Verbindungen zwischen den Orten. Wir wollen das öffentliche Verkehrsnetz als ein großes Ganzes denken und die Finanzierung im Land neu organisieren.~~

Begründung

Streichen, da in vorhergehenden geänderten Absatz mit enthalten.

Ä-K06-221 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 136 löschen:

~~Wir bringen Studien und Konzepte auf den Weg, die autonome Fahrzeuge im ländlichen Raum testen und erforschen, um Lücken zu schließen. Brandenburg soll Vorreiter beim autonomen Fahren werden und seine Potenziale für die Verkehrswende voll nutzen.~~

Begründung

Streichen, da in vorhergehenden geänderten Absatz mit enthalten.

Ä-K06-222 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 138:

Das von uns vorgeschlagene Deutschlandticket für 49 Euro ist ein Verkaufsschlager und Riesenerfolg für eine klimafreundlichere sowie einfachere Mobilität ohne Tarifgrenzen. Wir wollen es für maximal 29 Euro für Auszubildende, Rentner*innen und Menschen, die Bürgergeld erhalten, auf den Weg bringen, damit das Ticket für alle bezahlbar wird. Für Schüler*innen ~~sollensetzen wir uns für~~ ein einheitlich günstiges und bundesweit gültiges Ticket von den Landkreisen ~~angeboten-bekommenein~~.

Begründung

Leicht umformuliert und ergänzt um "bundesweit gültig", weil es diese Variante bereits gibt, wir das optimale Angebot für die Schüler*innen und eine einheitliche, gerechte Lösung ohne Irritationen für ganz Brandenburg wollen.

Ä-K06-223 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 140:

~~Fahrradfahren muss in Brandenburg noch besser möglich sein. An zu vielen Ecken gibt es keine gut ausgebauten und sicheren Fahrradwege. Das wollen wir ändern und das Rad auf kürzeren Strecken zur besten Wahl machen, denn Radeln ist für rund zwei Drittel aller Wege im Land eine echte Option.~~

Fahrradfahren wird mit uns alltagstauglich. Egal ob zur Arbeit oder zur Schule, ob jung oder alt. Mit gut ausgebauten und sicheren Fahrradwegen wird mit uns das Rad für viele Wege zur Alternative.

Begründung

konkreter, kürzer, logischer umformuliert

Ä-K06-224 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 141:

Um mit dem Fahrrad in ganz Brandenburg ~~zum Fahrradland~~sicher und zügig voran zu ~~machen~~kommen, wollen wir ein Landesradwegenetz entwickeln, in dem nicht nur jeder Fahrradweg im Land verzeichnet ist – sondern auch jeder Fahrradweg, der heute noch fehlt. Von den Geldern für Radwege- und Straßenbau wollen wir anteilig deutlich mehr zugunsten von Radwegen investieren. Wir machen mehr Tempo beim Radwegebau, indem wir ~~Gelder vom Straßenbau umverteilen~~, die ~~rechtlichen~~ Voraussetzungen im Land für schnellere Bauprojekte schaffen und dem Radwegebau ~~gesetzliche~~ Priorität vor dem Straßenbau geben.

Begründung

Umformuliert

Ä-K06-225 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 142:

Für mehr Sicherheit sollen, wo möglich, Fahrradwege vom Autoverkehr getrennt verlaufen. Wo das nicht möglich ist ~~—beispielsweise in historischen Stadtkernen—~~, müssen andere Möglichkeiten genutzt und Radler*innen anders geschützt werden, wie zum Beispiel durch ~~Tempo 30~~ Anpassen der Geschwindigkeit, farbige Markierungen, Beleuchtungen und Beschilderungen. Wir verbinden das Radwegenetz besser mit dem Nahverkehr ÖPNV: Fahrradparkplätze, Reparaturstationen, öffentliche Toiletten und Mitnahmemöglichkeiten sorgen für ein zuverlässiges Unterwegssein zu Fuß, mit dem Rad und den öffentlichen Verkehrsmitteln. Mit neuen Konzepten wollen wir auch den Fußverkehr und Schulwege sicherer und barriereärmer machen.

Begründung

Umformuliert und statt Tempo 30 > Geschwindigkeitsanpassung, weil Kommune das alleine entscheiden soll, was angemessen ist und statt Nahverkehr > ÖPNV, da dieser Begriff eindeutiger ist

Ä-K06-226 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 144:

~~Um klimafreundliche Mobilität mit Hochdruck voranzutreiben wollen wir eine landeseigene Beratungsstelle für Kommunen einrichten, wie es sie beispielsweise schon im Land Berlin und Nordrhein-Westfalen gibt. Denn meist wird vor Ort entschieden, wo ein neuer Fahrradweg oder eine Bushaltestelle gebaut wird. Häufig verfügen Kommunen nicht über ausreichend Planungspersonal, daher sollen sie in Zukunft Unterstützung bekommen.~~

Die Experten vor Ort sind unsere Kommunen. Sie wissen, wo ein Radweg fehlt, wohin die Menschen wollen, woher sie kommen, wo ein ÖPNV-Anschluss gebraucht wird. Bei den Kommunen fehlt es oft an Kapazität, Personal und vor allem an den notwendigen finanziellen Mitteln. Hier werden wir für Rückenwind sorgen.

Eine Beratungsstelle wird die Kommunen fachlich unterstützen, miteinander vernetzen und gemeinsam mit ihnen die Mobilitätsmöglichkeiten fördern.

Begründung

Umformuliert, da Kommunen über viel Kompetenz verfügen und dringender als die Beratung finanzielle, personelle Unterstützung benötigen. Die Beratungsstelle soll keine zusätzliche Last für Kommunen sein, sondern ein entlastendes Angebot, falls Bedarf an Wissen oder Vernetzung besteht.

Ä-K06-228 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 145 bis 146:

Zu guten Beziehungen zu unseren

Nachbar*innen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Polen gehören auch gute grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen.

Darum setzen wir uns für eine Mobilitätspolitik ein, die über die Grenzen zu Landkreisen, anderen Bundesländern und unserem Nachbarland Polen hinausgeht.

~~Zu guten Beziehungen zu unseren Nachbarn in Polen gehören auch gute grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen. Darum setzen wir uns für einen verlässlichen, durchgängigen Nah- und Fernverkehr im gleichmäßigen Takt und mit gut abgestimmten Verbindungen zwischen Deutschland und Polen ein.~~

Wir stehen für einen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der nicht an den Grenzen der Verkehrsbetriebe einzelner Landkreise oder an Landesgrenzen Halt macht. Gleiches gilt für ein gut ausgebautes Radwegenetz, das nicht nur Brandenburg, sondern auch die Verbindungen in andere Bundesländer mitdenkt. Unsere Vision ist ein vernetztes System, das die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen über die Grenzen von Landkreisen und Brandenburgs hinaus berücksichtigt.

Begründung

Erweitert um weitere Grenzen zu Nachbarbundesländern und Landkreisen und ergänzt um Gültigkeit für Radwege.

Ä-K06-234 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 149:

~~Wir wollen, dass das Tarifgebiet des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg auch über die Grenzen von Brandenburg wachsen kann und werden dafür Pauschaltarife nach dem Vorbild des Euro-Neiße-Tickets anregen. Grenzüberschreitende Ticketlösungen müssen einfacher und einheitlicher werden. So könnte das Deutschlandticket zum Beispiel bis nach Stettin gelten.~~

Wir wollen Pauschaltarife auch über die Grenze nach Polen nach dem Vorbild des Euro-Neiße-Tickets anstreben. Grenzüberschreitende Ticketlösungen müssen einfacher und einheitlicher werden.

Begründung

Umformuliert, Tarifgebietbezug entfernt, weil wir grundsätzlich keine unterschiedlichen Tarife mehr wollen, aber mit dem Pauschaltarif auch nach Polen Möglichkeiten anbieten wollen, die nicht nur auf einzelne Zielbahnhöfe begrenzt sind, sondern Regionen, Zonen, Gebiete betrifft,

Ä-K06-235 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 130 einfügen:

Zukunftsfähige Mobilität auf dem Land Auch wenn wir die Notwendigkeit für Fahrten mit dem Pkw durch einen effizienten ÖPNV und ein gut ausgebautes Radwegenetz reduzieren, wird der Pkw ein wichtiger Teil der Alltagsmobilität in den ländlichen Regionen bleiben. Deshalb wollen wir der E-Mobilität in der Fläche zum Durchbruch verhelfen. Insbesondere indem wir die Ladeinfrastruktur deutlich ausbauen. Damit man sich nicht zwangsläufig ein eigenes Auto kaufen muss, sollte das Angebot an Car-Sharing insbesondere im ländlichen Raum deutlich erweitert werden. So können Landkreise Sharing-Flotten aufbauen, z.B. BarShare, oder einzelne Fahrzeuge in Dörfern durch Dorfvereine verwaltet werden, wie beim Dorfmobil Barsikow. Entsprechende Modelle wollen wir unterstützen. Das Sharing-Angebot könnte auch E-Bikes und Lastenfahrräder enthalten. Auf diese Art kann die individuelle Mobilität auch ohne die Anschaffung eigener Fahrzeuge gewährleistet werden. Güter auf die Schiene LKW sind eine Belastung für Menschen und Straßen. Wir wollen es vereinfachen, Fabriken und Lager direkt an das Gleisnetz anzuschließen und werden Unternehmen dabei unterstützen. Ist das nicht möglich, sollte der Transport mit dem Lkw möglichst auf den Weg bis zum nächsten Umschlagterminal beschränkt bleiben.

Begründung

Kapitel ergänzen um Unterkapitel, weil sie bisher im Kapitel Mobilität fehlen.

Zukunftsfähige Mobilität auf dem Land

Güter auf die Schiene

Ä-K05-237 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 110 einfügen:

Wir wollen Brandenburgs Wälder nach dem Dauerwaldprinzip bewirtschaften, das heißt vor allem auf Kahlschläge verzichten. Die Abholzung von Waldflächen wollen wir deutlich reduzieren. Für die Erreichung der Brandenburger Klimaziele brauchen wir mehr Wald als CO₂-Speicher. Darum soll jährlich eine Fläche von mindestens 2.500 Hektar aufgeforstet – das entspricht über 3.500 Fußballfeldern. Finanzielle Abgeltungen von Waldumwandlungen lehnen wir entschieden ab.

Begründung

Waldumwandlung ohne Kompensation für die Natur geht gar nicht.

Ä-K04-249 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Inge Schwenger

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 97:

In der Verfassung des Landes Brandenburg heißt es in Artikel 39: „Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet“. Allerdings werden bestehende Gesetze, die Tiere in Brandenburg schützen, oft nicht durchgesetzt, weil es den Landkreisen ~~am notwendigen Personal mangelt, um Tierhaltungsbetriebe wirksam zu kontrollieren. Darum wollen wir eine landesweite Kontrollbehörde schaffen, in der Veterinärmediziner*innen und Jurist*innen arbeiten. Die Kontrollbehörde unterstützt die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter (VLÜÄ), führt mehr Kontrollen durch und ist Ansprechpartnerin für Spezialfälle.~~ am notwendigen Personal mangelt, um gemeinsam mit Tierhaltungsbetrieben geeignete Wege zu finden, Tierschutz, Tierwohl und Betriebserträge in Einklang zu bringen. Aber auch solche Betriebe sollen wirksam kontrolliert werden, die sich dem Tierwohl nicht verpflichtet fühlen. Darum wollen wir das im Aufbau befindliche Fachteam Tierschutz im Landesamt für Verbraucherschutz und Gesundheit, das bereits vorhandene Ressourcen bündeln soll, weiter ausbauen und mit ausreichend Personal ausstatten. Mit diesem multidisziplinären Team aus Veterinärmediziner*innen, Landwirt*innen und Jurist*innen soll der Dialog mit den Beteiligten ausgebaut, Beratungen durchgeführt und die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter (VLÜÄ) in ihren Kontrollen unterstützt werden .

Begründung

Tierwohl in den landwirtschaftlichen Betrieben verankern heißt vor allem einen fachlichen Dialog auf Augenhöhe mit den Betrieben führen. Ein konstruktives Miteinander soll eine Situation ersetzen, in der fälschlicherweise Betriebe und Behörden sich als Gegner verstehen. Dies ersetzt natürlich nicht ein wirksames Handeln staatlicher Stellen dort, wo bestehende Tierschutzgesetze grob missachtet werden.

Ä-K04-247 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Inge Schwenger

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 86 einfügen:

Die Zukunft unserer Landwirtschaft wird zu großen Teilen auf der Ebene der Europäischen Union gestaltet. Mit dem „Green Deal“ und der Strategie „Farm to Fork“ haben wir hier zuletzt große Schritte hin zu einer nachhaltigen Agrarwirtschaft gemacht. Wo es aber noch hakt: Landwirt*innen, die gemeinwohlorientiert wirtschaften, werden bisher noch nicht auskömmlich gefördert und sind oft gegenüber Produkten aus dem EU-Ausland, die ohne Rücksicht auf Tierwohl, Klimaschutz und Mindestlohn erzeugt werden nicht wettbewerbsfähig.

Begründung

Wir wollen die Bäuer*innen in Brandenburg als grüne Wähler*innen gewinnen und nicht an die Rechtsradikalen verlieren. Unsere Stoßrichtung in Europa ist ausschlaggebend für die Agrarpolitik in Deutschland und ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Landtagswahlkampfes.

Ä-K01-243 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Pohlmann

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 12 einfügen:

Wir wollen außerdem einen Klima- und Nachhaltigkeits-Check einführen, der alle Gesetze, Strategien und Förderprogramme darauf prüft, welchen Effekt sie auf das Klima haben. Grundlage sollen sogenannte CO₂-Schattenpreise sein, um die wahren Kosten von Projekten für unsere Umwelt und Gesellschaft einschätzen zu können. Wir wollen, dass Brandenburg beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangeht und die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral wird.

Begründung

Ein Klima-Check sollte in die Abwägung aller relevanten sozialen, ökonomischen und anderen Umweltwirkungen von geplanten Maßnahmen integriert werden (s.a. "Wassercheck im Abschnitt Wasserkrise verhindern").

Eine Erweiterung des Anwendungsbereichs auf Strategien ist sinnvoll, weil so schon in einem früheren Stadium die Klima- und Nachhaltigkeitswirkungen von Maßnahmen ermittelt und abgewogen werden können.

Ä-K05-250 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 122:

Die Klimakrise bringt Brandenburg in eine Wasserkrise. Die höheren Temperaturen lassen mehr Wasser verdunsten und weniger Grundwasser ~~bildet sich~~ wird gebildet – während unser Wasserverbrauch weiter steigt. Unsere Wälder, die Landwirtschaft, unsere Trinkwasserversorgung, alle Tiere und Pflanzen und ihre Lebensräume sind gefährdet. Unser Ziel ist es, das lebenswichtige Wasser für jetzige und kommende Generationen zu schützen und nachhaltig zu nutzen. Dafür braucht es kluge Konzepte, eine intensive Zusammenarbeit mit den Akteuren in der Wasserwirtschaft und mehr Personal und ~~Mittel~~ Finanzmittel.

Ä-K05-253 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 123 bis 124:

Mit dem Niedrigwasserkonzept hat die Landesregierung auf unsere Initiative hin die Grundlage dafür geschaffen, Wasser ~~besser~~ in Trockenzeiten angemessen zu verteilen, den Wasserrückhalt in der Landschaft zu ~~halten~~ verbessern und die Neubildung von Grundwasser wieder zu steigern. ~~Als nächstes~~ Dieses Konzept muss in den nächsten Jahren verstärkt umgesetzt werden.

Mit der Novellierung des Wassergesetzes wollen wir ~~das Wassergesetz neu verfassen und damit~~ die Weichen für eine nachhaltige Wasserwirtschaft stellen. Die Versorgung mit Trinkwasser soll vor anderen Nutzungen Vorrang haben. Wasserrückhalt und der Landschaftswasserhaushalt müssen gestärkt werden. Für die Nutzung von gebrauchtem Wasser und Regenwasser wollen wir ~~erleichtern~~ die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern. Das Wassernutzungsentgelt wollen wir so ~~verändern~~ anpassen, dass sich das Einsparen von Wasser in Industrie, Gewerbe und der Landwirtschaft stärker auszahlt. ~~Wer~~ Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir an einem sozial verträglich gestaffelten Preis für das Trinkwasser arbeiten.

Besonders für die großen Wasserverbraucher in ~~der~~ Industrie ~~sehr viel Wasser verbraucht, soll sein~~ Wasser und Gewerbe wollen wir Anreize für die Kreislaufführung des Wassers in Kreislaufsystemen mehrfach nutzen ihren Produktionsprozessen schaffen, um den Verbrauch zu senken. Mit einem Wassercheck soll ~~bei sämtlichen Planungen (zum Beispiel Raumordnung, Regionalplanung, Bauleitplanung)~~ bereits im Vorfeld von größeren Projekten von Wirtschaftsansiedlungen und Siedlungsbau geprüft werden, ob langfristig ausreichend Wasser vorhanden ist.

~~Um~~

Planungs- und Genehmigungsprozesse zu Vorhaben in der Siedlungswasserwirtschaft, beim Hochwasserschutz und zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes wollen wir beschleunigen, um insbesondere die wichtigen Vorhaben im Bereich der Klimaanpassung schneller voranzubringen. Dazu müssen die Verwaltungen in der Wasserwirtschaft besser mit Personal ausgestattet werden.

Seit den sparsamen Umgang letzten großen Hochwasserereignissen sind an Elbe und Oder umfangreiche Maßnahmen zum Schutz vor den Fluten umgesetzt worden. Eine Schwachstelle bildet nach wie vor die Schwarze Elster, wo Sicherheit vor Hochwasser im Klimawandel nur mit ~~Wasser~~ besser größeren Deichrückverlegungen zu unterstützen, schaffen ist. Hier wollen wir eine ~~Regenwasseragentur zur Information und Beratung~~ Arbeitsgruppe einsetzen, die die Umsetzung von Hochwasserschutz, Gewässerentwicklung und Naturschutz an der Schwarzen Elster in einem Gesamtkonzept voranbringt.

Die Umweltkatastrophe an der Oder im Sommer 2022 hat gezeigt, wie schnell Ökosysteme kollabieren können. Nur 6 Prozent der brandenburgischen Fließgewässer befinden sich in einem guten ökologischen Zustand. Wir müssen die naturnahe Entwicklung der Gewässer intensivieren, um die Flüsse und Bäche für den Klimawandel fit zu machen. Neben einer angepassten Gewässerunterhaltung ist die Renaturierung ausgebauter Fließgewässer besonders wichtig. Dazu wollen wir die Personalstellen in den zuständigen Arbeitsbereichen verstärken und ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Mit einer Regenwasseragentur wollen wir Kommunen und Bürger*innen einrichten, motivieren und unterstützen, effizient und nachhaltig mit dem Regenwasser umzugehen. Wir wollen Regenwasser vermehrt sammeln und nutzen und besser versickern als ableiten. Wir müssen Vorsorge vor Starkregenereignissen schaffen und Überschwemmungen in Siedlungsbereichen vermeiden. Die Regenwasseragentur soll im Wassergesetz verankert und personell und finanziell für eine landesweite Beratung ausgestattet werden. Die Arbeit der Agentur wollen wir mit entsprechenden Förderprogrammen zur Regenwassernutzung und Starkregenvorsorge unterstützen.

Ä-K05-254 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 124 bis 125:

Brandenburg und Berlin sind wasserwirtschaftlich eng verzahnt, den Wasser richtet sich nicht nach Ländergrenzen. Zur Absicherung der Trinkwasserversorgung ~~für~~und der Abwasserentsorgungfür die Metropolregion werden wir noch stärker mit Berlin zusammenarbeiten und eine Wasserstrategie Hauptstadtregion 2050 entwickeln.~~{Leerzeichen}~~

Die Sanierung des Wasserhaushalts der Lausitz im Zuge des Braunkohlenausstiegs und für die Zeit ~~nach dem Kohlebergbau~~danach ist eine große ~~Herausforderung~~und langfristige Herausforderung, um Wasser in entsprechender Menge und Qualität für den Strukturwandel in der Lausitz und bis nach Berlin bereitzustellen. Hier setzen wir auf nachhaltige Lösungen, die die Wasserbedarfe und -dargebote in Einklang bringen und das Problem der Verockerung und Sulfatbelastung der Spree und der Schwarzen Elster vermindern. Mit besonderem Nachdruck wollen wir die Speicherfunktion des Cottbuser Ostsees, die Sanierung der Talsperre Spremberg und die Dichtwand am Speicherbecken Lohsa voranbringen.

Ä-K05-255 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 126 löschen:

~~Die Wasserrahmenrichtlinie setzen wir weiter engagiert um.~~

Begründung

Das Thema haben wir weiter oben ausführlicher dargestellt.

Ä-K05-256 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 104:

Kapitel 05: ~~Wald, Wasser~~ Wasser, Wald und Moore

Begründung

Wasser ist die Grundlage für das gesamte Leben. Es ist unser Umwelthema Nr. 1 und muss deshalb am Anfang stehen. Der Text muss auch in der Reihenfolge Wasser - Wald - Moore umgestellt werden.

Ä-K05-257 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 105:

Mehr als ein Drittel von Brandenburg ist von Wäldern bedeckt. Wälder, die heute schon dramatisch unter den Folgen der Klimakrise leiden. Bäume vertrocknen und sterben ab, Lebensräume schrumpfen und Arten verschwinden. Waldbrände bedrohen unsere durch die Klimaveränderungen geschwächten Wälder. Dabei braucht unser Klima gesunde Wälder so dringend als grüne Lunge, die CO₂ aus der Atmosphäre bindet. Gesunde Wälder sorgen für ~~kühlere Landschaften~~ Kühlung in der Landschaft, speichern Wasser, sind Lebensraum für Pflanzen und Tiere, ~~Wirtschaftsraum~~ Lieferant nachwachsender Rohstoffe sowie ein Erholungsort für uns Menschen. Wenn es dem Wald gut geht, geht es den Brandenburger*innen auch ~~Brandenburg~~-gut.

Ä-K05-258 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 106:

Eine weitere Folge der Klimakrise: Das Wasser in Brandenburg wird immer knapper. Wasser, das Natur und Menschen zum Leben, aber auch ~~unsere Landwirtschaft und Industrie zum Arbeiten brauchen. Wir haben bereits wichtige Schritte unternommen, um das Wasser in unserer Landschaft zu halten, auf denen wir aufbauen werden. Dazu gehört die Rettung unserer Moore, von denen viele in der Vergangenheit trockengelegt wurden und die bald wieder zu artenreichen Wasserspeichern werden sollen.~~ Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zum Arbeiten brauchen. Wir haben bereits wichtige Schritte unternommen, um das Wasser in unserer Landschaft zu halten, auf denen wir aufbauen werden. Dazu gehört das Landesniedrigwasserkonzept, das nun schrittweise auf regionaler Ebene untersetzt und umgesetzt wird und das Moorschutzprogramm mit vielen wichtigen Maßnahmen zum Wasserrückhalt, zur CO2-Bindung und Anpassung an die nasse Moornutzung.

Ä-K05-259 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 109:

Wir wollen Brandenburgs Wälder erhalten und sie widerstandsfähig gegen die Klimakrise machen. Mit einem neuen Landeswaldgesetz wollen wir die rechtlichen Grundlagen für ~~dieses Vorhaben verbessern. Für alle Wälder, vor allem in Siedlungsnähe, sollen regionale Schutzkonzepte gegen Waldbrände ausgearbeitet werden, die unter anderem das Anlegen von Rettungswegen, Wundstreifen und Waldbrandriegeln beinhalten.~~ diese Generationenaufgabe verbessern.

Begründung

Den zweiten Satz haben wir in einem anderen Absatz eingeordnet.

Ä-K05-261 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 110:

Wir wollen Brandenburgs Wälder nach dem Dauerwaldprinzip bewirtschaften, das heißt vor allem auf Kahlschläge verzichten. Die Abholzung von Waldflächen und die damit verbundene Waldumwandlung in andere Nutzungsarten wollen wir ~~deutlich~~ auf das absolut notwendige Maß reduzieren. Für die Erreichung der Brandenburger Klimaziele brauchen wir mehr Wald als CO₂-Speicher. Darum soll bis 2030 jährlich eine Fläche von mindestens 2.500 Hektar aufgeforstet ~~– das entspricht über 3.500 Fußballfeldern~~ werden.

Ä-K05-262 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 112:

Die Kiefern-Monokulturen, die wir in weiten Teilen in Brandenburg sehen, sind gegenüber Trockenheit, Hitze und Schädlingsbefall besonders anfällig. Darüber hinaus wirken Nadelholzforste einer Grundwasserneubildung entgegen. Darum ~~werden müssen~~ wir unsere Wälder ~~umbauen – hin-~~ zu vielfältigen Mischwäldern voller unterschiedlicher Baum- und Pflanzenartenreich strukturierten Laubmischwäldern entwickeln. Dabei setzen wir vor allem auf ~~die~~ das Anpassungspotenzial heimischer Laubbaumarten, auf Naturverjüngung und Saat; Denn selbst ausgesamte Gehölze entwickeln eine höhere Widerstandskraft gegenüber den Umweltbedingungen. Wir wollen aber auch auf Pflanzungen nicht verzichten, um den Waldumbau mit einer möglichst großen Vielfalt an Arten voranzubringen. ~~{Leerzeichen}~~

Für alle Wälder, vor allem in Siedlungsnähe, sollen regionale Schutzkonzepte gegen Waldbrände ausgearbeitet und umgesetzt werden, die unter anderem das Anlegen von Rettungswegen, Wundstreifen und Waldbrandschutzriegeln beinhalten.

Durch die von uns umgesetzte Strukturreform ist die Landesforstverwaltung für diese große Aufgabe besser vorbereitet. Um langfristig Fachkräfte für den Landesforst zu sichern, wollen wir die Zahl der Ausbildungsplätze im Landesbetrieb Forst deutlich anheben. Wichtige Partner beim Waldumbau sind die privaten und kommunalen Waldbesitzenden. Wir werden deshalb die Forstbetriebsgemeinschaften weiterhin durch angepasste Förderprogramme unterstützen.

Ä-K05-263 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 113:

~~Welche~~Wir wollen wissenschaftlich untersuchen lassen, welche Waldtypen und Baumarten ~~der Klimakrise~~bestimmter Herkunft sich den verändernden Bedingungen im Klimawandel am besten ~~standhalten~~anpassen können und deshalb bevorzugt in unsere Wälder ~~begrünen sollen, wollen wir wissenschaftlich überprüfen~~eingbracht werden sollen. Eine von der Bundesebene geförderte Beratung zu geeigneten Baumarten und die Anpassung der Herkunftsnachweise für Saat- und Pflanzgut werden wir im Bundesrat ~~anstoßen~~anstoßen und die Förderrichtlinien entsprechend anpassen.

Ä-K05-264 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 114:

Die Jagd spielt für die Entwicklung artenreicher Mischwälder eine wichtige Rolle. ~~Wir wollen im Landeswald weiter auf Zäune, die junge Bäume schützen, verzichten. Wald und Wildtiere sollen in einem guten Verhältnis miteinander wachsen und leben. Um Schäden durch Tiere an jungen Bäumen weitgehend zu vermeiden, sollen Reh-, Dam- und Rotwild stärker bejagt werden.~~ Wir wollen die Naturverjüngung und Anpflanzungen durch angepasste Jagd schützen. Wald und Wildtiere sollen sich in einem guten Verhältnis zueinander entwickeln. Um Schäden durch Tiere an jungen Bäumen weitgehend zu vermeiden, soll sich die Bejagung von Reh-, Dam- und Rotwild an den Ergebnissen des Wildschadensmonitorings orientieren.

Ä-K05-265 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 116:

~~Holz wird als nachwachsendes Material für Häuser und Produkte immer gefragter. Bei der Produktion von Holz wollen wir den Wald schützen und nachhaltig wirtschaften. Dazu gehört, Böden zu schonen und auf den Naturschutz zu achten. Auch wo Bäume gefällt werden, wollen wir das Zusammenspiel zwischen Lebensräumen im Wald und zwischen Waldgebieten erhalten. Diese Ziele werden wir weiter mit finanziellen Anreizen und Förderprogrammen unterstützen.~~ Wir wollen den Wald schützen und nachhaltig nutzen, denn Holz wird als nachwachsender Rohstoff für die Bauwirtschaft und andere vielfältige Produkte immer gefragter. Dazu gehört, die Böden zu schonen und Naturschutzaspekte zu beachten. Wir wollen die Artenvielfalt im Wald erhalten und dies weiter mit finanziellen Anreizen und Förderprogrammen für private, kommunale und andere Waldbesitzende unterstützen. Das Monitoring und die Erforschung des Waldes wollen wir ausbauen. Wir wollen Waldbesitzende und Unternehmen stärker zu einer nachhaltigen und klimaangepassten Bewirtschaftung des Waldes beraten. Den Anteil des landeseigenen Waldes, der nach ökologischen und sozialen Mindeststandards (FSC) bewirtschaftet wird, konnten wir in der Landesregierung deutlich steigern, unser Ziel bleibt 100 Prozent.

Ä-K05-266 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 118:

Nasse Moore sind Klimaschützer. Sie binden große Mengen CO₂, speichern wertvolles Wasser in der Landschaft und sichern damit auch die Zukunft der Landwirtschaft. In entwässerten Mooren zersetzt sich dagegen der Torf, wobei große Mengen Treibhausgase freigesetzt werden. ~~Darum~~ Wir wollen die Treibhausgasemissionen entwässerter Moore bis 2030 um jährlich 750.000 Tonnen und bis 2040 um jährlich weitere drei Millionen Tonnen reduzieren.

Weil Moorschutz im Rahmen des Klimaschutzes von besonderem öffentlichen Interesse ist, hat Brandenburg auf unsere Initiative hin Brandenburg ein Moorschutzprogramm beschlossen und erfolgreiche Förderprogramme für die moorschonende Stauhaltung und ~~für Klima-Moorschutz~~ die Anpassung an die Bewirtschaftung nasser Moore möglich gemacht.

Damit wollen wir noch erhaltene naturnahe Moore mit ihrer wertvollen Tier- und Pflanzenwelt schützen und nicht genutzte, entwässerte Moore renaturieren, um Wasserrückhalt und Biodiversität zu fördern.

Ä-K05-268 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 119:

~~Auf Moorflächen, die in der Vergangenheit entwässert wurden, werden wir den Wasserstand wieder anheben. Wo möglich, sollen Moorflächen für die Tierhaltung weiter genutzt werden können. Gleichzeitig sollen Landwirt*innen mit neuen Nutzungskonzepten auf Moorflächen Geld verdienen können.~~
In genutzten, entwässerten Moorflächen wollen wir den Wasserstand in Abstimmung mit den Nutzenden und Eigentümern wieder anheben, um die Emmissionen von Treibhausgasen weitgehend zu minimieren. Hier soll auch weiterhin Biomassenutzung oder Grünlandnutzung mit angepassten Nutztierassen stattfinden. Landwirt*innen sollen mit neuen Nutzungskonzepten auf Moorflächen ein gutes Einkommen haben. Dazu müssen neue Wertschöpfungsketten entwickelt werden.

Ä-K05-269 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 120:

~~Um die Rückkehr unserer Moore möglich zu machen, wollen wir eine Mooragentur aufbauen, die Landwirt*innen und Flächeneigentümer*innen berät und vernetzt. Wir möchten mehr Expert*innen für den Moorschutz einstellen, um Bewirtschafter*innen von Moorflächen besser zu beraten. Auf diese Weise wollen wir die Treibhausgas-Emissionen, die entwässerte Moore verursachen, bis 2030 um jährlich 750.000 Tonnen und bis 2040 um jährlich weitere drei Millionen Tonnen reduzieren. Vom Moorschutz profitieren das Klima, der Wasserhaushalt, die Artenvielfalt und die Menschen in Brandenburg.~~

Um den Moorschutz zügig voranzubringen, wollen wir eine Moorschutzagentur aufbauen, die potenzielle Projektträger, Landwirt*innen und Flächeneigentümer*innen berät und vernetzt. Wir möchten mehr Expert*innen für den Moorschutz einstellen, um Bewirtschafter*innen von Moorflächen umfassender zu beraten.

Für die Finanzierung der umfangreichen Moorschutzmaßnahmen wollen wir einen "Moorfonds Brandenburg" einrichten und die vom Bund und von der EU zur Verfügung gestellten Förderprogramme nutzen.

Ä-K03-270 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 48 einfügen:

Brandenburgs Natur- und Kulturlandschaften sind ein großer Schatz. Doch unsere Wiesen, Wälder, [Moore](#), Seen und Flüsse werden durch die Klimakrise und menschliche Eingriffe weiterhin stark bedroht. Das gilt auch für viele Tier- und Pflanzenarten, deren Lebensräume sich verändern oder zerstört werden. Seit dem Eintritt in die Regierung 2019 konnten wir für Brandenburgs Natur und insbesondere beim Schutz von Wäldern und Mooren schon viel erreichen. Darauf wollen wir aufbauen und Brandenburgs Natur als Lebensgrundlage für uns alle schützen und erhalten. Wir konnten den jahrzehntelangen Personalabbau in der Umweltverwaltung stoppen und umkehren. Das wollen wir fortsetzen, es braucht für den Schutz von Umwelt und Natur mehr Personal im Land und in den Kommunen.

Ä-K03-271 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 51:

Brandenburg ist reich an schützenswerten Arten und Lebensräumen. Um diese Naturschätze zu bewahren, haben wir begonnen, zehn Prozent des Landeswalds als Naturwald – ohne eine forstwirtschaftliche Nutzung – zu entwickeln. ~~Wir wollen zwei Prozent der Fläche Brandenburgs zu Wildnisgebieten ausweisen und sie so schützen. Hier kann sich die Natur ohne Eingriffe frei entfalten und gleichzeitig als faszinierende Landschaft erlebbar werden. Grundlage unseres Einsatzes für lebendige Naturräume sind die Biodiversitätsstrategien von Bund und der Europäischen Union, die wir konsequent umsetzen werden.~~ Darauf möchten wir aufbauen und zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie auf zwei Prozent der Fläche Brandenburgs Wildnisgebiete schaffen. Hier kann sich die Natur ohne Eingriffe frei entfalten und gleichzeitig als faszinierende Landschaft erlebbar werden.

Ä-K03-272 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 52:

~~Mit einer Umweltakademie nach baden-württembergischem Vorbild wollen wir für alle Menschen, insbesondere in der Verwaltung, ein Angebot für hochqualifizierte Aus- und Fortbildungen schaffen. Wir wollen die Umweltprojekte mit Fördermittelgeber*innen zusammenbringen und damit Projekte für den Artenschutz und gegen den Wassermangel ermöglichen.~~

Mit einer Umweltakademie wollen wir für die im Umwelt- und Naturschutzbereich engagierten Brandenburger*innen ein Angebot für hochqualifizierte Aus- und Fortbildungen schaffen.

Begründung

Den zweiten Satz haben wir zuständigkeitshalber in einem anderen Absatz eingefügt.

Ä-K04-273 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Torsten Wiebke

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 74 einfügen:

Ob Familienbetrieb, junge Durchstarter*in oder Alteingesessene: Brandenburgs Landwirtschaftsbetriebe sollen vielfältig bleiben. Den Ausverkauf unserer Flächen an nicht-landwirtschaftliche Investoren lehnen wir ab.[Leerzeichen]Das gehen wir mit einem Agrarstrukturgesetz an und gründen eine Siedlungsgesellschaft des Landes. Die gemeinwohlorientierte Verpachtung öffentlicher Flächen von Land und Kommunen soll Vorrang vor allein finanziell einträglicher sein. Das stärkt nicht nur unsere vielfältigen Strukturen, sondern sichert auch die regionale Versorgung und Wertschöpfung. Existenzgründer*innen unterstützen wir mit einer zielgerichteten Förderung und Beratungsangeboten.

Begründung

Bisher gibt es keine Regelungen zur Verpachtung von öffentlichen landwirtschaftlichen Flächen und in der Regel orientiert man sich an dem erzielbaren Pachtpreis. Vergaben sollten sich an Gemeinwohlkriterien, wie sie auch der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert (<https://www.abl-ev.de/apendix/news/details/gemeinwohlorientierte-verpachtung>) fordert.

Ä-K03-274 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 53:

~~Wir streiten für ein Insektenschutzprogramm, auch um besonders seltene Arten vor dem Aussterben zu bewahren. Den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide wollen wir in Brandenburg schrittweise auf Null reduzieren, um Menschen und Tiere zu schützen. Die Anwendung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Flora-Fauna-Habitat-Gebieten soll umgehend beendet werden.~~

Mit einer Umweltagentur wollen wir eine Schnittstelle zwischen potenziellen Projektträgern und Fördermittelstellen schaffen, um die Beratung zur Planung und Umsetzung von Projekten zu fördern. Damit wollen wir mehr Akteure in Verbänden und Kommunen motivieren und befähigen, Projekte für den Naturschutz und den Wasserhaushalt umzusetzen.

Mit einem Insektenschutzgesetz wollen wir sicherstellen, dass in Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten keine Pestizide und mineralische Stickstoffdünger mehr verwendet werden, Gewässerrandstreifen zum Schutz vor Pestiziden und Dünger eingerichtet werden, öffentliche Grünanlagen insektenfreundlich gestaltet und gepflegt werden und die Verpachtung landeseigener Flächen nach ökologischen Kriterien erfolgt. Die Pestizidreduktionsstrategie und das Insektenschutzprogramm des Landes werden wir umsetzen und hierbei auch Maßnahmen gegen die Lichtverschmutzung zum Schutz von Insekten und Menschen ergreifen.

Ä-K03-275 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 54 einfügen:

Um verletzte Wildtiere besser zu versorgen, wollen wir ein landesweites Netz von Wildtierstationen aufbauen.

Wir unterstützen die wichtige Arbeit der Tiergärten im Land Brandenburg in den Bereichen Umweltbildung, Natur- und Artenschutz, Forschung und Erholung.

Ä-K03-276 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 53 einfügen:

Wir streiten für ein Insektenschutzprogramm, auch um besonders seltene Arten vor dem Aussterben zu bewahren. Den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide wollen wir in Brandenburg schrittweise auf Null reduzieren, um Menschen und Tiere zu schützen. Die Anwendung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Flora-Fauna-Habitat-Gebieten soll umgehend beendet werden.

Für einen effektiven Insekten- und Artenschutz richten wir eine Koordinierungsstelle für Insektenschutz und -forschung in Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Brandenburg ein. Sie sollen gemeinsam mit Landwirtschaftsbetrieben praxisorientierte Forschungsprojekte auf den Weg bringen, die Ergebnisse öffentlich kommunizieren und den Transfer von der Forschung in die Praxis der Landwirtschaft unterstützen.

Die staatliche Vogelschutzwarte und die Naturschutzstationen für Säugetierschutz und Amphibien- und Reptilienschutz schaffen die fachlichen Grundlagen für rechtssichere Genehmigungsverfahren, z.B. im Bereich der Infrastruktur- und Energiewendemaßnahmen. Diese Naturschutzstationen wollen wir dauerhaft sichern und um ein Artenschutzkompetenzzentrum für Pflanzen- und Insektenschutz ergänzen. Die Naturschutzbehörden sollen personell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben im Bereich des Naturschutzmanagements zukunftsorientiert bewältigen können.

Das Ehrenamt im Naturschutz wollen wir stärken und die Mittel für Aufwendungen für ehrenamtliche Naturschutzaktivitäten, besonders für die Pflege und Entwicklung von Lebensräumen und Landschaften erhöhen. Naturschutzstationen in Trägerschaft von Kommunen und Verbänden wollen wir künftig fördern, um die praktische Naturschutzarbeit in der Fläche zu verbessern, den ehrenamtlichen Naturschutzdienst und vor allem die Umweltbildung und Nachwuchsförderung zu unterstützen.

Begründung

Das Insektenschutzgesetz und die Koordinierungsstelle für Insektenschutz- und Forschung sind Verhandlungsergebnisse im Rahmen des Insektendialogs mit den beiden Volksinitiativen. Die Vorhaben scheiterten am Widerstand der SPD. Mit der Aufnahme ins Wahlprogramm soll den Volksinitiativen die entsprechende Wertschätzung entgegengebracht werden und ein neuer Anlauf zur Umsetzung der Vorhaben unternommen werden.

Ä-K03-277 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 59 löschen:

~~Wir setzen das 30x30-Ziel der Weltnaturkonferenz von Montreal um. Das heißt, wir stellen bis 2030 30 Prozent der Brandenburger Land- und Wasserflächen unter Naturschutz. Außerdem wirken wir der Biodiversitätskrise entgegen.~~

Begründung

Der Satz steht im Widerspruch zum nächsten Absatz. Bei uns sind bereits 30 % der Landschaft gesetzlich geschützt.

Ä-K03-278 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 60:

30 Prozent Brandenburgs gehören zu den Nationalen Naturlandschaften. Das sind Naturparks, Biosphärenreservate und der Nationalpark Unteres Odertal. ~~Hier können sich Tiere~~Sie sind Rückzugsraum für viele sensible Tier- und ~~Pflanzen in den geschützten Gebieten ungestört entwickeln~~Pflanzenarten, Modellregionen für nachhaltige Landnutzungsformen und ~~Menschen sich erholen~~dienen gleichzeitig der Umweltbildung und Erholung. Wir wollen, dass die wichtige Arbeit der Nationalen Naturlandschaften sichtbarer wird und mehr Menschen erreicht. Dafür wollen wir besonders in den Bereichen Kommunikation und Bildung mehr ~~Beschäftigte~~Personal einstellen, ~~die um~~ bundesweite Förderprogramme vor Ort umsetzen und die Zusammenarbeit der Nationalen Naturlandschaften mit Landnutzenden, Interessenverbänden, Kindergärten und Schulen auszubauen. ~~Zur Stärkung der~~Die Naturwacht wollen wir ~~deutlich mehr Geld bereitstellen.~~weiterhin entsprechend ihrer wachsenden Aufgaben absichern.

Ä-K03-279 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 61:

Den Nationalpark Unteres Odertal, Deutschlands einzigen Auen-Nationalpark, wollen wir ~~durch den Stopp des Oderausbaus bewahren. Das große Gebiet des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberoser Heide wollen wir langfristig zum Nationalpark entwickeln, wenn die beteiligten Kommunen einverstanden sind.~~vor Gefährdungen bewahren und weiter für den Stopp des Oderausbaus kämpfen. Für das große, fast unzerschnittene Gebiet des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberoser Heide wollen wir die Eignung als Nationalpark und die Möglichkeiten der Umsetzung als weichen Standortfaktor im Strukturwandel der Lausitz gemeinsam mit den Akteuren vor Ort prüfen. Für die Betreuung und das Management von Brandenburgs einziger UNESCO-Weltnatuerbestätte, dem Buchenwald Grumsin, wollen wir Personalstellen zur Verfügung stellen.

Ä-K03-280 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 62:

Die Brandenburger NATURA-2000-Gebiete wollen wir als Teil eines europaweiten Netzes aus Schutzgebieten stärken. ~~So machen wir Brandenburgs Schutzgebiete fit für die Zukunft. Die Naturschutzstationen wollen wir auch weiter unterstützen.~~Zur Umsetzung der Aufgaben im europäischen Natura 2000-Schutzgebietssystem wollen wir die Natura 2000-Teams verstetigen und die Planung und Umsetzung von Maßnahmen in den europäischen Schutzgebieten gemeinsam mit den Landnutzenden langfristig absichern.

Ä-K03-281 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 64:

~~Unser Klima und unsere Natur brauchen jeden Baum. Und trotzdem sinkt bei uns die Zahl der Straßen, die von Bäumen gesäumt werden. Ein neues Kompetenzzentrum soll diesen Trend umkehren und dafür sorgen, dass die berühmten Brandenburger Alleen ein Comeback erfahren. Die Alleenschutzkonzeption des Landes wollen wir weiterentwickeln. So muss beispielsweise bei Verlusten von Alleenbäumen zukünftig eine 1:1-Kompensation möglichst ortsnah erfolgen.~~

Unsere Alleen sind landschaftsprägend, wichtig für Klimaschutz und -anpassung und ein Stück Heimat. Dem fortschreitenden Verlust an Alleen wollen wir entschieden entgegenreten und eine Trendwende einleiten. Bei der Fällung von Straßenbäumen wollen wir zeitnah eine 1:1 Kompensation durchsetzen. Bei der Erhaltung, Nachpflanzung und Neuanlage von Alleen sollen nicht nur die Bundes- und Landesstraßen, sondern auch kommunale und Kreisstraßen eingebunden werden. Dazu soll im Landesbetrieb Straßenwesen eine Umsetzungseinheit mit einem eigenen Budget geschaffen werden, die gemeinsam mit Kreisen und Kommunen Alleenprojekte entwickelt und umsetzt. Das Alleenkompetenzzentrum wollen wir verstetigen und dessen Finanzierung langfristig sichern, um die Forschung und den Wissenstransfer zur Alleenentwicklung im Klimawandel zu gewährleisten.

Ä-K04-286 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 93 löschen:

~~Wir eröffnen mehr Absatzmärkte für Brandenburger Obst, indem das EU-Schulobstprogramm auf heimisches Gemüse und Obst erweitert wird. Regionale Wertschöpfung und Vermarktung sollen im Rahmen der Ernährungsstrategie verankert werden – vor allem in der Gemeinschaftsverpflegung. Die Förderung der Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau und Arboristik in Großbeeren setzen wir fort und wollen dort auch Forschung zum Bio-Obstanbau verankern.~~

Begründung

Ist bereits im Schulobstprogramm förderfähig. In Ernährungsstrategie ist es auch verankert und verabschiedet.

Ä-K06-291 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 135 einfügen:

Den Schienenausbau im Rahmen des Projekts i2030 wollen wir schneller und konsequenter umsetzen. Wo möglich, wollen wir stillgelegte Strecken wieder reaktivieren, unter anderem die Schorfheidebahn RB63 und die Wriezener Bahn. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse, Takt- und Rufbusse die Verbindungen zwischen den Orten. Wir wollen das öffentliche Verkehrsnetz als ein großes Ganzes denken und die Finanzierung im Land neu organisieren.

Um den Ausbau der Schienenwege weiter zu beschleunigen, wollen wir die Finanzierung stabilisieren. Bei langfristigen Bauprojekten ist es eine große Herausforderung Gelder aus verschiedenen Quellen über Jahre hinweg zu verwalten. Daher wollen wir einen Infrastrukturfond auf den Weg bringen, der nach Vorbildern in Österreich und der Schweiz, Gelder projektbezogen verwaltet. Somit verfallen im Haushalt vorgesehene Gelder nicht mehr, weil sie wegen Mangel an Bau – und Planungskapazitäten nicht im jeweiligen Haushaltsjahr abgerufen werden konnten. Für den Netzausbau wird so die Finanzierung transparenter und besser planbar.

Begründung

Im Projekt i2030 kam es immer wieder zu vermeidbaren Verzögerungen, weil Finanzierungsvereinbarungen nicht geschlossen werden konnten und dadurch die Planung gestoppt wurde. Gründe sind u.a.:

- Nicht beschlossener Haushalt (Berlin oder Brandenburg)
- Gesperrte Verpflichtungsermächtigungen
- Änderungen der Höhe der Planungskosten oder Verschiebungen der Jahresraten gegenüber der Haushaltsanmeldung

Daher greift der Änderungsantrag auch eine Forderung der Allianz pro Schiene auf, die sie auch im letzten Januar-Newsletter nochmal kommuniziert hat nach mehrjährigen Finanzierungsfonds:

Die Rahmenbedingungen für die Schiene lassen sich weiter verbessern, natürlich nicht nur durch die Weiterentwicklung der Lkw-Maut. Die tauforsche gemeinwohlorientierte Infrastruktursparte der Deutschen Bahn bietet eine ebenso große Chance, Instandhaltung und Ausbau der Schiene zu verbessern. Es braucht dazu mehrjährige Fonds, damit die Beteiligten Planungssicherheit haben und Aufträge, etwa für die aufwändige Sanierung der Hochleistungskorridore, rechtzeitig vergeben werden können.

<https://www.allianz-pro-schiene.de/newsletter/newsletter-januar-2024/>

Ä-K02-308 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 28 löschen:

~~Kommunen sollen besonders stark von der Energiewende profitieren. Auf Bundesebene haben wir diese Beteiligung im Erneuerbare-Energien-Gesetz ermöglicht, im Land wollen wir im Rahmen des Wind- und Solareuros diese lokale Wertschöpfung schaffen.~~ Wir werden Kommunen stärker bei der Beantragung und Nutzung von Fördermitteln vom Bund unterstützen. Kommunale Energiewende-Verantwortliche sollen als Ansprechpartner dienen.

Begründung

Solar und Windeuro bereits beide beschlossen, wie in Absätzen darüber zweifach bereits erwähnt.

Ä-K02-309 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 34 bis 35:

Dank öffentlicher Förderung, Investitionen und dem Engagement der Menschen vor Ort ist die Lausitz heute schon im Wandel zu einer modernen, klimafreundlichen Energie- und Industrieregion. Neue Branchen siedeln sich an und Arbeitsplätze entstehen. Inzwischen herrscht in der Lausitz nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern Fachkräftemangel. Wir wollen alle Beschäftigten beim Strukturwandel mitnehmen – egal wo sie arbeiten. Wir arbeiten für eine lebenswerte und zukunftssichere Lausitz. Dank uns gibt es einen Sonderausschuss Lausitz im Brandenburger Landtag, der den Strukturwandel auch durch das Parlament begleitet. Klar ist: Es braucht Planungssicherheit für die Menschen in der Lausitz. Denn die Preise für Strom aus fossilen Brennstoffen, insbesondere der Braunkohle, steigen im Vergleich zu den Erneuerbaren stetig an. Schon bald wird Kohlestrom nicht mehr wirtschaftlich sein. Das Land muss sicherstellen, dass die Bergbauunternehmen nicht von heute auf morgen den Betrieb einstellen und die Lausitz einen erneuten Strukturbruch erlebt. Statt also starr an einem Kohleausstieg in 2038 festzuhalten, wollen wir die Pläne an die Realität anpassen. Es braucht einen klaren und verbindlichen Ausstiegsfahrplan, spätestens um das Ende der Kohleförderung bis 2030 ~~muss Schluss sein~~ zu steuern!

Begründung

Bisher setzen wir vor allem auf den marktgetriebene Kohleausstieg, der die Kohle bis 2030 enden lässt. Daher sollten wir es auch so formulieren.

Ä-K04-329 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 97 löschen:

In der Verfassung des Landes Brandenburg heißt es in Artikel 39: „Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet“. Allerdings werden bestehende Gesetze, die Tiere in Brandenburg schützen, oft nicht durchgesetzt, weil es den Landkreisen anm notwendigen Personal mangelt, um Tierhaltungsbetriebe wirksam zu kontrollieren. Darum wollen wir eine landesweite Kontrollbehörde schaffen, in der Veterinärmediziner*innen und Jurist*innen arbeiten. Die Kontrollbehörde unterstützt die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter (VLÜÄ), ~~führt mehr Kontrollen durch~~ und ist Ansprechpartnerin für Spezialfälle.

Begründung

Veterinärüberwachung ist originäre Aufgabe der kommunalen Ebene, es dürfte rechtlich schwierig sein eine landesweite Parallelinstanz mit Kontrollfunktion zu etablieren. Wir sollten den Ansatz des LAVG bisher weiter verfolgen mit Beratung und Vernetzung.

Ä-K01-344 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 20:

Weil die Klimakrise immer häufiger Extremwetterereignisse, wie Starkregen oder Hitzephasen, mit sich bringt, wollen wir die Förderprogramme für den Schutz vor Extremwetter in Kommunen besonders ausbauen. Jede Kommune soll dabei unterstützt werden, Konzepte zur Klimaanpassung zu entwickeln. Hitzeaktionspläne sollen für mehr Kühle und Schatten in unseren Städten und Gemeinden sorgen und die Infrastruktur auch in Hitzephasen absichern.~~[Leerzeichen]~~

Den Hochwasserschutz wollen wir ebenso weiter voranbringen,~~wobei wir uns – nachdem die~~. Die Deiche an Elbe und Oder sind fast vollständig ertüchtigt sind –. Aus unserer Sicht ist es damit aber nicht getan, sondern es muss darum gehen, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben, also wo immer möglich Deiche zurückzulegen. Bevorzugt als regelmäßig geflutete Polder, weil diese naturnäher sind. Besondere Priorität muss jetzt vor allem auf die Region der Region der Schwarzen Elster konzentrieren wollen liegen. An der Oder wollen wir die im nationalen Hochwasserschutzprogramm enthaltenen Maßnahmen zügig umzusetzen. In allen hochwassergefährdeten Gebieten wollen wir geordnete Verfahren für den Notfall schaffen, Siedlungen schützen und im Dialog mit Landnutzer*innen und Kleingärtner*innen gute Lösungen und Entschädigungsregelungen finden. Dafür braucht es deutlich mehr Personal im Bereich Hochwasserschutz. Denn in Zeiten des Klimawandels wissen wir: Nach einem Jahrhunderthochwasser ist vor einem Jahrhunderthochwasser.

Begründung

Formulierungen im Einklang mit unserer Beschlusslage LDK/LPR zur Oder ergänzt

Ä-K01-348 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Tammo Westphal

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 3:

Die Notwendigkeit zum Handeln war noch nie so groß wie jetzt. Alles, was wir heute für den Klimaschutz tun, schützt ~~uns~~ in Zukunft ~~vor noch größeren Problemen~~ unsere Existenz. Mit mutigem und konsequentem Anpacken schützen wir unsere Kinder und Enkelkinder und geben ihnen ein Stück Sicherheit zurück. Die Klimakrise ist Realität und nicht verhandelbar. Unser Ziel ist nach wie vor: Die Erderhitzung auf höchstens +1,5 Grad zu begrenzen – so wie es im Pariser Klimaschutzabkommen steht. Dafür müssen wir den Ausstoß von Treibhausgasen, wie CO₂, auf ein Mindestmaß reduzieren. ~~Und gleichzeitig werden wir darauf achten, dass der Wandel für alle bezahlbar und gerecht bleibt~~ Doch Veränderung braucht Absicherung! Deswegen müssen Klimaschutzmaßnahmen immer sozial abgedeckt werden.

Ä-K02-356 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 37 einfügen:

Uns ist wichtig, dass die Zivilgesellschaft eine größere Rolle in den Gremien, die den Strukturwandel gestalten, spielt. Die Initiative „Bürgerregion Lausitz“ wollen wir langfristig finanziell unterstützen und auch Vereinen erlauben, Fördergelder zu beantragen. Kindergärten und andere soziale Einrichtungen sollen ebenso förderfähig werden, denn diese sind eine Grundvoraussetzung, um die Region attraktiv für zuziehende Fachkräfte zu machen und damit entscheidend für den Erfolg des Strukturwandels.

Begründung

Ich finde, hier braucht es eine kurze Erklärung, warum die Förderung von Kindergärten und sozialen Einrichtungen entscheidend ist.

Ä-K07-360 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 162:

Wir wollen in Zukunft weniger Flächen in Brandenburg für Bau- und Infrastrukturprojekte verbrauchen und mehr Natur für uns alle erhalten. Dafür wollen wir den Landesentwicklungsplan, welcher festlegt, wo in Brandenburg gebaut und wie genau Flächen genutzt werden können, weiterentwickeln. Bis ~~2050~~2030 sollen unter dem Strich keine neuen Flächen mehr verbraucht werden.

Begründung

Laut Beschlusslage fordern wir dies bis 2025:

https://gruene-brandenburg.de/userspace/BB/lv_brandenburg/beschluesse/2016/Landfrass_stoppen_-_Brandenburgs_Naturschatz_erhalten_.pdf

Im Wahlprogramm von 2019 fordern wir ebenso 2025. Dies erscheint aktuell wohl nicht mehr realistisch, trotzdem sollten wir deutlich ambitionierter vorangehen als die Strategie der Bundesregierung.

Ä-K01-363 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 20 einfügen:

Weil die Klimakrise immer häufiger Extremwetterereignisse, wie Starkregen oder Hitzephasen, mit sich bringt, wollen wir die Förderprogramme für den Schutz vor Extremwetter in Kommunen besonders ausbauen. Jede Kommune soll dabei unterstützt werden, Konzepte zur Klimaanpassung zu entwickeln. Hitzeaktionspläne sollen für mehr Kühle und Schatten in unseren Städten und Gemeinden sorgen und die Infrastruktur auch in Hitzephasen absichern. Den Hochwasserschutz wollen wir ebenso weiter voranbringen, wobei wir uns – nachdem die Deiche an Elbe und Oder fast vollständig ertüchtigt sind – vor allem auf die Region der Schwarzen Elster konzentrieren wollen.

Unsere Brandenburger Kulturlandschaften wollen wir mittels vielfältiger Strukturen zu Klimalandschaften aufwerten, indem wir verstärkt die Neuanlage von Hecken, die Umwandlung von Acker in Grünland, die Reaktivierung von Feuchtflächen und Söllen fördern. Für erfolgreichen Klimaschutz und Klimaanpassung in unserem Flächenland wollen wir die lokalen Akteure vor Ort bei Vernetzung und Projekten stärker unterstützen.

Ä-K02-364 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: KV Dahme-Spreewald

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 30:

~~Jede Form der Energienutzung bringt Zielkonflikte mit. Auch wenn die Nutzung erneuerbarer Energien hier am besten abschneidet, wollen wir die Konflikte weiter verringern. An erster Stelle ist dies durch gute und partizipative Planung möglich, um den Ausbau zu steuern. Konkret wollen wir Freiflächen-Solaranlagen vermehrt auf schon versiegelten Flächen ausbauen. Um die geplanten Windvorranggebiete so schnell wie möglich auszuweisen, wollen wir die Regionalen Planungsgemeinschaften weiter stärken.~~

Jede Form der Energienutzung bringt Zielkonflikte mit. Auch wenn die Nutzung erneuerbarer Energien hier am besten abschneidet, wollen wir die Konflikte weiter verringern. Die Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) kann als Beispiel dienen für vertiefte Beratungs- und Förderungsangebote an die Kommunen. Gute partizipative Planung, insbesondere auf der Ebene der gesetzlich verankerten kommunalen Bauleitplanung, kann Konflikte der wachsenden Flächenkonkurrenz demokratisch legitimiert reduzieren. Für die Aktualisierung ihrer Bauleitplanung sollen insbesondere auch ländliche Kommunen weiterhin finanziell unterstützt und beraten werden.

Begründung

Dieser Abschnitt zu Planungsprozessen für die Ausweisung von Eignungsgebieten für Erneuerbare ist zentral für das Gelingen der Energiewende. Das Problem, dass die Regionalplanungen in den vergangenen 20 Jahren brandenburgweit keine rechtsverbindlichen Regionalpläne zuwege gebracht haben, und nun die Realisierung von Vorhaben weitgehend nur von der Verständigung von Grundstückseigentümer und Investor abhängig ist. Natürlich können weiterhin Regionalpläne versucht werden, zu erarbeiten. Die gesetzliche Planungshoheit liegt jedoch verbrieft zuerst bei den Kommunen. Unabhängig von möglichen Regionalplänen, sollte es hier darum gehen, die Fähigkeit der Kommunen – insbesondere im ländlichen Raum – zu stärken, durch aktualisierte kommunale Bauleitplanung die wachsende Flächenkonkurrenz, die sich durch verschiedene Nutzungsansprüche (Erneuerbare, Ausgleichsflächen, Aufforstung, Mobilität, Infrastruktur, Retention etc.) noch verstärken wird, in einem schlüssigen Bauleitplan zu klären. Diese Ebene ist gesetzlich so vorgesehen und durch die Kommunalparlamente demokratisch legitimiert. – Probleme gibt es für Kommunen häufig im Bereich der Finanzierung dieser Planungen (Thema Haushaltssicherung) (wenn es eben keine Angebotsplanung durch ein Investor sein soll, der nur wieder seine Interessen realisieren möchte), sowie aufgrund des fehlenden Wissens. Diese Probleme will der Änderungsantrag speziell angehen. – Gleichzeitig wird im Ursprungstext nicht auf die vorliegende „Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA)“ des Landes Brandenburg verwiesen, sondern eine Einzelmaßnahme benannt. Dieser Aspekt wurde auch verändert.

Ä-K03-365 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 56 einfügen:

Dass es in Brandenburg wieder Wölfe gibt, ist ein großer Erfolg für den Artenschutz. Der Schutz von Weidetieren vor Wolfsangriffen ist zugleich eine große Herausforderung. Andere Länder zeigen, dass Wölfe und Weidetierhaltungen nebeneinander existieren können. Darum setzen wir auf den Schutz von Weidetieren je nach Bedarf der Betriebe durch Zäune und Herdenschutzhunde und wollen dies weiterhin mit bis zu 100 Prozent unbürokratisch fördern. Wölfe, die gelernt haben, diesen Schutz zu überwinden und Schaden anrichten, müssen schnell und konsequent entnommen werden. So schaffen wir Akzeptanz für den geschützten Wolf und schützen gleichzeitig Weidetiere und die Existenz von weidetierhaltenden Betrieben.

Begründung

in Brandenburg gibt es eine große Anzahl an kleineren bzw Hobby- Weidetierhaltern für die der Einsatz von Herdenschutzhunden nicht möglich ist. Eine einfache und unkomplizierte Beantragung ist Voraussetzung, dass die Tierhalter an der Förderung teilnehmen.

Ä-K04-367 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 66:

Unser Ziel ist eine nachhaltige Landwirtschaft, die Arbeitsplätze im ländlichen Raum und ~~einen guten Lebensunterhalt~~ ein faires, angemessenes und gerechtes Einkommen für unsere Landwirt*innen sichert. Eine Landwirtschaft, die Lebensräume für Tiere und Pflanzen ~~erhält~~ bietet und die Menschen in Brandenburg und Berlin mit gesunden und klimaschonend ~~hergestellten~~ erzeugten Lebensmitteln versorgt.

Ä-K06-369 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: KV Dahme-Spreewald

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 135 einfügen:

Den Schienenausbau im Rahmen des Projekts i2030 wollen wir schneller und konsequenter umsetzen. Wo möglich, wollen wir stillgelegte Strecken wieder reaktivieren, unter anderem die Schorfheidebahn RB63 und die Wriezener Bahn. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse, Takt- und Rufbusse die Verbindungen zwischen den Orten. Wir wollen das öffentliche Verkehrsnetz als ein großes Ganzes denken und die Finanzierung im Land neu organisieren.

Wir sehen in der Verlängerung der U-Bahnlinie U7 über die Stationen nach Schönefeld Terminal 1 und 2 eine notwendige Maßnahme, um vorhandene und entstehende Wohngebiete in der Region an das Schienennetz anzuschließen und zunehmende Verkehre im Flughafen-umfeld klimafreundlich zu lenken. Deshalb setzen wir uns für die Realisierung der U7-Verlängerung ein.

Begründung

Dieser ÄA ist bereits Beschlusslage des LV und sollte sich auch im Wahlprogramm widerspiegeln.

1. Die Gemeinde Schönefeld wächst in besonders großem Tempo. Allein in Schönefeld-Nord werden in Zukunft Wohnungen für mindestens 10 000 Menschen entstehen. Diese anzubinden ohne mehr Verkehr auf die Straße zu bringen ist eine besondere Herausforderung, die nur mit einem leistungsstarken ÖPNV zu bewältigen ist. Die Zuziehenden kommen größtenteils aus Berlin, häufig aus Neukölln. Für sie stellt die U7 die Verbindung zu ihren Arbeitsplätzen und den bisher gewohnten Strukturen her. Die S-Bahn mit ihrer Ausrichtung nach Osten bietet dafür keine Alternative.
2. Gleichzeitig entstehen zwischen der Berliner Stadtgrenze und dem Willy Brandt Flughafen sowie auf dem Flughafen selbst zahlreiche Arbeitsplätze. Der dadurch verursachte PKW-Verkehr wird nicht nur zu einer Zunahme der Verstopfungen auf den Straßen führen, sondern auch die Umwelt deutlich stärker belasten - unter anderem durch Lärm, CO₂, Feinstaub und Ultrafeinstaub - und das in einem Gebiet, das bereits durch den Flugbetrieb stark beeinträchtigt ist. Das zusätzliche U-Bahn-Angebot kann einen wesentlichen Teil der zusätzlichen Verkehrsleistung erbringen und Umweltbelastungen so reduzieren.
3. Die Verkehrsanbindung des Flughafens, der als Zentralflughafen der Hauptstadt-Region geplant und errichtet wurde, ist eine Aufgabe, die weit über lokale Bedürfnisse hinaus geht. Deshalb sehen wir auch nicht die allein die kommunale Ebene in der Pflicht, obwohl diese normalerweise für die Bereitstellung/Finanzierung des ÖPNV zuständig wäre, sondern das Land.

Ä-K04-370 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 68:

Wir wollen die ~~vielfältigen Strukturen der~~Brandenburger ~~Landwirtschaft~~LandwirtInnen und BäuerInnen stärken. Nur zusammen mit aktiven Menschen auf dem Lande werden wir die Biodiversitäts- und Klimakrise meistern, sauberes Wasser, Tierwohl, intakte Kulturlandschaften sichern können.

Begründung

es sind die Menschen, die wir für die Umsetzung unserer Politikziele brauchen

Ä-K04-374 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 68:

Wir wollen die vielfältigen Strukturen der Brandenburger Landwirtschaft stärken. Klar ist: Ökolandbau ist und bleibt unser Leitbild. Das zeigt auch unsere Spitzenposition im Bundesvergleich. Wir wollen bis 2030 ~~einen Anteil von den~~ Ökolandbau auf mindestens 30 Prozent ~~Ökolandbau erreichender Fläche~~ ausweiten.[Zeilenumbruch]

Dazu setzen wir den Ökoaktionsplan des Landes konsequent um.[Leerzeichen]Die ~~Ökolandbauförderung~~Förderung für den ökologischen Landbau und die ökologische Tierhaltung wollen wir ~~weiter anheben~~sichern und dabei verstärkt kleinere bis mittlere Betriebe unterstützen.

Begründung

konkretere Formulierung

Ä-K04-375 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 69:

Gleichzeitig wollen wir ~~die nachhaltige Landwirtschaft in allen Betrieben stärken und voranbringen. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir Förderung und Beratung ausbauen, die Forschung vorantreiben und wir~~ alle Betriebe auf dem Weg zu klimafördernden, ökologischeren Wirtschaftsweisen und zu einer Tierhaltung, die an den Bedürfnissen der Tiere ausgerichtet ist unterstützen und fördern
Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir für die landwirtschaftlichen Betriebe die Antragsverfahren vereinfachen,
Förderung und Beratung ausbauen und die Forschung vorantreiben. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik hin zu mehr Gemeinwohlorientierung, Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätsschutz ein.

Begründung

konkretere Formulierung

Ä-K06-377 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: KV Dahme-Spreewald

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 144 einfügen:

Emissionen des Luftverkehrs begrenzen

Der Flughafen Berlin Brandenburg stellt für viele Brandenburger*innen nicht nur ein Tor zur Welt sondern auch eine ganz erhebliche Belastung mit Blick auf die Emission von Lärm, CO2 und Feinstaub dar. Wir werden uns dafür einsetzen, das Brandenburg als Gesellschafter des BER seine Stimme nutzt, um die penible Einhaltung von Flugrouten sicherzustellen und Fluglärm etwa durch eine Anpassung der Gebührenordnung reduziert werden. Ebenso ist das Nachflugverbot strikt durchzusetzen und dabei Schlupflöcher beispielsweise für regelmäßig erfolgende Umpositionierungsflüge zu schließen. Zwei Drittel der Klimawirkung des Flugverkehrs ist auf Nicht-CO2-Effekte zurückzuführen. Deshalb kann Flugverkehr, der Kerosin als Kraftstoff nutzt, nicht klimaneutral sein, selbst wenn das Kerosin klimaneutral erzeugt wurde. Wir setzen uns deshalb für attraktive Schienenverbindungen als Alternativen zum Flugverkehr ein - insbesondere für Kurz- und Mittelstrecken. Neue Konzepte, die Klimawirkungen im Flugverkehr reduzieren, z. B. klimaoptimierte Flugrouten und neue Antriebskonzepte, möchten wir unterstützen. Das Ziel des Flughafens, den Energiebedarf für seinen Betrieb klimaneutral bereitzustellen, begrüßen wir ausdrücklich, dies muss aber in Einklang mit der Natur, die sich im Flughafenumfeld auf Ausgleichsflächen angesiedelt hat, geschehen. Darüber hinaus soll die Emission an Feinstaub im Umfeld des BER erhoben und die Arbeit der Fluglärmkommission gestärkt werden.

Begründung

Das Thema BER fehlt im Wahlprogramm. Eine Aufnahme ins Wahlprogramm sehen wir als zwingend erforderlich an, da es weiterhin ein relevantes Thema für Brandenburg ist und auch bleiben wird.

Ä-K04-379 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 71:

Für die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen brauchen wir auch in der Landwirtschaft qualifizierte Nachwuchskräfte. Daher wollen wir die berufliche Ausbildung in den Grünen Berufen stärken und Ausbildungsinhalte mit ~~diesem Fokus~~ Blick auf Klimawandel, Natur- und Tierschutz weiterentwickeln [Zeilenumbruch]

.Außerdem unterstützen wir weiterhin Junglandwirt*innen bei der Übernahme von Höfen. Wir werden die von uns neu aufgesetzte landwirtschaftliche Beratungsstruktur verstetigen und nach den Bedürfnissen der Landwirt*innen weiter ausbauen.

Ä-K04-380 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 74:

~~Ob Familienbetrieb, junge Durchstarter*in oder Alteingesessene: Brandenburgs Landwirtschaftsbetriebe sollen vielfältig bleiben.~~ Wir wollen die bestehenden Betriebe erhalten, den Generationswechsel und verstärkt die Neugründung von Betrieben unterstützen, um in Zukunft mit einer größeren Anzahl und Vielfältigkeit an Betrieben den ländlichen Raum als Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum zu bereichern.

Ä-K04-382 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 78:

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns unsere Abhängigkeit von den Weltmärkten auch im Agrarbereich vor Augen geführt. Wir wollen daher unsere regionale Landwirtschaft und Wirtschaftskreisläufe stärken und die ~~hohe~~große Vielfalt sowie die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sichern. Krisenfeste Wertschöpfungsketten müssen in Brandenburg weiter auf- und ausgebaut werden. Wir werden Strategien und Strukturen zur regionalen Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln in Brandenburg unterstützen. Dafür wollen wir mehr Hilfe zur Selbsthilfe organisieren. Dazu wollen wir die ~~Landwirtschaft~~Land- und Ernährungswirtschaft beim Ausbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien unterstützen und dafür sorgen, dass von den ~~Verkaufspreisen~~Verkaufserlösen mehr bei den Erzeuger*innen ankommt.

Ä-K04-383 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 79 einfügen:

Brandenburger Produkte müssen für Verbraucher*innen als qualitativ hochwertige, regional und klimaschonend erzeugte Produkte erkennbar sein. Gleichzeitig sollen Qualität und Regionalität in die Brandenburger Kantinen und die Gemeinschaftsverpflegung einziehen. Unsere landeseigenen Kantinen sollen hierbei Vorbild sein. Das stärkt unsere regionale Landwirtschaft und hält die Wertschöpfung im Land. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die neu eingeführten Brandenburger Qualitätszeichen für konventionelle Produkte und für Bioprodukte weiterentwickelt und ihre Verwendung finanziell unterstützt wird.

Wir stehen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Für eine nachhaltige und transparente Ernährungswirtschaft ist es unabdingbar, dass regional wirtschaftende Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen erhalten bleibt. Wir setzen uns für die Anwendung des Vorsorgeprinzips, die Kennzeichnungspflicht und die Rückverfolgbarkeit auch für sogenannte Neue Gentechnik ein. Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir konsequent ab.

Ä-K04-388 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 81:

Die moderne Landwirtschaft hat Felder, Tierhaltung und Bäume strikt getrennt – und unsere Natur leidet darunter. Agroforst, eine alte Anbaumethode, erlebt gerade ihr Comeback. Bei ~~Agroforst~~ Agroforstsystemen werden Bäume und Sträucher gezielt in landwirtschaftliche Flächen integriert, um Winderosion zu vermindern und die Bodenfeuchtigkeit zu verbessern. So entstehen Wechselbeziehungen, von denen sowohl die Natur als auch die Betriebe profitieren. Wer Förderung für den Umbau zum Agroforst beantragt, muss aktuell noch unverhältnismäßig hohe Auflagen erfüllen. Unser Ziel ist es, die Förderbedingungen zu verbessern und Bürokratie rund um Agroforst abzubauen. Außerdem sollen geförderte Modellprojekte möglichst viele Landwirt*innen motivieren, selbst auf Agroforst umzusteigen.

Neuer Umgang mit Wasser

Der Klimawandel erfordert von der Landwirtschaft konsequente Anpassungsmaßnahmen z.B. durch einen sparsamen Umgang mit Wasser oder angepasste Fruchtfolgen. Wir unterstützen die Entwicklung, Beratung und Erprobung konkreter Verfahren.

Ä-K04-391 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 83:

Erneuerbare Energien und Landwirtschaft können sich gut ergänzen. Mit gut geplanten und in die Landschaft eingebundenen Photovoltaik-Anlagen können nicht nur relativ witterungsunabhängige Einkommen für Landwirt*innen geschaffen werden. Photovoltaik-Anlagen ~~können auch~~ sollten so gestaltet sein, dass sie positiv auf die Biodiversität fördern, Artenvielfalt, die Bodengesundheit und zur Bodenverbesserung beitragen, die Landschaftsfunktionen wirken

Die Energieagentur Brandenburg soll darum zukünftig nicht mehr nur Unternehmen und Kommunen beraten, sondern auch zentrale Ansprechpartnerin für Landwirt*innen werden, die ihre Flächen für erneuerbare Energien nutzen wollen. Wir wollen, dass Agri-Photovoltaik einen höheren Stellenwert erhält, weil dabei ausgehend von der Landwirtschaft Tierhaltung, Lebensmittel- und Energieerzeugung mit einander verbunden werden.

Ä-K04-393 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 93 einfügen:

Wir eröffnen mehr Absatzmärkte für Brandenburger Obst, indem das EU-Schulobstprogramm auf heimisches Gemüse und Obst erweitert wird. Regionale Wertschöpfung und Vermarktung sollen im Rahmen der Ernährungsstrategie verankert werden – vor allem in der Gemeinschaftsverpflegung. Die Förderung der Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau und Arboristik in Großbeeren setzen wir fort und wollen dort auch Forschung zum Bio-Obstanbau verankern. Ein wichtiges Ziel ist die Weiterentwicklung ökologischer Maßnahmen im Pflanzenschutz für Obst- und Gartenbau, die der Biodiversität und insbesondere dem Insektenschutz dienen.

Begründung

steht in Verbindung mit nachfolgendem Absatz / bzw ÄA

Ä-K04-394 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 94:

Es braucht außerdem Beratung und Förderung bei der Unternehmensnachfolge und Nachwuchskampagnen. ~~Den Streuobstanbau wollen wir weiterentwickeln und ökologische Maßnahmen für den Pflanzenschutz im Obst- und Gartenbau voranbringen, die der Biodiversität und dem Insektenschutz dienen.~~ Den Streuobstbau wollen wir sowohl unter naturschutzfachlichen Gesichtspunkten als auch durch die Weiterentwicklung dieser Anbauweise im Sinne moderner Agroforstsysteme fördern.

Begründung

steht in Verbindung mit vorherigen ÄA

Ä-K04-395 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 99:

~~Wir wollen, dass Tiere artgerecht gehalten werden und gleichzeitig Umwelt und Ressourcen geschont werden.~~ Wir wollen eine Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Tiere orientiert und gleichzeitig Umwelt und Ressourcen schont. Industrielle Tierhaltung lehnen wir ab. Darum wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um Prämien für gesunde Tiere auszuzahlen, an denen keine Kürzung von Ringelschwänzen bei Schweinen oder von Schnäbeln bei Hühnern vorgenommen wurden. Lange Transporte zu großen Schlachthöfen bedeuten für Tiere Angst und Stress, weshalb wir die mobile Schlachtung vor Ort als Alternative fördern wollen.

Ä-K04-396 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 100 einfügen:

Die Haltung von vom Aussterben bedrohten Nutzierrassen sowie weitere Alternativen zu Hochleistungsrassen wie robuste Zweinutzungsrassen wollen wir weiter unterstützen.

[Damit Weidetiere wieder vermehrt Teil unserer Landschaften werden wollen wir die Weideprämie für weitere Nutztiere ausbauen und stärken.](#)

Ä-K04-397 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 79 einfügen:

Brandenburger Produkte müssen für Verbraucher*innen als qualitativ hochwertige, regional und klimaschonend erzeugte Produkte erkennbar sein. Gleichzeitig sollen Qualität und Regionalität in die Brandenburger Kantinen und die Gemeinschaftsverpflegung einziehen. Unsere landeseigenen Kantinen sollen hierbei Vorbild sein. Das stärkt unsere regionale Landwirtschaft und hält die Wertschöpfung im Land. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die neu eingeführten Brandenburger Qualitätszeichen für konventionelle Produkte und für Bioprodukte weiterentwickelt und ihre Verwendung finanziell unterstützt wird.

Überschrift: Saatgutvielfalt erhalten und fördern

Um die genetische Vielfalt von Saatgut zu bewahren wollen wir den Erhalt alter Sorten als unser genetisches Erbe und Schatzkammer für die Entwicklung lokal angepasster und resilienter Sorten angesichts der Klimakrise besonders fördern.

Ä-K02-436 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 40 einfügen:

Darum wollen wir einen Ort der Begegnung schaffen, der von der Geschichte und Identität der Lausitz rund um die Kohle erzählt: Ein Lausitzer Landschaftsmuseum. Das Museum soll die Bergbaugeschichte aufarbeiten und an das Leben und Arbeiten im Tagebau erinnern sowie an das Schicksal der Zwangsumgesiedelten und die zerstörten Naturschätze. Es soll zeigen, wie der Tagebau unsere Landschaft verändert hat, vor welchen Problemen Natur und Gesellschaft heute stehen, aber auch welche Lösungen und Chancen es gibt. Das Archiv verschwundener Orte ist in die Konzeption dieses Museums einzubinden.

Begründung

Ein solches Museum darf nicht nur an die Leistungen der Menschen in den Tagebauen feiern, sondern muss auch den Schattenseiten dieser Ereignisse gerecht werden.

Ä-K06-443 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Jan Gühne

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 135 einfügen:

Den Schienenausbau im Rahmen des Projekts i2030 wollen wir schneller und konsequenter umsetzen. Wo möglich, wollen wir stillgelegte Strecken wieder reaktivieren, unter anderem die Schorfheidebahn RB63 und die Wriezener Bahn. Ebenso soll die Bahnlinie Löwenberg-Neuruppin-Neustadt Dosse reaktiviert und mit der Bahnlinie nach Pritzwalk so verknüpft werden, dass die Menschen in Kyritz ihre Kreisstadt ohne Umstieg erreichen können.

Begründung

Aus technischen Gründen in meinem Namen für Heinz-Herwig Mascher angelegt

Ä-K06-447 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: KV Dahme-Spreewald

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 138 einfügen:

Das von uns vorgeschlagene Deutschlandticket für 49 Euro ist ein Verkaufsschlager und Riesenerfolg für eine klimafreundlichere sowie einfachere Mobilität ohne Tarifgrenzen. Wir wollen es für maximal 29 Euro für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre, für Auszubildende, Rentner*innen und Menschen, die Bürgergeld erhalten, auf den Weg bringen, damit das Ticket für alle bezahlbar wird. Schüler*innen sollen ein einheitlich günstiges Ticket von den Landkreisen angeboten bekommen.

Begründung

Bisher gibt es kein ermäßigtes Deutschlandticket für Kinder und Jugendliche. Kinder und Jugendliche sollten Auszubildenden und Rentner*innen gleichgestellt werden.

Ä-K04-451 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 101 einfügen:

Forschung in Medizin und Biologie kommt auch ohne Tierversuche aus. Darum wollen wir die tierversuchsfreie Forschung gezielt fördern und in der Ausbildung komplett auf den Einsatz von Versuchstieren verzichten. Wir haben ein Recht auf tierversuchsfreies Studium an Brandenburger Hochschulen eingeführt und wollen perspektivisch ein Studium gänzlich ohne Tierversuche sicherstellen. Die Tierversuchskommission wollen wir zu mindestens 50 Prozent mit Tierschützer*innen besetzen lassen, wie es die Länder Berlin und Baden-Württemberg bereits tun. In der Gesellschaft wollen wir für mehr Tierschutz werben, indem wir dem Thema in der Lehrer*innenausbildung und in den Lehrplänen mehr Raum geben.

Begründung

Ist im Entwurf zum Hochschulgesetz enthalten, das im März verabschiedet werden soll. Grüne Forderung war allerdings weitgehender, daher hier aufgenommen.

Ä-K02-460 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 03.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

Der Erhalt unseres Planeten, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Wenn Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand gehen, geht es Brandenburg gut. Darum wollen wir Brandenburg zum Top-Ansiedlungsland für innovative Unternehmen aus der Klima- und Energiewirtschaft machen und mit erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen. Davon sollen Städte, Gemeinden und alle Brandenburger*innen direkt profitieren. Die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien bietet Chancen für mehr Versorgungssicherheit und sinkende Kosten in Brandenburg. Grüne Energie wird zum Standortvorteil: Wind und Sonne liefern den Strom sowie Wasserstoff für H2-ready-Kraftwerke und die örtliche Industrie liefern und Kommunen erwirtschaften damit neue Einnahmen. Wir fördern auch alle anderen nachhaltigen Technologien, die den Bau von neuen Kraftwerken zur Stromerzeugung aus fossilem Gas verhindern. Der Erfolg der letzten Jahre gibt uns Rückenwind: vielerorts sind neue Jobs entstanden, das Handwerk boomt, dank Wind- und Solareuro profitieren auch unsere Gemeinden. Die Zielkonflikte zwischen Energiewende und Artenschutz gehen wir weiter faktenbasiert an.

Begründung

Dieser ÄA ist zusammen mit ÄA152 zu lesen. Andrea Lübcke war nur schneller mit der Eingabe als die LAG Energie. Die ursprüngliche Formulierung ist sehr holprig.

Ä-K07-485 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 169 einfügen:

Gemeinschaftliches Wohnen stärken

Auch neben der klassischen Studi-WG etablieren sich gemeinschaftliche Wohnformen in allen Altersgruppen. Von der Baugruppe, in der sich Familien gemeinsam ein Heim schaffen, über selbstorganisiertem Mehrgenerationen-Wohnen hinzu Alters- oder Demenz-WGs gibt es viele Möglichkeiten gemeinschaftlich zu Wohnen. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt und kann Einsamkeit im Alter vorbeugen. Wir wollen gemeinschaftlichem Wohnen in Brandenburg stärker ermöglichen von Förderungen zu profitieren. Dafür schaffen wir nach dem Hamburger Vorbild eine eigene Richtlinie in der Wohnraumförderung für gemeinschaftliches Wohnen. Wir wollen, dass sowohl Initiativen als auch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbauunternehmen eine gute Beratung erhalten, wie ein gemeinschaftliches Wohnprojekt in der Praxis finanziert und umgesetzt werden kann - unabhängig davon, ob es öffentlich gefördert wird oder in Eigenregie umgesetzt wird. Dafür schaffen wir Beratungs- und Vernetzungsstrukturen. In den Kommunen regen wir an, dass bei Grundstücksvergaben oder der Entwicklung neuer Wohnquartiere gemeinschaftliches Wohnen durch Konzeptvergaben verstärkt berücksichtigt wird.

Begründung

Gemeinschaftliches Wohnen tut nicht nur vielen Menschen gut, sondern hat auch ökologische Vorteile wenn dadurch Wohnfläche pro Person reduziert werden kann. Es gibt in Brandenburg in verschiedenen Regionen schon Initiativen, die Wohnprojekte in Land und Stadt umsetzen. Diese haben häufig noch große Herausforderungen. Daher wollen wir die landespolitischen Spielräume nutzen, um gemeinschaftliches Wohnen in Brandenburg zu stärken.

Ä-K01-486 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 03.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 11 einfügen:

Der Klimaplan ist der Grundstein, auf dem wir aufbauen und ein verbindliches Klimaschutzgesetz für unser Bundesland auf den Weg bringen wollen. Denn Klimaschutz in Brandenburg muss verbindlich in einem Gesetz festgeschrieben werden. Nur so können die Menschen ihn auch wirklich einfordern – beispielsweise vor Gericht. Das Gesetz soll feste Maßstäbe beinhalten, mit denen bewertet werden kann, ob Brandenburg seine gesteckten Ziele auch einhält. Wie im Bund wollen wir auch in Brandenburg einen wissenschaftlichen Klimabeirat einrichten, der Politik und Verwaltung beim Klimaschutz berät und die Einhaltung unserer Ziele überwacht. Wir werden ein Klimakabinett bilden, damit alle Politikbereiche ihren fairen Beitrag leisten und Klimaschutz überall verankert wird. Bei der Umsetzung wollen wir Verbände und Bürger*innen umfassend beteiligen. Dazu zählt für uns auch eine dauerhafte Finanzierung der regionalen Energiemanager*innen.

Begründung

Energiemanager sind Kompetenzträger und insbesondere für kleinere Kommunen ein sehr wichtiger und pragmatischer Ansatz um Klima und Energiewendeprojekte integriert und systematisch anzugehen, lokale Netzwerke aufzubauen und durch ein Vernetzung der Energiemanager im Land auch Synergien zu nutzen.

Ä-K02-494 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 03.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 43 einfügen:

Es ist nicht gerecht, dass Betroffene, die durch den Kohleabbau zu Schaden gekommen sind, vor Gericht die Beweislast tragen. Dazu kommt, dass allein Tagebau-Unternehmen die für mögliche Verfahren wichtigen Daten verwalten und Opfer so kaum Chancen haben, ihre Ansprüche durchzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schlichtungsstelle für Bergschäden in Brandenburg wieder eingerichtet wird. Die Stelle, die sich um Konflikte von Hausbesitzer*innen mit Tagebau-Unternehmen kümmert, soll im selben Zug neu aufgestellt werden.

Wärmewende klimaneutral, berechenbar und bezahlbar

Wir wollen die Wärmewende in Brandenburg aktiv gestalten, die Kommunen bei der Umsetzung der Wärmeplanung bestmöglich unterstützen und den Bürgern/innen Perspektiven für einen planmäßigen und bezahlbaren Umstieg auf erneuerbare Wärme aufzeigen. Um schneller für nachhaltige Wärmeenergie in den Kommunen zu sorgen, wollen wir zusammen mit den Stadtwerken sowie weiteren Wärmeversorgern auch unter Beteiligung der Bürgerschaft neue Konzepte entwickeln, bei der Finanzierung helfen und zügig in die Umsetzung kommen. Die Wärmewende wird entsprechend den lokal vorhandenen Rahmenbedingungen geplant. Sie soll alle verfügbaren erneuerbaren Energieträger und Technologien zum Aufbau eines effizienten und kostengünstigen Gesamtsystems nutzen. Dazu gehört erneuerbarer Strom aus Windkraft und PV, (Groß-) Wärmepumpen, bestehende und neue Wärmenetze, flache und tiefe Geothermie, Solarthermie, nicht vermeidbare Abwärme, saisonale Speicher, Biomasse und alle anderen erneuerbaren Quellen mit positiver Ökobilanz. Die Wärmewende ist Bestandteil einer integrierten Energiewende und soll hinsichtlich des zukünftigen Ressourcenbedarfs an Strom, Biomasse, Wasserstoff, etc. auch mit den Planungen in Berlin abgestimmt werden. Für die absehbaren Nutzungskonflikte gerade bei der Holz- und Biomassenutzung sollen lokale und globale Kriterien einer nachhaltigen Nutzung entwickelt werden. Als Hilfsmittel einer transparenten, langfristigen und nachhaltigen Gesamtplanung für Brandenburg sollen die wesentlichen Inhalte der kommunalen Wärmeplanung in die vorhandenen Geoinformationssysteme integriert werden.

Die kommunale Wärmeplanung bietet eine Chance bezahlbare und sozial gerechte Wärmeversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien in den Kommunen umzusetzen. Kommunen sollten bei der effizienten Planung aktiv unterstützt werden. Wir werden die Nutzung von effizienten Softwarelösungen finanziell fördern, um insbesondere die kleinen Kommunen zu entlasten. Anhand von Pilotprojekten zeigen wir die Machbarkeit und schaffen Plattformen in denen lokale Akteure gemeinsam an den technischen Aspekten der Wärmeplanung und anderen Klima- und Energieprojekten arbeiten können.

Begründung

Die Wärmewende ist im Wahlprogramm nicht ausreichend thematisiert. Ist aber für Brandenburg und seine Bürger ein sehr wichtiges Thema. Wir wollen einen positiven Grundton anschlagen, die Chancen und Lösungsmöglichkeiten betonen und Ängste nehmen.

Ä-K01-496 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 03.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 15 löschen:

Wir wollen die Brandenburger Energieagentur zur Energie- und Klimaagentur ausbauen. Sie soll Landkreisen und Kommunen dabei helfen, Klimaschutzprojekte zu planen, Fördermittel zu beantragen und die notwendigen Genehmigungen zu bekommen. Außerdem soll sie Wissen vermitteln und Kommunen miteinander ins Gespräch bringen. Das entlastet unsere ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen spürbar, denn mit der neuen Agentur haben alle eine Anlaufstelle. Die Brandenburger Energie- und Klimaagentur soll Bürger*innen und Unternehmen beim Einsparen von Treibhausgasen und dem Umstieg auf erneuerbare Energien helfen. ~~Um schneller für nachhaltige Wärmeenergie in den Kommunen zu sorgen, wollen wir zusammen mit den Stadtwerken neue Konzepte entwickeln, bei der Finanzierung helfen und zügig in die Umsetzung kommen.~~

Begründung

Wird ersetzt durch Ä494

Ä-K05-499 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 105:

Mehr als ein Drittel von Brandenburg ist von Wäldern bedeckt. ~~Wälder, die heute schon dramatisch unter den Folgen der Klimakrise leiden. Bäume vertrocknen und sterben ab, Lebensräume schrumpfen und Arten verschwinden. Waldbrände bedrohen unsere durch die Klimaveränderungen geschwächten Wälder. Dabei braucht unser Klima gesunde Wälder so dringend als grüne Lunge, die CO₂ aus der Atmosphäre bindet. Gesunde Wälder~~ Zum größten Teil handelt sich dabei um Kiefern-Plantagen in Monokultur, die dramatisch unter den Folgen der Klimakrise leiden. Zusätzlich sind gerade diese Kiefern-Plantagen anfällig für größtenteils durch Menschen verursachte Waldbrände. Dabei braucht unser Klima echte Wälder so dringend als grüne Lunge, die CO₂ aus der Atmosphäre bindet. Gesunde Wälder mit heimischen Laubbäumen sorgen für kühlere Landschaften, speichern Wasser, sind Lebensraum für Pflanzen und Tiere, Wirtschaftsraum sowie ein Erholungsort für uns Menschen. Wenn es dem Wald gut geht, geht es auch Brandenburg gut.

Ä-K07-500 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 169 einfügen:

Innenstädte lebendig machen!

Innenstädte sind für die Menschen da - sie wollen hier nicht nur einkaufen und konsumieren, sondern auch flanieren, Kultur erleben oder Grün genießen. Daher wollen wir hier, in den Zentrumslagen von Klein- und Großstadt, die Aufenthaltsqualität steigern und damit auch Handel und Gastronomie stärken. Den bereits existierenden Innenstadtwettbewerb wollen wir fortführen und das Instrument „Business Improvement Districts“ (BID) den Kommunen ermöglichen. Damit können Grundeigentümer*innen und Gewerbetreibende sich finanziell an der Aufwertung des öffentlichen Raums beteiligen. Außerdem wollen wir ein Förderprogramm schaffen, indem Kommunen niedrigschwellig Gelder für die Aufwertung ihres Zentrums oder eine*n Citymanager*in beantragen können.

Begründung

Egal ob Perleberg, Potsdam oder Senftenberg: Brandenburgs Innenstädte sind etwas ganz besonderes. Wir wollen sie stärken und schützen.

Ä-K02-501 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 03.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 24:

Der Erhalt unseres Planeten, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Wenn Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand gehen, geht es Brandenburg gut. Darum wollen wir Brandenburg zum Top-Ansiedlungsland für innovative Unternehmen aus der Klima- und Energiewirtschaft machen und mit erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen. Davon sollen Städte, Gemeinden und alle Brandenburger*innen direkt profitieren. Die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien bietet Chancen für mehr Versorgungssicherheit und sinkende Kosten in Brandenburg. Grüne Energie wird zum Standortvorteil: Wind und Sonne liefern den Strom sowie Wasserstoff für H2-ready-Kraftwerke und die örtliche Industrie liefert und Kommunen erwirtschaften damit neue Einnahmen. Der Erfolg der letzten Jahre gibt uns Rückenwind: vielerorts sind neue Jobs entstanden, das Handwerk boomt, dank Wind- und Solareuro profitieren auch unsere Gemeinden. ~~Die Zielkonflikte zwischen Energiewende~~ Brandenburg wird Vorbild für den naturverträglichen Ausbau hin zu einer 100% erneuerbaren Energieversorgung, denn Klimaschutz ist Naturschutz. Wir entwickeln einen ambitionierten Praxis-Leitfaden für beides: mehr erneuerbare Energien-Anlagen in ausgewiesenen Gebieten und Artenschutz gehen mehr Naturschutz auf Erneuerbare-Energie-Flächen. Damit stärken wir ~~weiter faktenbasiert an~~ den Artenschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien gleichzeitig.

Begründung

Konkretisierung des Originalsatzes

Ä-K05-504 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 113:

~~Welche~~ Wie heimische Baumarten der Klimakrise am besten standhalten können ~~und deshalb bevorzugt unsere Wälder begrünen sollen~~, wollen wir wissenschaftlich überprüfen. Eine von der Bundesebene geförderte Beratung zu geeigneten regional heimischen Baumarten werden wir im Bundesrat anstoßen.

Ä-K06-510 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Nicolai Neuhauf

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 135:

~~Den Schienenausbau im Rahmen des Projekts i2030 wollen wir schneller und konsequenter umsetzen. Wo möglich, wollen wir stillgelegte Strecken wieder reaktivieren, unter anderem die Schorfheidebahn RB63 und die Wriezener Bahn. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse, Takt- und Rufbusse die Verbindungen zwischen den Orten. Wir wollen das öffentliche Verkehrsnetz als ein großes Ganzes denken und die Finanzierung im Land neu organisieren.~~

Der Schienenausbau und die Wiederinbetriebnahme von den wirkungsvollsten Strecken stehen ganz vorne. Das Projekts i2030 wird mit uns schneller und konsequenter umgesetzt. Die Planungen zur Reaktivierung der im Landesnahverkehrsplan genannten Strecken mit hohem Reaktivierungspotential, unter anderem die Schorfheidebahn RB63, die Wriezener Bahn, die Bahnstrecke Wustermark - Ketzin und die Strecke Luckau-Uckro - Lübben, werden wir zügig voranbringen. Stilllegungen von Bahnstrecken sind mit uns nicht zu machen. Das Bahnangebot von Neustadt/Dosse über Pritzwalk nach Meyenburg soll erhalten und ausgebaut sowie möglichst in Absprache mit Mecklenburg-Vorpommern in Richtung Güstrow erweitert werden. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse und Rufbusse schnelle Verbindungen.

Begründung

Der Antrag fußt auf dem Änderungsantrag Ä218 der LAG Mobilität und ist ein Vorschlag zur Einbindung der weiteren Änderungsanträge, die ich positiv sehe. Mein Vorschlag ist, auf die im Landesnahverkehrsplan im Abschnitt 4.1.4 genannten "Reaktivierungspakete" zu verweisen, um keine dort erwähnte Strecke "hinten runter fallen" zu lassen. Dennoch finde ich es gut, Strecken auch direkt im Wahlprogramm zu erwähnen, um unsere Forderungen so plastischer zu machen.

Ä-K06-512 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Oliver Gutperl

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 130 bis 131 einfügen:

Verlässliche Mobilität mit dem ÖPNV

Die katastrophalen Pünktlichkeitswerte der Deutschen Bahn sind schädlich für das soziale und wirtschaftliche Leben besonders im Flächenland Brandenburg. Im ÖPNV erleben die Fahrgäste viel zu oft Verspätungen, unangekündigte Ausfälle und Fahrplanänderungen. Ursachen sind u.a. Personalmangel, eine nicht ausreichende Finanzierung und fehlende Fahrgastorientierung. Wir wollen durch Regulierung, zielgerichtete Investitionen und Qualitätssicherungsprogramme für einen verlässlichen ÖPNV in ganz Brandenburg sorgen. Dabei sollen Verbindungen über Bundeslandsgrenzen hinweg, z.B. nach Berlin, genauso zuverlässig werden wie Verbindungen innerhalb von Brandenburg.

[Zeilenumbruch]

Mobilitätsgarantie für den öffentlichen Nahverkehr

Ä-K07-514 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 164 einfügen:

Der Bedarf unserer Wirtschaft an Gewerbe- und Industrieflächen wächst ständig. Gleichzeitig wollen wir natürliche Räume erhalten und auch die Bundesregierung strebt bis 2050 ein Netto-Null-Ziel für den Flächenverbrauch an. Statt immer neue Wiesen zu versiegeln, wollen wir in Brandenburg schon jetzt intelligente Lösungen entwickeln, wie wir bereits als Bauland ausgewiesene Flächen besser nutzen können. Aktuell sind viele vorhandene Flächen ungenutzt oder über größere Flächen verteilt, es gibt keine Internet- oder ÖPNV-Anschlüsse und auch das Baurecht macht es oft unnötig schwer, bestehende Gewerbeflächen neu zu nutzen. Wir wollen eine neue Landesgesellschaft gründen, die in Zusammenarbeit mit den Kommunen bestehende Flächen aufbereitet und für Unternehmen nutzbar macht.

Wir setzen uns für einen Verbleib landeseigener Flächen in öffentlicher Hand ein, auch wenn ein Nutzungszweck für das Land aktuell nicht absehbar ist. Wir setzen uns in diesem Sinne für eine Änderung des Grundstücksverwertungsgesetz des Landes Brandenburg ein. Zum Schutz von (potentiell) wertvollen Naturräumen und zur Sicherung zukünftiger öffentlicher Funktionen lehnen wir einen Verkauf landeseigener Flächen an private Investoren ab. Stattdessen soll die Priorität auf eigener Flächenentwicklung oder Verpachtung gelegt werden.

Ä-K05-526 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 125 einfügen:

Zur Absicherung der Trinkwasserversorgung für die Metropolregion werden wir noch stärker mit Berlin zusammenarbeiten und eine Wasserstrategie Hauptstadtregion 2050 entwickeln. Die Sanierung des Wasserhaushalts der Lausitz für die Zeit nach dem Kohlebergbau ist eine große Herausforderung. Hier setzen wir auf nachhaltige Lösungen, die die Wasserbedarfe und -dargebote in Einklang bringen.

Es ist gelungen, den aktiven Braunkohletagebau als Mitverursacher der Sulfatbelastung des Trinkwassers im Raum Frankfurt (Oder) für die Finanzierung eines neuen Wasserwerks heranzuziehen, um einen Großteil des belasteten Spreewassers durch Grundwasser zu ersetzen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass auch der Betreiber der Alttagebaue - die LMBV - ihren Anteil zahlt, und stehen in diesem Fall als Land bereit, die verbleibenden 10% der Kosten zu übernehmen. Wir wollen die Liste mit geschützten Oberflächengewässern nach Wasserrahmenrichtlinie entsprechend der Empfehlung der Generalanwältin des EuGH um die Spree erweitern.

Ä-K07-528 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 155:

Die Art, wie wir in Deutschland bauen, ist eine große Belastung für die Umwelt: Rund 40 Prozent des Treibhausgasausstoßes und mehr als die Hälfte allen Abfalls entstehen in Deutschland im Bausektor. Außerdem verbraucht der Bereich große Mengen von Erdölprodukten und anderer mineralischer Stoffe. Ein Grund dafür ist, dass es in Deutschland durch behindernde Gesetze und Vorschriften einfacher und gewinnbringender ist, alte Gebäude abzureißen und neu zu bauen. Wir wollen Bestandsgebäude, ~~wo immer es geht~~ durch eine verpflichtende Abrissgenehmigung, erhalten ~~und sanieren~~, bevor neu gebaut wird. Beim Neubau setzen wir auf klimaneutrale Bauweisen und Baustoffe, die auch beim nächsten Haus wieder zum Einsatz kommen können, wie Holz.

Begründung

Nur durch eine formale Abrissgenehmigung ist das durchsetzbar. Diese sollte aber nur ein Formular mit zusätzlicher Fotodokumentation beinhalten. Hier sind auch die Baumeassen und Materialien anzugeben. Es wird sozusagen ein Gebäudepass für den Bestand erstellt.

Ä-K03-532 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 64 einfügen:

Kleingärten erhalten und fördern

Kleingärten sind nicht nur wichtige Rückzugsorte für Menschen aller Altersgruppen, Schichten und Herkünfte, sondern sie leisten auch einen Beitrag zum Klimaschutz, zur Artenvielfalt und zur Selbstversorgung. Wir wollen die Kleingartenrichtlinie fortführen, um Gemeinschaftsaufgaben zu unterstützen, Entsiegelung und Altlastenentsorgung zu ermöglichen.

Ä-K07-537 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen Bbg

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 156:

Mit einem grundlegenden Klimaupdate der Landesbauordnung und der Wohnraumförderung wollen wir Sanieren und Bauen unbürokratischerfreier gestalten und die Regeln für das Bauen mit gebrauchten Bauteilen und ökologischen Stoffen wie Stroh, Lehm und Holz lockerndeutlich vereinfachen und fördern. Wir wollen Mindestquotenschnittweise beginnen Anteile für den Einsatz lokaler recycelter Baustoffe einführenund Bauteile einzuführen, auch in öffentlichen Ausschreibungen. Flächen auf einem Grundstück und innerhalb eines Gebäudes sollen unterschiedlich genutzt werden können. So kann mehr Wohnraum gebaut, aber auch leerstehende Gebäude durch eine neue Nutzung wieder mit Leben gefüllt werden.Wir wollen auch bei größeren Eingriffen in Bestandsgebäude keinen Wechsel aller bestehenden Bauteile zu aktuellen Normen. Was in der Vergangenheit richtig war darf beim Sanieren auch so bleiben. Wir streben eine Bundesratsinitiative zur Änderung der §634 BGB und begleitende Paragrafen an um zu verhindern, das die Nichteinhaltung einer heutigen Norm bei alten Bauteilen automatisch einen Schadensersatz auslöst.

Begründung

Quote hört sich recht bürokratisch an. Anteile ist da freundlicher.

§635 ist in der Juristerei schon länger in der Diskussion. Saniere ich eine alte Holzbalkendecke grundlegend muss ich heute das doppelte an Holzbalken einbauen, da die aktuelle Norm andere Durchbiegungen verlangt, obwohl noch niemand durch eine alte Holzbalkendecke zu Schaden gekommen ist.

Ä-K07-543 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen Bbg

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 162:

Wir wollen in Zukunft weniger Flächen in Brandenburg für Bau- und Infrastrukturprojekte verbrauchen und mehr Natur für uns alle erhalten. Dafür wollen wir den Landesentwicklungsplan, welcher festlegt, wo in Brandenburg gebaut und wie genau Flächen genutzt werden können, weiterentwickeln. Bis 2050 sollen ~~unter dem Strich~~ schrittweise keine neuen Flächen mehr verbraucht werden.

Begründung

Der Flächenverbrauch sollte in nachvollziehbaren Zwischenschritten reduziert werden. Jeder neue B-Plan sollte die Angabe des Flächenverbrauches/Verbrauchsreduktion deutlich benennen und einen klaren Hinweis auf den addierten Flächenverbrauch des Kreises und des Bundeslandes am Tage der Auslegung des B-Planes enthalten.

Ä-K03-546 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Lutz Hilbrig

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 56:

Dass es in Brandenburg wieder ~~Wölfe~~eine Wolfspopulation in günstigem Erhaltungszustand gibt, ist ein großer Erfolg für den Artenschutz. Der Schutz von Weidetieren vor Wolfsangriffen ist zugleich eine große Herausforderung. Andere Länder zeigen, dass Wölfe und Weidetierhaltungen nebeneinander existieren können. Darum setzen wir dort wo es geboten und möglich ist, auf den Schutz von Weidetieren durch Zäune und Herdenschutzhunde und wollen dies weiterhin mit bis zu 100 Prozent fördern. Wölfe, die gelernt haben, diesen Schutz zu überwinden und Schaden anrichten, müssen schnell und konsequent entnommen werden. ~~So~~Mittelfristig wird die Wolfspopulation durch jagdliches Wildtiermanagement erhalten. Nur so schaffen wir Akzeptanz für den geschützten Wolf und schützen gleichzeitig Weidetiere und die Existenz von weidetierhaltenden Betrieben.

Ä-K07-552 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen Bbg

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 163:

Wir wollen Kommunen durch Beratung und Förderungen dabei unterstützen, sich weiterzuentwickeln, ohne weiter in die Fläche zu wachsen – zum Beispiel, indem höher gebaut ~~wird~~werden darf. In Zukunft werden auch neue Flächen versiegelt werden, daher wollen wir eine Strategie auf den Weg bringen, die Flächen durch Entsiegelung verbindlich - direkt vor Ort - an die Natur zurückgibt.

Begründung

Höher Bauen ist aufgrund der Statik von Bestandsgebäuden nur selten möglich. Ohne eine Vereinfachung bei den Gebäudeklassen in der Landesbauordnung - und damit des Brandschutzes im Bestand - ist hier wenig möglich. Im Neubau haben hohe Gebäude oft sehr große Fundamente aus Beton, die momentan nicht klimafreundlich hergestellt werden können.

Der aktuelle Entwurf zum Klimaanpassungsgesetz des Bundes hebt besonders auf den Hitzeschutz vor Ort ab, indem er ein Berücksichtigungsgebot für menschengeschädliche Erwärmungen direkt am Ort der Baumaßnahme fordert.

Ä-K07-555 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen Bbg

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 171:

Die Umgebung, in der wir aufwachsen und lernen, ist genauso wichtig für unseren Lernerfolg wie gute Lehrkräfte und Lerninhalte. Trotzdem werden beim Bau unserer Kitas und Schulen meist nur die gesetzlichen Mindeststandards eingehalten, statt auf eine fördernde Lernumgebung zu achten. Wir setzen uns dafür ein, dass es an jedem neuen oder zu sanierenden Lernort in Zukunft zunächst eine Workshop- und Planungsphase gibt, die Eltern, Kinder und Pädagog*innen einbezieht und von Bauprofis moderiert wird. Egal ob durch Kreativräume, inklusive Spielplätze oder nachhaltige Sportplätze sowie Schulhöfe und Schulgärten: Diejenigen, die täglich in der Schule sind, sollen in Zukunft stärker an der Ausgestaltung teilhaben. So wollen wir Kitas und Schulen planen und bauen, die wirklich für die Bedürfnisse der Lernenden und **Lehrenden** **Lehrerinnen und Lehrer** eingerichtet sind.

Begründung

Lernenden und Lehrenden ist schwer zu lesen.

Kitas sollten insbesondere auch für Erzieher*innen geplant werden. Nur so ist der anstrengende Job gut zu bewältigen. Kinder brauchen entspannte Erwachsene.

Ä-K02-556 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 39 einfügen:

Der Braunkohletagebau hat die Lausitz über die letzten 150 Jahre geprägt und die Landschaft stark verändert. 137 Dörfer sind verschwunden, zehntausende Menschen wurden in der Regel unter Zwang umgesiedelt und große Gebiete der sorbischen/wendischen Kultur sind verloren gegangen. Der Kohleausstieg ist für die Lausitz ein neuer tiefgreifender Umbruch.

Begründung

Das war in der DDR die Regel, auch Horno wurde 2005 gegen den Willen der Bewohner devastiert. - Dazu in Absatz 40 hinter "Leben und Arbeiten im Tagebau" bitte einfügen "sowie an das Schicksal der Zwangsumgesiedelten und die zerstörten Naturschätze" - Begr.: Ein solches Museum darf nicht nur an die Leistungen der Menschen in den Tagebauen feiern, sondern muss auch den Schattenseiten dieser Ereignisse gerecht werden. - Dazu anfügen "Das Archiv verschwundener Orte ist in die Konzeption dieses Museums einzubinden"

Ä-K03-557 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 64 einfügen:

Unser Klima und unsere Natur brauchen jeden Baum. Und trotzdem sinkt bei uns die Zahl der Straßen, die von Bäumen gesäumt werden. Ein neues Kompetenzzentrum soll diesen Trend umkehren und dafür sorgen, dass die berühmten Brandenburger Alleen ein Comeback erfahren. Die Alleenschutzkonzeption des Landes wollen wir weiterentwickeln. So muss beispielsweise bei Verlusten von Alleebäumen zukünftig eine 1:1-Kompensation möglichst ortsnah erfolgen. Wir setzen uns ausserdem dafür ein, dass in stark ausgeräumten Landschaften Windschutzstreifen vor allem entlang von Autobahnen und Landesstraßen angelegt werden. Dies verhindert oder mäßigt Sandstürme, schützt damit den Boden und erhöht die Verkehrssicherheit, schafft Trittsteinbiotope für Vögel und andere Arten und bereichert das Landschaftsbild. Wir werden darauf dringen, dass Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Inanspruchnahme von Waldflächen auch in Form der Anlage von Windschutzstreifen ausgeführt werden können.

Begründung

Am 8.4.2011 rasten auf der Autobahn 19 bei Kavelstorf 85 Fahrzeuge ungebremst ineinander, nachdem ein Sandsturm die Sicht behindert hatte. Die Folge: 8 Tote, 130 Verletzte. Solches Geschehen ist auch in Brandenburg möglich, etwa an der A24 westlich und südlich von Neuruppin, der A11 und der A20 bei Prenzlau, der B101 südlich von Jüterbog oder am Berliner Ring westlich von Falkensee. Mit schnell entflammbareren E-Autos könnte ein solches Geschehen heute auch bei weniger betroffenen Fahrzeugen mehr Opfer fordern! Es ist daher dringend Abhilfe zu schaffen. Mecklenburg hat jetzt an der Unfallstelle etwa 30 Hektar aufgeforstet.

Ä-K06-559 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 132 bis 133:

~~Wir schaffen die Mobilitätsgarantie für Brandenburg. Bedeutet: Egal in welchem Ort innerhalb Brandenburgs~~ An jedem Ort Brandenburgs soll es jederzeit ein Mobilitätsangebot geben, wobei abgelegene Orte durch nicht linien- und fahrplangebundene Rufbusse erschlossen werden. Für Orte an den Hauptmobilitätsachsen wird es zwischen 5 und 22 Uhr mindestens stündlich eine Möglichkeit geben, in Bus oder Bahn einzusteigen – am Wochenende alle zwei Stunden. Mit Bahn, Plus- und Taktbussen oder fahrplan- und linienungebundenen Flächenrufbussen wollen wir ganz Brandenburg abdecken.

Begründung

Es gibt Orte mit wenigen Einwohnern weitab von Hauptstraßen, die heute nicht mit ÖPNV erreichbar sind. Wer dort wohnt, ist an die Benutzung eines Autos gewohnt. Dort mehrere Busse am Tag hinzusenden, für welche der Bedarf fehlt, ist teuer und auch nicht ökologisch. Im Text wird aber zunächst der Eindruck erweckt, genau das sei beabsichtigt. Mit einer solchen leicht verkürzbaren Aussage machen wir uns angreifbar. Deshalb wird eine andere Formulierung vorgeschlagen. Was "Hauptmobilitätsachsen" sind, wird von Fall zu Fall entschieden. Wird das großzügig interpretiert, ändert das nichts am Anliegen und der Aussage

Ä-K02-562 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 03.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 24:

Der Erhalt unseres Planeten, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Wenn Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand gehen, geht es Brandenburg gut. Darum wollen wir Brandenburg zum Top-Ansiedlungsland für innovative Unternehmen aus der Klima- und Energiewirtschaft machen und mit erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen. Davon sollen Städte, Gemeinden und alle Brandenburger*innen direkt profitieren. Die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien bietet Chancen für mehr Versorgungssicherheit und sinkende Kosten in Brandenburg. Grüne Energie wird zum Standortvorteil: ~~Wind und Sonne liefern den Strom sowie Wasserstoff für H2-ready-Kraftwerke und die örtliche Industrie liefern und Kommunen erwirtschaften damit neue Einnahmen.~~

Wind und Sonne liefern den Strom und grünen Wasserstoff. Wasserstoff, der in der Industrie keine Verwendung findet, kann Engpässe in der Stromerzeugung vermeiden. Dabei verhindern wir den Bau von neuen Kraftwerken zur Stromerzeugung aus fossilem Gas.

Begründung

H2-ready sollte keine Ausrede für die Schaffung von neuen fossilen Abhängigkeiten sein. Importiertes Gas, besonders aus LNG-Importen, ist teuer und kostbar und sollte nicht zur Stromerzeugung herhalten. Der Halbsatz über die Schaffung neuer ökonomischer Möglichkeiten fällt weg, Abschnitt 32 und Abschnitt 5 von WP-5 doppelt.

Ä-K03-566 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen Bbg

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 52:

~~Mit einer Umweltakademie nach baden-württembergischem Vorbild wollen wir für alle Menschen, insbesondere in der Verwaltung, ein Angebot für hochqualifizierte Aus- und Fortbildungen schaffen.~~
~~Wir~~ Mit einer Landes- Umwelt- und Klimaakademie LUKA wollen wir für alle Menschen - auch insbesondere in Verwaltung, Schulen und Lehr-Fachkräftefortbildung - ein digitales Angebot für niedrighschwellige Aus- und Fortbildungen schaffen. Umweltbildung, CO2-Reduktion und Klimaanpassung in Stadt und Land bilden drei gleichberechtigte Schwerpunkte, die wir in drei Standorten abbilden wollen.

Begründung

Die Baden-Württembergische Umweltakademie ist hochspezialisiert und für die fachübergreifende Bildung zu speziell. Ein besseres Vorbild ist die ZEEBAU in Hamburg, die aus einem professionel ausgestatteten Studio kostenlose Seminare anbietet. Gerade in der Verwaltung ist ein schnelles 1,5 Stundenseminar viel besser zu integrieren. Die dortige Moderation ist fachlich hoch qualifiziert und durch tägliche Veranstaltungen sehr eingearbeitet. Die Vorträge werden bundesweit zugeschaltet und erlauben sehr hohes Fachwissen. Die Moderator*innen übersetzen während des Vortrages Fachwörter und fügen Weblinks ein.

Ä-K01-571 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen Bbg

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 20 einfügen:

Weil die Klimakrise immer häufiger Extremwetterereignisse, wie Starkregen oder Hitzephasen, mit sich bringt, wollen wir die Förderprogramme für den Schutz vor Extremwetter in Kommunen besonders ausbauen. Jede Kommune soll dabei unterstützt werden, Konzepte zur Klimaanpassung zu entwickeln. Hitzeaktionspläne und kleinräumliche Maßnahmen sollen für mehr Kühle und Schatten in unseren Städten und Gemeinden sorgen und die Infrastruktur auch in Hitzephasen absichern. Den Hochwasserschutz wollen wir ebenso weiter voranbringen, wobei wir uns – nachdem die Deiche an Elbe und Oder fast vollständig ertüchtigt sind – vor allem auf die Region der Schwarzen Elster konzentrieren wollen. Die lokalen Herausforderungen Überschwemmungsschutz und Trockenheitsresistenz wollen wir in allen Orten mitdenken.

Begründung

Die kleinräumlichen Maßnahmen sollen mehr zum Handeln auffordern. Hundert direkte Maßnahmen sind wichtiger als eine jahrelange Planung auf dem Papier. Zumal die Ersteller*innen der Pläne oft ortsfremd sind, und daher besonders das lokale Hitzewissen der Bewohner*innen nur schwer nutzen können.

Ä-K07-576 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen Bbg

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 152:

Die Gebäude, in denen wir leben und arbeiten, haben großen Einfluss auf unsere Lebensqualität. Darum setzen wir uns dafür ein, dass ~~allen~~den Menschen in Brandenburg guter und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, dass Kinder und junge Menschen in ~~modernen~~zeitgemäßen Gebäuden lernen und dass sich unser Bauen gut mit ~~Klima~~ambitioniertem Klimaschutz und einer klimaangepassten Umwelt verträgt. Die Herausforderungen und Bedarfe sind in den Landesteilen unterschiedlich, aber auch in ländlichen Regionen gibt es ~~zunehmend Wohnraummangel~~Probleme angemessenen Wohnraum zu finden.

Begründung

"Den Menschen" statt "allen Menschen" ist eine grundsätzliche Zusage, die nicht maßstabslos ist wie "allen Menschen".

Gebäude sollten zeitgemäß sein und gutes Leben ermöglichen. Es geht auch ohne modernste Technik in der Gebäudeausrüstung. Stichwort einfaches Bauen.

Angemessener Wohnraum ist klarer als das negative Wort Wohnraummangel. Wir haben primär Probleme mit der Verteilung der Wohnfläche.

Ä-K04-575 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Lutz Hilbrig

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 97 einfügen:

In der Verfassung des Landes Brandenburg heißt es in Artikel 39: „Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet“. Allerdings werden bestehende Gesetze, die Tiere in Brandenburg schützen, oft nicht durchgesetzt, weil es den Landkreisen anm notwendigen Personal mangelt, um Tierhaltungsbetriebe sowie Groß- und Nutztiere in privaten Haltungen wirksam zu kontrollieren. Darum wollen wir eine landesweite Kontrollbehörde schaffen, in der Veterinärmediziner*innen und Jurist*innen arbeiten. Die Kontrollbehörde unterstützt die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter (VLÜÄ), führt mehr Kontrollen durch und ist Ansprechpartnerin für Spezialfälle.

Ä-K04-590 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Jasmin Zöllmer

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 98:

Wir wollen uns mit einer Förderung dafür einsetzen, dass neue und sanierte Ställe den Tieren Zugang zum Freiland ermöglichen. Außerdem fördern wir eine alternative Tierhaltung, zum Beispiel die Haltung in Agroforstsystemen, unter Photovoltaikanlagen oder in Mobilställen. Die Pflicht zur Baugenehmigung für mobile Ställe für Hühner, Hähne oder Puten bis 500 Kubikmeter haben wir bereits abschaffen können. Für moderne Ställe mit Freilandhaltung ist es außerdem schwieriger, eine Baugenehmigung zu erhalten, weil häufig fehlerhafte Emissionsdaten zu ihrer Bewertung genutzt werden. ~~Das wollen wir ändern, indem wir Pilotstudien zu Emissionen in der Freilandhaltung in Auftrag geben und Studien mit bis zu einer Millionen Euro unterstützen.~~ Wir möchten den Genehmigungsprozess für Landwirt:innen vereinfachen und den Umbau zu tierfreundlicheren Haltungssystemen möglich machen. Hierbei können auch Pilotstudien zu Emissionen in der Freilandhaltung helfen, die wir unterstützen wollen. Bisher können Genehmigungsfehler der Behörden nicht vor Gericht beklagt werden, wir streiten daher weiterhin für ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände.

Begründung

Pilotstudien reichen nicht aus. Es muss Landwirt:innen ermöglicht werden, ihre Ställe umzubauen und Auslauf/Freiland zu ermöglichen. Tiere benötigen mindestens Zugang zu Außenklima.

Den genauen Förderbetrag für etwaige Studien würde ich hier nicht nennen, da etwas aus der Luft gegriffen.

Ä-K04-595 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie und Tierschutz

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 99 einfügen:

Den Tierschutzplan werden wir als wichtiges Instrument neu auflegen und durch gezieltere und effektivere Maßnahmen stärken. Den Tierschutzberatungsdienst werden wir personell aufstocken, um für alle Nutztierarten den Brandenburger Landwirt:innen ein Beratungsangebot beim Umbau ihrer Tierhaltung zur Verfügung zu stellen.

Begründung

wichtige Ergänzungen. Gerade auf den Tierschutzplan sollte als wichtiges Instrument Bezug genommen haben. In anderen Bundesländern ein Erfolgsmodell, das Potential müssen wir endlich ausschöpfen.

Gerne auch an anderer Stelle.

Ä-K02-596 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 24 löschen:

Der Erhalt unseres Planeten, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Wenn Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand gehen, geht es Brandenburg gut. Darum wollen wir Brandenburg zum Top-Ansiedlungsland für innovative Unternehmen aus der Klima- und Energiewirtschaft machen und mit erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen. Davon sollen Städte, Gemeinden und alle Brandenburger*innen direkt profitieren. Die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien bietet Chancen für mehr Versorgungssicherheit und sinkende Kosten in Brandenburg. Grüne Energie wird zum Standortvorteil: Wind und Sonne liefern den Strom sowie Wasserstoff für H2-ready-Kraftwerke und die örtliche Industrie liefern und Kommunen erwirtschaften damit neue Einnahmen. Der Erfolg der letzten Jahre gibt uns Rückenwind: vielerorts sind neue Jobs entstanden, das Handwerk boomt, dank Wind- und Solareuro profitieren auch unsere Gemeinden. ~~Die Zielkonflikte zwischen Energiewende und Artenschutz gehen wir weiter faktenbasiert an.~~

Begründung

Der Satz ist nicht selbsterklärend. Geht es hier um Windkraft und Greifvögel? Diese Thematik wird unter Ziffer 30 (Überschrift "Erneuerbare sinnvoll planen") besser dargestellt, insbesondere wenn der dortige ÄA von Andreas Rieger (Ä31) angenommen wird.

Ä-K02-598 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 27:

Dank grünem Umsteuern in Land und Bund zieht der Ausbau erneuerbarer Energien inzwischen wieder deutlich an. Diese Entwicklung bringt viel Geld ins Land, an dem wir Bürger*innen, Kommunen und Regionen stärker beteiligen wollen. Mit dem von uns beschlossenen Solareuro und dem Windeuro profitieren Kommunen kräftig von erneuerbaren Energien. Unser nächstes Ziel: auch Bürger*innen sollen ~~mit einem Bürgerenergiebeteiligungsgesetz~~ direkt profitieren. Dafür wollen wir auf Landesebene gesetzliche Möglichkeiten schaffen. Wir wollen Familien, Unternehmen und Kommunen außerdem beim Umstieg auf grüne Energie unterstützen. Dazu bringen wir das sogenannte Energy Sharing von Strom und Wärme auf den Weg, unterstützen Erzeugungsgemeinschaften, Energiegenossenschaften und wollen, dass Landesflächen bevorzugt an Bürger*innen-Energie-Projekte vergeben werden.

Begründung

Ein sehr technischer Gesetzesname. Und sehr unklar wie das Geld dann innerhalb der Projekte auf die Bürger*innen einer Kommune umverteilt werden soll. Wir schaffen Zahlungen an Einzelpersonen ja nicht mal beim Klimageld. Mit dem neuen Satz bleibt offener, was genau man auf Landesebene macht.

Ä-K02-600 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 27:

Dank grünem Umsteuern in Land und Bund zieht der Ausbau erneuerbarer Energien inzwischen wieder deutlich an. Diese Entwicklung bringt viel Geld ins Land, an dem wir Bürger*innen, Kommunen und Regionen stärker beteiligen wollen. Mit dem von uns beschlossenen Solareuro und dem Windeuro profitieren Kommunen kräftig von erneuerbaren Energien. Unser nächstes Ziel: auch Bürger*innen sollen mit einem Bürgerenergiebeteiligungsgesetz direkt profitieren. Wir wollen Familien, Unternehmen und Kommunen außerdem beim Umstieg auf grüne Energie unterstützen. Dazu ~~bringen~~fördern wir ~~das sogenannte Energy Sharing von Strom~~die gemeinschaftliche Strom- und Wärme auf den Weg, unterstützen Wärmeerzeugung beispielsweise in Erzeugungsgemeinschaften, Energiegenossenschaften und wollen, dass Landesflächen bevorzugt an Bürger*innen-Energie-Projekte vergeben werden.

Begründung

Das durch die EU ermöglichte Energy Sharing muss auf Bundesebene in Recht umgesetzt werden. Auf Landesebene können wir nur Dinge fordern, die in Landeszuständigkeit möglich sind.

Ä-K02-604 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 30:

Jede Form der Energienutzung bringt Zielkonflikte mit. ~~Auch wenn die Nutzung erneuerbarer Energien hier am besten abschneidet, wollen wir die Konflikte weiter verringern.~~ Wir wollen diese bei der Nutzung erneuerbarer Energien weiter verringern. An erster Stelle ist dies durch gute und partizipative Planung möglich, um den Ausbau zu steuern. Konkret wollen wir Freiflächen-Solaranlagen vermehrt auf schon versiegelten Flächen ausbauen. Um die geplanten Windvorranggebiete so schnell wie möglich auszuweisen, wollen wir die Regionalen Planungsgemeinschaften weiter stärken.

Begründung

Es ist komplett nicht ganz, worauf das "hier" bezieht. Und vom Duktus her sehr dozierend.

Ä-K02-607 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 34 bis 35:

Dank öffentlicher Förderung, Investitionen und dem Engagement der Menschen vor Ort ist die Lausitz heute schon im Wandel zu einer modernen, klimafreundlichen Energie- und Industrieregion. Neue Branchen siedeln sich an und Arbeitsplätze entstehen. Inzwischen herrscht in der Lausitz nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern Fachkräftemangel. Wir wollen alle Beschäftigten beim Strukturwandel mitnehmen – egal wo sie arbeiten. Wir arbeiten für eine ~~lebenswerte~~ **Lausitz, die lebenswert bleibt** und ~~zukunftsichere Lausitz~~ **zukunftsicher ist**. Dank uns gibt es einen Sonderausschuss Lausitz im Brandenburger Landtag, der den Strukturwandel auch durch das Parlament begleitet. Klar ist: Es braucht Planungssicherheit für die Menschen in der Lausitz. Denn die Preise für Strom aus fossilen Brennstoffen, insbesondere der Braunkohle, steigen im Vergleich zu den Erneuerbaren stetig an. Schon bald wird Kohlestrom nicht mehr wirtschaftlich sein. Das Land muss sicherstellen, dass die Bergbauunternehmen nicht von heute auf morgen den Betrieb einstellen und die Lausitz einen erneuten Strukturbruch erlebt. Statt also starr an einem Kohleausstieg in 2038 festzuhalten, wollen wir die Pläne an die Realität anpassen. Es braucht einen klaren und verbindlichen Ausstiegshinweis, spätestens 2030 muss Schluss sein!

Begründung

Es suggeriert, als sei die Lausitz aktuell nicht lebenswert und hätte eigentlich auch keine Zukunft. Ungünstiger Duktus.

Ä-K02-609 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 36:

Zugleich muss der ~~Umbau~~ **Wandel in** der Lausitz ~~zu einer attraktiven, lebenswerten Region fortgesetzt werden~~ **weitergehen**. Wir wollen mehr Transparenz bei der Fördermittelvergabe in der Region und beim begleitenden Monitoring sollen zukünftig Nachhaltigkeitsaspekte stärker eine Rolle spielen. Wer Strukturfördermittel beantragt, soll vom Land stärker zu Nachhaltigkeitsmaßnahmen beraten werden. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Sachsen in Form einer länderübergreifenden Steuerungsgruppe vertiefen.

Begründung

Umbau klingt sehr technisch, außerdem suggeriert der Satz, dass es aktuell nicht attraktiv und lebenswert dort wäre.

Ä-K02-611 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 40:

Darum wollen wir einen Ort der Begegnung schaffen, der von der Geschichte und Identität der Lausitz rund um die Kohle erzählt: Ein Lausitzer Landschaftsmuseum. Das Museum soll ~~die Bergbaugeschichte aufarbeiten~~ sich der Geschichte des Bergbaus in der Region widmen

Begründung

Aufarbeiten hat eine sehr negative Konnotation, die in dem Kontext nicht von allen geteilt wird. Der Tagebau ist ja zumindest seit 1990 demokratisch legitimiert :)

Ä-K04-612 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Jasmin Zöllmer

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 99:

Wir wollen, dass Tiere artgerecht gehalten werden und gleichzeitig Umwelt und Ressourcen geschont werden. Industrielle Tierhaltung lehnen wir ab. Darum wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um Prämien für gesunde Tiere auszuzahlen, an denen keine Kürzung von Ringelschwänzen bei Schweinen oder von Schnäbeln bei Hühnern vorgenommen wurden.[\[Zeilenumbruch\]](#)

Lange Transporte ~~zu großen Schlachthöfen~~ bedeuten für Tiere Angst und Stress, weshalb wir [regionale Strukturen stärken und](#) die mobile Schlachtung vor Ort als Alternative fördern wollen. [Langstreckentransporte in Drittstaaten lehnen wir ab. Deshalb werden wir uns im Bundesrat für ein Verbot solcher Transporte einsetzen.](#)

Begründung

Tiertransporte in Drittstaaten sind mit großem Leid für die Tiere verbunden und müssen vom Bund verboten werden.

Neben der mobilen Schlachtung ist auch der Aufbau von regionalen Schlachtstrukturen notwendig, um Transportzeiten zu begrenzen.

Ä-K02-618 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 43:

Es ist nicht gerecht, dass Betroffene, die durch den Kohleabbau zu Schaden gekommen sind, es vor Gericht ~~die Beweislast tragen. Dazu kommt, dass~~ schwer haben, da allein Tagebau-Unternehmen die für mögliche Verfahren wichtigen Daten verwalten und Opfer so kaum Chancen haben, ihre Ansprüche durchzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schlichtungsstelle für Bergschäden in Brandenburg wieder eingerichtet wird. Die Stelle, die sich um Konflikte von Hausbesitzer*innen mit Tagebau-Unternehmen kümmert, soll im selben Zug neu aufgestellt werden.

Begründung

die Frage, ob das wirklich „ungerecht“ ist oder doch rechtmäßig und im Rahmen des Prinzips „im Zweifel für den Angeklagten“ grundsätzliche juristische Praxis im WP zu diskutieren führt sehr weit. Die Ungerechtigkeit, dass Daten nur bei den Unternehmen liegen, wird jedoch weiterhin benannt.

Ä-K04-617 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie und Tierschutz

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 100 einfügen:

Die Zucht und Ausstellung von Tieren, die Schmerzen, Leiden und Schäden an ihre Nachkommen vererben (Qualzucht), werden wir in Brandenburg unterbinden.

Begründung

Begründung: Der Vollzug ist Sache der Länder. Gerade bei Qualzucht passiert jedoch zu wenig. Hier hat Brandenburg Möglichkeiten, die Zucht zu unterbinden aber auch Ausstellungen zu kontrollieren und solche Tiere dort rauszunehmen. Qualzucht betrifft auch sogenannte Nutztiere, weshalb dieser Satz an diese Stelle soll als Übergang vom Tierschutz in der Landwirtschaft zu Tierschutz bei anderen Tieren.

Ä-K03-620 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 54:

Um verletzte Wildtiere besser zu versorgen, wollen wir ~~ein landesweites Netz~~ den Aufbau von Wildtierstationen aufbauen Wildtierauffangstationen landesweit fördern und Informationen zur Wildtierrettung zentral zur Verfügung stellen.

Begründung

Kenntnisse vermitteln ist fast ebenso wichtig bis wichtiger. Zudem werden die Stationen durch Vereine usw. betrieben, das Land hat keine Mittel um landeseigene Stationen aufzubauen

Ä-K04-622 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 67:

Die Brandenburger Landwirtschaft steht aufgrund der stetig fortschreitenden Klimakrise und den Besonderheiten unserer Landschaften [Leerzeichen], sowie der in Brandenburg vorherrschenden Agrarstruktur.

Begründung

Die existierende Agrarstruktur trägt ganz maßgeblich zu den Problemen bei.

Ä-K04-625 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 68 einfügen:

Wir wollen die vielfältigen Strukturen der Brandenburger Landwirtschaft stärken. Klar ist: Ökolandbau ist und bleibt unser Leitbild. Das zeigt auch unsere Spitzenposition im Bundesvergleich. Wir wollen bis 2030 einen Anteil von 30 Prozent Ökolandbau erreichen. Dazu setzen wir den [durch uns in der vergangenen Legislatur verabschiedeten](#)

Begründung

Erfolg für uns, kein Produkt der Staatskanzlei.

Ä-K04-624 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie und Tierschutz

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 101 einfügen:

Wildtiere wollen wir durch ein landesweites Netz an Wildtierstationen besser schützen.

Zahlreiche Zirkusse verzichten bereits auf Wildtiere. Diese wollen wir auf kommunaler Ebene und mit der Bundesgesetzgebung unterstützen.

Begründung

Ergänzungen zum Schutz von Wildtieren.

In Brandenburg wurde mit Woblitz die Station im Norden geschlossen. Somit gibt es nur noch drei Wildtierstationen, davon eine im Süden und zwei im Raum Potsdam. Der Mensch greift immer mehr in den Lebensraum von Wildtieren ein und hat daher eine besondere Verantwortung für diese Tiere. Die lange verbreitete Doktrin, Wildtiere in Ruhe zu lassen, der Natur ihren Lauf, stammt aus einer Zeit, als es tatsächlich noch so etwas wie "unberührte Natur" gab. Wir haben aber entweder bebauten Raum oder Landwirtschafts- und Kulturraum sowie Forstflächen. Nichts davon ist unberührt. Autoverkehr, Landwirtschaftliche Maschinen, Pestizide, Müll sowie Städte als inzwischen artenreicher Lebensraum führen zu zahlreichen verletzten und hilfsbedürftigen Wildtieren. Viele Menschen wenden sich vergebens an Behörden, die mit den Anfragen im Regelfall völlig überfordert sind. In Niedersachsen gibt es ein Netzwerk von Wildtierstationen. In Sachsen hat sich ein Netzwerk als Verein gegründet. Brandenburg als Flächenland braucht staatlich finanzierte Stationen als Basis, die in einem Netzwerk das Ehrenamt mit einbinden. Diese Basis fehlt jedoch in Brandenburg.

Ä-K04-628 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 79 einfügen:

Brandenburger Produkte müssen für Verbraucher*innen als qualitativ hochwertige, regional und klimaschonend erzeugte Produkte erkennbar sein. Gleichzeitig sollen **noch mehr** Qualität und Regionalität in die Brandenburger Kantinen und die Gemeinschaftsverpflegung einziehen. Unsere landeseigenen Kantinen sollen hierbei Vorbild sein. Das stärkt unsere regionale Landwirtschaft und hält die Wertschöpfung im Land. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die neu eingeführten Brandenburger Qualitätszeichen für konventionelle Produkte und für Bioprodukte weiterentwickelt und ihre Verwendung finanziell unterstützt wird.

Begründung

Es ist nicht so, dass Kantinen in BB nicht schon ein gewisses Maß an Qualität und Regionalität haben.

Ä-K02-630 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 10.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 24:

Der Erhalt unseres Planeten, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. ~~Wenn Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand gehen, geht es Brandenburg gut. Darum wollen wir Brandenburg zum Top-Ansiedlungsland für innovative Unternehmen aus der Klima- und Energiewirtschaft machen und mit erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen. Davon~~ Die Energiewende wurde jedoch jahrzehntelang verschleppt. Gerade für Regionen wie die Lausitz bedeutet das besondere Herausforderungen. Wir setzen uns für einen Strukturwandel ein, der sowohl die Menschen in der Region, als auch die Beschäftigten in der Braunkohleindustrie und nicht Konzerne und ihr Profitstreben in das Zentrum rückt. Von unserer Energiepolitik sollen Städte, Gemeinden und alle Brandenburger*innen direkt profitieren. Die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien bietet Chancen für mehr Versorgungssicherheit und sinkende Kosten in Brandenburg. Grüne Energie wird zum Standortvorteil: Wind und Sonne liefern den Strom sowie Wasserstoff für H2-ready-Kraftwerke und die örtliche Industrie liefern und Kommunen erwirtschaften damit neue Einnahmen. Der Erfolg der letzten Jahre gibt uns Rückenwind: vielerorts sind neue Jobs entstanden, das Handwerk boomt, dank Wind- und Solareuro profitieren auch unsere Gemeinden. Die Zielkonflikte zwischen Energiewende und Artenschutz gehen wir weiter faktenbasiert an.

Ä-K04-629 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 88 einfügen:

Die „Farm to Fork“-Strategie der EU müssen wir in Brandenburg und seinen Regionen mit noch mehr Kraft umsetzen. Dazu gehört die Förderung von Ernährungsmanager*innen in den Kommunen, die die Nutzung von regionalen Lebensmitteln unterstützen. Das Essensangebot in Kitas, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen wollen wir im Sinne der ["Farm to Fork"-Strategie](#) [und der Brandenburger Ernährungsstrategie](#)

Begründung

In BB ist vor allem unsere Ernährungsstrategie für die praktische Umsetzung relevant.

Ä-K04-631 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 101:

Forschung in Medizin und Biologie kommt auch ohne Tierversuche aus. Darum wollen wir die tierversuchsfreie Forschung gezielt fördern und in der Ausbildung komplett auf den Einsatz von Versuchstieren verzichten. ~~Die Tierversuchskommission wollen wir zu mindestens 50 Prozent mit Tierschützer*innen besetzen lassen,~~ Wir wollen mindestens 50 Prozent der Tierversuchskommission auf Vorschlag von Tierschutzorganisationen besetzen

„wie es die Länder Berlin und Baden-Württemberg bereits tun. In der Gesellschaft wollen wir für mehr Tierschutz werben, indem wir dem Thema in der Lehrer*innenausbildung und in den Lehrplänen mehr Raum geben.

Begründung

Aktuelles Vorgehen: 30% werden auf Vorschlag von Tierschutzorganisationen benannt, Rest v.a. auf Vorschlag von Bildungseinrichtungen. Berufungen werden durch Land durchgeführt. Also ist „besetzen lassen“ nicht ganz korrekt, wenn man in der Landesregierung ist. Auch in BE werden die Mitglieder "auf Vorschlag von", nicht "mit" Tierschützern besetzt.

Ä-K02-634 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 10.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 34 bis 35 einfügen:

Dank öffentlicher Förderung, Investitionen und dem Engagement der Menschen vor Ort ist die Lausitz heute schon im Wandel zu einer modernen, klimafreundlichen Energie- und Industrieregion. Neue Branchen siedeln sich an und Arbeitsplätze entstehen. Inzwischen herrscht in der Lausitz nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern Fachkräftemangel. Wir wollen alle Beschäftigten beim Strukturwandel mitnehmen – egal wo sie arbeiten. Wir arbeiten für eine lebenswerte und zukunftssichere Lausitz. Dank uns gibt es einen Sonderausschuss Lausitz im Brandenburger Landtag, der den Strukturwandel auch durch das Parlament begleitet. Klar ist: Es braucht Planungssicherheit für die Menschen in der Lausitz. Denn die Preise für Strom aus fossilen Brennstoffen, insbesondere der Braunkohle, steigen im Vergleich zu den Erneuerbaren stetig an. Schon bald wird Kohlestrom nicht mehr wirtschaftlich sein. Das Land muss sicherstellen, dass die Bergbauunternehmen nicht von heute auf morgen den Betrieb einstellen und die Lausitz einen erneuten Strukturbruch erlebt. Statt also starr an einem Kohleausstieg in 2038 festzuhalten, wollen wir die Pläne an die Realität anpassen. Es braucht einen klaren und verbindlichen Ausstiegsweg, spätestens 2030 muss Schluss sein!

Wir stehen für eine planende und vorausschauende Industriepolitik. Besonders in den Strukturwandelregionen, wie der Lausitz, ist das unabdingbar. Durch eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge lassen wir viele neue und gut bezahlte Jobs entstehen. Dabei muss gelten: Wann immer der Staat Unternehmensrisiken abfedert oder sich selbst finanziell beteiligt, muss auch öffentlicher Wohlstand unter demokratischer Kontrolle entstehen. Privatwirtschaftliche Energieproduzenten, wie die LEAG, handeln ausschließlich nach eigenen wirtschaftlichen Interessen. Doch die Energiegewinnung muss an den Bedürfnissen von Menschen und Umwelt ausgerichtet sein, anstatt an Profiten einzelner Konzerne. Deswegen braucht es nach dem Kohleausstieg in der Lausitz eine Energieversorgung in öffentlicher Hand.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä-K04-639 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie und Tierschutz

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 101 einfügen:

Forschung in Medizin und Biologie kommt auch ohne Tierversuche aus. Darum wollen wir die tierversuchsfreie Forschung gezielt fördern und in der Ausbildung komplett auf den Einsatz von Versuchstieren verzichten. Die Tierversuchskommission wollen wir zu mindestens 50 Prozent mit Tierschützer*innen besetzen lassen, wie es die Länder Berlin und Baden-Württemberg bereits tun. In der Gesellschaft wollen wir für mehr Tierschutz werben, indem wir dem Thema in der Lehrer*innenausbildung und in den Lehrplänen mehr Raum geben.

[Zum Schutz von Igel, Maulwürfen, Insekten und anderen Tieren wollen wir Brandenburg zum Vorreiter für tierfreundliche Grünflächenpflege machen.](#)

Ä-K04-636 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 102:

Auch unsere Haustiere brauchen mehr Schutz und Zuwendung. ~~Wir wollen Tierheime entlasten, indem wir mehr Tiere kennzeichnen und registrieren und so verhindern, dass Tiere ohne Möglichkeiten der Rückverfolgung ausgesetzt werden. Für Hauskatzen werden wir uns für eine Kastrationsverordnung des Landes einsetzen, um Rechtssicherheit für Tierschutzvereine und mehr Tierschutz für freilaufende Katzen zu erreichen.~~ Wir wollen Tierheime noch stärker fördern und zusätzlich entlasten, indem wir mehr Heimtiere kennzeichnen und registrieren und so verhindern, dass Tiere ohne Möglichkeiten der Rückverfolgung ausgesetzt werden. Für Hauskatzen haben wir den Landkreisen die Möglichkeit eröffnet, eigene Kastrationsregelungen zu erlassen. Wir wollen dafür werben, dass diese Möglichkeit genutzt wird und prüfen, ob landesweite Regelungen notwendig sind.

Begründung

finanzielle Förderung Tierheime muss rein.

Wir (MSGIV) haben vor kurzem die Tierschutzzuständigkeitsverordnung geändert, um kommunale Katzenschutzverordnungen mit Katzenkastrationsbestimmungen zu erlassen. Wir sollten dies erstmal wirken lassen und dann ggf. landesweit nachsteuern, wenn dies nicht fruchtet.

<https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/presse/pressemitteilungen/detail/~14-11-2023-katzenschutzverordnungen>

Ä-K01-640 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Isabell Hiekel

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 20 einfügen:

Weil die Klimakrise immer häufiger Extremwetterereignisse, wie Starkregen oder Hitzephasen, mit sich bringt, wollen wir die Förderprogramme für den Schutz vor Extremwetter in Kommunen besonders ausbauen. Jede Kommune soll dabei unterstützt werden, Konzepte zur Klimaanpassung zu entwickeln und umzusetzen. Hitzeaktionspläne sollen für mehr Kühle und Schatten in unseren Städten und Gemeinden sorgen und die Infrastruktur auch in Hitzephasen absichern. Den Hochwasserschutz wollen wir ebenso weiter voranbringen, wobei wir uns – nachdem die Deiche an Elbe und Oder fast vollständig ertüchtigt sind – vor allem auf die Region der Schwarzen Elster konzentrieren wollen. Dabei geht es vor allem darum, dem Fluss in der freien Landschaft durch Deichrückverlegungen wieder mehr Raum zu geben und das natürliche Überflutungsregime in großen Teilen der Aue wieder zuzulassen. Damit stärken wir die Resilienz des Flusses und seiner Aue.

Ä-K04-643 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Ökologie und Tierschutz

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 102 einfügen:

Auch unsere Haustiere brauchen mehr Schutz und Zuwendung. Wir wollen Tierheime entlasten, indem wir mehr Tiere kennzeichnen und registrieren und so verhindern, dass Tiere ohne Möglichkeiten der Rückverfolgung ausgesetzt werden. Für Hauskatzen werden wir uns für eine Kastrationsverordnung des Landes einsetzen, um Rechtssicherheit für Tierschutzvereine und mehr Tierschutz für freilaufende Katzen zu erreichen.

[Den seit Jahrzehnten bestehenden Streit zwischen Tierheimen und Gemeinden um die Frage, wer für sogenannte herrenlose Haustiere verantwortlich ist, wollen wir lösen.](#)

Begründung

Die Fundtierfrage stellt Tierschutzvereine immer wieder vor das Problem, hilflose Tiere zu haben, bei denen sich die Gemeinde aus der Verantwortung zieht. Straßenkatzen sind aber ein menschengemachtes Problem. Es sind Haustiere, die wir ausgesetzt haben oder uns entlaufen sind, und deren Nachkommen. Wir haben eine Verantwortung für diese Tiere. Sie sind aber immer noch auf uns angewiesen. Sie leben von unseren Fütterungen, unserem Müll und in unsanierten Gebäuden. Aufgrunddessen, dass sie nicht angepasst sind wie Wildtiere, aber auch nicht mehr in der Obhut des Menschen stehen, ist ihr Gesundheitszustand oftmals schlecht. Gleichzeitig kommen jedoch aus unseren Tierhaltungen, egal ob über Freilaufkatzen oder Taubenauflässe immer wieder Neuzugänge zu den Populationen von Straßenkatzen und Stadtauben. Aus dem Grunde muss auch deren Zulauf unterbunden werden. Bei Taubenauflässen ist eine effektive Methode, beispielsweise einen GPS-Sender verpflichtend zu nutzen. So können die Tierhalter:innen den Standort ihre Tiere verfolgen und diese bei fehlender Rückkehr wieder einsammeln.

Ä-K04-646 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Jasmin Zöllmer

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 96 bis 97:

Wir achten Tiere als Lebewesen gemäß Artikel 39 der Verfassung des Landes Brandenburg, indem wir ihren Bedürfnissen gerecht werden. Entsprechend müssen Ställe und Haltung an die Bedürfnisse der Tiere nach Bewegung, Tageslicht, Beschäftigung und Kontakt mit Artgenossen angepasst werden und nicht umgekehrt.

Darum wollen wir wollen ein Förderprogramm auflegen, um Prämien für gesunde Tiere auszuzahlen, unter anderem für Schweine mit intakten Ringelschwänzen, Rinder mit gesunden Klauen und Eutern, Puten mit intakten Schnäbeln“.

~~In der Verfassung des Landes Brandenburg heißt es in Artikel 39: „Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet“.~~

Begründung

Wir möchten den Fokus in diesem Kapitel auf das Tier legen und die Bedürfnisse, bzw. den Schutz von Tieren und Pflanzen nicht gleichsetzen.

Wir brauchen einen schöneren, aussagekräftigeren Anfang für das Kapitel.

Der zweite Absatz ist von weiter unten hochgezogen, da es ungünstig ist gleich am Anfang die Kontrollen zu nennen. Man müsste allerdings die gesamte Struktur anpassen, am besten mit:

1. Bedürfnisse von Tieren, was brauchen sie?
2. Was wollen wir für Nutztiere erreichen?
 - 2.1 bei der Haltung
 - 2.2. bei Transport und Schlachtung
 - 2.3 bei der Zucht
3. Weitere Tierarten

Ä-K02-647 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Isabell Hiekel

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 43:

Es ist nicht gerecht, dass Betroffene, die durch den Kohleabbau zu Schaden gekommen sind, vor Gericht die Beweislast tragen. Dazu kommt, dass allein Tagebau-Unternehmen die für mögliche Verfahren wichtigen Daten verwalten und Opfer so kaum Chancen haben, ihre Ansprüche durchzusetzen. ~~Wir setzen uns dafür ein, dass die Schlichtungsstelle für Bergschäden in Brandenburg wieder eingerichtet wird. Die Stelle, die sich um Konflikte von Hausbesitzer*innen mit Tagebau-Unternehmen kümmert, soll im selben Zug neu aufgestellt werden.~~ Wir setzen uns dafür ein, dass wieder eine Ansprechstelle für die vom Braunkohlenbergbau geschädigten Menschen eingerichtet wird, die die Betroffenen bei der Regulierung ihrer Schäden unterstützt. Wir wollen damit an die Schlichtungsstelle für Bergschäden anknüpfen, die 2023 geschlossen wurde und dieses Konzept so verbessern, dass die Ansprechstelle von vielen Menschen angenommen und erfolgreich genutzt werden kann.

Ä-K02-649 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 28 löschen:

Kommunen sollen besonders stark von der Energiewende profitieren. Auf Bundesebene haben wir diese Beteiligung im Erneuerbare-Energien-Gesetz ermöglicht, im Land wollen wir im Rahmen des Wind- und Solareuros diese lokale Wertschöpfung schaffen. Wir werden Kommunen stärker bei der Beantragung und Nutzung von Fördermitteln vom Bund unterstützen. ~~Kommunale Energiewende-Verantwortliche sollen als Ansprechpartner dienen.~~

Begründung

Unklare Position. Wenn sollten wir mehr dazu schreiben oder es vielleicht sein lassen ein weiteres Gremium zu schaffen.

Ä-K02-651 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Clemens Rostock

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 30 einfügen:

Jede Form der Energienutzung bringt Zielkonflikte mit. Auch wenn die Nutzung erneuerbarer Energien hier am besten abschneidet, wollen wir die Konflikte weiter verringern. An erster Stelle ist dies durch gute und partizipative Planung möglich, um den Ausbau zu steuern. Konkret wollen wir Freiflächen-Solaranlagen vermehrt auf schon versiegelten Flächen ausbauen. Um die geplanten Windvorranggebiete so schnell wie möglich auszuweisen, wollen wir die Regionalen Planungsgemeinschaften weiter stärken. Die Bearbeitungsdauer der Genehmigungsverfahren am Ende des Prozesses wollen wir reduzieren und dafür Personal in den Genehmigungsbehörden aufstocken.

Begründung

Insbesondere im LfU braucht es mehr Personal, damit die Genehmigungsanträge für Anlagen Erneuerbarer Energien schneller bearbeitet werden können, ohne Abstriche bei der Qualität zu machen.

Ä-K05-655 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Isabell Hiekel

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 111 bis 112 einfügen:

Brandenburg muss den Waldumbau weg von Holzplantagen hin zu klimaresilienten, natunahen Wäldern beschleunigen. Die Sicherung einer natunahen Waldentwicklung mit ökologischer Bewirtschaftung ist eine Voraussetzung um die vielfältigen Ökosystemleistungen des Waldes auch zukünftig zu erhalten.Die Kiefern-Monokulturen, die wir in weiten Teilen in Brandenburg sehen, sind gegenüber Trockenheit, Hitze und Schädlingsbefall besonders anfällig. Darum werden wir unsere Wälder umbauen – hin zu vielfältigen Mischwäldern voller unterschiedlicher Baum- und Pflanzenarten. Dabei setzen wir auf die Naturverjüngung und Saat, wollen aber auch auf Pflanzungen nicht verzichten, um den Waldumbau mit einer möglichst großen Vielfalt an Arten voranzubringen. Durch die von uns umgesetzte Strukturreform ist die Landesforstverwaltung für diese große Aufgabe besser vorbereitet. Um langfristig Fachkräfte für den Landesforst zu sichern, wollen wir die Zahl der Ausbildungsplätze im Landesbetrieb Forst deutlich anheben.

Ä-K01-656 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Clemens Rostock

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 3:

Die Notwendigkeit zum Handeln war noch nie so groß wie jetzt. Alles, was wir heute für den Klimaschutz tun, schützt uns in Zukunft vor noch größeren Problemen. Mit mutigem Anpacken schützen wir unsere Kinder und Enkelkinder und geben ihnen ein Stück Sicherheit zurück. Unser Ziel ist nach wie vor: Die Erderhitzung auf höchstens +1,5 Grad zu begrenzen – so wie es im Pariser Klimaschutzabkommen steht. Dafür müssen wir den Ausstoß von Treibhausgasen, wie CO₂, auf ein Mindestmaß reduzieren. ~~Und gleichzeitig werden wir darauf achten, dass~~ Im Sinne der Wandel für alle bezahlbar Klimagerechtigkeit wollen wir dabei die Klima- und gerecht bleibt die soziale Frage stärker miteinander verzahnen. Es sind Menschen mit höheren Einkommen, die das Klima belasten und Menschen mit niedrigeren Einkommen, die unter den Folgen leiden. Mit dem richtigen Maßnahmenpaket können sowohl Klimaschäden vermieden, als auch die Ungleichheit zwischen Arm und Reich reduziert werden.

Begründung

Die Ursprungsformulierung bedient im Zweifel das Framing, dass Klimaschutz kostet und dass man die Kosten für die Ärmeren im Rahmen halten müsste. Die zunehmende Debatte um Klimagerechtigkeit zeigt aber auf, dass es anders ist: Kein Klimaschutz bzw. Klimakatastrophe bezahlen v.a. die Ärmsten. Vermiedene Klimaschäden sind damit auch eine Frage der Gerechtigkeit. Zieht man dann auch noch die Wohlhabenderen zur Bewältigung des Wandels heran und belohnt die Ärmeren, entsteht ein doppelter sozialer Nutzen.

Ein gutes Beispiel ist die Kombination von CO₂-Besteuerung und Klimageld. Die CO₂-Besteuerung bezahlen v.a. die Menschen mit höheren Einkommen, da sie für deutlich mehr CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Menschen mit geringem Einkommen können mit dem aus den Einnahmen der CO₂-Besteuerung finanzierten Klimageld sogar noch etwas rausbekommen.

Nicht immer jedoch ist es korrekt Einzelmaßnahmen nach diesem Muster zu bewerten. Die CO₂-Besteuerung allein wird ja auch durch niedrige Einkommen bezahlt. Deshalb gilt es immer die gesamte Klimapolitik inkl. flankierender Maßnahmen zu bewerten.

Ä-K02-658 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Clemens Rostock

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

Der Erhalt unseres Planeten, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Wenn Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand gehen, geht es Brandenburg gut. Darum wollen wir Brandenburg zum Top-Ansiedlungsland für innovative Unternehmen aus der Klima- und Energiewirtschaft machen und mit erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen. Davon sollen Städte, Gemeinden und alle Brandenburger*innen direkt profitieren. Die lokale Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien bietet Chancen für mehr Versorgungssicherheit und sinkende Kosten in Brandenburg. Grüne Energie wird zum Standortvorteil: Wind und Sonne liefern den Strom sowie Wasserstoff für H2-ready-Kraftwerke und die örtliche Industrie liefern und Kommunen erwirtschaften damit neue Einnahmen. Der Erfolg der letzten Jahre gibt uns Rückenwind: vielerorts sind neue Jobs entstanden, das Handwerk boomt, dank Wind- und und zukünftig auch Solareuro profitieren auch unsere Gemeinden. Die Zielkonflikte zwischen Energiewende und Artenschutz gehen wir weiter faktenbasiert an.

Begründung

Damit die Zeitform stimmt. Davor steht ja "der Erfolg der letzten Jahre" ...

Ä-K01-664 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Isabell Hiekel

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 3 einfügen:

Die Notwendigkeit zum Handeln war noch nie so groß wie jetzt. Alles, was wir heute für den Klimaschutz tun, schützt uns in Zukunft vor noch größeren Problemen. Mit mutigem Anpacken schützen wir unsere Kinder und Enkelkinder und geben ihnen ein Stück Sicherheit zurück. Unser Ziel ist nach wie vor: Die Erderhitzung auf höchstens +1,5 Grad zu begrenzen – so wie es im Pariser Klimaschutzabkommen steht. Dafür müssen wir den Ausstoß von Treibhausgasen, wie CO₂, auf ein Mindestmaß reduzieren. Und gleichzeitig werden wir darauf achten, dass der Wandel für alle bezahlbar und gerecht bleibt.

Klimakrise und Biodiversitätskrise müssen wir zusammendenken, denn beide bedingen sich gegenseitig. Wir müssen auch im Naturschutz besser werden und den natürlichen Klimaschutz voranbringen. Unsere Natur, Wälder und Moore sind dabei unsere natürlichen Verbündeten. Die auf Bundesebene angebotenen Förderprogramme im Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz wollen wir deshalb konsequent auch in Brandenburg mit Leben erfüllen.

Ä-K03-666 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: KV Dahme-Spreewald

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 64:

Unser Klima und unsere Natur brauchen jeden Baum. Und trotzdem sinkt bei uns die Zahl der Straßen, die von Bäumen gesäumt ~~werden. Ein neues Kompetenzzentrum soll diesen Trend umkehren und dafür sorgen, dass die berühmten Brandenburger Alleen ein Comeback erfahren. Die Alleenschutzkonzeption des Landes wollen wir weiterentwickeln. So muss beispielsweise bei Verlusten von Alleebäumen zukünftig eine 1:1-Kompensation möglichst ortsnah erfolgen.~~ werdenganze Alleen sind weiterhin in ihrer Existenz bedroht,

wie beispielsweise in Zeuthen und Eichwalde durch eine inakzeptable Fällung von 280 Bäumen für den Ausbau der Landesstraße 401. Deswegen sind die bisher leitenden Grundsätze zum Alleenerhalt und -ausbau zu revidieren und neu zu definieren. Leitend muss sein, dass der Bestand der Alleen als prägender Teil des historischen Landschaftsbildes (bzw. Stadt- bzw. Dorfbildes) unseres Landes sowie als wichtiger klimaregulierender Faktor mindestens gleichrangig zur Verkehrssicherung zu setzen ist, letztere ist durch andere geeignete Maßnahmen sicherzustellen wie z. B. durch Geschwindigkeitsregulierungen. Das historische Landschaftsbild der Alleen ist nur bei maßvollen Maximal-Abständen zu den Straßen erkennbar gewahrt, diese sollten bei Neupflanzungen daher nur in Ausnahmefällen vom historischen Befund abweichen und nicht über drei Meter hinausgehen. Auf Grund der massiven Baumverluste und des Klimadrucks auf Neupflanzungen hat Bestandserhalt höchste Priorität, zur Bestandspflege gehört auch die Nachpflanzung im Bestand und hinter bereits vorhandenen Leitplanken. Bei Verlusten von Alleebäumen soll zukünftig eine 1:1-Kompensation möglichst ortsnah und im Alleenbestand erfolgen.

Begründung

Es braucht kein neues Kompetenzzentrum, dass weiteres für die Alleen nötiges Geld verbrennt. Die Ursachen des Alleensterbens sind wohlbekannt und nur durch deren Änderung, abgesehen von den Klimawirkungen, können die Alleen gerettet werden:

Der Sicherheitsvorrang des Verkehrs ist die Hauptursache des Alleenschwundes. Der verlangte Abstand von 4,50 m zu stark befahrenen Landstraßen bewirkt, dass allein der nötige Landerwerb das Geld auffrisst, bevor ein Baum gepflanzt wurde und dass zudem Charakter und Wirkung der Allee verloren gehen. Das Prinzip des Nicht-Nachpflanzens im Bestand dient nur der späteren Bestandspflege, Lückenschluss kann Jungbäumen durch ein umgebendes schützendes Biotop durchaus hilfreich sein. Das Sicherheitsargument scheint nicht zu gelten in Bezug auf Leitplanken, denn dahinter wird regelmäßig nicht gepflanzt – das ist zu ändern. Zudem ist die Machtlosigkeit der Naturschützer bei den regelmäßigen Baumschauen ist ein weiterer Grund für die Bestandsverluste – denn jeder „totgepflegte“ Baum ist ein „Gewinn“=Ersparnis im Haushalt der zuständigen Kommune.

Entscheidend ist die Neubewertung der Alleen als bedeutender Träger des historischen Landschaftsbildes und Gleichberechtigung zu Verkehrserfordernissen – so wie ein Baudenkmal auch nicht einfach beseitigt wird, wenn es dem Verkehr ein Hemmnis sein könnte.

Alleen stehen im hohen Maße für eine spezifische Brandenburgische Qualität bewahrter Naturnähe und Naturschönheit, mit der der Tourist nicht erst bei Ankunft an seinem Urlaubsort erfreut wird,

sondern die ihn schon auf seiner Anreise dorthin begleitet bzw. die dem Durchreisenden augenfällig die Naturqualitäten des Landes vor Augen führt. Allelen sind damit – ein wesentlicher und im Vergleich zu anderen Bundesländern konkurrenzloser (Werbe-)Wirtschaftsfaktor.

In Anbetracht des gerade in Brandenburg deutliche fühlbaren Klimawandels sind die Allelen wegen ihrer hochbedeutenden ökologischen Effekte zudem von höchster klimaregulierender Bedeutung. Der so nötige Waldumbau ist – entgegen allen Planungen – so verlangsamt, dass weiterhin die Mehrzahl Brandenburger Laubbäume im Allelenverband stehen – Allelenpflanzungen leisten also einen wichtigen Beitrag zu CO₂-Haushalt.

Der letzte Allelenbestandsbericht 2022 mit einem Defizit von mehr als 3171 (Allelen-)Bäumen zeigt die eminente Gefährdung dieses touristischen Highlights und CO₂-Senke auf. Ob baumfreie Straßen langfristig sicherer sind, hängt letztlich von vielen weiteren Faktoren ab, aus den alleelfrei gemachten Landstraßen der alten Bundesrepublik ist bekannt, dass mit der Allelenbeseitigung sich der Verkehr bedeutend beschleunigte und Fahrer dann weiterhin aus Geschwindigkeitsgründen verunfallten. Verkehrssicherheit lässt sich auch auf intakten Allelen mit geeigneten Maßnahmen herstellen.

Es ist bekannt, dass die Landesregierung aktuell an neuen Regelungen für die Allelenpflanzungen arbeitet und dazu auch die Kreise befragt. In Anbetracht der fortlaufenden Baumverluste und dem sich beschleunigenden Klimawandel wird dieser Antrag dadurch nicht überflüssig – zu lange wartet das Land schon auf eine Revision des bisherigen Regelwerkes und leidet an der systematischen Zerstörung unseres landschaftskulturellen mehrhundertjährigen historisches Kulturerbes.

Lothar Treder-Schmidt für KV L

Ä-K02-674 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: LAG Landwirtschaft

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 28 einfügen:

Kommunen sollen besonders stark von der Energiewende profitieren. Auf Bundesebene haben wir diese Beteiligung im Erneuerbare-Energien-Gesetz ermöglicht, im Land wollen wir im Rahmen des Wind- und Solareuros diese lokale Wertschöpfung schaffen. [Empfehlungen zur prozentualen Flächenausweisung für PV-Freiflächenanlagen pro Kommune können eine Lenkungswirkung erreichen.](#) Wir werden Kommunen stärker bei der Beantragung und Nutzung von Fördermitteln vom Bund unterstützen. Kommunale Energiewende-Verantwortliche sollen als Ansprechpartner dienen.

Ä-K06-678 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Clemens Rostock

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 135 einfügen:

Den Schienenausbau im Rahmen des Projekts i2030 wollen wir schneller und konsequenter umsetzen. Wo möglich, wollen wir stillgelegte Strecken und gestrichene Angebote wieder reaktivieren, unter anderem die Schorfheidebahn RB63, die Verbindung nach Ketzin und die Wriezener Bahn. Wo es keine Schienen gibt, sichern PlusBusse, Takt- und Rufbusse die Verbindungen zwischen den Orten. Wir wollen das öffentliche Verkehrsnetz als ein großes Ganzes denken und die Finanzierung im Land neu organisieren.

Begründung

Die RB63 ist formal nicht stillgelegt und der Wiederanschluss Ketzins ein erfolgsversprechendes Beispiel.

Ä-K06-683 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Clemens Rostock

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 147:

Für bessere grenzüberschreitende Mobilität muss aber auch die Verkehrspolitik auf Bundesebene neu gedacht werden: Verbindungen, wie die Strecke Berlin-Angermünde-Stettin und andere, müssen endlich auch als Fernverkehrsverbindungen ~~betrachtet werden~~angeboten werden, für die die Bundesebene Verantwortung übernimmt. Mit der Aufnahme der Ostbahn in den Bundesverkehrswegeplan ist ein erster Schritt getan. Jetzt muss die wichtige Verbindung ausgebaut und modernisiert werden.

Begründung

Vermeidung des Missverständnisses, dass der Nahverkehr durch Fernverkehr ersetzt werden soll.

Ä-K04-695 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Andreas Fleuter

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 79 einfügen:

Brandenburger Produkte müssen für Verbraucher*innen als qualitativ hochwertige, regional und klimaschonend erzeugte Produkte erkennbar sein. Gleichzeitig sollen Qualität und Regionalität in die Brandenburger Kantinen und die Gemeinschaftsverpflegung einziehen. Unsere landeseigenen Kantinen sollen hierbei Vorbild sein. Das stärkt unsere regionale Landwirtschaft und hält die Wertschöpfung im Land. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die neu eingeführten Brandenburger Qualitätszeichen für konventionelle Produkte und für Bioprodukte weiterentwickelt und ihre Verwendung finanziell unterstützt wird.

Ebenso sollen Wertschöpfungsketten aus landwirtschaftlich erzeugten Faserrohstoffen (z.B. Hanf und Stroh) für klimafreundliche Isolations- und Baustoffe gefördert werden.

Begründung

Brandenburg produziert auf Ackerflächen viel Stroh aus dem Getreideanbau und hat eine deutschlandweit führende Expertise des Hanfanbaus in der Uckermark. Diese Potenz sollte aktiv multipliziert werden und Eingang in Wertschöpfungsstrategien finden. Ebenso wird die CO₂-Bilanz für Endprodukte aus diesen Rohstoffen reduziert (vgl. Energiewende und Bauwende).

Ä-K02-705 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Detlef Fiehler

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 43:

~~Es ist nicht gerecht, dass Betroffene, die durch den Kohleabbau zu Schaden gekommen sind, vor Gericht die Beweislast tragen. Dazu kommt, dass allein Tagebau-Unternehmen die für mögliche Verfahren wichtigen Daten verwalten und Opfer so kaum Chancen haben, ihre Ansprüche durchzusetzen.~~ Für Betroffene, die durch den Kohleabbau zu Schaden gekommen sind, wollen wir uns durch eine Gesetzesinitiative für eine Beweislastumkehr stark machen. Hierfür müssen Tagebau-Unternehmen auch die für mögliche Verfahren wichtigen Daten den Betroffenen zur Verfügung stellen, damit diese ihre Ansprüche durchzusetzen können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schlichtungsstelle für Bergschäden in Brandenburg wieder eingerichtet wird. Die Stelle, die sich um Konflikte von Hausbesitzer*innen mit Tagebau-Unternehmen kümmert, soll im selben Zug neu aufgestellt werden.

Begründung

Die Problembeschreibung alleine reicht hier nicht aus. Ein Lösungsweg - durch juristische Besserstellung - muss zwingend genannt werden.

Ä-K04-710 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 99 löschen:

Wir wollen, dass Tiere artgerecht gehalten werden und gleichzeitig Umwelt und Ressourcen geschont werden. Industrielle Tierhaltung lehnen wir ab. Darum wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um Prämien für gesunde Tiere auszuzahlen, an denen keine Kürzung von Ringelschwänzen bei Schweinen oder von Schnäbeln bei Hühnern vorgenommen wurden. Lange Transporte zu großen Schlachthöfen bedeuten für Tiere Angst und Stress, ~~weshalb wir die mobile Schlachtung vor Ort als Alternative fördern wollen.~~

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K04-712 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 101:

Forschung in Medizin und Biologie kommt auch ohne Tierversuche aus. Darum wollen wir die ~~tierversuchsfreie~~ Forschung gezielt fördern, um sie zeitnah gänzlich tierversuchsfrei zu machen und in der Ausbildung komplett auf den Einsatz von Versuchstieren verzichten. Die Tierversuchskommission wollen wir zu mindestens 50 Prozent mit Tierschützer*innen besetzen lassen, wie es die Länder Berlin und Baden-Württemberg bereits tun. In der Gesellschaft wollen wir für mehr Tierschutz werben, indem wir dem Thema in der Lehrer*innenausbildung und in den Lehrplänen mehr Raum geben.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K05-714 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 123 bis 124 einfügen:

Mit dem Niedrigwasserkonzept hat die Landesregierung auf unsere Initiative hin die Grundlage dafür geschaffen, Wasser besser in der Landschaft zu halten und die Neubildung von Grundwasser wieder zu steigern. Als nächstes wollen wir das Wassergesetz neu verfassen und damit die Weichen für eine nachhaltige Wasserwirtschaft stellen: Die Versorgung mit Trinkwasser soll vor anderen Nutzungen Vorrang haben und die Nutzung von gebrauchtem Wasser und Regenwasser wollen wir erleichtern. Das Wassernutzungsentgelt wollen wir so verändern, dass sich das Einsparen von Wasser in Industrie, Gewerbe und der Landwirtschaft stärker auszahlt. Wer in der Industrie sehr viel Wasser verbraucht, soll sein Wasser in Kreislaufsystemen mehrfach nutzen. Mit einem Wassercheck soll bei sämtlichen Planungen (zum Beispiel Raumordnung, Regionalplanung, Bauleitplanung) vor der Ansiedlung geprüft werden, ob ausreichend Wasser vorhanden ist.

Um den sparsamen Umgang mit Wasser besser zu unterstützen, wollen wir eine Regenwasseragentur zur Information und Beratung von Kommunen und Bürger*innen einrichten.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K11-19 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Thomas von Gizycki

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 69:

Wir wollen den Kinder- und Jugendschutz verbessern, damit Kinder in allen Bereichen ihres Lebens sicher und unbeschwert aufwachsen können. ~~Dafür haben wir den Bau von 17 neuen Familienzentren in Brandenburg gefördert. Wir wollen das Netzwerk Kinderschutz fördern, Familienzentren weiter ausbauen.~~ Wir wollen das Netzwerk Kinderschutz fördern und unterstützen die landesweite Fachstelle Kinderschutz. Alle Anbieter von Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und Ganztagsangeboten wollen wir verpflichten, Konzepte zum Schutz von Kindern zu entwickeln.

Ä-K11-20 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Thomas von Gizycki

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 66 einfügen:

Unter den Krisen der vergangenen Jahre haben Familien besonders hart gelitten. Viele Eltern sind am Limit, die Versorgungssysteme überlastet. Jetzt brauchen Familien präventive, niedrigschwellige und miteinander vernetzte Hilfen. Wir wollen ein neues Landesprogramm „Starke Familie“ auf den Weg bringen, um die vielen Hilfsangebote in Brandenburg besser miteinander zu vernetzen und dafür zu sorgen, dass sie von betroffenen Familien tatsächlich in Anspruch genommen werden. Familienzentren als niedrigschwellige Anlaufstellen für Familien wollen wir stärken und ausbauen. Angebote für Familien sollen möglichst flächendeckend im ganzen Land bereitgestellt werden.

Ä-K11-21 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Thomas von Gizycki

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 66 einfügen:

Unter den Krisen der vergangenen Jahre haben Familien besonders hart gelitten. Viele Eltern sind am Limit, die Versorgungssysteme überlastet. Jetzt brauchen Familien präventive, niedrigschwellige und miteinander vernetzte Hilfen. Wir wollen ein neues Landesprogramm „Starke Familie“ auf den Weg bringen, um die vielen Hilfsangebote in Brandenburg besser miteinander zu vernetzen und dafür zu sorgen, dass sie von betroffenen Familien tatsächlich in Anspruch genommen werden. Um solche Förderungen auf eine stabilere Basis zu stellen und zu verstetigen machen wir uns für ein Familienfördergesetz stark.

Ä-K08-54 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 30 einfügen:

Der Krankenhausesektor wurde in der Vergangenheit erheblich unterfinanziert. Die Folge waren Personalabbau, Privatisierungen und fehlende Investitionen in neue Technik und Gebäude. Als Teil der Landesregierung konnten wir diesen Trend endlich stoppen. Dazu wollen wir die von uns schon deutlich erhöhte Investitionspauschale für die Krankenhäuser auf 200 Millionen Euro im Jahr steigern. Um Krankenhäuser im Abrechnungssystem gerecht zu entlohnen, setzen wir uns für einen Landesbasisfallwert ein, der tatsächliche Betriebs-, Sach- und Personalkosten abbildet. Wir wollen das erfolgreiche Programm „Green Care and Hospital“, das Gesundheitseinrichtungen bei der Reduzierung ihres Bedarfs an fossilen Energieträgern und weitgehenden Vermeidung gesundheits- und umweltschädlicher Baumaterialien unterstützt, fortführen und weiter ausbauen.

Begründung

Im Bauwesen werden viele gesundheits- und Umweltschädliche Baumaterialien eingesetzt (Pestizide in Wandbeschichtungen, halogenierte Kohlenwasserstoffe in Wand- und Bodenbelägen sowie Abdichtungen). Viele dieser Stoffe gelangen in die Luft oder das Wasser, spätestens bei der Entsorgung bereiten diese Stoffe erhebliche Probleme. Gerade das Gesundheitswesen sollte auf eine gesunde Arbeits- und Genesungsumgebung achten, insbesondere wenn auch noch Fördermittel eingesetzt werden.

Die fehlende Deklarierungspflicht hat die Bauindustrie bisher erfolgreich in der EU abgewendet. In den Sicherheitsdatenblätter sind diese problematischen Stoffe jedoch aufgeführt. Die Krankenhäuser sollten hier ihrer Bauherrnverantwortung gerecht werden.

Ä-K08-67 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 2:

Ohne Gesundheit ist alles nichts. Darum ist es unser Ziel, allen Menschen in Brandenburg Zugang zu gesundheitlicher Vorsorge, modernen Behandlungsmethoden und guten Therapie- und Pflegeangeboten zu bieten, unabhängig ~~vom~~ von Geschlecht, Wohnort und Geldbeutel. Wir haben dafür bereits den erfolgreichen „Pakt für Pflege“ aufgelegt, unsere Krankenhäuser mit Millionenbeträgen unterstützt, und die Hebammenversorgung verbessert. Die Coronapandemie haben wir erfolgreich bewältigt. Wir wollen vor allem die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen verbessern, die Krankenhausreform der Bundesebene für Brandenburg sinnvoll gestalten und die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und tden Praxen von Ärzt*innen deutlich ausbauen.

Ä-K08-68 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

Nach Zeile 3 einfügen:

[Hinweis: Mehr Projekte zu geschlechtergerechter Gesundheitsversorgung und flächendeckender Geburtshilfe gibt es im Kapitel „Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit“](#)

Ä-K10-94 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Thomas von Gizycki

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 50:

Wir wollen den Verbraucher*innenschutz in Brandenburg weiter stärken. ~~Dabei~~ Die Finanzierung der Verbraucherzentrale wollen wir ~~in~~ auf einer längerfristigen Basis sichern. In Zukunft wollen wir einen besonderen Fokus auf die Sicherheit von Verbraucher*innen in der Digitalisierung legen. Wir wollen der Verbraucherzentrale Brandenburg einen Platz im Rundfunkrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) zuweisen, um ihn noch repräsentativer zu machen und damit das zentrale Thema Verbraucher*innenschutz zu verankern. Das Deutsch-Polnische Verbraucher*inneninformationszentrum, das bei allen grenzüberschreitenden Themen mit Rat zur Seite steht, wollen wir zu einem Zentrum für internationalen Verbraucher*innenschutz mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa ausbauen.

Ä-K12-99 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 95 löschen:

Wer sich in Brandenburg ehrenamtlich engagiert, bekommt mit der Ehrenamtskarte bereits viele Vergünstigungen und Angebote. Sie kommt gut an, weshalb wir das Angebot erweitern und mehr Partner*innen gewinnen wollen. ~~Für ehrenamtlich Aktive planen wir ein vergünstigtes Deutschlandticket.~~ Ehrenamtler*innen im Landesdienst, die bei Feuerwehr, Gewerkschaften, beim Technischen Hilfswerk (THW), Vereinen und vielen anderen Einrichtungen aktiv sind, sollen als kleinen Ausgleich für das Ehrenamt bezahlten Sonderurlaub bekommen. Dieser soll einen halben bis ganzen Tag pro Jahr betragen.

Begründung

Im Mobilitätskapitel nennen wir 29 € als Preis für das vergünstigte Deutschlandticket. Bei 800.000 Ehrenamtlichen im Land, wären dies bei 20 € vom Land zu finanzierender Differenz Kosten bis zu 192 Mio. € pro Jahr. Dies wäre mehr als ein Drittel der dem Land zustehenden Regionalisierungsmittel.

Ä-K11-101 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 69:

Wir wollen den Kinder- und Jugendschutz verbessern, damit Kinder in allen Bereichen ihres Lebens sicher und unbeschwert aufwachsen können. Dafür haben wir den ~~Bau von 17 neuen~~ Aufbau zahlreicher neuer Familienzentren in Brandenburg gefördert. Wir wollen das Netzwerk Kinderschutz fördern, Familienzentren weiter ausbauen und unterstützen die landesweite Fachstelle Kinderschutz. Alle Anbieter von Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und Ganztagsangeboten wollen wir verpflichten, Konzepte zum Schutz von Kindern zu entwickeln.

Begründung

Die 17 neuen Familienzentren sind an bestehende Einrichtungen angegliedert und umfassen nur nachrangig physische Baumaßnahmen, was die Formulierung suggeriert. Da die Förderung teilweise bestehende Hilfsangebote ergänzt, sollten wir lieber von zahlreichen neuen sprechen als einer festen Zahl.

Ä-K10-102 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 50 löschen:

Wir wollen den Verbraucher*innenschutz in Brandenburg weiter stärken. Dabei wollen wir in Zukunft einen besonderen Fokus auf die Sicherheit von Verbraucher*innen in der Digitalisierung legen. ~~Wir wollen der Verbraucherzentrale Brandenburg einen Platz im Rundfunkrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) zuweisen, um ihn noch repräsentativer zu machen und damit das zentrale Thema Verbraucher*innenschutz zu verankern.~~ Das Deutsch-Polnische Verbraucher*inneninformationszentrum, das bei allen grenzüberschreitenden Themen mit Rat zur Seite steht, wollen wir zu einem Zentrum für internationalen Verbraucher*innenschutz mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa ausbauen.

Begründung

Im Kapitel Medien fordern wir zwar eine diversere Besetzung des Rundfunkrats, aber ohne Gruppen zu nennen. Wir sollten hier nicht einzelne Gruppen gegeneinander ausspielen und daher auf die Nennung konkreter Gruppen verzichten. Außerdem wird die Leitung der Verbraucherzentralen in Land und Bund meist politisch bestimmt und die Finanzierung erfolgt beispielsweise in Brandenburg zu über 2/3 aus öffentlichen Geldern, so dass die tatsächliche Unabhängigkeit nur bedingt gewährleistet ist.

Ä-K10-103 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 48:

Von guter und nachhaltiger Ernährung profitiert unsere ganze Gesellschaft: Eine reichhaltige und vielfältige Ernährung hält uns gesund. Regionale Lebensmittel lassen die Brandenburger Landwirt*innen mitverdienen und reduzieren die gravierenden Auswirkungen, ~~die die klassische Lebensmittelwirtschaft mit langen~~ langer Lieferketten auf das Klima ~~hat~~.

Begründung

Wenn Brandenburger Landwirt*innen profitieren sollen, dann sollten wir sie nicht im gleichen Atemzug als Teil der schädlichen, traditionellen Lebensmittelwirtschaft verunglimpfen.

Ä-K09-105 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 39 löschen:

Wir wollen eine Kinder-Chancen-App einführen, in der Familien kostenfreie und vergünstigte Freizeit- und Bildungsangebote finden. ~~49 Euro sind für armutsgefährdete Menschen immer noch zu viel Geld. Deswegen setzen wir uns für ein deutlich vergünstigtes Deutschlandticket für betroffene Gruppen ein.~~

Begründung

Im Mobilitätskapitel fordern wir das 29€ Ticket für "Auszubildende, Rentner*innen und Menschen, die Bürgergeld erhalten". Wer konkret mit anspruchsberechtigten "armutsgefährdete Menschen" gemeint ist, bleibt sehr unkonkret. Daher sollten wir uns auf eine Formulierung im Programm festlegen. Thematisch passt es im Mobilitätsteil besser.

Ä-K09-106 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 38:

Dafür ~~müssen~~wollen wir die auf Bundesebene ~~beschlossene~~geplante Kindergrundsicherung in Brandenburg schnellstmöglich umsetzen. Wir wollen ~~alle bestehenden~~dazu ergänzende, bestehende Förderprogramme, die sich an armutsgefährdete Kinder und Jugendliche richten, erhalten und ausbauen. Kitas und Schulen, in denen besonders viele Schüler*innen armutsgefährdet sind, sollen besondere Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen und Therapeut*innen erhalten. Besonders Familien mit wenig Geld sollen in Brandenburg mehr Hilfsangebote finden.

Begründung

Die Kindergrundsicherung ist lediglich vom Bundeskabinett beschlossen, aber steckt momentan im parlamentarischen Verfahren in Bundestag- und -rat mit unklarem Ausgang fest. Grundidee ist es die bestehenden Angebote zu einer Leistung zu vereinheitlichen, um sie leichter zugänglich zu machen. Daher bedeutet dies im Einzelfall auch, dass bisherige Leistungen darin aufgehen, daher ist es ungünstig davon zu sprechen, dass "alle" Förderprogramme erhalten bleiben.

Ä-K08-107 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 19:

Für pflegende Angehörige wollen wir kostenfreie und professionelle Fortbildungsmöglichkeiten schaffen und setzen uns für deutlich verbesserte Entlastungsmöglichkeiten ein, dafür wollen wir Kurzzeitpflegeplätze mit Tages- und Nachtpflegeangeboten im Land Brandenburg weiter ausbauen.

~~{Leerzeichen}~~

Einer Pflegekammer im Land stehen wir ~~deswegen~~ offen gegenüber. Wir unterstützen die entsprechenden Berufsverbände, wenn sie sich auf den Weg zur Gründung solch einer Einrichtung machen wollen. Wir gestalten neben der neuen generalistischen Pflegeausbildung auch die Ausbildung im Pflegeassistenten-Bereich neu und fördern die Akademisierung der Pflege.

Begründung

Kein kausaler Zusammenhang der Forderungen davor zur Thematik Pflegekammer, daher Streichung deswegen.

Ä-K08-108 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 28:

~~Unsere Gesundheitsversorgung wird immer stärker privatisiert und Gewinninteressen über die Bedürfnisse der Menschen gestellt. Dem wollen wir entgegentreten und – egal ob in der Stadt oder auf dem Land – eine gute Krankenhaus-Grundversorgung erreichen~~Wir wollen – egal ob in der Stadt oder auf dem Land – eine gute Krankenhaus-Grundversorgung erhalten, die sich zu großen Teilen in öffentlicher Hand befindet.

Begründung

Es gibt keine empirische Grundlage, dass öffentliche Kliniken ihre Patient*innen im Land besser versorgen als private. Aktuell erfolgte oder drohende Schließungen von Häusern und Abteilungen finden sich vorrangig bei öffentlichen Trägern, wie die Schließung der Kliniken für HNO&MKG in Neuruppin, geplante Schließung nicht-psychiatrischer Bereiche in Finsterwalde, sowie Kinderheilkunde und Gynäkologie in Herzberg, Planinsolvenz mit Bettenreduzierung in Spremberg, Schließung Gynäkologie und Geburtshilfe Eisenhüttenstadt, Stilllegung KreiBsaal Rathenow. Bei den privaten Trägern ist aktuell nur die Einschränkung des Betriebs der Kinderheilkunde in Lauchhammer, mit perspektivischer Schließung der dortigen Notaufnahme und die Stilllegung des KreiBsaal Templin bekannt.

Ä-K09-110 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: René Wendt

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 39 einfügen:

Wir wollen eine Kinder-Chancen-App einführen, in der Familien kostenfreie und vergünstigte Freizeit- und Bildungsangebote finden. Dazu wollen wir das Vorhaben der Bundesregierung zur Einführung eines Kinderchancenportals nutzen. Familien sollen so die Bildungs- und Teilhabeleistungen leichter erreichen können. 49 Euro sind für armutsgefährdete Menschen immer noch zu viel Geld. Deswegen setzen wir uns für ein deutlich vergünstigtes Deutschlandticket für betroffene Gruppen ein.

Ä-K08-111 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 27:

~~Moderne öffentliche Krankenhäuser~~

Moderne Krankenhäuser im ganzen Land

Begründung

Das Land ist für alle Krankenhäuser im Landeskrankenhausplan unabhängig von der Träger*innenschaft zuständig. Unsere Politik sollte auch in den Regionen für gute Versorgung sorgen, wo es keine Häuser in öffentlicher/frei-gemeinnütziger Hand gibt, wie z.B. Oberspreewald-Lausitz oder Frankfurt (Oder).

Ä-K11-113 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Barbara Brecht-Hadraschek

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 69:

Wir wollen den Kinder- und Jugendschutz verbessern, damit Kinder in allen Bereichen ihres Lebens sicher und unbeschwert aufwachsen können. Dafür haben wir den Bau von 17 neuen Familienzentren in Brandenburg gefördert. Wir wollen das Netzwerk Kinderschutz fördern, Familienzentren weiter ausbauen und unterstützen die landesweite Fachstelle Kinderschutz. Alle Anbieter von Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und Ganztagsangeboten wollen wir verpflichten, ~~Konzepte zum Schutz von Kindern~~ inklusive Kinder- und Jugendschutzkonzepte sowohl im Rahmen der Prävention als auch der Intervention auszuarbeiten und diese organisationsintern zu entwickeln ~~schulen~~.

Begründung

Es ist wichtig, beeinträchtigungsspezifische Aspekte im Kinder- und Jugendschutz mit einzubeziehen - daher "inklusive". Konzepte müssen dann auch geschult und gelebt werden.

Ä-K10-125 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Alena Karaschinski

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 50 einfügen:

Wir wollen den Verbraucher*innenschutz in Brandenburg weiter stärken. Dabei wollen wir in Zukunft einen besonderen Fokus auf die Sicherheit von Verbraucher*innen in der Digitalisierung legen. Wir wollen der Verbraucherzentrale Brandenburg einen Platz im Rundfunkrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) zuweisen, um ihn noch repräsentativer zu machen und damit das zentrale Thema Verbraucher*innenschutz zu verankern. Das Deutsch-Polnische Verbraucher*inneninformationszentrum, das bei allen grenzüberschreitenden Themen mit Rat zur Seite steht, wollen wir zu einem Zentrum für internationalen Verbraucher*innenschutz mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa ausbauen.

Finanzielle Bildung stärkt die Chancengerechtigkeit und die gesellschaftliche Teilhabe. Daher wollen wir die Nationale Finanzbildungsstrategie, mit besonderem Fokus auf vulnerable Bevölkerungsgruppen, umsetzen und ein Netzwerk Finanzielle Bildung in Brandenburg gründen.

Begründung

Endlich ist durch die Bundesregierung und in Zusammenarbeit mit der OECD eine Nationale Finanzbildungsstrategie in Arbeit. Wir überlassen als Grüne das Thema Finanzielle Bildung nicht der FDP mit deren Zungenschlag "Vermögensaufbau im eigenverantwortlichen Handeln", sondern wollen in diesem Vorhaben auf vulnerable Gruppen fokussieren, um Chancengerechtigkeit zu stärken. <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2023/03/230323-finanzielle-bildung-meldung.html>

Ä-K09-129 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-2

Nach Zeile 34 einfügen:

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Während strukturelle Unterschiede zwischen Ost- & Westdeutschland abgebaut werden konnten, unterscheidet sich die Bewertung des Lebensumfelds aber noch immer. Ostdeutsche bemängeln häufig eine fehlende Anerkennung der Lebensleistung ostdeutscher Biografien. Menschen fühlen sich gerade in Regionen abgehängt, in denen Bevölkerungszahlen sinken und damit auch Infrastruktur weg bricht. Daher muss gerade hier in Mobilitätslösungen, Gesundheitsversorgung, Wohnraum, schnelles Internet, eine starke Zivilgesellschaft und auch wirtschaftliche Entwicklung investiert werden, um schrumpfenden Regionen Wachstum und Zuzug zu ermöglichen. Auch der Zugang zu Führungspositionen für ostdeutsch sozialisierte Menschen erhöht die Sichtbarkeit dieser Biografien und ergänzt eine wichtige Perspektive zu Entscheidungsprozessen.

Begründung

Auch wenn sich das Ossi-Wessi-Thema scheinbar überholt, so beschäftigt es doch noch viele unserer Wähler*innen bzw. der Menschen, die wir von unserer Politik überzeugen wollen. Der aktuellste Bericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung zeigt, dass die gefühlten Graben tatsächlich immer tiefer werden. Daher halte ich das für ein Thema, das wir in unserem Wahlprogramm nicht ausklammern dürfen, um auch Menschen außerhalb unserer Bubble zu erreichen. Wir sollten uns an WK-Ständen nicht den Vorwurf gefallen lassen müssen, wir seien ja eh eine reine Wessi-Partei, die die ostdeutsche Perspektive komplett ausblendet. Es folgen daher im restlichen Wahlprogramm verteilt weitere ÄÄ, die versuchen Projekte noch etwas zu ergänzen und damit auch ein wenig "ostdeutsche Handschrift" dem Programm hinzu zu fügen, ohne den gesamten Charakter in Frage zu stellen.

Ä-K12-133 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-2

Nach Zeile 94 einfügen:

Wie wichtig Zivilgesellschaft für eine lebendige Demokratie ist, spiegelt sich auch in der Engagementquote wider. Ehrenamtliche finden sich in allen Bereichen unseres täglichen Lebens, ob es Kultur, Sport, Bildung, Sicherheit oder Demokratieförderung ist. Sie bilden das Fundament für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Unterschied in der Engagementquote zwischen Ost- und Westdeutschland ist seit der Wende kontinuierlich gesunken und inzwischen kann man von nahezu ausgeglichenen Verhältnissen sprechen. Nur Brandenburg zeigt sich neben Sachsen noch unterdurchschnittlich und verzeichnet zudem eine sinkende Anzahl an Vereinen. Wir halten es daher für dringend notwendig das Ehrenamt durch mehr Anlaufstellen, zusätzliche niedrigschwellige Förderprogramme und eine bessere Vernetzung der Aktiven zu stärken.

Begründung

Die wichtige Rolle des Ehrenamts vor allem vor dem Hintergrund der Demokratieförderung verdient mehr Licht in unserem Programm, weshalb wir es etwas ausführen sollten.

Ä-K12-156 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Petra Budke

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 95 einfügen:

Wer sich in Brandenburg ehrenamtlich engagiert, bekommt mit der Ehrenamtskarte bereits viele Vergünstigungen und Angebote. Sie kommt gut an, weshalb wir das Angebot erweitern und mehr Partner*innen gewinnen wollen. Um ehrenamtlich Engagierte zu qualifizieren und die Strukturen zu professionalisieren, wollen wir eine Ehrenamtsstiftung gründen. Sie soll helfen, die Aktiven, Initiativen und Vereine besser zu vernetzen, eine Ehrenamtsdatenbank aufbauen und regelmäßige Angebote für Weiterbildungen und Austausch machen. Für ehrenamtlich Aktive planen wir ein vergünstigtes Deutschlandticket. Ehrenamtler*innen im Landesdienst, die bei Feuerwehr, Gewerkschaften, beim Technischen Hilfswerk (THW), Vereinen und vielen anderen Einrichtungen aktiv sind, sollen als kleinen Ausgleich für das Ehrenamt bezahlten Sonderurlaub bekommen. Dieser soll einen halben bis ganzen Tag pro Jahr betragen.

Begründung

In dieser Wahlperiode wurden von der Staatskanzlei die Mittel für die Ehrenamtsstützpunkte gekürzt. Das haben wir scharf kritisiert. Ehrenamtler*innen wünschen sich handfeste Unterstützung, nicht nur Urkunden und "warme Worte". Das ergab eine Studie des Brandenburger Instituts "Change Centre", für die mehr als 2.000 Engagierte befragt wurden. Die Folge der geringen Unterstützung ist, dass Brandenburg im Ländervergleich mit der Anzahl der Aktiven weit hinten liegt. Andere Bundesländer tun da mehr! Das sollten wir uns zum Vorbild nehmen.

Ä-K08-173 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Andreas Stutzig

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 5:

In Brandenburg fehlt es an Ärzt*innen und Pflegekräften, worunter unsere medizinische Versorgung zunehmend leidet. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung von kommunalen und gemeinnützigen Medizinischen Versorgungszentren erleichtern, die viele medizinische und therapeutische Leistungen unter einem Dach anbieten können. Denn junge Ärzt*innen arbeiten lieber angestellt, als das Risiko einer eigenen Praxis auf sich zu nehmen. ~~Dafür haben wir aus Brandenburg ein entsprechendes Bundesgesetz auf den Weg gebracht~~Auf unsere Initiative hin wurden Regelungen zur Erleichterung der Gründung von kommunalen und gemeinnützigen MVZ in die Bundesgesetzgebung aufgenommen. Für Praxen und Gesundheitsdienstleister*innen wollen wir den bürokratischen Aufwand reduzieren.

Ä-K08-174 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Andreas Stutzig

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 6:

Über das seit 2014 etablierte ~~sogenannte~~ „gemeinsame Landesgremium zur sektorenübergreifenden ~~Versorgung~~“ Versorgung nach § 90a SGB V“ wollen wir neue Versorgungsmodelle voranbringen. Dafür wollen wir mehr Mitsprache bei der ambulanten Versorgung für das Gesundheitsministerium, denn momentan entscheidet darüber die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg allein. Zum Aufbau der sektorenübergreifenden Versorgung wollen wir neue Stellen im Gesundheitsministerium schaffen. Wir wollen die flächendeckende Versorgung und Beratungsangebote für besondere medizinische Bedürfnisse queerer Menschen ausbauen.

Begründung

Mit dem Hinweis auf das SGB V wird klar um welches Gremium es sich handelt. Das Gemeinsame Landesgremium hat seine Arbeit im Jahr 2014 unter das Motto „Beispiele guter Praxis nutzen - Innovationsräume ausleuchten – Impulse für Landes- und Bundespolitik geben“ gestellt. In diesem Sinne richtet es seine Arbeit bis heute aus. Das ambulant-stationäre Zentrum am KH Templin ist bspw. auch aus dem Gremium heraus entwickelt worden.

Ä-K12-184 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 91:

~~Jede*r e. Mensch~~ Viele Menschen in Deutschland spielen regelmäßig Videospiele. Bereits seit mehreren Jahren sind Videospiele das umsatzstärkste Unterhaltungsmedium. Sie sind ein Hobby für Millionen von Menschen. Immer mehr Spieler*innen organisieren sich in Clans, spielen in Ligen oder bei Turnieren gegeneinander. Diese Community wächst stetig und wird zunehmend professioneller.

Begründung

Nicht jeder Mensch spielt (regelmäßig) Videospiele ;)

Ä-K11-227 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 04.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 61 einfügen:

Die Zeit nach Corona stellt Jugendliche immer noch vor große Herausforderungen. Gerade jetzt müssen wir dafür sorgen, dass junge Menschen in unserer Gesellschaft mitreden können und in ihren sozialen Räumen verlässliche Angebote zur Persönlichkeitsbildung finden. Um das sicherzustellen, wollen wir die Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit weiter fördern.

Für junge Menschen in psychischen Krisen wollen wir mehr niedrigschwellige, jugendgerechte Angebote schaffen. Wir wollen für sie aber auch ihre Angehörigen Anlaufstellen einrichten, die Informationen und Beratung sowohl in Präsenz als auch digital und ohne Termin anbieten. Diese Zentren müssen ansprechend gestaltet sein und können gemeinsam durch die sozialpsychiatrischen bzw. kinder- und jugendpsychiatrischen Dienste, die Träger der Freien Wohlfahrtspflege und mit Freiwilligen, vor allem jungen Menschen selbst, betrieben werden. Landesweite Bekanntheit und Verbreitung, gute Vernetzung mit Schulsozialarbeiter*innen und Schulen, kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken sowie den niedergelassenen Kinder- und Jugendtherapeut*innen und Fachärzt*innen, eine jugendfreundliche Ansprechhaltung und Jugendbeteiligung bei der Konzepterarbeitung sind wichtige Bausteine für die Akzeptanz.

Ä-K10-239 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Antje Töpfer

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 48:

Von guter und nachhaltiger Ernährung profitiert unsere ganze Gesellschaft: Eine reichhaltige und vielfältige Ernährung hält uns gesund. ~~Regionale~~ Verstärkt regionale Lebensmittel zum Beispiel in der Gemeinschaftsverpflegung einzusetzen, lassen die Brandenburger Landwirt*innen mitverdienen und reduzieren die gravierenden Auswirkungen, die die klassische Lebensmittelwirtschaft mit langen Lieferketten auf das Klima hat.

Ä-K10-240 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Antje Töpfer

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 49:

Wir haben bereits große Schritte zur Ernährung von morgen gemacht: Die von uns auf den Weg gebrachte Ernährungsstrategie für Brandenburg umfasst 25 Maßnahmen, wie unsere Ernährung vielfältiger, gesünder und nachhaltiger wird. Die Umsetzung wollen wir weiter **intensiv verfolgen** vorantreiben, die Maßnahmen auf Wirksamkeit überprüfen und weiterentwickeln.

Ä-K10-241 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Antje Töpfer

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 54:

Unsere Gemeinschaftsverpflegung, also Universitäts-Mensen, Rathauskantinen oder Kitaküchen, wollen wir beim Thema Ernährung zu Vorreiter*innen machen und leckeres, gesundes und nachhaltiges Essen anbieten – zudem mit vollwertigen veganen Optionen ergänzen, um allen Kund*innen Angebote zu machen ~~[Leerzeichen]~~. Wir streben eine Steigerung des Bio-Anteils auf 60 Prozent an, ohne dabei bestehende Budgetgrenzen zu sprengen. Diese Umstellung wollen wir finanziell fördern und mit dem Projekt „Kantine Zukunft Brandenburg“ Küchenteams von Gemeinschaftsküchen fit machen für leckere und nachhaltige Ernährung. Das Modellprojekt zeigt schon jetzt den großen Bedarf und das Interesse an der Beratung und Begleitung. Deshalb soll "Kantine Zukunft Brandenburg" verstetigt und ausreichend finanziell ausgestattet werden.

Ä-K10-242 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Antje Töpfer

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 55 einfügen:

Zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen sind wichtige Partner*innen bei der Vermittlung von nachhaltigen und gesunden Ernährungsweisen. Darum wollen wir unter anderem die Verbraucherzentrale, die Vernetzungsstelle für Kita- und Schulverpflegung und Seniorenernährung sowie die Ernährungsräte besonders fördern. Um Fachkräfte zu halten und verlässlich planen zu können, sollte die Finanzierung insbesondere der Vernetzungsstelle ähnlich der Verbraucherzentrale auf mehrjährigen Vereinbarungen und mittelfristiger Finanzplanung beruhen.

Ä-K11-299 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG KIJUFA

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 66:

Unter den Krisen der vergangenen Jahre haben Familien besonders hart gelitten. Viele Eltern sind am Limit, die Versorgungssysteme überlastet. Jetzt brauchen Familien präventive, niedrigschwellige und miteinander vernetzte Hilfen. ~~Wir wollen ein neues Landesprogramm „Starke Familie“ auf den Weg bringen,~~
~~um~~ Die Sicherung und Weiterentwicklung familienpolitischer Leistungen sind uns sehr wichtig. Um die vielen verschiedenen Hilfsangebote in Brandenburg besser miteinander zu vernetzen und ~~dafür~~ zu verstetigen, planen wir ein Landesprogramm „Starke Familie“. Wir wollen noch besser dafür sorgen, dass ~~sie~~ die Hilfen von den betroffenen Familien auch tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Ä-K11-300 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG KijuFA

Beschlussdatum: 04.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 66 einfügen:

Unter den Krisen der vergangenen Jahre haben Familien besonders hart gelitten. Viele Eltern sind am Limit, die Versorgungssysteme überlastet. Jetzt brauchen Familien präventive, niedrigschwellige und miteinander vernetzte Hilfen. Wir wollen ein neues Landesprogramm „Starke Familie“ auf den Weg bringen, um die vielen Hilfsangebote in Brandenburg besser miteinander zu vernetzen und dafür zu sorgen, dass sie von betroffenen Familien tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Dafür möchten wir Lotsen- und Beratungsstellen ausbauen und Netzwerkarbeit in Vergütungsvereinbarungen stärken. Die Ermöglichung von sektoren- und sozialgesetzbücherübergreifende Leistungen sehen wir dabei als Chance, auch um Doppelstrukturen in der Verwaltung zu verringern und den Zugang zu den Hilfen für Betroffene abzusenken.

Begründung

Die Praxis zeigt, dass wir mehr Familien in Multiproblemlagen in Brandenburg haben. Diesen Problemlagen kann nur begegnet werden, wenn wir vernetzte Hilfen aus unterschiedlichen Sektoren oder Sozialgesetzbüchern (SGB) anbieten entweder innerhalb einer Einrichtung oder durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure. Hierfür brauchen wir sozialgesetzbuchübergreifende Leistungen (z.B. Eingliederungshilfe und Jugendhilfe in einem Vertrag) oder die Möglichkeit von Netzwerkarbeit (Fachrunden, Multiprofessionelle Sprechstunden ö.ä.). Letzteres scheitert in der Praxis daran, dass dies nicht (SGB V) oder nicht ausreichend möglich ist und vielen aktuellen Leistungs- und Entgeltverträgen nicht explizit berücksichtigt wird. Am Ende verhindert dies eine bedarfsgerechte Unterstützung für die Familien, auch weil Sie in vielen Fällen unzählige Anträge stellen müssen damit ihnen die notwendige Hilfe zuteil wird.

Ä-K11-301 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG KiJuFA

Beschlussdatum: 04.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 66 einfügen:

Unter den Krisen der vergangenen Jahre haben Familien besonders hart gelitten. Viele Eltern sind am Limit, die Versorgungssysteme überlastet. Jetzt brauchen Familien präventive, niedrigschwellige und miteinander vernetzte Hilfen. Wir wollen ein neues Landesprogramm „Starke Familie“ auf den Weg bringen, um die vielen Hilfsangebote in Brandenburg besser miteinander zu vernetzen und dafür zu sorgen, dass sie von betroffenen Familien tatsächlich in Anspruch genommen werden. [Wir wollen das Fortbildungsangebot im Landesinstitut in den Bereichen Psychische Gesundheit, Suchterkrankungen, Netzwerkarbeit, Kinderschutz, Antistigmaarbeit, Migration und LGBTQIA+ stärken.](#)

Begründung

Viele Fachtage und Veranstaltungen in der jüngsten Vergangenheit haben in den genannten Bereichen durch Befragung der Fachkräfte aus der Praxis einen hohen Bedarf und auch professionellen Handlungsdruck herausgearbeitet. Dies sollten wir anerkennen und das Landesinstitut (SfBB) stärken.

Ä-K09-328 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Erdmute Scheufele (KV Oder-Spree)

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 41 einfügen:

Unser aktuelles Sozialsystem ist oft bürokratisch und ausbaufähig. Viele Menschen rutschen durch die Maschen des sozialen Sicherungsnetzes und fühlen sich durch Sanktionen und Auflagen mehr schikaniert als unterstützt. Vor allem für neurodiverse Menschen und solche mit chronischen Erkrankungen – körperlich, wie psychisch – stellt der Sozialstaat von heute oft unüberwindbare Barrieren auf, Hilfe zu erhalten. Gleichzeitig wächst die Schere zwischen Arm und Reich weiter und lineare Berufsbiografien werden vom Normalfall zur Seltenheit. Darum wollen wir neue Ideen testen, wie wir Sozialleistungen zusammenführen und vereinfachen können. Das Sozialsystem der Zukunft soll einen sozialen Ausgleich schaffen, verdeckte Armut besser bekämpfen, Menschen nicht bestrafen, wenn sie etwas dazuverdienen, sowie insgesamt transparenter und unbürokratischer sein.

Begründung

Stressreduktion als Effekt eines Grundeinkommens hat besonders für diese vulnerablen Gruppen eine wichtige Bedeutung. Durch die Ergänzung wird besonders auf den Inklusionsaspekt hingewiesen.

Ä-K11-331 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG KJuFa

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 60:

Wir wollen Brandenburg zu einem ~~noch schöneren Ort für Kinder und Jugendliche~~ Vorreiter bei der Umsetzung der Kinderrechte machen. Dafür braucht es ein starkes Kinder- und Jugendgesetz. Unser Grundsatz ist, dass Kinder und Jugendliche in allen Bereichen maßgeblich beteiligt werden sollten, die sie betreffen. Zudem wollen wir ein eigenständiges Kinder- und Jugendrechte monitoring einführen, das den Stand der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Brandenburg evaluieren soll.

Ä-K09-335 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Clemens Rostock

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 41:

Unser aktuelles Sozialsystem ist ~~oft~~-bürokratisch und ausbaufähig. Viele Menschen rutschen durch die Maschen des sozialen Sicherungsnetzes und fühlen sich durch Sanktionen und Auflagen mehr schikaniert als unterstützt. Gleichzeitig wächst die Schere zwischen Arm und Reich weiter und lineare Berufsbiografien werden ~~vom Normalfall zur Seltenheit~~ immer seltener. Darum wollen wir neue Ideen testen, wie wir Sozialleistungen zusammenführen und vereinfachen können. Das Sozialsystem der Zukunft soll einen sozialen Ausgleich schaffen, verdeckte Armut besser bekämpfen, Menschen nicht bestrafen, wenn sie etwas dazuverdienen, sowie insgesamt transparenter, unbürokratischer und ~~unbürokratischer~~ damit barriereärmer sein.

Begründung

sprachlich geglättet

Ä-K08-350 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 22:

Die Aus- und Weiterbildung von Psychotherapeut*innen wollen wir weiter voranbringen. Mit dem neu strukturierten Psychologiestudium kommt demnächst eine neue Generation in der Praxis an. Wir wollen besonders gute Bedingungen schaffen, ~~um~~ und möglichst viele ~~dieser~~ Plätze für die neuen Psychotherapeut*innen in Weiterbildung in Brandenburg ~~anzusiedeln~~ an den Start bringen.

Begründung

Die heißen explizit Psychotherapeut*innen in Weiterbildung, inwiefern diese sich dann als approbierte Psychotherapeut*innen ambulant niederlassen wird dann vor allem an der Verfügbarkeit von Kassensitzen liegen, wofür die Kassenärztliche Vereinigung dann wiederum die Verantwortung trägt.

Ä-K09-368 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Tammo Westphal

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 34:

14,3 Prozent der Menschen in Brandenburg sind von Armut gefährdet. ~~Das sind weniger als im Bundesdurchschnitt, aber immer noch zu viele. Deshalb müssen wir mehr gegen die strukturellen Ursachen von Armut tun. Denn immer noch haben nicht alle Menschen in Brandenburg die gleichen Chancen auf Wohlstand und Stabilität. Deshalb ist klar: wir müssen mehr gegen die strukturellen Ursachen von Armut tun. Armut hat noch immer System und wird stetig reproduziert. Immer noch haben nicht alle Menschen in Brandenburg die gleichen Startvoraussetzungen und gleichen Chancen auf ein bedingungslos gutes Leben.~~ Wir wollen besonders Kindern, Jugendlichen, Familien, Alleinerziehenden und Senior*innen – Gruppen, die überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind – mit gezielten Hilfsangeboten unterstützen. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass bestehende Hilfsprogramme gebündelt werden und auch wirklich bei den Menschen ankommen, die sie brauchen.

Begründung

Jede Person die in Armut lebt, ist eine Person zu viel! Dabei muss klar sein, dass Armut nicht Gottgegeben ist, sondern Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt ist. Deshalb geht es nicht um Wohlstand, sondern um die bloße Existenzsicherung.

Ä-K11-371 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Tammo Westphal

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 73 einfügen:

Wir wollen das Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung weiter unterstützen und die Förderung ausbauen. Den neuen Dachverband der Kinder- und Jugendgremien in Brandenburg wollen wir mit einer hauptamtlichen Stelle unterstützen. Die Beteiligung junger Menschen muss mit Maßnahmen wie Anträgen in einfacher Sprache oder niedrigschwelligen Partizipationsmöglichkeiten sichergestellt werden und Jugendparlamente brauchen mehr Einfluss. Wir wollen Kinder- und Jugendgremien finanziell besser ausstatten. Junge Menschen, die für Kinder- und Jugendgremien in kommunalen Ausschüssen mitwirken, sollte auch ein Sitzungsgeld ermöglicht werden.

Begründung

Der Beteiligung vieler Jugendlicher scheitert bereits beim lesen von Anträgen oder ausfüllen von komplizierten Formularen. Diese sind meistens in sehr fachlicher und juristischer Sprache formuliert und deswegen kaum zu verstehen. Wer Jugendbeteiligung will, muss auch die Rahmenbedingungen anpassen und verbessern.

Ä-K08-398 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 6 einfügen:

Über das etablierte sogenannte „gemeinsame Landesgremium zur sektorenübergreifenden Versorgung“ wollen wir neue Versorgungsmodelle voranbringen. Dafür wollen wir mehr Mitsprache bei der ambulanten Versorgung für das Gesundheitsministerium, denn momentan entscheidet darüber die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg allein. Zum Aufbau der sektorenübergreifenden Versorgung wollen wir neue Stellen im Gesundheitsministerium schaffen. Wir wollen die flächendeckende Versorgung und Beratungsangebote für besondere medizinische Bedürfnisse queerer Menschen ausbauen.

Sobald die sektorenübergreifende Versorgung im Bereich psychischer Gesundheit von Bundesebene angestoßen ist, setzen wir uns für eine koordinierende Gesamtplanung durch das Land mit den Kommunen ein, die Ziele für die psychosoziale Versorgung festlegt und für deren Umsetzung sorgt. Regional soll ein Trägerverbund aller Leistungserbringer aus Krankenhaus, niedergelassenem und gemeindepsychiatrischem Bereich das regionale Gesundheitsmanagement zur Verwaltung eines Globalbudgets übernehmen.

Begründung

Künftig sollte der Mensch mit seinen individuellen Bedürfnissen bei der psychiatrischen Versorgung im Mittelpunkt stehen und sich die Angebote um ihn gruppieren. Dafür ist ein Rechtskreis-übergreifendes regionales Budget notwendig sowie das Festlegen von Rahmenbedingungen auf kommunaler und Landesebene.

Ä-K08-399 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 12 einfügen:

Wir setzen uns dafür ein, dass Brandenburg auf Bundesebene eine neue Arbeitsschutzbestimmung zum Schutz vor psychischen Belastungen und zur Prävention von Suchterkrankungen ins Rollen bringt. Im Landesprogramm Fachkräftesicherung sollen zukünftig auch Psychotherapeut*innen und andere Expert*innen Unternehmen und Beschäftigte beraten. Um die Prävention in kleinen und mittleren Betrieben voranzubringen wollen wir einen Runden Tisch gründen, an dem alle wichtigen Akteur*innen gemeinsam Konzepte und Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten entwickeln.

Begründung

Suchterkrankungen können psychische Belastungen für die ganze Familie mit sich bringen. Psychische Belastungen sind ein Risikofaktor an einer Sucht zu erkranken. Deshalb ist es wichtig beides in den Blick zu nehmen. Quelle: Empfehlungen der Arbeitsgruppe Kinder psychisch und suchtkranker Eltern (2020)

Ä-K08-400 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

Nach Zeile 32 einfügen:

[Wir unterstützen eine Reform der Psychiatrie zur Vermeidung von Zwang auf Grund](#)

Begründung

Transparenz, Partizipation und Ressourcenorientierung sollen zentrale Werte sein, besonders in der Behandlung von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen. Die Perspektive von Betroffenen und Angehörigen ist wichtiger Bestandteil in der Behandlung, ebenso die Implementierung von Peerbegleitung in die Teams. Barrierefreie Zugänge und aufsuchende Angebote sind besonders wichtig für Betroffene, die derzeit nur schwer Zugang zu Versorgungsangeboten bekommen wie Straßenwohnungslose, Menschen mit Lernschwierigkeiten*, mit Fluchterfahrung sowie Menschen mit einer zusätzlichen Suchterkrankung. Die Anwendung von Zwangsbehandlung- und medikation ist nicht menschenrechtskonform. Modelle wie das Weddinger Modell zeigen, wie sich Zwang auch im Rahmen des PsychKGs deutlich reduzieren oder sogar ganz vermeiden lässt.

Mahler, L.; Jarchoy-Jádi, I.; Montag, C.; Gallinat, J. (2023). Das Weddinger Modell. Ein recoveryorientiertes Psychiatriekonzept (2., vollständig überarbeitete Auflage). Psychiatrie Verlag. Deutsches Institut für Menschenrechte (2013). Information der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention anlässlich der deutschen Übersetzung des Berichts des Sonderberichterstatters über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, Juan E. Mendéz vom 1. Februar 2013. Berlin. * "Menschen mit Lernschwierigkeiten" ist die bevorzugte Bezeichnung von Menschen mit einer geistigen Behinderung.

Ä-K09-401 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 45 einfügen:

Eine vorhergehende Beratung oder andere Bedingungen, die der Vermittlung einer Wohnung sonst oft im Weg stehen, sind nicht verpflichtend für den neuen Mietvertrag. So kommen bedürftige Menschen schnell in ein sicheres Umfeld, aus dem sie anschließend begleitende psychosoziale Beratungs- und Betreuungsangebote annehmen können und den Weg zurück zum selbstbestimmten Leben finden können. Da Housing First-Projekte bereits auf der ganzen Welt Wirkung zeigen, wollen wir auch in Brandenburg ein solches Projekt an den Start bringen und Wohnungslosigkeit in Brandenburg Schritt für Schritt überwinden.

Ä-K11-402 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

Nach Zeile 67 einfügen:

Babylotsinnen auf Geburtsstationen wollen wir flächendeckend fördern.

Begründung

Der Großteil der Geburten in Brandenburg findet stationär in Krankenhäusern statt. Frühe Hilfen sind zu diesem Zeitpunkt mit dem Einsatz einer Babylotsin wie z.B. am Klinikum Bad Saarow eine niedrighschwellige und flächendeckende Möglichkeit der Prävention.

Ä-K11-403 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 82:

Wir wollen, dass ältere Menschen in Brandenburg weiterhin voll am gesellschaftlichen Leben teilhaben. ~~Dafür schaffen wir landesweite Erfahrungsorte, in denen ältere Menschen beispielsweise über digitale Teilhabe und andere Mittel gegen Einsamkeit lernen.~~

Nach dem Vorbild der Netzwerke zwischen Arbeit und Ruhestand in NRW fördern wir

Begründung

Vier Jahrzehnte nach Gründung des ZWAR-Projekts sind in rund 80 Kommunen in Nordrhein-Westfalen fast 300 ZWAR-Netzwerke entstanden, in denen tausende Menschen selbstorganisierend tätig sind. Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Volkshochschulen und weitere Akteure der Seniorenarbeit werden bei der Gründung von nachhaltigen ZWAR Gruppen(-netzwerken) beraten, im Aufbauprozess begleitet und mit dem Know-how zur Begleitung dieser langlebigen Netzwerke qualifiziert. Agogische, soziale und politische Kompetenzen konnten als ganzheitliches Konzept für die soziale Arbeit mit Menschen ab 55 Jahren für Kommunen nutzbar gemacht werden und zu einer integrierten Quartiersentwicklung beitragen. Von diesen gut wissenschaftlich begleiteten Erfahrungen kann Brandenburg profitieren.

<https://www.zwar-ev.de/>

Ä-K12-404 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 87 einfügen:

Ob der Weltrekord, das Derby in der Kreisliga oder die gemeinsame Yoga-Klasse: Sport reißt mit, ist gesund und bringt Menschen zusammen. Nirgendwo wird so viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wie hier. Wir werden Sport in Brandenburg weiterhin umfassend fördern, insbesondere den Breitensport, denn lokale Sportvereine sind wichtige soziale Treffpunkte und halten die Gemeinschaft zusammen. Wir werden den „Goldenen Plan Brandenburg“ zur Sportstättenförderung verstetigen und besser finanzieren.

Begründung

Die ganzheitliche gesundheitsfördernde Wirkung von Sport sollte an dieser Stelle nicht außer Acht gelassen werden. <https://www.sportaerztebund-berlin-brandenburg.de>

Ä-K08-406 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Hendrik Nolde

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 16 einfügen:

Mit dem von uns beschlossenen „Pakt für Pflege“ konnten wir die Pflegesituation in Brandenburg deutlich verbessern, haben neue Anlaufstellen vor Ort geschaffen und den Zugang zu Pflegeleistungen erleichtert. Dabei haben wir uns an dem Bedürfnis vieler Menschen orientiert, so lange wie möglich zuhause zu leben. Mit verschiedenen Bausteinen des Pakts, wie [der Förderrichtlinie "Pflege vor Ort"](#), der Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ und mehr Tages- und Kurzzeitpflege kann ein Umzug in ein Pflegeheim hinausgezögert oder sogar ganz verhindert werden. In fast allen Landkreisen wurden neue Pflegestützpunkte zur Beratung geschaffen und über 80 Prozent der Kommunen haben bereits Maßnahmen für „Pflege vor Ort“ beantragt.

Begründung

Die Förderung über die Richtlinie Pflege vor Ort ist der Kern des Pakts und eröffnet den Kommunen Handlungsspielräume für die passgenaue Gestaltung von Angeboten.

Ä-K08-407 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Hendrik Nolde

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 16:

Mit dem von uns beschlossenen „Pakt für Pflege“ konnten wir die Pflegesituation in Brandenburg deutlich verbessern, haben neue Anlaufstellen vor Ort geschaffen und den Zugang zu Pflegeleistungen erleichtert. Dabei haben wir uns an dem Bedürfnis vieler Menschen orientiert, so lange wie möglich zuhause zu leben. Mit verschiedenen Bausteinen des Pakts, wie der Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ und mehr Tages- und Kurzzeitpflege kann ein Umzug in ein Pflegeheim hinausgezögert oder sogar ganz verhindert werden. In fast allen Landkreisen wurden ~~neue~~ Pflegestützpunkte zur Beratung ~~geschaffen~~ ausgebaut und über 80 Prozent der Kommunen haben bereits Maßnahmen für „Pflege vor Ort“ beantragt.

Begründung

Die Säule zum Ausbau der Pflegestützpunkte wurde vor allem für den Ausbau von digitalen Angeboten und Wohnberatung oder aufsuchende Beratung genutzt. Neue Pflegestützpunkte/Standorte sind es eher weniger.

Ä-K12-426 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-2

Von Zeile 94 bis 95 einfügen:

Auch im Bereich der Freiwilligendienste – als eine besondere Form des gesellschaftlichen Engagements – hat Brandenburg die zweitschlechtesten Quote im Bundesvergleich. Nur 4% der Schulabgänger*innen entscheiden sich für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ). Das FSJ ist aber ein „Gewinn hoch drei“, nämlich als Bildungs- und Orientierungsjahr für die Persönlichkeitsentwicklung, als wertvolle Unterstützung von Einrichtungen im sozialen Bereich (#Fachkräftegewinnung) und für das Wohl aller. In Berlin wird das FSJ gezielt mit einem höheren Taschengeld für Freiwillige gefördert, wodurch sich für Einsatzstellen im Speckgürtel Konkurrenz entwickelt hat. Wir möchten daher auch in Brandenburg eine Landesförderung einrichten, die für alle Freiwilligen gilt. Sie soll helfen, das FSJ in Brandenburg attraktiver zu machen.

Begründung

Bitte anschließend an ÄA 133 einfügen. Ansonsten erklärt sich der ÄA von selbst.

Ä-K08-453 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 23:

~~Wir~~ Unabhängig von Reformplänen zur sektorenübergreifenden Versorgung des Bundes wollen wir mit der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg zusammenarbeiten, um die Versorgung mit ambulanter Psychotherapie weiter auszubauen. Die Bedarfsplanung muss angepasst werden, um dem steigenden Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung gerecht zu werden.

Begründung

Anpassung bzgl. Forderung von A398 der LAG Gesundheit und Soziales nach Einführung intersektoraler Versorgungsregionen durch evtl. Bundesnovelle. Da aber deren tatsächlicher Umfang aktuell noch weitestgehend unklar ist und inwiefern diese wirklich intersektorale Elemente mit Kompetenzverlust der KVen beinhaltet bleibt abzusehen. Daher sollte dieser Absatz trotzdem erhalten bleiben, aber eben um unsere eigentliche Forderung nach intersektoraler Versorgungsreform ergänzt werden.

Ä-K12-445 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Jan Gühne

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 93 löschen:

~~Zusammen mit dem Land Brandenburg soll sich der Verband außerdem für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von eSports einsetzen, denn: Gemeinnützigkeit stützt die Arbeit der Vereine, sie stärkt die Community und die Branche als Wirtschaftsfaktor.~~

Begründung

Zunächst stimmt es bei weitem nicht, dass jeder Mensch in Deutschland Videospiele nutzt, und schon gar nicht regelmäßig. Zudem gilt es zu unterscheiden zwischen reinen Ballerspielen (oft mit rassistischen oder sexistischen Inhalten!), Fußballsimulationen und etwas gehaltvolleren Varianten. Letztere sind sicher eine Belustigung für gebildete Minderheiten. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum ich als Steuerzahler diese im Wesentlichen sinnlosen Tätigkeiten subventionieren soll, nichts Anderes meint die Gemeinnützigkeit. Hinzuweisen ist auf negative Folgen für die Gesundheit. Sitzen ist bekanntlich das neue Rauchen. Es gibt auch schon Fälle von Spielsucht, von Menschen, die nur in ihrer Gamingwelt leben und soziale Beziehungen und andere Lebensnotwendigkeiten hintenanstellen. Das sind Fälle für den Psychater! Und wenn wir zu Recht einen Klimacheck für alle Entscheidungen der Politik einfordern, können wir nicht Energieverschwendung wie beim Gaming forcieren. Wie sich die Szene organisiert, ist deren eigene Angelegenheit und nichts, worum wir uns kümmern müssten.

Aus technischen Gründen wurde der Antrag in meinem Namen für Heinz-Herwig Mascher angelegt

Ä-K10-465 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 50:

Wir wollen den Verbraucher*innenschutz in Brandenburg weiter stärken. Dabei wollen wir in Zukunft einen besonderen Fokus auf die Sicherheit von Verbraucher*innen in der **Digitalisierung digitaler Welt** legen. **Unser Ziel ist es, Verbraucher*innen in ihren Rechten im Netz zu stärken und sie beim Umgang mit digitalen Produkten und Dienstleistungen zu informieren und zu schützen.** Wir wollen der Verbraucherzentrale Brandenburg einen Platz im Rundfunkrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) zuweisen, um ihn noch repräsentativer zu machen und damit das zentrale Thema Verbraucher*innenschutz zu verankern. Das Deutsch-Polnische Verbraucher*inneninformationszentrum, das bei allen grenzüberschreitenden Themen mit Rat zur Seite steht, wollen wir zu einem Zentrum für internationalen Verbraucher*innenschutz mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa ausbauen.

Begründung

An dieser Stelle sollten die Ziele und Handlungsfelder des digitalen Verbraucher*innenschutzes benannt werden.

Ä-K10-467 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 50 löschen:

Wir wollen den Verbraucher*innenschutz in Brandenburg weiter stärken. Dabei wollen wir in Zukunft einen besonderen Fokus auf die Sicherheit von Verbraucher*innen in der Digitalisierung legen. ~~Wir wollen der Verbraucherzentrale Brandenburg einen Platz im Rundfunkrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) zuweisen, um ihn noch repräsentativer zu machen und damit das zentrale Thema Verbraucher*innenschutz zu verankern.~~ Das Deutsch-Polnische Verbraucher*inneninformationszentrum, das bei allen grenzüberschreitenden Themen mit Rat zur Seite steht, wollen wir zu einem Zentrum für internationalen Verbraucher*innenschutz mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa ausbauen.

Begründung

Dass der Rundfunkrat diverser besetzt werden muss, ist richtig (siehe Forderung im Kap. Medien + LDK Beschluss von März 2023). Welche konkreten Gruppen zusätzlich bzw. ersatzweise vertreten sein sollten, ist allerdings eine Diskussion, die wir nicht im Wahlprogramm aufmachen sollten. Denn diese müsste umfassend geführt werden mit dem Ziel ein ausdifferenziertes Tableau an mehreren zusätzlichen Vertreter*innen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen benennen sollten, die die diverse Gesellschaft Brandenburgs insgesamt abbilden. Dies erfordert aber einen ausgewogenen Abwägungsprozess unter der Anhörung unterschiedlicher Gruppen, der noch nicht erfolgt ist.

Ä-K08-481 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 6 einfügen:

Über das etablierte sogenannte „gemeinsame Landesgremium zur sektorenübergreifenden Versorgung“ wollen wir neue Versorgungsmodelle voranbringen. Dafür wollen wir mehr Mitsprache bei der ambulanten Versorgung für das Gesundheitsministerium, denn momentan entscheidet darüber die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg allein. Zum Aufbau der sektorenübergreifenden Versorgung wollen wir neue Stellen im Gesundheitsministerium schaffen. Wir wollen die flächendeckende Versorgung und Beratungsangebote für besondere medizinische Bedürfnisse queerer Menschen ausbauen. Des Weiteren haben wir ein besonderes Augenmerk darauf, dass auch die medizinische Versorgung für Menschen mit Behinderung gesichert ist. Wir setzen uns für die Schaffung von Barrierefreiheit in medizinischen Einrichtungen, Praxen und Versorgungszentren ein.

Begründung

Es wird immer schwieriger für Menschen mit Behinderungen geeignete und geschulte Ärzt*innen aller Fachrichtungen zu finden, die notwendige medizinische Behandlungen durchführen. Oftmals müssen lange Fahrtwege in Kauf genommen werden oder Vorsorgeuntersuchungen können nicht stattfinden. Es fehlt zunächst an Barrierefreiheit, aber auch an geschulten Ärzt*innen und Angestellten in den Praxen.

Ä-K08-490 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 8 einfügen:

Um Ärzt*innen zu entlasten, wollen wir sie mit besonders qualifiziertem Pflegepersonal unterstützen. Dafür wollen wir nach dem Vorbild von „Gemeindeschwestern“, wie bereits mit dem Modell Agnes in Brandenburg erprobt, einen verbindlichen Rahmen schaffen. Wir wollen insbesondere Ausbildungs- und Schulungsformate sowie Weiterbildungen fördern, die sich auf Kinder und Jugendliche mit Pflegebedarf und die damit verbundenen besonderen Bedürfnisse beziehen. Wir unterstützen dabei auch akademische Angebote wie das Studium „Physician Assistant“.

Begründung

Wir brauchen gut geschultes Pflegepersonal für junge zu pflegende Personen, insbesondere im ambulanten Bereich.

Ä-K08-489 Jetzt füreinander eintehen: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 19 einfügen:

Für pflegende Angehörige wollen wir kostenfreie und professionelle Fortbildungsmöglichkeiten schaffen und setzen uns für deutlich verbesserte Entlastungsmöglichkeiten ein, dafür wollen wir Kurzzeitpflegeplätze mit Tages- und Nachtpflegeangeboten im Land Brandenburg weiter ausbauen. Zusammen mit Interessengemeinschaften und Initiativen Pflegender Angehöriger entwickeln wir ein Maßnahmenpaket, um weitere Unterstützungsangebote zu schaffen. Besonderer Bedarf besteht u.a. bei der Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen für Kinder und Jugendliche mit Pflegebedarf. Einer Pflegekammer im Land stehen wir deswegen offen gegenüber. Wir unterstützen die entsprechenden Berufsverbände, wenn sie sich auf den Weg zur Gründung solch einer Einrichtung machen wollen. Wir gestalten neben der neuen generalistischen Pflegeausbildung auch die Ausbildung im Pflegeassistenten-Bereich neu und fördern die Akademisierung der Pflege.

Begründung

Pflegende Angehörige brauchen für den Alltag mit der Pflege eines Angehörigen besondere Unterstützung. Nur zusammen im Austausch mit den Initiativen (z.B. Selbsthilfegruppen, Beiräten usw.) und Interessengemeinschaften (z.B. Wir pflegen e.V.) können notwendige Angebote auf den Weg gebracht werden.

Ä-K08-488 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 2 einfügen:

Ohne Gesundheit ist alles nichts. Darum ist es unser Ziel, allen Menschen in Brandenburg Zugang zu gesundheitlicher Vorsorge, modernen Behandlungsmethoden und guten Therapie- und Pflegeangeboten zu bieten, unabhängig vom [Alter](#), Wohnort und Geldbeutel. Wir haben dafür bereits den erfolgreichen „Pakt für Pflege“ aufgelegt, unsere Krankenhäuser mit Millionenbeträgen unterstützt, und die Hebammenversorgung verbessert. Die Coronapandemie haben wir erfolgreich bewältigt. Wir wollen vor allem die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen verbessern, die Krankenhausreform der Bundesebene für Brandenburg sinnvoll gestalten und die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und tden Praxen von Ärzt*innen deutlich ausbauen.

Ä-K08-502 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 17 einfügen:

Damit die Maßnahmen aus dem „Pakt für Pflege“ ihre volle Wirkung entfalten können, wollen wir ihnen mehr Zeit geben, sich zu etablieren und in den Kommunen anzukommen. Wir wollen den Pakt verstetigen und weiter ausbauen – besonders, um auch Familien mit pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen in Zukunft besser zu unterstützen. Dazu wollen wir die Maßnahmen des Pakts für Pflege auch im Landespflegegesetz verankern. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Altenhilfe und Pflegeplanung in Zukunft zu Pflichtaufgaben für Kommunen wird und dafür die nötigen Gelder bereitstellen.

Ä-K09-505 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 34 einfügen:

14,3 Prozent der Menschen in Brandenburg sind von Armut gefährdet. Das sind weniger als im Bundesdurchschnitt, aber immer noch zu viele. Deshalb müssen wir mehr gegen die strukturellen Ursachen von Armut tun. Denn immer noch haben nicht alle Menschen in Brandenburg die gleichen Chancen auf Wohlstand und Stabilität. Wir wollen besonders Kindern, Jugendlichen, Familien, Alleinerziehenden und Senior*innen, Menschen mit Pflegeverantwortung – Gruppen, die überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind – mit gezielten Hilfsangeboten unterstützen. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass bestehende Hilfsprogramme gebündelt werden und auch wirklich bei den Menschen ankommen, die sie brauchen.

Ä-K11-508 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 61 einfügen:

Die Zeit nach Corona stellt Jugendliche immer noch vor große Herausforderungen. Gerade jetzt müssen wir dafür sorgen, dass junge Menschen in unserer Gesellschaft mitreden können und in ihren sozialen Räumen verlässliche Angebote zur Persönlichkeitsbildung finden. Um das sicherzustellen, wollen wir die Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit weiter fördern. Diese soll inklusiv sein und Kinder und Jugendliche mit Behinderung mit denken.

Ä-K08-519 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 11 löschen:

~~In Care-Berufen oder der Sozialen Arbeit ist die psychische Belastung für die Beschäftigten besonders hoch. Davon sind insbesondere Frauen betroffen, die einen hohen Anteil der Beschäftigten in diesen Berufen ausmachen.~~ Dass in der Arbeitswelt das Thema der psychischen Gesundheit immer noch keinen hohen Stellenwert hat, macht viele Berufe unattraktiver und verstärkt letztlich auch den Fachkräftemangel. Wir wollen die psychische Gesundheit aller Beschäftigten in Brandenburg fördern, denn psychiatrische Diagnosen sind mittlerweile der häufigste Grund für Krankschreibungen.

Begründung

Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz auf bestimmte Berufe oder Personengruppen einzuengen stößt unnötig andere belastende Berufs- oder Personengruppen vor den Kopf, die nicht genannt sind. Wir sollten uns für Arbeitsbedingungen einsetzen, die alle Menschen am Arbeitsplatz vor psychischen Belastungen schützen. Die Botschaft des Absatzes bleibt auch ohne diesen Satz erhalten.

Ä-K11-521 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-2

Von Zeile 66 bis 67 einfügen:

Familien mit pflegebedürftigen Kindern oder Kindern mit Behinderung brauchen individuelle Beratung und Begleitung von Anfang an. Wir unterstützen bestehende Beratungsstellen bei spezifischen Schulungs- und Weiterbildungsprogrammen. Langfristig setzen wir uns für eine Fachstelle für Kinder- und Jugendliche mit Pflegebedarf ein, um alle Beratungs- und Versorgungsangebote zusammen zu führen.

Begründung

Eltern mit Kindern, die chronisch krank sind oder eine Behinderung haben, sind oftmals zunächst ganz auf sich allein gestellt. Stellen wie das Jugendamt, Frühe Hilfen usw. können mit den besonderen Anforderungen und speziellen Bedarfen, die die Familien im Alltag benötigen, nicht weiterhelfen. Der Dschungel an verschiedenen Beratungsstellen wie EUTB, Pflegestützpunkt und den zahlreichen Anlaufstellen wie Eingliederungshilfe, Pflegekasse, SPZ usw. stellen Familien vor zusätzliche Belastungen. Eine zentrale Fachstelle, die alle Akteur*innen zusammen fasst und vernetzt kann mit übergreifenden Informationen und evtl. sogar Schulungen für mehr Transparenz und Sichtbarkeit für die Familien sowie für bessere Beratung, Verständnis bei den Akteur*innen sorgen.

Ä-K09-523 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 45 löschen:

~~Eine vorhergehende Beratung oder andere Bedingungen, die der Vermittlung einer Wohnung sonst oft im Weg stehen, sind nicht verpflichtend für den neuen Mietvertrag. So kommen bedürftige Menschen schnell in ein sicheres Umfeld, aus dem sie anschließend begleitende Beratungs- und Betreuungsangebote annehmen können und den Weg zurück zum selbstbestimmten Leben finden können. Da Housing First-Projekte bereits auf der ganzen Welt Wirkung zeigen, wollen wir auch in Brandenburg ein solches Projekt an den Start bringen und Wohnungslosigkeit in Brandenburg Schritt für Schritt überwinden.~~

Begründung

"Housing First" wird vor allem in anderen Kommunen eingesetzt, weil viele der angesprochenen Funktionen besonders auf kommunaler Ebene vorhanden sind bzw. sich dort am sinnvollsten aufbauen lassen (lokale Immobilienpartner, geeignete Beratungs- und Vermittlungsstrukturen usw.). Aus meiner Sicht ist das eine wunderbare kommunale Initiative, aber auf Landesebene weniger effizient. Gerne also in Kommunalwahlprogramme übernehmen.

Ä-K11-539 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-2

Von Zeile 74 bis 75 einfügen:

Wahlalter senken, Jugendliche an Demokratie teilhaben lassen!

Allen Bedenken zum trotz hat sich das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre als ein voller Erfolg bewiesen. Wir trauen jungen Menschen mehr zu und wollen schnell auf den Weg bringen, dass Menschen in Brandenburg ab 14 Jahren in Land und Kommune zur Wahl gehen können. Damit wäre sichergestellt, dass die erste Wahl in allen Bildungswegen noch während der Schulzeit stattfindet und diese schulisch begleitet wird. Untersuchungen betonen, dass die Teil- oder Nichtteilnahme an der ersten Wahl entscheidend für die Teilnahme an weiteren Wahlen ist.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Demokratie gibt es im Kapitel „Demokratie und Antifaschismus“

Begründung

Auch in unserer Partei erleben wir, dass politische Meinung und Kenntnis nicht vom Alter abhängt. Daher wollen wir jungen Menschen bereits ab 14 Jahren ermöglichen an Wahlen teilzunehmen.

Ä-K12-542 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 91 löschen:

~~Jede*r e. Mensch in Deutschland spielt regelmäßig Videospiele.~~ Bereits seit mehreren Jahren sind Videospiele das umsatzstärkste Unterhaltungsmedium. Sie sind ein Hobby für Millionen von Menschen. Immer mehr Spieler*innen organisieren sich in Clans, spielen in Ligen oder bei Turnieren gegeneinander. Diese Community wächst stetig und wird zunehmend professioneller.

Ä-K12-550 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 95 löschen:

Wer sich in Brandenburg ehrenamtlich engagiert, bekommt mit der Ehrenamtskarte bereits viele Vergünstigungen und Angebote. Sie kommt gut an, weshalb wir das Angebot erweitern und mehr Partner*innen gewinnen wollen. Für ehrenamtlich Aktive planen wir ein vergünstigtes Deutschlandticket. Ehrenamtler*innen im Landesdienst, die bei Feuerwehr, Gewerkschaften, beim Technischen Hilfswerk (THW), Vereinen und vielen anderen Einrichtungen aktiv sind, sollen als kleinen Ausgleich für das Ehrenamt bezahlten Sonderurlaub bekommen. Dieser soll einen ~~halben bis~~ ganzen Tag pro Jahr betragen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K09-551 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 34 einfügen:

14,3 Prozent der Menschen in Brandenburg sind von Armut gefährdet. Das sind weniger als im Bundesdurchschnitt, aber immer noch zu viele. Deshalb müssen wir mehr gegen die strukturellen Ursachen von Armut tun. Denn immer noch haben nicht alle Menschen in Brandenburg die gleichen Chancen auf Wohlstand und Stabilität. Wir wollen besonders Kindern, Jugendlichen, Familien, Alleinerziehenden, Studierenden und Senior*innen – Gruppen, die überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind – mit gezielten Hilfsangeboten unterstützen. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass bestehende Hilfsprogramme gebündelt werden und auch wirklich bei den Menschen ankommen, die sie brauchen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K08-553 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 14:

Wir brauchen eine bessere Kontrolle der Arbeitsschutzregeln und wollen daher mehr Kontrollpersonal einstellen und sicherstellen, dass, ~~wie gesetzlich vorgesehen~~, jedes Jahr mindestens fünf Prozent aller Betriebe überprüft werden.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K12-564 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 91 löschen:

~~Jede*r e. Mensch in Deutschland spielt regelmäßig Videospiele. Bereits seit mehreren Jahren sind Videospiele das umsatzstärkste Unterhaltungsmedium. Sie sind ein Hobby für Millionen von Menschen. Immer mehr Spieler*innen organisieren sich in Clans, spielen in Ligen oder bei Turnieren gegeneinander. Diese Community wächst stetig und wird zunehmend professioneller.~~

Begründung

Der gesamte Absatz Ein eSports-Verband für Brandenburg soll gestrichen werden (Siehe andere Anträge)

Zunächst stimmt es bei weitem nicht, dass jeder Mensch in Deutschland Videospiele nutzt, und schon gar nicht regelmäßig. Zudem gilt es zu unterscheiden zwischen reinen Ballerspielen (oft mit rassistischen oder sexistischen Inhalten!), Fußballsimulationen und etwas gehaltvolleren Varianten. Letztere sind sicher eine Belustigung für gebildete Minderheiten. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum ich als Steuerzahler diese im Wesentlichen sinnlosen Tätigkeiten subventionieren soll, nichts anderes meint die Gemeinnützigkeit. Hinzuweisen ist auf negative Folgen für die Gesundheit. Sitzen ist bekanntlich das neue Rauchen. Es gibt auch schon Fälle von Spielsucht, von Menschen, die nur in ihrer Gamingwelt leben und soziale Beziehungen und andere Lebensnotwendigkeiten hintenanstellen. Das sind Fälle für den Psychater! Und wenn wir zu Recht einen Klimacheck für alle Entscheidungen der Politik einfordern, können wir nicht Energieverschwendung wie beim Gaming forcieren. Wie sich die Szene organisiert, ist deren eigene Angelegenheit und nichts, worum wir uns kümmern müssten.

Ä-K12-568 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 93 löschen:

~~Zusammen mit dem Land Brandenburg soll sich der Verband außerdem für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von eSports einsetzen, denn: Gemeinnützigkeit stützt die Arbeit der Vereine, sie stärkt die Community und die Branche als Wirtschaftsfaktor.~~

Begründung

Der gesamte Absatz Ein eSports-Verband für Brandenburg soll gestrichen werden (Siehe andere Anträge)

Zunächst stimmt es bei weitem nicht, dass jeder Mensch in Deutschland Videospiele nutzt, und schon gar nicht regelmäßig. Zudem gilt es zu unterscheiden zwischen reinen Ballerspielen (oft mit rassistischen oder sexistischen Inhalten!), Fußballsimulationen und etwas gehaltvolleren Varianten. Letztere sind sicher eine Belustigung für gebildete Minderheiten. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum ich als Steuerzahler diese im Wesentlichen sinnlosen Tätigkeiten subventionieren soll, nichts anderes meint die Gemeinnützigkeit. Hinzuweisen ist auf negative Folgen für die Gesundheit. Sitzen ist bekanntlich das neue Rauchen. Es gibt auch schon Fälle von Spielsucht, von Menschen, die nur in ihrer Gamingwelt leben und soziale Beziehungen und andere Lebensnotwendigkeiten hintenanstellen. Das sind Fälle für den Psychater! Und wenn wir zu Recht einen Klimacheck für alle Entscheidungen der Politik einfordern, können wir nicht Energieverschwendung wie beim Gaming forcieren. Wie sich die Szene organisiert, ist deren eigene Angelegenheit und nichts, worum wir uns kümmern müssten.

Ä-K12-567 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 92 löschen:

~~Wir wollen Vereine ermutigen, einen Brandenburger eSports-Verband ins Leben zu rufen. Als übergeordnete Ebene kann sich der Verband in Zusammenarbeit mit Vereinen für Beratung, Jugendschutz und Suchtaufklärung einsetzen. Gemeinsam mit ihm setzen wir uns für eine Gamingwelt ein, an der jede*r ohne Angst vor Hass, Hetze oder gewaltvoller Sprache beispielsweise gegenüber Frauen, queeren Menschen oder Geflüchteten teilnehmen kann.~~

Begründung

Der gesamte Absatz Ein eSports-Verband für Brandenburg soll gestrichen werden (Siehe andere Anträge)

Zunächst stimmt es bei weitem nicht, dass jeder Mensch in Deutschland Videospiele nutzt, und schon gar nicht regelmäßig. Zudem gilt es zu unterscheiden zwischen reinen Ballerspielen (oft mit rassistischen oder sexistischen Inhalten!), Fußballsimulationen und etwas gehaltvolleren Varianten. Letztere sind sicher eine Belustigung für gebildete Minderheiten. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum ich als Steuerzahler diese im Wesentlichen sinnlosen Tätigkeiten subventionieren soll, nichts anderes meint die Gemeinnützigkeit. Hinzuweisen ist auf negative Folgen für die Gesundheit. Sitzen ist bekanntlich das neue Rauchen. Es gibt auch schon Fälle von Spielsucht, von Menschen, die nur in ihrer Gamingwelt leben und soziale Beziehungen und andere Lebensnotwendigkeiten hintenanstellen. Das sind Fälle für den Psychater! Und wenn wir zu Recht einen Klimacheck für alle Entscheidungen der Politik einfordern, können wir nicht Energieverschwendung wie beim Gaming forcieren. Wie sich die Szene organisiert, ist deren eigene Angelegenheit und nichts, worum wir uns kümmern müssten.

Ä-K08-573 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Wolfgang Freese

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 7:

Die Ausbildung Gewinnung und Qualifizierung von ~~Ärzt*innen~~ neuen Ärzt*innen, Psychotherapeut*innen und Zahnärzt*innen in Brandenburg wollen wir weiter unterstützen und vorantreiben. Die Medizinische Hochschule Brandenburg (MHB) hat als gemeinnützige Universität in kommunaler Trägerschaft dabei als Pionier einen erfolgreichen Anfang gemacht, ~~den wir weiter auskömmlich fördern wollen~~ und bislang einen wichtigen Beitrag geleistet. Auch Die bei der Gründung der MHB erhofften Bleebeeffekte von in der Fläche dringend benötigten medizinischen Fachkräften haben sich tatsächlich eingestellt. Wir sind stolz, die MHB von Anfang an unterstützt zu haben und wollen die finanzielle Unterstützung der MHB auch zukünftig fortführen. Darüber hinaus muss die Mediziner*innenausbildung in Cottbus musstmöglichst schnell mit ihrer Arbeit beginnen. Dabei wollen wir dafür sorgen, dass dort bestmöglich von den Erfahrungen der MHB profitiert wird und dass sich beide Einrichtungen optimal ergänzen und gegenseitig unterstützen, insbesondere im Bereich der Gesundheitssystem- und Versorgungsforschung. Das Landärzt*innenstipendium erfolgreiche Landärzt*innen-Stipendium wollen wir fortführen, analog hierzu setzen wir uns zusätzlich auch für die Etablierung eines Landzahnärzt*innen-Stipendium ein.

Begründung

Die Änderung erweitert den Focus von Ärzt*innen auch auf Psychotherapeut*innen und Zahnärzt*innen und nimmt damit Bezug auf die Realität der Entwicklung. Die von uns Grünen ebenfalls unbedingt zu unterstützte Ausbildung von Psychotherapeut*innen besteht seit Jahren, die Ausbildung von Zahnärzt*innen befindet sich im Aufbau. Der Antrag legt darüber hinaus nochmal Wert auf die erfolgreiche Unterstützung der MHB durch uns Grüne und geht detaillierter auf Synergieeffekte mit des im Aufbau befindlichen Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus (IUC) ein. Die zurückgehenden Zahlen der Landärzt*innen-Stipendien sollte bei gleicher Anzahl und gleichen Kosten mit derselben Zielrichtung auch auf Landzahnärzt*innen erweitert werden.

Ä-K08-577 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Wolfgang Freese

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 2:

Ohne Gesundheit ist alles nichts. Darum ist es unser Ziel, allen Menschen in Brandenburg Zugang zu gesundheitlicher Vorsorge, modernen Behandlungsmethoden und guten Therapie- und Pflegeangeboten zu bieten, unabhängig vom Wohnort und Geldbeutel. Wir haben dafür bereits den erfolgreichen „Pakt für Pflege“ aufgelegt, unsere Krankenhäuser mit Millionenbeträgen unterstützt, und die Hebammenversorgung verbessert. Die Coronapandemie haben wir erfolgreich bewältigt. Wir wollen vor allem die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen verbessern, die Krankenhausreform der Bundesebene für Brandenburg sinnvoll gestalten und die ~~Chancen der~~ Digitalisierung ~~stärker nutzen~~ **massiv vorantreiben**. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und tden Praxen von Ärzt*innen deutlich ausbauen.

Begründung

Die bisherige Formulierung „die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen“ trägt der Bedeutung der Digitalisierung in diesem Bereich noch nicht genügend Rechnung.

Ä-K08-580 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Wolfgang Freese

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 5:

In Brandenburg fehlt es an Ärzt*innen und Pflegekräften, worunter unsere medizinische Versorgung zunehmend leidet. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung von kommunalen und gemeinnützigen Medizinischen Versorgungszentren erleichtern, die viele medizinische und therapeutische Leistungen unter einem Dach anbieten können. Denn junge Ärzt*innen arbeiten lieber angestellt, als das Risiko einer eigenen Praxis auf sich zu nehmen. Dafür haben wir aus Brandenburg ein entsprechendes Bundesgesetz auf den Weg gebracht. Für Praxen und Gesundheitsdienstleister*innen wollen wir ~~den bürokratischen Aufwand reduzieren~~ überflüssige Bürokratie konsequent abbauen.

Begründung

Diese redaktionelle Änderung formuliert die Bedeutung Vorhaben des Bürokratieabbau entschlossener.

Ä-K08-588 Jetzt füreinander eintehen: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Wolfgang Freese

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 32 einfügen:

Bei der Krankenhausreform des Bundes setzen wir uns für ein bedarfsgerechtes Finanzierungssystem mit Vorhaltevergütungen ein, das den ökonomischen Druck der reinen Orientierung auf Fallzahlen spürbar begrenzt. Wir werden uns weiter für ein Vorschaltgesetz des Bundes einsetzen, das die für viele Krankenhäuser existenzgefährdende Finanzierungslücke bis zum Wirken der Reform zu überbrücken hilft.

Begründung

Weit über Dreiviertel der Krankenhäuser (in der gesamten Republik - in Brandenburg noch mehr) sind durch die in diesem Antrag genannte Finanzierungslücke in den nächsten Jahren in ihrer Existenz massiv gefährdet. Die Krankenhäuser selbst genau wie ihre Träger (insbesondere Landkreise) sind in der Regel nicht in der Lage diese Lücke zu schließen. Deren Finanzierung liegt in der Zuständigkeit des Bundes und muss mit einem Vorschaltgesetz geregelt werden. Die Bemühungen von Ursula in dieser Sache müssen unbedingt fortgesetzt werden.

Ä-K08-605 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 28 löschen:

Unsere Gesundheitsversorgung wird immer stärker privatisiert und Gewinninteressen über die Bedürfnisse der Menschen gestellt. Dem wollen wir entgegenreten und – egal ob in der Stadt oder auf dem Land – eine gute Krankenhaus-Grundversorgung erreichen, die sich ~~zu großen Teilen~~ in öffentlicher Hand befindet.

Ä-K08-610 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 29 einfügen:

Wir wollen dafür sorgen, dass kein öffentliches Krankenhaus in Brandenburg mehr privatisiert wird. Wir wollen eine stärkere Rekommunalisierung des Gesundheitswesens vorantreiben. Außerdem wollen wir der Landesregierung mehr Möglichkeiten geben, öffentliche Interessen gegenüber privaten Krankenhausgesellschaften durchzusetzen. Wir werden Regeln entwickeln, wie bei Fehlentwicklungen Krankenhäuser wieder in öffentliches Eigentum übernommen werden können. Dafür unterstützen wir auch die Gründung von Krankenhausverbänden.

Ä-K10-642 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 57 einfügen:

Wir wollen eine neue Anlaufstelle in der Verbraucherzentrale Brandenburg für Phishing, Identitätsdiebstahl und Datenleaks schaffen, denn immer mehr Menschen in Brandenburg werden zum Opfer von Internetkriminalität. Im Ernstfall ist die Polizei die erste Ansprechstelle, aber für die Fragen danach – wie man Geld zurückbekommen und wie so etwas in Zukunft verhindert werden kann – fehlt noch eine Ansprechstelle. Die Anlaufstelle soll Wissen aus unterschiedlichen Bereichen, zum Beispiel Datensicherheit und Finanzwesen vereinen und der Bevölkerung mit gutem Rat zur Seite stehen.

Verbraucher*innenschutz für alle

Nicht alle Menschen kennen ihre Rechte als Verbraucherinnen und Verbraucher. Noch weniger haben Zugang zu Beratungsinfrastruktur oder die finanziellen Mittel, um ihre Rechte durchzusetzen. Deshalb ist ein landesweiter und niedrigschwelliger Zugang zu Verbraucherberatung notwendig. Mit den durch das Land geförderten Digimobilen der Verbraucherzentrale haben wir in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Informationen und Beratung zu verschiedensten Themen in über 30 Städten und Gemeinden in Brandenburg Beratungen anbietet. Dieses deutschlandweit beispielgebende Angebot wollen wir verstetigen und ausbauen sowie Sozialtarife für Verbraucherinnen und Verbraucher ermöglichen.

Begründung

Noch ein greifbares originäres Verbraucher*innenschutzprojekt.

Ä-K12-680 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Paul Moritz Heinrich

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 87 einfügen:

Ob der Weltrekord, das Derby in der Kreisliga oder die gemeinsame Yoga-Klasse: Sport reißt mit und bringt Menschen zusammen. Nirgendwo wird so viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wie hier. Wir werden Sport in Brandenburg weiterhin umfassend fördern, insbesondere den Breitensport, denn lokale Sportvereine sind wichtige soziale Treffpunkte und halten die Gemeinschaft zusammen. Wir werden den „Goldenen Plan Brandenburg“ zur Sportstättenförderung verstetigen und besser finanzieren. Ein besonderes Augenmerk werden wir weiterhin auf die Sanierung von Hallenbädern legen, damit Brandenburger Kinder sicher schwimmen lernen können.

Ä-K12-682 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Paul Moritz Heinrich

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 88 löschen:

Wir wollen eine Sportlandschaft für alle, ~~die starres Denken in Bewegung bringt~~: Mehr Raum für Frauen und Mädchen, Offenheit für queere Menschen und Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

Ä-K08-684 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 8 einfügen:

Um Ärzt*innen zu entlasten, wollen wir sie mit besonders qualifiziertem Pflegepersonal unterstützen. Dafür wollen wir nach dem Vorbild von „Gemeindeschwestern“, wie bereits mit dem Modell Agnes in Brandenburg erprobt, einen verbindlichen Rahmen schaffen. Wir unterstützen dabei auch akademische Angebote wie das Studium „Physician Assistant“.

Wir setzen uns für eine flächendeckende finanzielle Förderung von automatisierten externen Defibrillatoren (kurz AED) ein. Mit diesem Gerät können Laien bei einem Kammerflimmern oder fehlender Herzaktion besser und sicher Erste Hilfe leisten. In Schulen, großen Betriebsstätten und öffentlichen Gebäuden sollen diese langfristig Pflicht werden. Der Umgang mit AED soll schon in der Schule erprobt werden.

Ä-K12-685 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: LAG Sport(politik)

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 89:

Auch über den Sport hinaus: Rund jede*r Dritte in Brandenburg übt ein Ehrenamt aus. Das sind rund 800.000 Menschen, die sich auf vielfältige Weise für die Gemeinschaft einsetzen. ~~Wir wollen~~ .Beispielhaft dafür stehen das erfolgreiche Programm "Integration durch Sport" und die wichtigen Schwimmkurse der brandenburgischen Sportjugend. Gerade dieses Engagement wollen weiter belohnen und so noch mehr Menschen motivieren, sich einzubringen. Damit Kinder und Jugendliche abseits des Urlaubs in den Ferien aktiv bleiben, wollen wir Vereine darin unterstützen, Trainingscamps und bezahlbare Ferienfreizeiten organisieren. In Fortführung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ aus den Schuljahren 2021/22 und 2022/23 wollen wir in Kooperation mit den brandenburgischen Sportvereinen weitere vom Land geförderte Aktionsprogramme für Kinder und Jugendliche schaffen. So wollen wir den Sportvereinen dabei helfen gerade in den Ferienzeiten Angebote für Kinder- und Jugendliche zu machen.

Ausgehend von diesen Forderungen möchten wir zum einen die Förderung von Sport in Ländlichen Räumen ins Sportförderungsgesetz aufnehmen. Zum anderen haben wir in der aktuellen Amtsperiode für den ersten Sportförderbericht durch das zuständige Ministerium gesorgt. An dieser Praxis wollen wir festhalten und mit regelmäßigen Berichten von ihm für mehr Transparenz über die Mittelverteilung in der Sportförderung sorgen.

Ä-K12-687 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Paul Moritz Heinrich

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 89 einfügen:

Auch über den Sport hinaus: Rund jede*r Dritte in Brandenburg übt ein Ehrenamt aus. Das sind rund 800.000 Menschen, die sich auf vielfältige Weise für die Gemeinschaft einsetzen. Wir wollen dieses Engagement weiter belohnen und noch mehr Menschen motivieren, sich einzubringen. Damit Kinder und Jugendliche abseits des Urlaubs in den Ferien aktiv bleiben, wollen wir Vereine darin unterstützen, Trainingscamps und bezahlbare Ferienfreizeiten zu organisieren.

Ä-K08-701 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Gewerkschaftsgrün

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 29 einfügen:

Wir wollen dafür sorgen, dass kein öffentliches Krankenhaus in Brandenburg mehr privatisiert wird. Wir wollen der Landesregierung mehr Möglichkeiten geben, öffentliche Interessen gegenüber privaten Krankenhausgesellschaften durchzusetzen. Wir werden Regeln entwickeln, wie bei Fehlentwicklungen Krankenhäuser wieder in öffentliches Eigentum übernommen werden können. Dafür unterstützen wir auch die Gründung von Krankenhausverbänden. Für Plan-Krankenhäuser wollen wir eine gesetzliche Regelung schaffen, die den Weiterverkauf privater Krankenhäuser an Finanzinvestoren ausschließt.

Begründung

Das ist bereits Beschlusslage. Es wurde als „V25NEU“ vom Parteirat im Dezember 2022 beschlossen. Der Antrag konnte auf der LDK im Nov 2022 in Falkensee aus Zeitmangel nicht mehr beraten werden.

Inhaltlich: Die Mehrzahl der privatisierten Krankenhäuser in Deutschland wurde nach dem Verkauf bisher mindestens schon einmal weiterverkauft. In Brandenburg sind das beispielsweise Frankfurt/Oder und Bad Saarow. Ergebnis war eine starke Unternehmenskonzentration im privaten Sektor (heute drei Konzernriesen). Weltweit ist nahezu die Regel, dass private Krankenhauskonzerne in der Hand von Finanzinvestoren sind. Geschäftsmodell ist es, die Krankenhäuser nach einigen Jahren gewinnbringend weiterzuverkaufen. In Deutschland ist dieses Geschäftsmodell im Reha-Bereich Realität: Der größte private Rehakonzern (Median Kliniken) ist bereits vom ersten an den zweiten Finanzinvestor verkauft worden. Beim zweiten Verkauf wurden die Immobilien aus dem Konzern herausgelöst und gesondert verkauft. Die Kliniken zahlen jetzt Miete im eigenen Haus. Überdies wurde der Kaufpreis auf die Bilanzen der einzelnen Kliniken verteilt, sodass die Reha-Kliniken den Kaufpreis aus ihren jährlichen Gewinnen erwirtschaften müssen.

Wir raten jeder bündnisgrünen Kommunalfraktion mit einem privatisierten Krankenhaus, in den Verkaufsvertrag zu schauen, ob es dort eine Vorsorge gegen ein Geschäftsmodell und Weiterverkauf wie bei Median gibt und ob es faire und finanziell angemessene und leistbare Bedingungen für einen Rückkauf durch die Kommune gibt.

Ä-K08-709 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Niko Stumpfögger

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 19:

Für pflegende Angehörige wollen wir kostenfreie und professionelle Fortbildungsmöglichkeiten schaffen und setzen uns für deutlich verbesserte Entlastungsmöglichkeiten ein, dafür wollen wir Kurzzeitpflegeplätze mit Tages- und Nachtpflegeangeboten im Land Brandenburg weiter ausbauen. ~~Einer Pflegekammer im Land stehen wir deswegen offen gegenüber. Wir unterstützen die entsprechenden Berufsverbände, wenn sie sich auf den Weg zur Gründung solch einer Einrichtung machen wollen.~~ Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe für eine Pflegekammer aussprechen und sowohl im Krankenhaus als auch in der Altenpflege bereit sind, die Unabhängigkeit einer Kammer durch eigene Mitgliedsbeiträge zu sichern, werden wir eine rasche Gründung der Kammer unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kammer den professionell Pflegenden ermöglicht, über Inhalte ihrer Arbeit, die Weiterbildung und Zusatzqualifikationen ihres Berufs, die Einhaltung der Berufsordnung und somit auch Versorgungsqualität mitzubestimmen. Wir gestalten neben der neuen generalistischen Pflegeausbildung auch die Ausbildung im Pflegeassistenten-Bereich neu und fördern die Akademisierung der Pflege.

Begründung

Das Thema Pflegekammer hat sich abgekühlt. Wir sollten es keinesfalls zu einem Projekt von Bündnis 90/Die Grünen im Zusammenwirken mit den Berufsverbänden ohne die Pflegenden machen. In unserem Wahlprogramm 2019 haben wir die Gründung einer Kammer vom Willen der Pflegenden abhängig gemacht. Daran sollten wir festhalten. Das passt zu bündnisgrüner Basisdemokratie. Auch angesichts der Leistung der Pflegenden in der Corona-Pandemie haben sie es verdient, gehört zu werden. Da sich seit 2019 die Beitragsfrage als wichtiger Punkt herauskristallisiert hat, sollte dieser Punkt schon vor der Gründung offensiv angesprochen und geklärt werden, und zwar in den beiden großen Tätigkeitsfeldern von beruflich Pflegenden.

Seit 2019 wuchs die Entfernung zwischen Pflegeberufsverbänden und Pflegenden in den Betrieben. Auf die Abschaffung der beiden Pflegekammern in Niedersachsen (SPD-Gesundheitsministerin) und Schleswig-Holstein (FPD-Gesundheitsminister) im Jahr 2021 reagierten die Berufsverbände und der Gesundheitsminister in NRW (CDU) damit, die Pflegekammer vorwiegend als staatliches Projekt zum Nutzen der Bevölkerung zu begründen, das aufgrund der gewachsenen Struktur des Gesundheitswesens nötig sei. Der Aspekt der Interessenbündelung rückte nach hinten. Zur Krise kam es in NRW, als Ende 2021 70 % der Pflegenden spontan die Registrierung verweigerten (spontan, weil es von keiner Seite einen Aufruf zu Verweigerung gab). Überstürzt beschloss der Landtag, die Kammerwahl zu verschieben und bis Juli 2027 die Mitgliedsbeiträge aus dem Landeshaushalt zu zahlen. Damit kam er den Berufsverbänden entgegen. Anfangs war für diese der Gleichklang mit den Ärztekammern leitend, d.h. Unabhängigkeit durch eigene Beiträge. In jüngerer Zeit fordern sie staatliche „Anschubfinanzierung“, weil es Jahre brauche, bis die Pflegenden den Nutzen einer Kammer erfahren. Trotzdem lag in NRW die Verweigerung der Registrierung zum Zeitpunkt der Wahl noch über 50 %.

Die älteste Pflegekammer in Rheinland-Pfalz (SPD Gesundheitsministerin) erfuhr 2021 einen Absturz der Wahlbeteiligung: 2015 = 43 %, 2021= 17 %.

In Baden-Württemberg (Gesundheitsminister Bündnis 90/Die Grünen) sind die von der Basis ausgehenden Risiken reduziert. Der Landtag beschloss 2023, dass die Pflegenden ohne Registrierung mit Erlass des Gesetzes Mitglieder der Pflegekammer sind. Sie haben die Pflicht, sich nachgelagert an der Vervollständigung ihrer Daten zu beteiligen und insbesondere ihre Berufserlaubnis-Urkunde einzureichen. Es wird 2024 eine sechswöchige Frist geben, in der die Pflegenden ihrer Mitgliedschaft widersprechen können. Erreicht die Zahl der Widersprüche 40 %, wird die Kammer nicht errichtet.

Wir sollten als politische Organisation auch selbständig nach Alternativen suchen. Diese müssen nicht im Wahlprogramm stehen. Vorbild einer anderen Organisation der Pflegenden in Brandenburg könnten entweder die Hebammen sein. Sie haben einen starken, geeinten Berufsverband, der ihre Interessen ohne Kammer wirkungsvoll vertritt. Oder ein Pflegering, der die Pflegeverbände nach dem Vorbild des Landesjugendrings bündelt und an allen pflegerelevanten Aktivitäten von Gesetzgebung und Landesregierung beteiligt wird.

Pflegeberufsverbände verfügen über eine hohe fachliche Kompetenz. Sie sind ein wichtiger Gesprächspartner für uns. Sie arbeiten aber vorwiegend aus der Perspektive von leitenden und lehrenden Pflegefachpersonen sowie von akademisch ausgebildeten Pflegenden aus dem Krankenhaus. In der Altenpflege ist das Interesse an einer Kammer geringer und diese würde nur weniger als die Hälfte der Pflegenden betreffen, weil der Pflegeprozess zu über 50 % in der Hand von Pflegehelfer*innen und Hilfskräften liegt. Deswegen können sie nicht der einzige relevante Ansprechpartner für uns sein.

Ä-K11-711 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 73:

Wir wollen das Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung weiter unterstützen und die Förderung ausbauen. Den neuen Dachverband der Kinder- und Jugendgremien in Brandenburg wollen wir mit einer hauptamtlichen Stelle unterstützen. Die Beteiligung junger Menschen muss sichergestellt werden und ~~Jugendparlamente~~Jugendgremien brauchen mehr Einfluss. Wir wollen Kinder- und Jugendgremien finanziell besser ausstatten. Junge Menschen, die für Kinder- und Jugendgremien in kommunalen Ausschüssen mitwirken, ~~sollte auch~~sollten ein Stimmrecht sowie Sitzungsgeld ~~ermöglicht werden~~erhalten.

Begründung

Wir wollen junge Menschen in den kommunalen Ausschüssen stärken, dazu gehört auch ein Stimmrecht.

Ä-K11-715 Jetzt füreinander eintreten: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Petra Budke

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 73 einfügen:

Wir wollen das Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung weiter unterstützen und die Förderung ausbauen. Den neuen Dachverband der Kinder- und Jugendgremien in Brandenburg wollen wir mit einer hauptamtlichen Stelle unterstützen. Die Beteiligung junger Menschen muss sichergestellt werden und Jugendparlamente brauchen mehr Einfluss. Wir wollen Kinder- und Jugendgremien finanziell besser ausstatten. Junge Menschen, die für Kinder- und Jugendgremien in kommunalen Ausschüssen mitwirken, sollte auch ein Sitzungsgeld ermöglicht werden.

Wir wollen eine Debatte über die Senkung des Wahlalters auf 0 Jahre anstoßen. Dabei sollen verschiedene Modelle geprüft werden, beispielsweise das Familienwahlrecht oder die Möglichkeit für junge Menschen, selbst zu entscheiden, dass sie an der Wahl teilnehmen wollen.

Ä-K17-17 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Heribert Heyden

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 125 löschen:

Die Aufarbeitung des Kolonialismus soll zudem zentrales Thema bei der Überarbeitung des Brandenburgischen Konzepts Erinnerungskultur werden, wobei wir Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft aktiv einbinden wollen. Wichtig ist uns, dass Konzepte in einem engen Austausch mit ~~den postmigrantisch-diasporischen Communitys und~~ den Nachkommen der Menschen aus den ehemaligen Kolonien entwickelt werden.

Begründung

Im Antrag V3 wird darauf hingewiesen, dass wir auf eine klare und verständliche Sprache ohne Anglizismen achten wollen.

Ä-K14-46 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Alexander Roth

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 42:

Seit die Elektroschockpistole, auch Taser genannt, in Brandenburg probeweise erlaubt ist, wird sie von der Polizei immer häufiger genutzt. Dass Polizeibeamt*innen dank des Tasers seltener zur Schusswaffe greifen, ist bisher aber nicht bestätigt. Stattdessen besteht mit dem Taser die Gefahr, dass Konfrontationen schneller durch unverhältnismäßige Gewalt beendet werden, als dass Polizist*innen deeskalieren. Für Menschen mit Vorerkrankungen und Behinderungen kann der Einsatz der Schockwaffe tödlich enden. ~~Außerdem besteht die Sorge, dass die neue Waffe verstärkt gegen diskriminierte Minderheiten und gegen Menschen eingesetzt werden könnte, die ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen oder sich politisch Gehör verschaffen wollen.~~ Nicht zuletzt belastet das Führen eines Tasers, zusätzlich zu den herkömmlichen Waffen und Einsatzmitteln, auch die Beamt*innen selbst, deren persönliche Ausrüstung dadurch immer schwerer handhabbar wird.

Begründung

Dafür, dass der probeweise Einsatz von Tasern zu einem gezielten Einsatz gegen Angehörige von Minderheiten oder gegen Menschen, die ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit ausüben, geführt hat oder führen könnte, fehlen jedenfalls für Brandenburg empirische Anhaltspunkte. Eine derartige Entwicklung, die zwar möglich ist, aber im Augenblick in Brandenburg nicht konkret droht, sollte daher nicht in unser Programm aufgenommen werden. Dies könnte auch als pauschale Verdächtigung der Polizeibeamt*innen missverstanden werden - aber auch diese wollen wir durch unser Programm erreichen.

Sinnvoller erscheint es, stattdessen mit einem Satz auch auf die Perspektive der Beamt*innen selbst einzugehen. Für diese würde die flächendeckende Einführung von Tasern nämlich bedeuten, ein weiteres Utensil in ihrer Standardausrüstung zu haben, das gereinigt und gepflegt werden und das (auch bei Hitze, Regen und körperlichen Belastungssituationen) an der Dienstkleidung hängt. Das weitere Hochrüsten der Beamt*innen mit einem zusätzlichen Einsatzmittel zur Dienstwaffe, zum Schlagstock usw. kann ferner in Krisensituationen dazu führen, dass in Belastungssituationen, z.B. bei einem plötzlichen gefährlichen Angriff auf die Beamtin oder den Beamten, entscheidende Reaktionszeit mit Überlegungen verbracht werden muss, welches der Einsatzmittel benutzt werden soll.

Zusammengefasst: Es gibt sehr überzeugende Gründe für die Beendigung des Taser-Experiments. Dazu müssen keine Formulierungen verwendet werden, die so missverstanden (oder vom politischen Gegner bewusst so missverstanden) werden können, als ob wir Grüne den brandenburgischen Polizeibeamt*innen generell Minderheitenfeindlichkeit oder eine Neigung zu Angriffen auf Demonstrierende unterstellen würden.

Ä-K14-48 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Alexander Roth

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 43:

Die Grundlage guter Polizeiarbeit sind Deeskalation und eine gute Ausbildung – nicht ~~gefährliche technische Geräte~~ die Aufrüstung mit immer mehr technischen Geräten. Darum setzen wir uns dafür ein, dass der immer weiter ausgeweitete probeweise Einsatz von Tasern durch die Brandenburger Polizei wieder beendet wird.

Begründung

Die Problematik des Tasers liegt weniger darin, dass er gefährlicher wäre als alle bisherigen Waffen und Einsatzmittel (die Schusswaffe ist als solche gefährlicher), sondern in der (letztlich wirklichkeitsfremden) Einstellung der Taser-Befürworter, dass ein Mehr an Sicherheit durch immer mehr Einsatztechnik erreicht werden kann. Siehe zur Begründung im Übrigen die Begründung von Ä46.

Ä-K13-51 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Alexander Roth

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 9 einfügen:

Politische Eingriffe in die Strafrechtspflege lehnen wir ab. Bis zu einer Abschaffung oder Eingrenzung der ministeriellen Einzelfallweisungen wollen wir daher in Brandenburg vorangehen: Durch eine Selbstverpflichtung des Justizministeriums sollen Einzelfallweisungen an die Staatsanwaltschaft nur noch zur Abwendung rechtswidriger Maßnahmen und nur noch mit schriftlicher Begründung ergehen.

Begründung

Deutschland ist eines der wenigen europäischen Länder, in denen die Justizministerien noch das Recht haben, im einzelnen Fall die Staatsanwaltschaften anzuweisen, bestimmte Maßnahmen vorzunehmen oder zu unterlassen (z.B. Verfahrenseinleitung, Verfahrenseinstellung, Vornahme von Durchsuchungen, Anklageerhebung, Beantragung von Haftbefehlen). Zu Recht wird dieser Zustand regelmäßig sowohl von den Vereinigungen der Richter*innen und Staatsanwält*innen als auch von der Europäischen Kommission und anderen europäischen Gremien kritisiert: Er ist völlig unzeitgemäß und öffnet dem politischen Missbrauch Tür und Tor.

Zwar wird von den Verteidiger*innen dieses Zustands oft behauptet, Einzelfallweisungen würden in der Praxis keine Rolle spielen. Dies ist jedoch nicht überzeugend. Erstens kann dieses Weisungsrecht, wenn es keine Rolle spielt, ja umso mehr endlich auch formal abgeschafft werden. Zweitens stimmt die These von der Irrelevanz im Alltag auch nicht. Denn für ministerielle Weisungen gelten nach aktuellem Recht keine Form- und Begründungspflichten. Sie können z.B. auch telefonisch, im persönlichen Gespräch, oder als "Bitte" eingekleidet erteilt werden. Damit sind sie nirgendwo dokumentiert und in ihrer Häufigkeit nicht nachprüfbar. Die Staatsanwaltschaft, die einzelne Staatsanwältin oder der einzelne Staatsanwalt, der oder die gewiesen wird, hat oft nichts eindeutiges Schriftliches in der Hand, um sich damit auseinanderzusetzen oder sich dagegen zu wehren.

Im Koalitionsvertrag der die Bundesregierung tragenden Parteien steht, nicht zuletzt auf Initiative der Grünen, die Abschaffung oder wenigstens Überarbeitung und Einschränkung dieses ministeriellen Einzelfallweisungsrechts als Ziel. Es scheint jedoch, dass aufgrund von Widerstand aus den Landesregierungen das FDP-geführte Bundesjustizministerium in dieser Legislaturperiode entgegen diesem Koalitionsvertrag wieder keinen konkreten Gesetzentwurf in diese Richtung vorlegen wird.

Das Land Brandenburg sollte daher vorangehen. Zwar kann das Land das Weisungsrecht nicht abschaffen - dies geht nur bundesrechtlich. Das Justizministerium kann sich aber politisch öffentlich selbst verpflichten, Einzelfallweisungen nur noch mit ausdrücklicher schriftlicher Begründung (also nicht mündlich, nicht telefonisch, und nicht schriftlich ohne Begründung) zu erteilen, und auch nur, um rechtswidrige staatsanwaltschaftliche Maßnahmen aufzuheben oder zu verhindern (also nicht mehr bei bloß abweichender Beurteilung dessen, was am ehesten angemessen ist).

Ä-K13-52 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Alexander Roth

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 10 einfügen:

Die knappen Ressourcen der Strafjustiz wollen wir zielgerichtet einsetzen. Die Bekämpfung von Kriminalitätsbereichen, welche die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedrohen, muss oberste Priorität haben. Dies betrifft insbesondere Kriminalitätsfelder wie Hasskriminalität (namentlich gegen gesellschaftliche Minderheiten), organisierte Umweltkriminalität, bandenmäßige Steuerhinterziehung, andere Formen schwerer Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche und Korruption.

Begründung

Erhebliche personelle Ressourcen der Staatsanwaltschaften (und damit auch der Strafgerichte) werden seit jeher für die Bearbeitung von Bagatelldelinquenz wie Kleindiebstähle, Trunkenheitsfahrten mit dem Fahrrad, Drogenbesitz zum Eigengebrauch oder einfache Verstöße gegen das Aufenthalts- und Asylgesetz gebunden. Hinzu kommt, dass der politische Gegner auch im kriminalpolitischen Bereich versucht, den Diskurs nach rechts zu verschieben und Scheinprobleme aufzubauen. Dies wird deutlich bei der Diskussion um angeblichen Sozialmissbrauch, obwohl der auf diese Weise angerichtete materielle Schaden nur einen winzigen Bruchteil des Schadens durch Steuerhinterziehung (der "Reichen") und andere Formen schwerer Wirtschaftskriminalität ausmacht.

Die Bekämpfung der die Gesellschaft wirklich in ihren Grundfesten bedrohenden Formen von Kriminalität, wie organisierte Umweltkriminalität, ausbeuterischer Menschenhandel, Korruption, Geldwäsche, bandenmäßige Steuerhinterziehung oder auch gruppenbezogene menschenfeindliche Hasskriminalität (im Internet ebenso wie im sogenannten "real life") muss dagegen wirklich im Mittelpunkt stehen. Gerade diese Bereiche sind jedoch für die Staatsanwaltschaften oft besonders personalintensiv, da aufwändige Ermittlungen gegen gut vernetzte, organisierte und oft auch finanzstarke Straftäter geführt werden müssen.

Hier sind daher Schwerpunktsetzungen erforderlich. In Brandenburg kann daher an bestehende Strukturen angeknüpft werden: An den vier Staatsanwaltschaften des Landes (Potsdam, Cottbus, Frankfurt (oder) und Neuruppin) gibt es bereits spezielle Schwerpunktstaatsanwaltschaften; zudem gibt es an der Generalstaatsanwaltschaft in Brandenburg an der Havel eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Hasskriminalität. Es gilt jedoch, diese Strukturen auch weiter mit Leben zu füllen, indem von Seiten der Politik etwa auf deren angemessene personelle Ausstattung geachtet wird.

Durch einen Dialog der Landesregierung mit der Generalstaatsanwaltschaft sollte zudem im Sinne einer kriminalpolitischen Strategiebildung sichergestellt werden, dass gezielte Arbeitsschwerpunkte in den genannten Kriminalitätsbereichen gesetzt werden. Demgegenüber sollten bei Bagatelldelinquenz ressourcenschonend die Möglichkeiten der Verfahrenseinstellung etwa nach § 153 StPO (kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung bei geringer Schuld) noch stärker ausgeschöpft werden.

Ä-K14-53 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Alexander Roth

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 30 einfügen:

Erfolgreiche Polizeiarbeit darf nicht dadurch im Sande verlaufen, dass bei der Kriminaltechnik Personal und Technik fehlen und infolgedessen Akten monate- und jahrelang liegenbleiben. Wir wollen daher durch Investitionen in diesen Bereich erreichen, dass die Untersuchung von DNA-Tatortspuren und die chemische Analyse von Stoffen (z.B. vermeintliche Drogen auf deren Wirkstoffgehalt) verlässlich innerhalb eines Monats (in Haftsachen innerhalb einer Woche) erfolgt. Gerichtlich beschlagnahmte Computer und Mobiltelefone müssen innerhalb von vier Monaten (in Haftsachen innerhalb von einem Monat) zuverlässig ausgewertet werden können.

Begründung

Im Bereich der Kriminaltechnik (und ähnlich übrigens der Rechtsmedizin) bestehen chronische Defizite, wie wohl jede*r Polizist*in und jede*r Staatsanwält*in in Brandenburg aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Auf Wirkstoffanalysen oder die Untersuchung von DNA-Funden muss, wenn es nicht gerade um Mord oder Vergewaltigung geht, oft viele Monate oder gar über ein Jahr gewartet werden. Die Ressourcen im Bereich des Auslesens und Sichtens von bei Beschuldigten beschlagnahmten Rechnern und Handies sind noch wesentlich knapper. Dies behindert die Justiz massiv und belastet auch die Verdächtigen bzw. Beschuldigten, die wesentlich länger als nötig auf ihre Verurteilung - oder ihren Freispruch - warten müssen.

Statt in Prestigeprojekte und Spielereien wie Taser zu investieren muss dieser Grundlagenbereich der Polizeiarbeit gestärkt werden, wodurch zusätzlich Verfahrensblockaden im Bereich der Justiz aufgelöst werden.

Ä-K13-55 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 3 einfügen:

Wir wollen den Menschen in Brandenburg mehr Möglichkeiten geben, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Dazu gehört, Kinder und Jugendliche so früh wie möglich einzubinden und ihnen zu zeigen, wie Demokratie funktioniert. Außerdem setzen wir uns weiter für direkte Demokratie und mehr Partizipation in den Angelegenheiten der Städte und Gemeinden ein.

Begründung

Partizipation ist die Voraussetzung für eine gute Demokratie, insbesondere die direkte Demokratie braucht mündige Bürger*innen.

Partizipation ist mehr als zu fragen "Welches Schweinderl hätteſ denn gerne", Partizipation ist Ermöglichung von Teilhabe und Mitwirkung an den zahlreichen öffentlichen Aufgaben, insbesondere der Gemeinden.

Partizipation bedarf der sachlichen und fachlichen Unterstützung, sonst wird sie gerne populistisch vereinnahmt, wie die direkte Demokratie.

Ä-K13-57 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 11 einfügen:

Direkte Demokratie und Partizipation ausbauen

Begründung

Direkte Demokratie und echte Partizipation gehört untrennbar zusammen. Ansonsten droht die Übernahme der direkten Demokratie durch Populisten

Partizipation heisst Bürger*innen zu ermächtigen sinnvolle und gemeinwohlorientierte, verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, Bsp.: Irland zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs

Ä-K13-58 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 13 einfügen:

Wir machen möglich, dass sich Bürger*innen leichter an der Entstehung unserer Gesetze beteiligen können. Dazu wollen wir ein Beteiligungsportal entwickeln, das über kommende Gesetze informiert und die Gesetzesentwürfe öffentlich kommentiert werden können. Wir wollen Beteiligungsformate wie Bürger*innenräte und -dialoge einführen, zu denen Menschen per Losverfahren eingeladen werden. Kommunale Bürger*innenbegehren wollen wir auch für Bebauungs- und Flächennutzungspläne ermöglichen. Öffentlichen Bauvorhaben soll eine partizipative Bedarfsplanung (Phase 0) vorgeschaltet werden an der Betroffene mitwirken können. Die Grundlage für mehr direkte Beteiligung schafft die von uns mit entwickelte neue Beteiligungsstrategie der Landesregierung.

Begründung

Wie Bürger*innenbegehren für die Bauleitplanung nach BauGB soll auch der Eigenbau der Kommunen partizipativer gestaltet werden. Mit einer vorgeschalteten Planungsphase 0, deren Ergebnis eine belastbare Bedarfsplanung ist, werden Zivilgesellschaft, Nutzer*innen und die ganze Verwaltung und Kommunalpolitik fachlich qualifiziert in die Grundlagenarbeit für die weitere Planung eingebunden. Das spart Zeit und Geld, schützt vor Fehlinvestitionen und erhöht die Akzeptanz.

Ä-K14-59 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Posenauer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 45 einfügen:

Über 50.000 engagierte Ehrenamtliche sind in Brandenburg bei den Freiwilligen Feuerwehren und den Jugendfeuerwehren für die Sicherheit ihrer Kommunen im Einsatz. Sie tragen zudem zum Zusammenhalt im ländlichen Raum bei. Es sollte selbstverständlich sein, dass ihnen dabei gutes Equipment, verlässliche Einsatzfahrzeuge, moderne Gebäude und ein breites Weiterbildungsprogramm zur Verfügung stehen. Wir wollen ein kommunales Investitionsprogramm schaffen, mit dem Kommunen endlich den finanziellen Spielraum dafür bekommen. Für einen effizienten Beschaffungsprozess möchten wir Sammelbeschaffungen und Einkaufsgemeinschaften stärker etablieren.

Damit stärken wir den Freiwilligen Feuerwehren den Rücken und versetzen sie in Zeiten zunehmender Extremwetterereignisse in die Lage, die Bevölkerung effektiv vor Bränden und Katastrophen zu schützen. In der Weiterbildung legen wir ein besonderes Augenmerk auf Waldbrandszenarien und die Vernetzung bzw. den Wissensaustausch mit anderen, von Waldbränden betroffenen, Regionen.

Ä-K15-60 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 64:

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre haben wir gelernt: Die Unterbringung von schutzbedürftigen Menschen in zentralen Einrichtungen hilft weder Geflüchteten noch unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für dezentrale Unterbringung in Wohnungen und Nachbarschaften ein, wo Menschen schneller Fuß fassen können. Die Zeit in Erstaufnahmeeinrichtungen soll deutlich verkürzt werden. Um genügend Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen, wollen wir bestehende Förderprogramme zum Bau von Sozialwohnungen vor allem für kommunalen Wohnungsbau **bereitstellen**erhalten / ausbauen und den seriellen Wohnungsbau vorantreiben. Rechtliche Hürden für eine schnelle dezentrale Unterbringung wollen wir abbauen, denn: Dass Geflüchtete leichter ein Zuhause finden, wenn ihnen Gesetze nicht den Weg versperren, haben wir bei der Integration von Menschen aus der Ukraine gesehen.

Begründung

ein "bestehendes Programm" muss nicht mehr bereitgestellt werden. Es existiert ja schon. Entweder "erhalten" oder "ausbauen" oder ähnliches.

Ä-K14-61 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 45:

Über 50.000 engagierte Ehrenamtliche sind in Brandenburg bei den Freiwilligen Feuerwehren und den Jugendfeuerwehren für die Sicherheit ihrer Kommunen im Einsatz. Sie tragen zudem zum Zusammenhalt im ländlichen Raum bei. Es sollte selbstverständlich sein, dass ihnen dabei gutes Equipment, verlässliche Einsatzfahrzeuge, ~~moderne~~ angemessene Gebäude und ein breites Weiterbildungsprogramm zur Verfügung stehen. Wir wollen ein kommunales Investitionsprogramm schaffen, mit dem Kommunen endlich den finanziellen Spielraum dafür bekommen. Damit stärken wir den Freiwilligen Feuerwehren den Rücken und versetzen sie in Zeiten zunehmender Extremwetterereignisse in die Lage, die Bevölkerung effektiv vor Bränden und Katastrophen zu schützen.

Begründung

ob ein Gebäude modern ist oder unter Denkmalschutz steht, traditionell sich einfügt in das Ortsbild, oder einer anderen baukulturellen Leitlinie folgt, ist für die Nutzbarkeit und Brauchbarkeit in der Regel zweitrangig.

Entscheidend ist, ob es für den Zweck angemessen und für die Gemeinde nachhaltig tragbar ist, das wird in den SVV und GV doch immer heftig diskutiert. Daher gilt es die Qualität der Gebäude den heutigen Herausforderungen anzupassen oder eben neu zu bauen, was wieder andere Probleme mit sich bringt. Daher sollte auch hier unbedingt eine participative Bedarfsplanung vorgeschaltet werden.

Ä-K16-63 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 81:

~~Frauen, inter*,trans*,nicht-binäre und agender Personen bekommen in Brandenburg eine deutlich schlechtere Gesundheitsversorgung als Männer. Weil unser Gesundheitssystem und die Ausbildungsinhalte auf Männer zugeschnitten sind, werden Krankheiten teilweise falsch diagnostiziert oder behandelt. Herzinfarkte werden beispielsweise aufgrund anderer Symptome oft später erkannt und Brustkrebs trifft besonders viele junge Frauen.~~

Frauen, inter*,trans*,nicht-binäre und agender Personen erhalten teilweise in Brandenburg eine weniger zielgerichtete Gesundheitsversorgung als Männer, denn in medizinischen Studien sind Männer häufig deutlich überrepräsentiert. Dadurch werden geschlechtsspezifische Unterschiede in der Symptomatik von Krankheiten und in deren notwendigen Therapien nicht ausreichend erkannt.

Begründung

Ich halte die Aussagen "das Gesundheitssystem und die Ausbildung sind auf Männer zugeschnitten" für zu absolut. Außerdem eignet sich der Hinweis auf die häufigere Betroffenheit von Frauen bei Brustkrebserkrankungen nicht für die Untermauerung der These. Bei fast allen nicht geschlechtsspezifischen Krebserkrankungen sind Männer stärker betroffen (was sicher kein Hinweis auf eine schlechtere gesundheitliche Versorgung von Männern ist) ;)

Ä-K13-62 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 21 einfügen:

Wir wollen unseren Schulen mehr Freiheit dabei geben, ihr Profil zu definieren, Personal zu verwalten und Finanzmittel einzusetzen. Die Hierarchie zwischen Lehrenden und Lernenden wollen wir auflockern und Schüler*innen mehr Raum für eigene Ideen und Projekte geben. Diese Kreativität wollen wir auch nutzen um die Modernisierung, den Um- und Anbau sowie den Neubau mit partizipativen Formaten besser zu machen.

Begründung

Der Raum ist bildungswissenschaftlich gesehen der "Dritte Pädagoge"

Schüler*innen und Lehrpersonal, die Verwaltungen und die Kommunalpolitik sollen partizipative Bedarfsplanungsverfahren zu angemesseneren Baumaßnahmen führen, s.a. andere ÄA

Ä-K16-64 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 78 einfügen:

Feminismus ist ein Querschnittsthema. Deshalb werden feministische Perspektiven auch in den anderen Kapiteln thematisch aufgegriffen. So ist eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, zum Beispiel der verfügbare und bezahlbare Kita-Platz oder der gut ausgebaute öffentliche Nahverkehr ebenfalls ein feministisches Thema.

Ä-K13-65 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 21 einfügen:

Wir wollen unseren Schulen mehr Freiheit dabei geben, ihr Profil zu definieren, Personal zu verwalten und Finanzmittel einzusetzen. Die Hierarchie zwischen Lehrenden und Lernenden wollen wir auflockern und Schüler*innen mehr Raum für eigene Ideen und Projekte geben.

Wir unterstützen das Projekt STADTENTDECKER, das als baukulturelles Bildungsprojekt in Brandenburg und darüber hinaus grosse Beachtung findet. Demokratiebildung und Partizipation findet hier in einem konstruktiven und produktiven Dialog zwischen Schüler*innen, Lehrer*innen, Kommune und Architekt*innen statt. Wir wollen perspektivisch dieses Projekt auf alle Schulen Brandenburgs ausdehnen.

Begründung

Das Stadtentdecker-Projekt in den Schulen Brandenburgs verankern

Wir Menschen lernen in den ersten Lebensjahren und -jahrzehnten am schnellsten, und die meisten Fähigkeiten und Verhaltensweisen für unser gesamtes Leben. Die Bildung bestimmt die Kultur, die uns prägt und die wir mitgestalten. Gute Baukultur mit all ihren vielfältigen Facetten zu entwickeln, ist eine Aufgabe guter Bildung.

2013 startete die Brandenburgische Architektenkammer das Stadtentdecker-Projekt. Seitdem konnten wir in über 80 Klassen in 27 Städten und Gemeinden mit Tandems aus Architekt:innen und Pädagog:innen die Sprach-, Sozial- und Medienkompetenz aller Schüler:innen stärken. Denn Schule ist die einzige Bildungseinrichtung, in der die Kinder und Jugendlichen aller Bildungsschichten erreichbar sind. Die Wirksamkeit des Stadtentdecker-Projekts liegt jedoch auch in der Zusammenarbeit von Kommune, Schule und Architektenkammer: Partizipation und Identifikation der Kinder und Jugendlichen mit ihrer Stadt, ihrem Dorf sowie die Beteiligung und Mitwirkung nach §18a Kommunalverfassung sind wichtige Anliegen der Politik und Verwaltung vor Ort zur Entwicklung unserer liberalen Demokratie.

Derzeit ist das Projekt im Haushalt des Landes gesetzt und es konnten stabile Strukturen geschaffen werden, die derzeit für 10-15 Projekte pro Jahr tragen. Die Stadtentdecker sind aus den Schulen und Kommunen, die sie durchführen, nicht mehr wegzudenken. Das Projekt trägt zur Öffnung von Schule in den Lebensraum der Kinder und Jugendlichen bei und umgekehrt lernen Kommunen und Architekt:innen die Sichtweisen und Bedürfnisse von Schüler:innen kennen. Unser Ziel ist es daher, dass jedes Kind im Lauf seiner Schullaufbahn einmal an einem Stadtentdeckerprojekt teilnimmt.

Die richtigen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen ist aus Sicht der Brandenburgischen Architektenkammer eine Aufgabe des Landtages Brandenburg in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien.

Weitere Informationen:

https://www.ak-brandenburg.de/sites/default/files/2023-10/Stadtentdecker-Werkstattbuch_10%20Jahre_2023.pdf

Ä-K16-66 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 81:

Frauen, inter*, trans*, nicht-binäre und agender Personen bekommen in Brandenburg eine deutlich schlechtere Gesundheitsversorgung als Männer. Weil unser Gesundheitssystem und die Ausbildungsinhalte auf Männer zugeschnitten sind, werden Krankheiten teilweise falsch oder gar nicht diagnostiziert und behandelt, wie zum Beispiel Endometriose oder ~~behandelt~~ Lipödem. Herzinfarkte werden beispielsweise aufgrund anderer Symptome oft später erkannt und Brustkrebs trifft besonders viele junge Frauen.

Ä-K16-69 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 86:

Wir wollen Frauen, stärker für die Arbeit in der Politik begeistern, sie vorbereiten und beim Einstieg oder Ausüben ihres Mandats unterstützen. Dafür stärken wir Empowerment- und Mentoringprogramme sowie Frauennetzwerke. Wer für seine politische Tätigkeit die Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen bezahlen muss ~~oder Verdienstauffälle hat, wird dafür entschädigt, muss die Kosten unkompliziert erstattet bekommen.~~ Sitzungen sollen zu familienfreundlicheren Zeiten stattfinden und digital zugänglich sein. Wir setzen uns mit Partnern wie dem Brandenburger Städte- und Gemeindebund für die Einführung von Kommunikationskodexen ein, um den Umgang in den Kommunalvertretungen für alle angenehm zu gestalten. Die ~~wertvolle Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und die Schwelle zur Hauptberuflichkeit soll für kommunale Gleichstellungsbeauftragte abgesenkt werden.~~ Die queerfeministische Jugendarbeit sollen besser finanziell ausgestattet werden. Unser Ziel bleibt weiterhin die paritätische Besetzung aller Mandate in unseren Parlamenten.

Ä-K17-70 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 104:

~~Mit einer „Landesstrategie Baukultur“ wollen wir Expert*innen und Fachkräfte aus den Bereichen Architektur, Bau, Kultur, Wissenschaft & Nachhaltigkeit zusammenbringen und mitreden lassen, wenn es um Bauen und Architektur geht. Wir wollen nachhaltige Ziele stärker in unserer Baukultur verankern und unser baukulturelles Erbe erlebbar machen. Dabei soll sich nicht immer alles um Schlösser und Gärten drehen: Auch die jüngere Zeitgeschichte und die Ostmoderne sind wichtige Teile unserer Architekturgeschichte, an die wir mehr Menschen heranführen und die wir erhalten wollen. Wir wollen eine Landesstiftung Baukultur auf den Weg bringen. Erfolgreiche Formate wie das „Landeskonvent der Baukultur“ und den „Tag der Baukultur“ soll es auch in Zukunft geben.~~

Wir wollen die Ziele des Nachhaltigen Planens und Bauens sowie Bürger*innenbeteiligung und Mitwirkung der Zivilgesellschaft stärker in unserer Baukultur verankern und unser baukulturelles Erbe bewahren und erlebbar machen. Dabei dreht sich nicht immer alles um Schlösser und Gärten: Auch die jüngere Zeitgeschichte und die Ostmoderne sind wichtige Teile unserer Baukultur, an die wir mehr Menschen heranführen und die wir erhalten wollen.

Mit einer Landesstiftung Baukultur wollen wir die verschiedenen Ressorts der Landesregierung, die kommunale Ebene und Bürger*innen sowie Verbände, Kammern und Vereine mit Expert*innen und Fachkräfte aus den Bereichen Architektur, Ingenieurwesen, Kultur, Wissenschaft und Kunst zusammenbringen, wenn es um Fragen der Raum- und Regionalplanung in der ganzen Metropolregion Berlin-Brandenburg geht, der Stadtentwicklung in Städten und Dörfern, unsere Kulturlandschaft, der Zukunft des Planens und Bauens, Denkmalschutz, ländliche Entwicklung oder um aktuelle Planungs- und Baumaßnahmen in den Städten und Dörfern Brandenburgs geht. Das Konzept der Baukulturgemeinde wollen wir in Brandenburg weiterentwickeln. (Landesstrategie Baukultur)

Erfolgreiche Formate wie den „Landeskonvent Baukultur“, „Tag der Baukultur“, Stadt-Land gestalten, mobiler Gestaltungsbeirat und Stadtentdecker soll es auch in Zukunft geben.

Begründung

Eine Landesstiftung Baukultur Brandenburg zur dauerhaften Förderung der Baukultur
(Aus dem Schreiben der Brandenburgischen Architektenkammer an den LaVo)

Seit 32 Jahren verfügt die Brandenburgischen Architektenkammer (BA) mit ihren Mitgliedern aus den Fachrichtungen Architektur, Stadtplanung, Innen- und Landschaftsarchitektur über umfangreiche Erfahrungen und Expertise in der Förderung der Baukultur. Auch in den Baukulturinitiativen und Baukulturstiftungen der anderen Bundesländer sind die Architektenkammern immer der zentrale Partner.

Werke der Baukultur sind einzigartig. Gebäude, Bauwerke und unsere Kulturlandschaft sind das Ergebnis langer und individueller Planungs- und Entscheidungsprozesse für jeweils einen bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit. An diesen Prozessen sind viele Menschen beteiligt. Baukultur bietet hier Orientierung zur Qualitätssicherung des Planens und Bauens, insbesondere für das Nachhaltige

Planen und Bauen und die Denkmalpflege.

2018 hatte die Brandenburgische Architektenkammer (BA) dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) den Vorschlag unterbreitet, eine Stiftung Baukultur Brandenburg zu gründen. Auf diese Initiative hin hat das MIL die Baukulturinitiative mit den drei Kooperationspartnern MIL, BA und Brandenburgische Ingenieurkammer (BBIK) ins Leben gerufen. Unsere Erfahrung haben wir dort eingebracht. Schon damals wollten wir die Städte und Gemeinden mit dabei haben. Nach dem erfolgreichen 1. Landeskonvent Baukultur und einem gut besuchten Tag der Baukultur möchten wir über die Zukunft der Baukultur und ihrer Förderung nachdenken.

Gute Baukultur, wie sie in der Erklärung von Davos definiert wird, ist eine ganzheitliche Strategie für die Zukunft unserer Städte und Gemeinden. Auf Bundesebene zeigt die Bundesstiftung Baukultur wie dies gelingen kann. Gute Baukultur stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie in Brandenburg. Gute Baukultur braucht einen unabhängigen, ressortübergreifenden Ansprechpartner auf Landesebene und eine aktive Mitwirkung der Städte und Gemeinden. Gute Baukultur braucht eine eigene Institution, die alle Akteure des Bau- und Siedlungswesen dabei unterstützt eine höhere Qualität und mehr Nachhaltigkeit unserer gebauten Umwelt und Kulturlandschaft zu erreichen.

Wir, wie auch der Förderverein Baukultur Brandenburg e.V. sind der Auffassung, dass eine Landesstiftung Baukultur Brandenburg der richtige Weg ist, eine wirksame Förderung der Baukultur im ganzen Land zu gewährleisten. Hierzu eine Landesstrategie Baukultur zu erstellen und ein Konzept für eine institutionelle Zusammenarbeit der wesentlichen Akteure im Netzwerk Baukultur Brandenburg zu entwerfen, könnte ein erster wichtiger Schritt sein. Dabei gilt es zahlreiche bestehende Formate fortzuführen, neue Formate zu entwickeln.

Projekte an denen wir maßgeblich mitwirken: Stadtentdecker, Stadt-Land gestalten, Dorfdialog, Baukultur- und Denkmalschutzpreis, Schülerwettbewerb, Baukultur im Ort, Baukulturpicknick, Baukulturgemeinden, Landeskonvent Baukultur, Tag der Baukultur, Tag des Nachhaltigen Planens und Bauens, Gestaltungsbeiräte, Barrierefreies Bauen, Baukulturgemeinden. Neue denkbare Formate könnten sein: Baukulturbericht Brandenburg, Wettbewerbs- und Verfahrensbetreuung, Bauherrenberatung, Fort- und Weiterbildung, Schaufenster Baukultur, Projektentwicklung oder andere. Das sind alles Aufgaben, denen sich eine Landesstiftung mit Unterstützung der Kammern, der Städte und Gemeinden sowie weiterer Akteure des Netzwerkes Baukultur Brandenburg widmen könnte und so der Baukultur ein Haus in Brandenburg böte.

Wir halten eine vom Landtag gegründete Landesstiftung Baukultur Brandenburg nach dem Vorbild der Bundesstiftung für geeignet die Aufgaben des Landes wie der Städte und Gemeinden in Sachen Baukultur zu übernehmen. Wie eine solche Landesstiftung aussehen könnte, ist in anhängender Strukturskizze dargestellt. Unsere Unterstützung der Baukultur für eine Landesstiftung kann damit sogar noch ausgeweitet werden. Insbesondere für die ehrenamtlich engagierten Mitglieder wäre eine dauerhafte Institution hilfreich. Derzeit fließen über 12% der Mitgliedsbeiträge in die Förderung der Baukultur.

Anhang im o.g. Schreiben an den LaVo:

A1 zur Organisation der Baukultur in den Bundesländern

A2 zur Aufgabe, Struktur und Organisation einer möglichen Landesstiftung Baukultur

Ä-K17-72 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 110 einfügen:

Musik- und Kunstschulangebote sowie Projekte im Klassenverband wie die „Klasse Kunst“ wollen wir ausweiten [wie das baukulturelle Bildungsprojekt „Stadtentdecker“](#). In landesgeförderten Kulturorten sollen Schulklassen, Auszubildende und Studierende in Zukunft freien Eintritt erhalten.

Begründung

siehe ÄA Schulen werden Demokratiewerkstätten

Ä-K16-73 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 90 einfügen:

Wir wollen den Hebammenaktionsplan zu einem umfassenden Aktionsplan „Sichere Geburtshilfe“ ausweiten. Gebärenden wollen wir Wahlfreiheit über die Umstände ihrer Geburt ermöglichen. Hebammen, die den Beruf nicht studiert haben, wollen wir die nachträgliche Qualifizierung erleichtern. Wir initiieren gemeinsam mit Krankenhäusern ein Pilotprojekt für hebammengeleitete Kreißsäle und wollen eine 1:1-Betreuung der Gebärenden durch Hebammen ermöglichen. Geburtshilfe-Kliniken müssen sicherstellen, dass der Kreißsaal 24 Stunden verfügbar ist. Traumatische Geburtserfahrungen werden in der Gesellschaft ungern besprochen. Der Aktionsplan soll auch hier Betreuungsangebote entwickeln.

Ä-K18-74 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 133:

Unsere Politik stellt den Menschen, seine Würde und die freie Entfaltung der Persönlichkeit in den Mittelpunkt des Handelns. Wir arbeiten für eine Gesellschaft, die auf Förderung, Befähigung ~~und~~, Eigenmotivation und Mitwirkung der Menschen fußt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Brandenburger*innen ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen und ohne Angst vor Diskriminierung und Ungleichbehandlung leben können. Das bedeutet aber auch: Wo unsere Gesellschaft den Menschen Steine in den Weg legt, müssen wir sie besonders fördern. Wo unsere Gesellschaft Menschen vergisst, müssen wir lautstark für sie eintreten. Inklusion und Vielfalt sind für uns Querschnittsthemen, die jeden Bereich unserer Gesellschaft berühren. Unsere Inklusionspolitik ist für alle da: Von Senior*innen mit Rollator bis zu Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten.

Begründung

Partizipation an und in unserer liberalen Demokratie ist nur möglich bei echter Beteiligung, Teilhabe und Mitwirkung der Bürger*innen

Ä-K16-75 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 94 einfügen:

Wir wollen die Anzahl der Frauenhausplätze in Brandenburg weiter an den Bedarf anpassen (pro 100.000 Einwohner*innen ein Frauenhausplatz) und mehr Beratungsangebote in allen Regionen des Bundeslands ausbauen. Das Angebot von kulturspezifischen und nicht-deutschsprachigen Angeboten wollen wir ausbauen. Für Polizei, Verwaltung und Justiz wollen wir mehr Schulungen im Umgang mit Opfern sexualisierter Gewalt anbieten.

Ä-K16-76 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 93:

Frauen sind am häufigsten von häuslicher Gewalt betroffen. 2022 waren es in Brandenburg 3.583 Frauen, wobei von einer weitaus höheren Dunkelziffer ausgegangen wird. Wir haben auf dem Weg zur Umsetzung der „Istanbul-Konvention“ zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt viel erreicht. Wir haben die Förderung für Frauenhäuser und Beratungsstellen ausgebaut. Wir haben die Kostenfreiheit von Frauenhausplätzen und in Rathenow einen Neubau ermöglicht. Und natürlich dürfen wir uns nicht nur um die Folgen der Gewalt kümmern, sondern müssen bei der Prävention anfangen. Wir kämpfen dafür, dass Frauen und ihre Kinder gewaltfrei leben ~~können und die~~ Betreuungsangebote sollen Opfer von häuslicher Gewalt ~~eine starke Unterstützung erhalten~~ dabei unterstützen, sich aus dieser Situation zu befreien und Traumata zu bewältigen.

Ä-K16-77 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

Von Zeile 78 bis 79:

Familien- und Frauenverbände langfristig fördern

Nach jahrzehntelanger Ungleichbehandlung gegenüber anderen Verbänden, haben wir durch eine höhere Eingruppierung der Gehälter in Frauenverbänden hier endlich Gleichstellung erreicht. ~~Nun~~Das Gleiche fordern wir für Familienverbände. Außerdem wollen wir für Familien- und Frauenverbände ~~auch~~ die institutionelle und langfristige Förderung der Geschäftsstellen denen anderer Verbände angleichen, sowie angemessene Gehälter für die gut ausgebildeten Expert*innen ermöglichen.

Ä-K13-120 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Immanuel Zirkler

Änderungsantrag zu WP-3

Von Zeile 19 bis 20:

Wir wollen Demokratie direkt erfahrbar machen. Dazu wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen in den Schulen nach dem Vorbild der Demokratischen Schulen umfassend stärken und ausbauen. Erste Schritte dazu sind regelmäßige selbstorganisierte Klassenräte.

~~Wir wollen Demokratie mit regelmäßigen selbstorganisierten Klassenräten direkt erfahrbar machen.~~
Wir stärken Schüler*innenräte und fördern die Mitwirkung auf Kreis- und Landesebene. Wir wollen Klassen, Schulen und den weiteren Mitwirkungsgremien eigene Finanzbudgets zur Verfügung stellen.

Begründung

Bei Sudbury-Schulen können alle Schüler*innen und alle Lehrer*innen an der Schulkonferenz teilnehmen, es sind alle gleichermaßen stimmberechtigt und auch alle antragsberechtigt. Die Schulkonferenz entscheidet über alle schulischen Belange, alle Regeln, aber auch z. B. über die Einstellung von Lehrkräften. Das macht etwas mit dem demokratischen Bewusstsein der Schüler*innen. Und obwohl die Kinder und Jugendlichen die Lehrer*innen überstimmen können, kommen dabei in der Regel vernünftige Entscheidungen zustande und es gibt Schulen, die schon seit vielen Jahren so funktionieren.

Lesenswert dazu:

- Die Grundsätze der Demokratischen Schule X aus Berlin: <https://www.demokratische-schule-x.de/der-verein/grundsätze/>
- Der Wikipedia-Artikel über demokratische Schulen in Deutschland: https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratische_Schule

Ä-K13-121 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 6:

~~Wir wollen die Stelle „Opferschutzbeauftragte*r des Landes“ einrichten, wie es sie in allen anderen Bundesländern bereits gibt.~~ Gerichtsverfahren zu rechter Gewalt dauern noch immer zu lang. Das belastet die Betroffenen, während die Täter*innen lange ohne Strafe weitermachen können. Für rechte Gewalt darf es null Toleranz geben und davon Betroffene müssen geschützt werden. Darum wollen wir in Zukunft dokumentieren und auswerten, wie lange Verfahren zu Hasskriminalität in den vier Brandenburger Gerichtsbezirken dauern und wie sie ausgehen. Für die Betroffenen von Rechtsextremismus und Hasskriminalität wollen wir eine Anlaufstelle bei der Generalstaatsanwaltschaft einrichten. Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hasskriminalität wollen wir erweitern. Auch sollen sich die Opfer von rechter Gewalt an die Stelle „Opferschutzbeauftragte*r des Landes“, die wir einrichten wollen, wenden können.

Begründung

Die Stelle „Opferschutzbeauftragte*r des Landes“ sollte (wie in vielen anderen Bundesländern, z.B. in Berlin) Unterstützungsangebote für die Opfer von Gealttaten insgesamt (z.B. auch im Falle von Vergewaltigungen), bieten. Deshalb schlage ich die Umstellung in diesem Absatz und eine entsprechende Modifikation im Projekt "Gerechte Jusitz" (im nächsten Absatz vor).

Ä-K13-122 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 10 einfügen:

Wir wollen alle Gerichtsstandorte im Land erhalten und das Modell der Gerichtstage vor Ort weiter ausbauen. Im Strafvollzug setzen wir weiter auf Resozialisierung und eine Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund. Verschärfungen des Justizvollzugs lehnen wir ab. So genannte Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weiter zurückdrängen und hierfür alle Möglichkeiten des Landes nutzen.

Um den Schutz der Opfer von Gewalttaten nachhaltig zu stärken, wollen wir die Stelle „Opferschutzbeauftragte*r des Landes“ einrichten, wie es sie in allen anderen Bundesländern bereits gibt.

Begründung

Die Stelle „Opferschutzbeauftragte*r des Landes“ sollte für Opfer von Gewalttaten auch über rechtsextremistische Gewalttaten hinaus zuständig sein. Deshalb Integration des Satzes in das Projekt "Gerechte Justiz".

Ä-K15-124 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 50 einfügen:

Die Flucht vieler Ukrainer*innen nach Deutschland hat Brandenburg in den vergangenen zwei Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Trotzdem stehen wir zu unserer Verantwortung für die Menschen, die vor Putins Angriffskrieg flüchten müssen. Gleichzeitig lehnen wir jede Ungleichbehandlung zwischen Geflüchteten aus Europa und anderen Teilen der Welt ab. Wir wollen lokale Integrationsnetzwerke, etwa aus Ehrenamtlichen, örtlichen Betrieben, Wohnungsbaugesellschaften und Kirchen, sowie Netzwerke von aufnahmebereiten Städten und Gemeinden besonders fördern.

Begründung

Die Förderung der Netzwerke sollte breiter gefasst werden und sich möglichst auf alle netzwerkartigen Unterstützungsstrukturen im Bereich Aufnahme und Integration erstrecken. Deshalb an dieser Stelle die vorgenommene Präzisierung.

Ä-K15-126 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 49:

Wir stellen uns klar gegen rechte Populist*innen und ~~rechtsextreme Populist*innen~~Rechtsextreme, die Stimmungsmache auf dem Rücken geflüchteter Menschen betreiben. Geflüchtete und Migrant*innen bereichern unsere Gesellschaft. Wir wollen vor allem die Kommunen strukturell besser dabei unterstützen, die Situation der Menschen direkt vor Ort zu verbessern.

Begründung

Ogleich einige Gemeinsamkeiten bestehen, sollte die inhaltliche Unterscheidung zwischen Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen auch sprachlich gewahrt werden.

Ä-K15-127 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 57 einfügen:

Integration muss dort passieren, wo Menschen ankommen und leben: Darum wollen wir in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Willkommenszentren schaffen. Insbesondere Geflüchtete sollen hier zusätzliche Sprach- und Freizeitangebote finden, mit Arbeitgeber*innen vernetzt werden, sowie Beratung zu Wohnungen, Kinderbetreuung, Alltag und Bürokratie erhalten. In kommunalen Willkommenszentren sollen besonders schutzbedürftige Menschen, wie queere Personen, Unterstützung finden und es sollen dort Integrationskurse für alle angeboten werden – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Dafür wollen wir auch lokale Willkommensinitiativen gezielt mit einbeziehen.

[Auch an gemeinsamen Freizeitangeboten interessierte Bürger*innen sollen in den Willkommenszentren eine Anlaufstelle finden.](#)

Begründung

Ergänzung verdeutlicht, dass Willkommenszentren ein "offener Ort" der Begegnung für alle, die wollen, sein sollen. Im Idealfall werden sie zu neuen Orten der gemeinsamen Geselligkeit.

Ä-K15-128 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 60 einfügen:

Abschiebungen sind nicht die Lösung für die aktuellen Herausforderungen. Oft stehen tatsächliche Hürden, wie eine ungeklärte Identität, deren Gründe keineswegs immer in der Verantwortung der Geflüchteten selbst liegen, einer Abschiebung entgegen und die Zahl der Menschen, die tatsächlich abgeschoben werden können, ist gering. Wir setzen uns für eine schnelle und umfassende Integration von Geflüchteten ein.

Ä-K13-134 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 7 einfügen:

Aber auch politische Bildung ist ein Puzzlestück zur Demokratieförderung und Prägung der Gemeinschaft. Das Programm „Land.schafft.Demokratie“ der Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB) macht Bibliotheken zu Orten des Austauschs und Dialogs. In allen ostdeutschen Bundesländern gibt es inzwischen Pilotbibliotheken - nur in Brandenburg nicht. Das wollen wir ändern und die Zusammenarbeit mit der BpB insgesamt ausbauen.

Begründung

Warum das wichtig ist, erklärt sich vermutlich von selbst.

Ä-K17-135 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 116 einfügen:

Fünf der zehn Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht liegen in Brandenburg, darunter auch zwei von den Nazis als KZ genutzte Lager. Allein in Sachsenhausen starben innerhalb von 5 Jahren 12.000 der insgesamt 60.000 oft völlig willkürlich und ohne jedes Urteil Inhaftierten. Bis heute gibt es für die Opfer und deren Familien aufgrund von Zuständigkeitsfragen zwischen Russland und Deutschland keine Entschädigung oder Rehabilitation. Das Leid der Menschen darf nicht weiter ungesühnt bleiben. Daran muss die nächste Landesregierung arbeiten.

Begründung

Da die Geschichte der weitergenutzten Konzentrationslager und das damit verbundene Leid kaum bekannt ist, sollten wir uns ein paar erklärende Sätze leisten. Brandenburg trägt aufgrund der Menge bei uns inhaftierten und ermordeten Menschen eine besondere Verantwortung, der sich bisher aber entzogen wurde. Meines Wissens nach hat aufgrund der engen Verbindungen nach Russland bisher noch keine Landesregierung eine explizite Rehabilitation der Opfer in Angriff genommen.

Ä-K17-136 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 115 einfügen:

Um die Aufarbeitung und das Gedenken an die Opfer der DDR-Diktatur am Leben zu halten, wollen wir neue regionale Erinnerungsorte schaffen, in denen sich vor allem junge Menschen auf neue Art mit der Geschichte befassen können. Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Frankfurt (Oder) wollen wir zügig modernisieren und die Außenstelle in Cottbus mit einem umfangreichen Bildungsangebot ausstatten.

Auch dürfen wir nicht aufhören die Härten, die aus der Wiedervereinigung resultiert sind, zu thematisieren und an Lösungen zu arbeiten. Gerade hier sind noch immer die Fälle von Enteignungen im Zuge der Rückabwicklung der Bodenreform schmerzhaft Einschnitte in Familiengeschichten, die Narben hinterlassen haben. Die Aufarbeitung des Unrechts, das den Neusiedlererben widerfahren ist, darf kein Ablaufdatum haben. Die Suche nach unbekanntem Erben muss weiter gehen.

Begründung

Das Thema Neusiedlererben ist komplex. Seit mehreren Legislaturen setzen wir uns für die Rechte derjenigen ein, die ein Agrargrundstück geerbt und dann mit der Wiedervereinigung an das Land Brandenburg verloren haben. Die Rechtslage ist kompliziert und wir haben es in dieser Legislatur geschafft, immerhin eine Externe Anlaufstelle zu erstreiten, die Verfahrensfehler der Landesregierung aufgezeigt hat. Bisher zeigt sich diese aber weiterhin nicht Willens die eigenen Fehler wieder gut zu machen. Vor allem die Fälle in denen sich das Land einfach selbst ins Grundbuch als Eigentümer eingetragen hat, schreien zum Himmel und wurden vom BGH als sittenwidrig gerügt. Dort wo Erben nicht bekannt sind, MUSS das Land eigentlich suchen und rückübertragen. Die Motivation das zu tun, ist aber nicht besonders hoch, weshalb es wichtig bleibt, den Finger in die Wunde zu legen, wo sich das Land unberechtigt bereichert hat. Das Thema Neusiedlererben stand im Koalitionsvertrag und auch in unserem letzten Wahlprogramm, fehlt im jetzigen aber noch komplett. Das darf auf keinen Fall so bleiben.

Ä-K13-150 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 6 löschen:

Wir wollen die Stelle „Opferschutzbeauftragte*r des Landes“ einrichten, wie es sie in allen anderen Bundesländern bereits gibt. Gerichtsverfahren zu rechter Gewalt dauern noch immer zu lang. Das belastet die Betroffenen, während die Täter*innen lange ohne Strafe weitermachen können. Für rechte Gewalt darf es null Toleranz geben und davon Betroffene müssen geschützt werden. Darum wollen wir in Zukunft dokumentieren und auswerten, wie lange Verfahren zu Hasskriminalität in den vier Brandenburger Gerichtsbezirken dauern und wie sie ausgehen. ~~Für die Betroffenen von Rechtsextremismus und Hasskriminalität wollen wir eine Anlaufstelle bei der Generalstaatsanwaltschaft einrichten.~~ Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hasskriminalität wollen wir erweitern.

Begründung

Diese existiert bereits.

<https://staatsanwaltschaften.brandenburg.de/sta/de/gsta/zentralstelle-zur-bekaempfung-von-hasskriminalitaet/>

Ä-K15-152 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 67:

Wir wollen Geflüchteten ohne festen Aufenthaltsstatus mit dem sogenannten Spurwechsel eine neue Perspektive geben. Der Spurwechsel bedeutet, dass Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus einen Aufenthaltstitel erhalten können, wenn sie einen ~~Ausbildungserfolg-oder~~ die Aufnahme einer Ausbildung oder einer Beschäftigung nachweisen können – egal, wann sie nach Deutschland gekommen sind. Damit holen wir Menschen aus der oft jahrelangen Ungewissheit, während sie auf die Entscheidung in ihrem Aufenthaltsverfahren warten. So geben wir Menschen eine Perspektive, bringen sie in Arbeit, bekämpfen den Fachkräftemangel und entlasten die Kommunen.

Begründung

Spurwechsel sollte auch für Azubis gelten.

Ä-K15-153 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 73:

~~Ein unhaltbarer Zustand: Derzeit liegen rund 5.000 Einbürgerungsanträge bei Brandenburger Ämtern ohne bearbeitet zu werden. Durch den Bearbeitungsstau leben Menschen in Unsicherheit und Enttäuschung, während Land und Kommunen nicht zukunftsfest planen können. Wir wollen die Bearbeitungsstellen darum besser finanzieren und dafür sorgen~~
Derzeit liegen rund 5.000 Einbürgerungsanträge bei Brandenburger Ämtern ohne bearbeitet zu werden. Durch den Bearbeitungsstau leben Menschen in Unsicherheit und Enttäuschung. Wir wollen die Landkreise und kreisfreien Städte darum besser unterstützen, dass das nötige Personal für schnellere Prozesse eingestellt werden kann.

Begründung

Das ist sicherlich sehr ärgerlich, aber nicht unhaltbar. Wenn die Menschen auf dem Weg zu Staatsbürgerschaft sind, dann haben sie auch einen sicheren Aufenthaltstitel. Daher ist das für die Kommunen und das Land per se nachrangig, ob die Menschen Staatsbürger*innen sind oder nicht. Die Bearbeitung obliegt den kommunalen Ausländerbehörden, daher kann das Land an dieser Stelle nicht direkt für mehr Personal sorgen.

Ä-K16-155 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 82:

Mit einem Aktionsplan „Geschlechtergerechte Gesundheit“ wollen wir uns für mehr Aufklärungskampagnen für Patient*innen und Mediziner*innen einsetzen, damit geschlechtsspezifische Unterschiede richtig erkannt und behandelt werden. Für sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche weiten wir das Angebot an ~~Beratungs- und Behandlungsstellen in allen Regionen aus und erleichtern den schonenderen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch.~~ Beratungsstellen in allen Regionen aus. Wir unterstützen Schwangere aus Polen, die für eine Abtreibung nach Deutschland kommen. Wir wollen flächendeckende Verfügbarkeit der Mammografie zur Brustkrebsfrüherkennung verbessern. Wir wollen kostenlose Menstruationsartikel in Hochschulen und anderen Landeseinrichtungen ermöglichen. An der neu entstehenden medizinischen Fakultät in Brandenburg wollen wir einen Forschungsschwerpunkt auf geschlechtersensible Medizin setzen.

Begründung

Ambulante Behandlungsstellen sind niedergelassene Gynäkolog*innen, deren Verteilung durch die Kassenärztliche Vereinigung geregelt wird. Stationäre Kliniken werden zwar durch den Krankenhausplan des Landes geplant, allerdings befindet sich die Gynäkologie in Brandenburg aufgrund sinkender Fallzahlen, insbesondere bei Geburten, auf dem Rückzug. Aktuell z.B. Herzberg und Eisenhüttenstadt. Das Land kann über den Krankenhausplan aktuell auch nicht konkrete Therapie-/ Behandlungsverfahren, wie z.B. die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zuweisen. Daher sind uns abseits der Beratungsarbeit die Hände gebunden.

Ob ein Schwangerschaftsabbruch operativ oder medikamentös durchgeführt wird, obliegt der behandelnden Ärzt*in.

Ä-K17-157 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 115:

Um die Aufarbeitung und das Gedenken an die Opfer der DDR-Diktatur am Leben zu halten, wollen wir neue regionale Erinnerungsorte schaffen, in denen sich vor allem junge Menschen auf neue Art mit der Geschichte befassen können. ~~Das~~Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Stasi-Unterlagen-Archiv in Frankfurt (Oder) ~~wollen wir~~ zügig zu modernisieren und die Außenstelle in Cottbus mit einem umfangreichen Bildungsangebot auszustatten.

Begründung

Als teil des Bundesarchivs in Hand des Bundes, wir haben darüber keine Handhabe.

Ä-K16-158 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 85 löschen:

Nur zwei Landkreise ~~und größere Städte~~ in Brandenburg werden von Frauen geführt. Sie stellen weniger als ein Fünftel der Bürgermeister*innen in den Gemeinden. Ebenso sind Frauen nicht ausreichend in Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen oder im Landtag vertreten. Ursachen gibt es viele. Sie reichen von der aktiven Diskriminierung von Frauen in der männlich dominierten Politikszene bis zur schwierigen Vereinbarkeit von Politik und Familie.

Begründung

Es geht hier um OB- und Landrät*innenposten, daher sollten wir es korrekt benennen. Alternativ eine Konstruktion mit kreisfreien Städten, aber dort gibt es ja bisher keine OBs

Ä-K15-161 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 55:

Wir wollen ein breites, kreisübergreifendes und flächendeckendes Angebot an berufsbegleitenden Sprachkursen etablieren. Weitere Sprachkurse sollen sich an Geflüchtete mit besonderen Bedürfnissen richten, zum Beispiel an Eltern mit kleinen Kindern. Sprachkurse sollen sich auch flexibler an unterschiedliche Lernniveaus anpassen: ~~Wer zum Beispiel nicht ausreichend in lateinischen Buchstaben lesen und schreiben kann, soll bevorzugt mündlich statt schriftlich geprüft werden.~~

Begründung

Es ist eine gute Sache das Kursniveau individuell anzupassen, aber wenn man schon eine Prüfung macht, dann sollte am Ende ein vergleichbares Sprachniveau als Referenz dienen und dazu gehört auch das schriftliche Beherrschen der Sprache, was wiederum für Arbeitsintegration wichtig ist und worauf sich auch Arbeitgeber*innen verlassen können müssen.

Ä-K18-165 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 140:

Wir wollen kommunale Behindertenbeauftragte, die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung und Inklusionsbeiräte stärken. In Zukunft soll in allen offiziellen Gremien, die sich in Brandenburg mit Behindertenpolitik beschäftigen, mindestens eine Person mit Behinderung stimmberechtigtes Mitglied sein. Menschen mit Behinderungen sollen sich außerdem stärker selbst vertreten können. Wir unterstützen weiterhin die Benennung und Ausbildung von ~~Frauenbeauftragten~~ Gleichstellungsbeauftragten in Werkstätten und Wohnformen für behinderte Menschen.

Begründung

Aktueller Begriff. Gleichstellungsbeauftragte kümmern sich nicht nur um Frauen.

Ä-K13-171 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 17:

Die Stimmung in der Kommunalpolitik wird vielerorts immer angespannter, der Tonfall rauer. Immer mehr kommunalpolitisch Aktive sind Anfeindungen, Drohungen oder gar Angriffen ausgesetzt. Das Land muss Kommunalpolitiker*innen besser schützen, daher braucht es ~~eine Rechtsschutzversicherung für ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen und~~ einen Ausbau der zentralen Anlaufstelle, an die sie sich im Falle von Bedrohungen oder Anfeindungen wenden können. Es braucht aber auch eine konsequente Verfolgung strafbarer Handlungen und die parteiübergreifende Solidarität. Den Aufbau entsprechender Demokratie-Netzwerke, insbesondere für (besonders betroffene) Frauen wollen wir unterstützen.

Begründung

Eine "Rechtsschutzversicherung" lehne ich mit Nachdruck ab, zumal private Versicherungsgesellschaften diese, der politischen Auseinandersetzung unterliegenden Verträge nicht anbieten und aus meiner Sicht auch nicht anbieten werden, da das Risiko für sie nicht kalkulierbar ist.

Gäbe es diese Rechtsschutzversicherung, so würde sie meiner Meinung nach vor allem von Rechtspopulisten in Anspruch genommen, um damit Nazi-Propaganda zu unterstützen und Nazi-Anwälte zu Honoraren zu verhelfen. Dass diese die Prozesse möglicherweise später verlieren, spielt bei den Populisten keine Rolle, der populistische Effekt ist ja bereits vorher erzielt.

Bei einer Genehmigung oder Ablehnung von Prozessen wird sich eine Versicherung schwer tun und es gibt keine Gewähr dafür, dass sie "gute" Prozesse von "schlechten" unterscheiden kann. Auch daher wird sich das kein Versicherer antun.

Tatsächlich brauchen wir außer hartnäckigen Staatsanwaltschaften vor allem Solidarität, möglicherweise auch Solidaritätsfonds, die sich aus den Aufwandsentschädigungen der Mandatsträger*innen speisen könnten, die wir dann gerne etwas anheben können. Dies sollte aber nicht staatlich organisiert sein, daher würde ich das so nicht ins Wahlprogramm schreiben.

Wichtig ist es vor allem, parteiübergreifend zu denken. Beispielsweise haben wir mit parteiübergreifenden Frauenbündnissen zur Stärkung der Mandatsträgerinnen gute Erfahrungen gemacht.

Ä-K14-172 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 45 löschen:

Über 50.000 engagierte Ehrenamtliche sind in Brandenburg bei den Freiwilligen Feuerwehren und den Jugendfeuerwehren für die Sicherheit ihrer Kommunen im Einsatz. Sie tragen zudem zum Zusammenhalt im ländlichen Raum bei. Es sollte selbstverständlich sein, dass ihnen dabei gutes Equipment, verlässliche Einsatzfahrzeuge, moderne Gebäude und ein breites Weiterbildungsprogramm zur Verfügung stehen. Wir wollen ein kommunales Investitionsprogramm schaffen, mit dem Kommunen ~~endlich~~ den finanziellen Spielraum dafür bekommen. Damit stärken wir den Freiwilligen Feuerwehren den Rücken und versetzen sie in Zeiten zunehmender Extremwetterereignisse in die Lage, die Bevölkerung effektiv vor Bränden und Katastrophen zu schützen.

Begründung

Vorbemerkung:

Grundsätzlich ist der Brandschutz eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Wenn ihnen dafür das Geld fehlt, ist das Problem nicht der Mangel an Förderprogrammen sondern eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen. Diese muss dann auch bei der Festlegung der Schlüsselzuweisungen behoben werden und nicht durch die Auflage von Investitionsprogrammen.

Dennoch kann es sinnvoll sein, besondere Problemlagen (wie z.B. die zunehmende Waldbrandgefahr aufgrund der Klimakatastrophe) auch landesweit zu adressieren. Dafür hat es immer wieder entsprechende Förderprogramme gegeben, auch in der ablaufenden Legislatur. Daher bitte ich um die Streichung des Wortes "endlich", denn diese Programme sind keine neue Erfindung.

Ä-K14-175 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 46:

~~Brandenburgs Stützpunktfeuerwehren werden schon heute bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen unterstützt. Immer häufiger müssen bei den Freiwilligen Feuerwehren hauptamtliche Feuerwehrleute die freiwilligen Kräfte unterstützen und eine Mindestbereitschaft absichern. In Zukunft wollen wir die „Richtlinie Stützpunktfeuerwehren“ weiterentwickeln und die Kommunen bei den Personalkosten dieser hauptamtlichen Feuerwehrkräfte unterstützen.~~

Das System der Stützpunktfeuerwehren wollen wir evaluieren und auf die veränderten Anforderungen, wie klimabedingt vergrößerte Waldbrand- und Überschwemmungsgefahr anpassen. Der zweite Standort der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE) in Wünsdorf muss endlich wie vom Landtag beschlossen umgesetzt werden, um die angemessene Aus- und Fortbildung der Feuerwehrkräfte sicherstellen zu können.

Bei der Bekämpfung von Waldbränden aus der Luft setzen wir weiter auf die bewährte Zusammenarbeit mit Bundespolizei und -wehr, dabei werden wir die Kommunen von unzumutbaren Kostenbelastungen freistellen. Wir sind offen für alternative Methoden, neue Einsatzmittel wie etwa Drohnen(schwärme) wollen wir erproben.

Die Kampfmittelsuche und -beseitigung wollen wir mindestens im bisherigen Umfang fortführen.

Begründung

Vorbemerkung:

Grundsätzlich ist der Brandschutz eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Wenn ihnen dafür das Geld fehlt, ist das Problem nicht der Mangel an Förderprogrammen sondern eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen. Diese muss dann auch bei der Festlegung der Schlüsselzuweisungen behoben werden und nicht durch eine geteilte Finanzierung von kommunalen Aufgaben.

Generell ist das Problem der Wehren die Tageseinsatzbereitschaft, weil viele Kamerad*innen nicht vor Ort arbeiten und so im Einsatzfall lokal nicht verfügbar sind. Die Einstellung hauptamtlicher Kräfte ist jedoch in der Fläche kaum möglich und kann nur im Einzelfall die Lösung sein. Andere Konzepte, wie etwa eine bevorzugte Einstellung von Feuerwehrkamerad*innen in kommunale Verwaltungen oder eine Bevorzugung bei der Wohnungsvergabe sind zielführendere Maßnahmen. Auch wenn der Städte- und Gemeindebund gerne eine Mitfinanzierung hauptamtlicher Kräfte durch das Land hätte, sollten wir die (auch finanzielle) Verantwortung bei den Kommunen lassen. Dies hält den Druck auf alternative Maßnahmen der Personalgewinnung hoch. Stützpunktwehren können nur dort gebildet werden, wo die Einsatzbereitschaft ausreichend ist.

Dringend ist der Ausbau der Ausbildungskapazitäten des Landes (für FW-Führungskräfte) an der LSTE. Das Innenministerium hat es bislang nicht geschafft, den Aufbau eines zweiten Standorts wie vom Landtag beschlossen umzusetzen. Hier sollten wir Druck machen.

Bei der Waldbrandbekämpfung funktionieren die bisherigen Einsatzmittel aus meiner Sicht ganz gut, der Einsatz von Hubschraubern des Bundes klappt normalerweise gut, allerdings sollten wir den Kommunen signalisieren, dass sie nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Perspektivisch ist es realistisch, Waldbrände auch mit Hilfe von Drohnenschwärmen zu bekämpfen, entsprechende Technologien werden auch in Brandenburg entwickelt bzw. erprobt.

Beim Thema Kampfmittel fehlt bislang eine Festlegung. Besonders betroffenen Städten wie Oranienburg oder Potsdam sollten wir signalisieren, dass wir zumindest an der aktuellen Intensität festhalten.

Ä-K13-204 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Kay Patzwald

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 14 einfügen:

Zur besseren Nachvollziehbarkeit von Änderungen in Gesetzen und Verordnungen, sollen alle Änderungen in Form von Synopsen veröffentlicht werden. So sind Änderungen für alle Beteiligten schnell und transparent nachvollziehbar.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Kommunales gibt es im Kapitel „Verwaltung, Finanzen und Kommunales“

Begründung

Synopsen sind Gegenüberstellungen von verschiedenen Fassungen eines Dokuments, ähnlich wie hier im Antragsgrün. Synopsen sollten für alle Verordnungen und Gesetze bereits im Entstehungsprozess der Standard sein. So ist sowohl für Abgeordnete als auch für Bürger:innen leichter nachvollziehbar, worin Änderungen bestehen. Dies dient also der Transparenz im politischen Diskurs.

Ä-K13-229 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 04.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 18 einfügen:

Kitas und Schulen werden Demokratiewerkstätten

Ä-K17-302 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 108 einfügen:

Wir wollen Kultur in ländlichen Regionen mit mehr Geldern fördern, zum Beispiel durch die „Plattform Kulturelle Bildung“ und eine Verstetigung der „kulturellen Ankerpunkte“. Wir haben die Finanzierung der freien Theater verdoppelt, auch mit dem Ziel, mehr Theater im allen Landesteile in die Förderung aufzunehmen oder längerfristig zu sichern. Diese Fördertreppe werden wir weiter beschreiten, bis die freien Theater 10 Prozent der Theaterförderung erhalten. Dabei wollen wir Möglichkeiten zur strukturellen Förderung freier Theater schaffen. Um das Bundesland der Festivals zu werden, verbessern wir die Förderstruktur und werden die Rahmenbedingungen für Festivals und soziokulturelle Projekte weiter erleichtern sowie eine Zuständigkeit in der Landesregierung schaffen.

Begründung

Freie Theater erbringen mehr als 30 Prozent des Theaterangebots, erhalten aber nur 7,5 Prozent der Landesförderung. Der Bündnisgrüne Erfolg bei der Steigerung der Haushaltsförderung der freien Theater war ein Zwischenschritt auf einer Fördertreppe, die wir nächste Legislaturperiode weiter beschreiten werden.

Ä-K17-303 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 97 einfügen:

Kunst und Kultur zu erleben, bedeutet neue Denkweisen kennenzulernen, gesellschaftliche Fragen zu reflektieren und kreative Freiheit zu spüren. Kurz gesagt: Eine offene und demokratische Gesellschaft braucht Kultur. Kulturelle Teilhabe und Bildung sind für uns ein Menschenrecht, zu dem wir allen Brandenburger*innen Zugang ermöglichen wollen. Kulturelle Bildung hilft bei der Entwicklung von Schlüsselkompetenzen und schafft Verständigung. Wir möchten die Kultur in die Breite der Gesellschaft und alle Ecken des Landes tragen und auch für mehr kulturelle Angebote in anderen Bereichen sorgen – zum Beispiel in der Gesundheit, der Bildungs- und Jugendarbeit. Dabei ist uns die institutionell geförderte Kulturlandschaft genauso wichtig wie die Soziokultur und die freie Szene.

Begründung

wichtige Schlagwörter, die in den einführenden Sätzen auftauchen sollten

Ä-K17-304 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 109 einfügen:

Wir werden bei der Weiterentwicklung der Förderstrategie berücksichtigen, dass viele Kultureinrichtungen und Kulturschaffende noch immer unter den Folgen der Corona-Pandemie und den Preissteigerungen leiden. Mit unserer Kulturförderung wollen wir auch die Gewährleistung von Mindesthonoraren verbinden. Wir wollen die Beantragung und Nutzung von öffentlichen Fördergeldern so weit wie möglich vereinfachen. Anstatt jede Quittung abzurechnen, sollen Anträge und Abrechnungsmodalitäten zukünftig vereinheitlicht und entbürokratisiert werden.

Begründung

Viele Kultureinrichtungen haben noch nicht wieder die Nutzungszahlen von 2019 erreicht. Viele freie Kulturschaffende haben trotz staatlicher Hilfen ihre Reserven (teilweise) aufgebraucht und müssen nun neue aufbauen. Im Bereich der Förderung der freien Theater und von Orchesteraufführungen ist es schon in Teilen gelungen, Mindesthonorarstandards zu sichern. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten und ausweiten.

Ä-K17-305 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 110:

Musik- und Kunstschulangebote, die Kooperationsprogramme „Musische Bildung für alle“ sowie Projekte im Klassenverband wie ~~die „Klasse „Klasse:Kunst“~~ wollen wir ausweiten - auch gezielt im ländlichen Raum. In landesgeförderten Kulturorten sollen Schulklassen, Auszubildende und Studierende in Zukunft freien Eintritt erhalten.

Begründung

In den Kooperationsprogrammen des Verbands der Musik- und Kunstschulen Brandenburg (VdMK) „Musische Bildung für alle“ sind die Programme „Klasse:Musik“, „Klingende:Kita“, „Kultur:Kita“, „Inklusive:Musik“ enthalten. Sie gehen über die klassischen Musik- und Kunstschulangebote hinaus. Auch diese Programme brauchen neben dem bisher relativ kleinen Programm „Klasse:Kunst“ eine Wachstumsperspektive gerade im ländlichen Raum

Ä-K17-306 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 116:

Das Konzept für ~~Gedenkkultur~~Erinnerungskultur des Landes wollen wir überarbeiten und die neu hinzugekommenen Gedenkstätten in Jamlitz bei Lieberose und Potsdam integrieren. Auch die Zeit der sowjetischen Besatzung und der DDR soll endlich systematisch im Konzept für ~~Gedenkkultur~~Erinnerungskultur bearbeitet werden.

Begründung

An anderer Stelle ist auch vom Konzept für Erinnerungskultur die Rede. Es heißt in vollem Titel: „Geschichte vor Ort. Erinnerungskultur im Land Brandenburg für die Zeit 1933 bis 1990“

Ä-K17-307 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 120:

In der Gedenkstätte Sachsenhausen wollen wir ~~jedes Jahr am~~ die Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar eine Gedenkstunde mit einem Gedenken für die Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität oder ihrer geschlechtlichen Identität von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, ~~stattfinden lassen~~ verbinden. Das Konzept für Erinnerungskultur des Landes soll die in den letzten Jahren neu geschaffenen Gedenkzeichen und Gedenkformate für verschiedene Opfergruppen aufnehmen. Dazu zählen etwa die Gedenkkugel für lesbische Insassinnen im KZ Ravensbrück oder das Gedenken im Klinkerwerk Oranienburg an schwule Opfer, die dort durch Zwangsarbeit und bei Mordaktionen zu Tode kamen.

Begründung

Selbstverständlich stehen am 27.1. alle von den Nazis verfolgten und ermordeten Gruppen im Fokus. Deswegen sollte hier eine entsprechende unmissverständliche Formulierung zum queeren Gedenken gewählt werden.

Ä-K17-310 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

Von Zeile 116 bis 117 einfügen:

Ansprüche der Familie Hohenzollern auf Rückgaben und Entschädigungen konnten wir erfolgreich abwehren. Unsere Linie bleibt klar: kein Unter-den-Tisch-Kehren von Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus. Bei Verhandlungen über noch strittige Objekte wird das unser Ziel bleiben. Offene Eigentumsfragen müssen transparent, notfalls gerichtlich geklärt werden.

Zudem treten wir für eine klare Position des Landes im Stiftungsrat der Garnisonkirche ein. Es braucht endlich eine deutliche Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Ursprüngen des Projekts und eine friedliche Koexistenz mit dem Rechenzentrum, in dem auch landesgeförderte Kultur- und Wissenschaftsakteure ansässig sind. Den Bau des Kirchenschiffs und weitere öffentliche Gelder lehnen wir daher ab.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Demokratische Gesellschaft gibt es im Kapitel „Demokratie und Antifaschismus“

Begründung

Positionierung zur Zukunft der Garnisokirche fehlt. Diese Formulierung sollte den auf allen Ebenen (Bund, Land, KÖmmune) erfolgten Positionsfindungen und Kompromissen Rechnung tragen und an dieser Stelle die Landesperspektive klar machen.

Verschieben des Absatzes zu den Hohenzollern von weiter oben hierher, da er hier thematisch am besten passt.

Ä-K17-311 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 103 einfügen:

Baukultur und Denkmale erlebbar machen

Begründung

Denkmalschutz fehlte bisher

Ä-K17-312 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 104:

Mit einer „Landesstrategie Baukultur“ wollen wir Expert*innen und Fachkräfte aus den Bereichen Architektur, Bau, Kultur, Wissenschaft & Nachhaltigkeit zusammenbringen und mitreden lassen, wenn es um Bauen und Architektur geht. Wir wollen nachhaltige Ziele stärker in unserer Baukultur verankern und unser baukulturelles Erbe erlebbar machen. Dabei soll sich nicht immer alles um Schlösser und Gärten drehen: Auch ~~die~~ jüngere ~~Zeitgeschichte und die Ostmoderne~~ Zeitschichten sind wichtige Teile unserer Architekturgeschichte, an die wir mehr Menschen heranführen und die wir erhalten wollen. Wir wollen eine Landesstiftung Baukultur auf den Weg bringen. Erfolgreiche Formate wie das „Landeskonvent der Baukultur“ und den „Tag der Baukultur“ soll es auch in Zukunft geben.

Im Denkmalschutz wollen wir mehr Geld als bisher zur Verfügung stellen, um Förderprogramme des Bundes zu nutzen und private Denkmaleigentümer*innen zu unterstützen. Die Förderung für den Erhalt von Dorfkichen wollen wir - wie im aktuellen Landeshaushalt begonnen - stufenweise aufstocken.

Nicht nur für denkmalgeschützte Gebäude und Kunstwerke tragen wir eine Verantwortung. Brandenburg hat als erstes Bundesland durch Bündnisgrüne Initiative Mittel für die Dokumentation der Ostmoderne bereitgestellt und fördert den Erhalt von Kunst am Bau aus dieser Zeit. Das wollen wir fortsetzen und ausweiten.

Begründung

Denkmalschutz fehlte bisher, auch das Förderprogramm für die Ostmoderne. In beiden Bereichen haben wir Grüne Erfolge erzielt, die gesichert werden sollen.

Ä-K17-313 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 106:

Kultur ~~im ländlichen Raum~~ in allen Landesteilen fördern

Begründung

Nicht alles, was nicht Potsdam oder Speckgürtel ist, ist ländlicher Raum, hier sollten wir sensibel formulieren.

Ä-K17-314 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 107:

Im ländlichen Raum und in kleineren Städten gibt es viele wichtige Kulturorte, die durch ehrenamtlich Engagierte am Leben gehalten werden. ~~Auf dem Land bedeutet der~~Der Zugang zu Kunst und Kultur bedeutet Lebensqualität und lockt junge Familien, Unternehmen und Fachkräfte in die ~~ländlichen~~dünnere besiedelten Regionen unseres Bundeslandes.

Begründung

siehe Begründung zum vorherigen ÄA

Ä-K17-315 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 108:

Wir wollen Kultur in ~~ländlichen Regionen~~ der ganzen Breite des Landes mit mehr Geldern fördern, zum Beispiel durch die „Plattform Kulturelle Bildung“ und eine Verstetigung der „kulturellen Ankerpunkte“. Wir wollen Möglichkeiten zur strukturellen Förderung freier Theater schaffen. Um das Bundesland der Festivals zu werden, verbessern wir die Förderstruktur und werden die Rahmenbedingungen für Festivals und soziokulturelle Projekte weiter erleichtern sowie eine Zuständigkeit in der Landesregierung schaffen.

Begründung

siehe Begründung zum vorherigen ÄÄ

Ä-K16-317 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 85:

Nur zwei Landkreise ~~und größere Städte~~ in Brandenburg werden von Frauen geführt, keine größere Stadt. Sie stellen weniger als ein Fünftel der Bürgermeister*innen in den Gemeinden. Ebenso sind Frauen nicht ausreichend in Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen oder im Landtag vertreten. Ursachen gibt es viele. Sie reichen von der aktiven Diskriminierung von Frauen in der männlich dominierten Politikszene bis zur schwierigen Vereinbarkeit von Politik und Familie.

Begründung

... das mit den größeren Städten ist schon interessant. Die ursprüngliche Formulierung ist etwas schwer zu lesen.

Ä-K13-318 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 3:

Wir wollen den Menschen in Brandenburg mehr Möglichkeiten geben, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Dazu gehört, Kinder und Jugendliche so früh wie möglich einzubinden und ~~ihnen zu zeigen, wie~~ Demokratie ~~funktioniert~~ für sie erlebbar zu machen. Außerdem setzen wir uns weiter für direkte Demokratie ein.

Begründung

"Demokratie erlebbar machen" drückt besser aus, um was es uns inhaltlich geht.

Ä-K13-319 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 3 einfügen:

Wir wollen den Menschen in Brandenburg mehr Möglichkeiten geben, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Dazu gehört, Kinder und Jugendliche so früh wie möglich einzubinden und ihnen zu zeigen, wie Demokratie funktioniert. Außerdem setzen wir uns weiter für mehr direkte Demokratie ein.

Begründung

Formulierung kann als "Wir setzen uns für direkte Demokratie statt repräsentativer Demokratie ein" gelesen werden (wenn man es will). Es geht uns aber um "mehr direkte Demokratie" im Sinne einer Ausweitung direkt-demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten als Ergänzung zu repräsentativ-demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten.

Ä-K14-320 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 39:

Der Brandenburger Verfassungsschutz hat ~~die richtigen~~richtige Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss gezogen und sich positiv entwickelt. Heute gibt es mehr parlamentarische Kontrolle, eine transparentere Kommunikation mit der Öffentlichkeit, neue Prozesse und insbesondere Verbesserungen beim Einsatz von V-Personen. Hierauf müssen wir weiter aufbauen. Rechtsextremist*innen bedrohen unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft. Vor allem Behörden wie der Verfassungsschutz müssen genau hinschauen und früh tätig werden, wenn es um rechtsextreme Bewegungen geht.

Begründung

Der Verfassungsschutz hat sehr deutliche Verbesserungen vollzogen, die wir ja auch nachfolgend konkret benennen. Die Formulierung "die richtigen Veränderungen" suggeriert hingegen eine abschließende und vollständige Erfüllung des Reformbedarfs, was wir inhaltlich nicht meinen.

Ä-K15-321 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Religion

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 57 einfügen:

Integration muss dort passieren, wo Menschen ankommen und leben: Darum wollen wir in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Willkommenszentren schaffen. Insbesondere Geflüchtete sollen hier zusätzliche Sprach- und Freizeitangebote sowie Orte der Glaubensausübung finden, mit Arbeitgeber*innen vernetzt werden, sowie Beratung zu Wohnungen, Kinderbetreuung, Alltag und Bürokratie erhalten. In kommunalen Willkommenszentren sollen besonders schutzbedürftige Menschen, wie queere Personen, Unterstützung finden und es sollen dort Integrationskurse für alle angeboten werden – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Dafür wollen wir auch lokale Willkommensinitiativen gezielt mit einbeziehen.

Begründung

Viele Geflüchtete haben einen religiösen Hintergrund. Integration kann erst vollständig gelingen, wenn auch die Glaubensausübung Raum in der neuen Heimat bekommt.

Ä-K17-322 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Religion

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 97 einfügen:

Kunst und Kultur zu erleben, bedeutet neue Denkweisen kennenzulernen, gesellschaftliche Fragen zu reflektieren und kreative Freiheit zu spüren. Kurz gesagt: Eine offene und demokratische Gesellschaft braucht Kultur. Kulturelle Teilhabe und Bildung sind für uns ein Menschenrecht, zu dem wir allen Brandenburger*innen Zugang ermöglichen wollen. Kulturelle Bildung hilft bei der Entwicklung von Schlüsselkompetenzen und schafft Verständigung. Gelebte Glaubensvielfalt und eine dialogische, reflektierte Religionspädagogik sind wichtige Elemente, um Demokratiekompetenz zu fördern. Wir möchten die Kultur in die Breite der Gesellschaft und alle Ecken des Landes tragen und auch für mehr kulturelle Angebote in anderen Bereichen sorgen – zum Beispiel in der Gesundheit, der Bildungs- und Jugendarbeit.

Begründung

Integrationspotential der Religionen

Ä-K17-323 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Religion

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 108:

Wir wollen Kultur in ländlichen Regionen mit mehr Geldern fördern, zum Beispiel durch die „Plattform Kulturelle Bildung“ ~~und~~, eine Verstetigung der „kulturellen Ankerpunkte“ und durch Sanierung und Öffnung von Dorfkirchen für soziokulturelle Zwecke. Wir wollen Möglichkeiten zur strukturellen Förderung freier Theater schaffen. Um das Bundesland der Festivals zu werden, verbessern wir die Förderstruktur und werden die Rahmenbedingungen für Festivals und soziokulturelle Projekte weiter erleichtern sowie eine Zuständigkeit in der Landesregierung schaffen.

Begründung

Verweis auf Dorfkirchenprojekte: Potentiale der Sanierung, (Neu-)Nutzung und Sichtbarmachung der vorhandenen Bausubstanz nutzen. Soziale Komponente trifft auf Kultur (Baukultur) und Klimaschutz (Sanierung)

Ä-K17-326 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Religion

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 102 einfügen:

Glaubensfreiheit achten, Dorfkirchen erhalten, friedliches Miteinander der Religionsgemeinschaften fördern

Glaubensfreiheit hat in Brandenburg eine lange Tradition. Alle Menschen in Brandenburg sollen die Freiheit haben, ihren Glauben selbstbestimmt zu leben, sofern sie dabei das Grundgesetz achten. Wir treten Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jeglicher Diskriminierung aufgrund von Religionszugehörigkeit entschlossen entgegen. Wir unterstützen die Arbeit der Fachstellen Antisemitismus und Islam.

Die christlichen Kirchen und ihre Vertreter*innen sind wichtige Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Sie engagieren sich für das Gemeinwesen und den Zusammenhalt, für die Umwelt und das Klima sowie für die Integration von Geflüchteten und die Seenotrettung.

Wir unterstützen besonders diejenigen Engagierten in den Kirchen, die sich für Reformen, für die Rechte von Frauen und queeren Menschen sowie für die Aufklärung der Fälle sexuellen Missbrauchs und Prävention einsetzen.

In Brandenburg gibt es etwa 1500 Dorfkirchen. Sie stiften Identität gerade in ländlichen Regionen, sind aber oft vom Verfall bedroht. Wir haben die Mittel für den Erhalt der Dorfkirchen erhöht und wollen die Förderung weiter aufstocken. Wir unterstützen Kirchengemeinden, Initiativen und Kommunen dabei, Dorfkirchen als soziale Treffpunkte und kulturelle Veranstaltungsorte zu entwickeln.

Die Bekämpfung von Antisemitismus hat bei uns Verfassungsrang. Wir haben am Landtag die Stelle für eine*n Antisemitismusbeauftragte*n geschaffen. Wir unterstützen die vielfältigen Bestrebungen zur Förderung jüdischen Lebens. Potsdam als Landeshauptstadt wird endlich wieder eine Synagoge haben. Die Rabbiner*innen und Kantor*innen-Ausbildung in Potsdam wollen wir auf neue Füße stellen.

Wir erwarten, dass sich die muslimischen Verbände in Brandenburg klar von den Taten der Hamas und israelifeindlichen Bestrebungen distanzieren. Die große Mehrheit der Muslim*innen hier lebt friedlich Seite an Seite mit Vertreter*innen anderer Religionsgemeinschaften oder konfessionslosen Menschen.

Wir unterstützen die Einrichtung von Gebetsräumen. Diese sind selbstverständlich auf Vielfalt und ein demokratisches Miteinander ausgerichtet. Multireligiöse Projekte wie das House of One sehen wir als beispielhafte Orte für interreligiösen Dialog.

Begründung

Wir beantragen einen eigenen Absatz zu Religion, Glaube und Dorfkirchen:

Viele potentielle Wähler:innen sind gläubig oder den Kirchen zugehörig/nahe. Viele von ihnen engagieren sich in ihren Glaubensgemeinschaften oder Kirchen mit großem Einsatz, setzen sich für

Mitmenschen ein, kümmern sich um sanierungsbedürftige Kirchengebäude und bringen Reformen voran - und stärken somit das Miteinander, die Solidarität und den Dialog in unserer Gesellschaft. Ein Absatz zu Glaubensfreiheit, Kirchen, Religion spricht diese wichtige Wähler:innengruppe gezielt an und macht sie auch sichtbar. Bzw. andersherum: Viele von ihnen könnten enttäuscht sein, wenn der Themenkomplex im Wahlprogramm keine Erwähnung findet.

Glaubensfreiheit und gelebte, sichtbare Glaubensvielfalt ist für unsere Demokratie überaus wichtig, und hat im Kontext unserer gesellschaftlichen Entwicklungen und dem Miteinander von Menschen von verschiedenen Glaubensüberzeugungen hohes Integrationspotential. Viele Geflüchtete sind religiös und wollen hier in unserem Land ihren Glauben leben. Auch für diese Vielfalt stehen wir und bringen dies im Programm klar zum Ausdruck.

Ein starker, expliziter Ausdruck der Solidarität mit JüdinnenJuden, die Förderung jüdischen Lebens, verbunden mit einem klaren Nein sowohl zu Antisemitismus als auch zu Islamfeindlichkeit, ist im Wahlprogramm notwendig.

Ä-K16-327 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Religion

Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 82 löschen:

Mit einem Aktionsplan „Geschlechtergerechte Gesundheit“ wollen wir uns für mehr Aufklärungskampagnen für Patient*innen und Mediziner*innen einsetzen, damit geschlechtsspezifische Unterschiede richtig erkannt und behandelt werden. Für sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche weiten wir das Angebot an Beratungs- und Behandlungsstellen in allen Regionen aus und erleichtern den schonenderen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch. ~~Wir unterstützen Schwangere aus Polen, die für eine Abtreibung nach Deutschland kommen.~~ Wir wollen flächendeckende Verfügbarkeit der Mammografie zur Brustkrebsfrüherkennung verbessern. Wir wollen kostenlose Menstruationsartikel in Hochschulen und anderen Landeseinrichtungen ermöglichen. An der neu entstehenden medizinischen Fakultät in Brandenburg wollen wir einen Forschungsschwerpunkt auf geschlechtersensible Medizin setzen.

Begründung

In Polen gab es einen Regierungswechsel, der eine Abkehr von frauenfeindlicher Politik bedeutet. Landespolitisch ist es außerdem nicht die erste Aufgabe, Strukturen für Nachbarländer zu substituieren und wir sehen viele ungeklärte Fragen, z.B. was diese Unterstützung für die Beratungsstellen bedeuten würde. Daher sehen wir diesen Satz als zu weitgehend an.

Ä-K15-338 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 70:

Die Migrationssozialarbeit und ~~die Integrationspauschale~~ das Integrationsbudget sind wichtige Bausteine für eine gelungene Integration in Brandenburg. Diese wollen wir beibehalten und verstetigen.

Begründung

Wenn es um eine Beibehaltung und Verstetigung des Statusquo-Instrumentariums gehen soll ist "Integrationsbudget" ist an dieser Stelle der richtige Begriff; siehe entsprechendes Förderprogramm; das Integrationsbudget hat die vormalige Integrationspauschale als Förderprogramm gerade abgelöst

Ä-K13-339 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 5:

Eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit ist es, den Rechtsextremismus in Brandenburg als Gesellschaft und Politik gemeinsam zu bekämpfen. Beratungsstellen wie das Aktionsbündnis Brandenburg, die demos-Gemeinwesenberatung, die Regionalen Arbeitsstellen „Bildung, Integration und Demokratie“, ~~der Verein „Opferperspektive“~~ die „Opferperspektive“, viele engagierte Vereine, Initiativen und Jugendverbände wie die Brandenburgische Sportjugend und viele andere leisten schon heute wichtige Arbeit gegen Rechtsextremismus. Um sie weiter zu fördern, wollen wir die Gelder für das Programm „Tolerantes Brandenburg“ erhöhen und es besser mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zusammendenken.

Begründung

In Brandenburg leisten viele Vereine und Initiativen sehr wichtige Arbeit in dem Bereich, so viele, dass wir sie nicht alle aufzählen können. Neben der Benennung der Beispiele sollten wir darstellen, dass es breiten Rückhalt in der Vereinslandschaft gibt.

Ä-K17-340 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 100 löschen:

~~Ansprüche der Familie Hohenzollern auf Rückgaben und Entschädigungen konnten wir erfolgreich abwehren. Unsere Linie bleibt klar: kein Unter-den-Tisch-Kehren von Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus. Bei Verhandlungen über noch strittige Objekte wird das unser Ziel bleiben. Offene Eigentumsfragen müssen transparent, notfalls gerichtlich geklärt werden.~~

Begründung

Bitte um Verschiebung zum Absatz "Vergessen verhindern", siehe anderen ÄA

Ä-K13-342 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 1:

Kapitel 13: Demokratie leben und ~~Antifaschismus~~schützen

Begründung

Ergänzung zu ÄA Demokratie leben.

Ä-K13-343 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 9 einfügen:

Wir haben in den letzten Jahren erfolgreich die Unabhängigkeit der Justiz verteidigt: Während anderswo Richter*innen und Staatsanwält*innen allein durch die Justizminister*innen ernannt und befördert werden, hat in Brandenburg ein demokratisch gewählter Richterwahlausschuss das Sagen. Dessen Rechte wollen wir weiter stärken, ebenso die Mitbestimmung der Justiz an den Gerichten selbst. Dabei soll Justiz auch in Zukunft allen Menschen als Arbeitsort zur Verfügung stehen. Ein Kopftuchverbot in der Justiz lehnen wir daher ab.

Begründung

Grüne Position klarstellen für den Fall, dass das Thema in möglichen Koalitionsverhandlungen wird.

Ä-K13-349 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tammo Westphal

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 3:

Wir wollen den Menschen in Brandenburg mehr Möglichkeiten geben, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Dazu gehört, Kinder und Jugendliche so früh wie möglich einzubinden und ihnen mitentscheiden zu ~~zeigen, wie Demokratie funktioniert~~ lassen. Außerdem setzen wir uns weiter für direkte Demokratie ein.

Ä-K17-353 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 114 einfügen:

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch im Laufe seiner Schullaufbahn mehrfach die Möglichkeit erhält, im Klassenverband eine Gedenkstätte besuchen zu können. Insbesondere den Besuch einer KZ-Gedenkstätte erachten wir als notwendig für die bildungspolitische Entwicklung. Wir wollen in jedem Landkreis eine Stelle schaffen, die die Gedenk- und Aufklärungsarbeit an allen Schulen im Landkreis organisiert und bündelt. Damit entlasten wir Lehrkräfte vor Ort, die die schulische Gedenkarbeit bisher im Alleingang stemmen. Um Relativierungen der Shoah und Verschwörungsmaythen entgegenzutreten, wollen wir auch die politische Bildungsarbeit der Gedenkstätten, Opferverbände und Bildungsträger stärker unterstützen.

Ä-K17-354 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 113:

~~Es gibt nicht mehr viele lebendige Zeitzeug*innen, die uns die Verbrechen des Nationalsozialismus vor Augen führen können. Mit ihnen scheint auch die Erinnerung und das Gedenken in besorgniserregendem Tempo zu verblassen. Wir sehen, wie faschistische Kräfte stärker werden und Lehrkräfte über rechte Vorfälle an Schulen Alarm schlagen. In diesem Klima ist für uns klar: Wir wollen unsere antifaschistische Gedenkkultur verteidigen und verstetigen. Dazu gehört auch, das Programm „Tolerantes Brandenburg“ zu stärken.~~

Unsere Erinnerungs- und Gedenkkultur berücksichtigt die vielfältigen Aspekte der Geschichte unserer Brandenburger Heimat. Brandenburg spielte in der Vergangenheit durchaus eine fortschrittliche Rolle, die es gerade in der heutigen Zeit in Erinnerung zu rufen gilt. "Niemand wird Preuße denn durch Not". Damit lässt sich die gelungene Einwanderungspolitik, eingeleitet durch den Großen Kurfürsten Ende des 17. Jahrhunderts nach dem Dreißigjährigen Krieg bis zur Zeit Friedrichs des Großen zusammenfassen. Gerade in Brandenburg finden sich viele Orte, deren Gründung sich auf die tolerante "Peuplierungspolitik" der damaligen Zeit zurückführen lassen. Unsere heutige ländliche Kulturlandschaft wäre ohne das Wirken der Großgrundbesitzer in der Folgezeit kaum vorstellbar. Gleichwohl finden sich aus unserer jüngeren Geschichte zahlreiche und prägende Zeugnisse der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Dazu gehört z.B auch, das Programm „Tolerantes Brandenburg“ zu stärken.

Begründung

Vorhaben zu einseitig auf "Abwehrkampf gegen rechts gerichtet. In Erinnerungs- und Gedenkkultur geht es um angemessene und ausgewogene Auseinandersetzung mit der Geschichte. Die Formulierung "antifaschistische Gedenkkultur" ist nicht haltbar (allenfalls in ehemaligen DDR-Geschichtsbüchern)

Ä-K14-357 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 30 löschen:

Um das Ziel einer modernen, bürgernahen und weltoffenen Polizei zu verwirklichen, wollen wir sie außerdem besser auf aktuelle Herausforderungen, wie zunehmende Hassdelikte, Internet- und Wirtschaftskriminalität vorbereiten. Wir wollen digitale Straftaten, von der Betrugsmasche bis zum Cyberangriff, schnell und kompetent bekämpfen. In Aus- und Weiterbildungen wollen wir darum einen besonderen Fokus auf diese Bereiche legen und mehr IT-Expert*innen mit guten Jobangeboten in den Polizeidienst holen. Eine sichere IT-Infrastruktur und moderne Geräte ~~wie Handys, Laptops und Tablets~~ müssen der neue Standard bei der Polizei werden. Und damit unsere Polizeiarbeit unabhängig bleibt, brauchen wir eigene digitale Lösungen nach deutschen und europäischen Standards, die sicher vor Spionage sind.

Begründung

Ich würde diese "modernen Geräte" nicht einzeln auflisten - ein Handy und ein Laptop sind per se ja noch keine modernen Geräte und so aufgelistet zeichnet der Satz das Bild einer Polizei, die noch mit Kabeltelefon unterwegs ist.

Ä-K15-361 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 48 einfügen:

Krieg und Gewalt, Verfolgung, Hunger, Klima- und Umweltkatastrophen: Es gibt viele Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen müssen und sich auf den meist gefährlichen Weg in eine ungewisse Zukunft begeben. Weltweit sind laut den Vereinten Nationen (UNO) über 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Nur ein Bruchteil von ihnen gelangt in unser Bundesland. Wir stehen für ein Brandenburg, in dem verfolgte Menschen jeglicher Herkunft und unabhängig von Religion, Geschlecht und Alter Schutz und Frieden finden.

Nach Brandenburg kommen viele Menschen auch ganz gezielt. Insbesondere aus unserem Nachbarland Polen und weiteren EU-Staaten sind viele als Studierende, Auszubildende, Kolleginnen und Kollegen zu uns gekommen. Wir wollen weiter daran arbeiten unser Bundesland zur neuen Heimat für Fachkräfte aus aller Welt zu machen.

Begründung

Im Kapitel geht es momentan vorrangig um Asyl, wir sollten zumindest andere Einwanderungshintergründe auch noch erwähnen. Gerne auch noch weitere Forderungen als mod. Ü.. Berufsabschlüsse habe ich rausgelassen, weil deren verbesserte Anerkennung von Qualifikation weiter unten gefordert wird und auch im Gesundheitskapitel bereits erwähnt wird.

Ä-K18-366 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Daniel Meile

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 133:

Unsere Politik stellt den Menschen, seine Würde und die freie Entfaltung der Persönlichkeit in den Mittelpunkt des Handelns. Wir arbeiten für eine Gesellschaft, die auf Förderung, Befähigung und Eigenmotivation der Menschen fußt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Brandenburger*innen ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen und ohne Angst vor Diskriminierung und Ungleichbehandlung leben können. Das bedeutet aber auch: Wo unsere Gesellschaft den Menschen Steine in den Weg legt, müssen wir sie besonders fördern und Barrieren abbauen. Wo unsere Gesellschaft Menschen vergisst, müssen wir lautstark für sie eintreten. Inklusion und Vielfalt sind für uns Querschnittsthemen, die jeden Bereich unserer Gesellschaft berühren. Unsere Inklusionspolitik ist für alle da: unabhängig von den individuellen Möglichkeiten und Potenzialen. ~~Von Senior*innen mit Rollator bis zu Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten~~.

Begründung

Die Ergänzung "Barrieren abbauen" soll der Subjektorientierung auch eine systemische Komponente an die Seite stellen. Es geht nicht nur um die Förderung und damit Befähigung des Individuums, sondern auch um die Gestaltung von Gesellschaft.

Die Zielgruppenbeispiele sind ausschließlich defizitorientiert. Inklusionspolitik sollte die Ressourcen in den Vordergrund stellen und Selbstermächtigung fördern. Deshalb hier allgemeiner: Möglichkeiten und Potenziale.

Ä-K15-372 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tammo Westphal

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 48:

Krieg und Gewalt, Verfolgung, Hunger, Klima- und Umweltkatastrophen: Es gibt viele Gründe, warum Menschen ~~ihre~~aus ihrer Heimat ~~verlassen~~fliehen müssen und sich auf den meist gefährlichen Weg in eine ungewisse Zukunft begeben. Weltweit sind laut den Vereinten Nationen (UNO) über 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Nur ein Bruchteil von ihnen gelangt in unser Bundesland. Wir stehen für ein Brandenburg, in dem ~~verfolgte~~-Menschen jeglicher Herkunft und unabhängig von Religion, Geschlecht und Alter Schutz und Frieden finden.

Begründung

Menschen auf der Flucht verlassen nicht ihre Heimat freiwillig, sondern sind gezwungen zu fliehen. Dabei ist es unsere Aufgabe als Gesellschaft allen Menschen die zu uns kommen Schutz zu gewähren und sie bei uns aufzunehmen.

Ä-K15-373 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tammo Westphal

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 56 einfügen:

Viele Menschen, die vor Krieg und Gewalt flüchten, brauchen zum Ankommen eine angemessene psychologische Betreuung. Dazu gehören auch geschlechtersensible Angebote für queere Geflüchtete und FINTA* Wir wollen eine muttersprachliche Versorgung in Brandenburg ermöglichen. Therapeut*innen, die selbst geflüchtet sind und in Deutschland noch keine Zulassung haben, sollen in speziellen Beratungsstellen arbeiten dürfen. Wir wollen die psychologische Betreuung weiter ausbauen: Von niedrigschwelligen, stabilisierenden traumapädagogischen Angeboten bis hin zu Traumatherapie in Gesundheitszentren, Dolmetscher*innen und mehr Angeboten in Muttersprache. Das Erfolgsmodell Telefon- und Videodolmetschen, das in der Kommunikation zwischen Geflüchteten und beispielsweise Ämtern und Krankenhäusern die Sprachbarriere überwindet, wollen wir weiter finanzieren.

Ä-K15-381 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tammo Westphal

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 60:

Abschiebungen sind nicht die Lösung für die aktuellen Herausforderungen. ~~Oft stehen tatsächliche Hürden, wie eine ungeklärte Identität, einer Abschiebung entgegen und die Zahl der Menschen, die tatsächlich abgeschoben werden können, ist gering.~~ Sie sind die gewaltvolle Durchsetzung staatlicher Macht, kosten viel Geld und sind menschenunwürdig. Menschen werden gegen ihren Willen zurück in ein Land gezwungen, aus dem sie aus berechtigten Gründen geflohen sind. Zudem schrecken Abschiebungen dringend benötigte Fachkräfte ab. Wir setzen uns für eine schnelle und umfassende Integration von Geflüchteten ein.

Begründung

Wir sollten Abschiebungen nicht ablehnen nur weil Identitäten ungeklärt sind, sondern weil sie menschenunwürdig sind.

Ä-K14-405 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 43 einfügen:

Die Grundlage guter Polizeiarbeit sind Deeskalation und eine gute Ausbildung – nicht gefährliche technische Geräte. Das gilt besonders in Bezug auf den Umgang mit psychisch erkrankten Menschen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass der immer weiter ausgeweitete probeweise Einsatz von Tasern durch die Brandenburger Polizei wieder beendet wird.

Begründung

Die Ausübung von Gewalt in Form unmittelbaren Zwangs muss letztes Mittel sein. Besonders bei Zwangseinweisungen psychisch erkrankter Menschen ist entscheidend, wie sich der Einsatz gestaltet. So ist die Gefahr für die Anwendung von Zwang in der Psychiatrie in den ersten 24h nach Einweisung am höchsten, was bei Zwangseinweisungen bereits auf der Fahrt ins Krankenhaus mit der Polizei seinen Anfang nimmt. s. Lorei, Clemens et al. (2023). Deeskalation als Thema der polizeilichen Fortbildung in Europa. Ein Vergleich innerhalb der Europäischen Union, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), 18-35, Online: https://dx.doi.org/10.7396/2023_2_B.

Ä-K15-408 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Alexander Roth

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 50:

Die Flucht vieler Ukrainer*innen nach Deutschland hat Brandenburg in den vergangenen zwei Jahren vor große Herausforderungen gestellt. ~~Trotzdem~~ Dennoch stehen wir uneingeschränkt zu unserer Verantwortung für die Menschen, die vor Putins Angriffskrieg flüchten müssen. Gleichzeitig ~~lehnen wir jede Ungleichbehandlung zwischen~~ unterstreichen wir: Die Aufnahme von Geflüchteten aus Europa ~~und darf in keiner Weise zu Lasten von Geflüchteten aus~~ anderen Teilen der Welt abgehen. Wir wollen Netzwerke von aufnahmebereiten Städten und Gemeinden besonders fördern.

Begründung

Satz 2 wird offensiver und selbstbewusster formuliert.

Satz 3 wird neu formuliert.

Die Neuformulierung zielt darauf, dass die Kernaussage deutlicher wird. Diese Kernaussage ist aus meiner Sicht: Wir dürfen es nicht zulassen, dass Geflüchtete aus verschiedenen Herkunftsregionen gegeneinander ausgespielt werden. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine darf weder dazu führen, dass die Zahl der aufgenommenen Geflüchteten aus anderen Weltregionen vermindert wird, noch, dass es zu Diskriminierungen mit rassistischen Untertönen ("gute" Geflüchtete aus "unserem" Kulturkreis, "schlechte" Geflüchtete aus "fremden Kulturkreisen") kommt.

Zusätzlich ist die Neuformulierung stärker politisch zugespitzt und weniger juristisch fokussiert. Denn die bisherige Formulierung, wonach wir "jegliche Ungleichbehandlung ablehnen", ist letztlich eine stark rechtlich konnotierte Formulierung. Die Verneidung „jeglicher Ungleichbehandlung“, d.h. die Ablehnung jeder noch so kleinen abweichenden Nuance Rechtsstatus Geflüchteter aus der Ukraine im Vergleich zum allgemeinen Standard (dies würde z.B. auch bedeuten, sich gegen die Sonderregelungen bei der KFZ-Ummeldung zu stellen) dürfte aber in dieser Schroffheit kaum haltbar sein.

Denn die Ukraine ist seit 2017 mit der EU assoziiert und seit 2022 sogar Beitrittskandidat. Ähnliches gilt für die Republik Moldau und die Westbalkanstaaten. Aus diesem rechtlichen Sonderverhältnis, das auf eine Vollmitgliedschaft mit Geltung des allgemeinen Freizügigkeitsrechts zielt, ergeben sich politische und rechtliche Sonderverpflichtungen. Diese gelten aber nicht nur in eine Richtung: Nicht nur die Beitrittskandidaten sind gehalten, schon vor dem Beitrittsdatum das Unionsrecht zu übernehmen und sich in anderer Weise besonders in die Rechtsgemeinschaft der EU einzugliedern. Auch die EU selbst hat gegen den Beitrittskandidaten Sonderpflichten. Diese umfassen auch besondere solidarische Hilfe, wenn ein Kandidatenstaat und dessen Menschen unverschuldet in Not geraten.

Es kann daher im Einzelfall vor dem Hintergrund des EU-Erweiterungsprozessen, den wir ja ausdrücklich begrüßen, auch einmal geboten sein, Geflüchteten aus den Kandidatenstaaten zusätzliche Rechte zu gewähren. Diese dürfen aber eben weder rechtlich (z.B. durch eine Verschlechterung des Rechtsstatus) noch faktisch (z.B. durch schlechtere Unterbringung, verminderte Aufnahmequoten) zu Lasten von Geflüchteten aus anderen Teilen der Welt gehen.

Ä-K16-419 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 82:

Mit einem Aktionsplan „Geschlechtergerechte Gesundheit“ wollen wir uns für mehr Aufklärungskampagnen für Patient*innen und Mediziner*innen einsetzen, damit geschlechtsspezifische Unterschiede richtig erkannt und behandelt werden. ~~Für~~Um sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche weiterhin zu ermöglichen, wollen wir eine Bestandsaufnahme der Versorgungslage erstellen. Darauf aufbauend weiten weiten wir das Angebot an Beratungs- und Behandlungsstellen ~~in allen~~gezielt Regionen aus, sorgen für mehr Transparenz für Betroffene und erleichtern den schonenderen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch~~setzen uns dafür ein, dass der schonendere medikamentöse Schwangerschaftsabbruch an mehr Orten im Land angeboten wird.~~ ~~Wir unterstützen~~ Schwangere aus Polen, die für eine Abtreibung nach Deutschland kommen, haben weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung. Wir wollen flächendeckende Verfügbarkeit der Mammografie zur Brustkrebsfrüherkennung verbessern. Wir wollen kostenlose Menstruationsartikel in Hochschulen und anderen Landeseinrichtungen ermöglichen. An der neu entstehenden medizinischen Fakultät in Brandenburg wollen wir einen Forschungsschwerpunkt auf geschlechtersensible Medizin setzen.

Begründung

In ländlichen Regionen müssen Frauen teils weite Weg auf sich nehmen, um einen Abbruch vornehmen zu können. Das gilt auch für Beratungsstellen, die nach Schwangerschaftskonfliktgesetz vor einem Abbruch verpflichtend aufgesucht werden müssen. Im Falle einer Abtreibung sind gute Zugänglichkeit und kurze Wege unerlässlich, weil teils nur wenige Tage zur Verfügung stehen, um eine Entscheidung treffen zu können. Die Informationen darüber, wo welche Methode des Abbruchs angeboten wird, sind bisher nicht breit und niedrigschwellig verfügbar. Durch die Änderung von §219a auf Bundesebene können wir hier nun besser informieren und die Möglichkeiten für Betroffene in Brandenburg besser aufbereiten - gemeinsam mit den Vertretungen der Ärzteschaft und den Krankenhäusern. Zudem braucht es einen Dialog mit den Ärzt*innen und Krankenhäusern, um auch trotz des stattfindenden Generationswechsels in der Ärzt*innenschaft und trotz möglicher Strukturveränderungen bei Krankenhäusern eine gute, möglichst bessere Versorgungslage mit Abbrüchen im Land anzubieten. Das Angebot der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ist im Brbg. Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt, hier sollten die zumutbaren Anfahrtswege abgesenkt werden, da nur für eine (verpflichtende) Beratung ggf. ein kompletter Tag notwendig ist, wenn aus ländlichen Regionen mit ÖPNV weite Anreisen nötig sind. Dies ist insb. für Alleinerziehende bzw. Frauen mit Kindern teils sehr schwer zu organisieren. Frauen aus Polen suchen weiterhin Angebote in Brandenburg und Berlin auf. Die neue polnische Regierung konnte sich noch nicht auf eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts einigen, ggf. wird es ein Referendum geben. Da die Versorgungslage in unserem Nachbarland also weiter sehr schlecht ist und Frauen große Härten auf sich nehmen müssen, um einen Abbruch durchführen zu lassen bzw. sogar gesundheitliche Beeinträchtigungen bis hin zu Todesfällen bei polnischen Schwangeren zu verzeichnen waren, brauchen sie weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung in Brandenburg. Dies kann bspw. durch eine bessere Transparenz und mehrsprachige Informationen erfolgen.

Ä-K16-420 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 82:

Mit einem Aktionsplan „Geschlechtergerechte Gesundheit“ wollen wir uns für mehr Aufklärungskampagnen für Patient*innen und Mediziner*innen einsetzen, damit geschlechtsspezifische Unterschiede richtig erkannt und behandelt werden. Für sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche weiten wir das Angebot an Beratungs- und Behandlungsstellen in allen Regionen aus und erleichtern den schonenderen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch. Wir unterstützen Schwangere aus Polen, die für eine Abtreibung nach Deutschland kommen. Wir wollen flächendeckende Verfügbarkeit der Mammografie zur Brustkrebsfrüherkennung verbessern. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen kostenlose Menstruationsartikel in Schulen, Hochschulen und anderen Landeseinrichtungen ermöglichen. An der neu entstehenden medizinischen Fakultät in Brandenburg wollen wir einen Forschungsschwerpunkt auf geschlechtersensible Medizin setzen.

Begründung

Mit dem Landtagsantrag zu Menstruationsartikeln wurde der Weg begonnen, die Versorgung an öffentlichen Einrichtungen auszubauen. Die Anhörung im Ausschuss nahm Schulen besonders in den Blick, Schüler*innen trugen ihre Forderungen vor. Schulen stehen hier besonders im Fokus, weil im Schulalter die erste Periode einsetzt und ein Angebot dann besonders notwendig ist. Auch von Periodenarmut sind Schüler*innen eher betroffen als Menschen mit eigenem Einkommen. Hierzu sollten wir mit den Kommunen im Dialog bleiben und als Land eine koordinierende, unterstützende Funktion übernehmen, damit kein Flickenteppich entsteht, bei dem einige Kommunen ein entsprechendes Angebot machen, andere nicht.

Ä-K16-421 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 90 einfügen:

Wir wollen den Hebammenaktionsplan zu einem umfassenden Aktionsplan „Sichere Geburtshilfe“ ausweiten. Gebärenden wollen wir Wahlfreiheit über die Umstände ihrer Geburt ermöglichen und dazu auch die Gründung weiterer Geburtshäuser fördern. Hebammen, die den Beruf nicht studiert haben, wollen wir die nachträgliche Qualifizierung erleichtern. Wir initiieren gemeinsam mit Krankenhäusern ein Pilotprojekt für hebammengeleitete Kreißsäle und wollen eine 1:1-Betreuung der Gebärenden durch Hebammen ermöglichen. Geburtshilfe-Kliniken müssen sicherstellen, dass der Kreißsaal 24 Stunden verfügbar ist.

Ä-K16-423 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 86 einfügen:

Wir wollen Frauen, stärker für die Arbeit in der Politik begeistern, sie vorbereiten und beim Einstieg oder Ausüben ihres Mandats unterstützen. Dafür stärken wir Empowerment- und Mentoringprogramme sowie Frauennetzwerke. Wer für seine politische Tätigkeit die Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen bezahlen muss oder Verdienstaufschläge hat, wird dafür entschädigt. Sitzungen sollen zu familienfreundlicheren Zeiten stattfinden und digital zugänglich sein. Wir setzen uns mit Partnern wie dem Brandenburger Städte- und Gemeindebund für die Einführung von Kommunikationskodexen ein, um den Umgang in den Kommunalvertretungen für alle angenehm zu gestalten. Die wertvolle Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und die queerfeministische Jugendarbeit sollen besser finanziell ausgestattet werden. Unser Ziel bleibt weiterhin die paritätische Besetzung aller Mandate in unseren Parlamenten. Nach dem abschlägigen Urteil zum Paritätsgesetz wollen wir weitere rechtliche Möglichkeiten prüfen, Parität in kommunalen Vertretungen und im Landtag zu erreichen. Dazu stehen wir für notwendige Gesetzes- oder Verfassungsänderungen im Land zur Verfügung und unterstützen entsprechende Änderungen auf Bundesebene.

Begründung

An der Umsetzung unseres Ziel sollten wir weiterhin mit konkreten Schritten arbeiten. Sicherlich ist es abhängig von der Zusammensetzung einer neuen Koalition, ob in Brandenburg weitere Schritte möglich sind. Dies sollten wir von unserer Seite aus jedoch klar signalisieren.

Ä-K16-425 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 86:

Wir wollen Frauen, stärker für die Arbeit in der Politik begeistern, sie vorbereiten und beim Einstieg oder Ausüben ihres Mandats unterstützen. Dafür stärken wir Empowerment- und Mentoringprogramme sowie Frauennetzwerke. Wer für seine politische Tätigkeit die Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen bezahlen muss oder Verdienstausfälle hat, wird dafür entschädigt. Sitzungen sollen zu familienfreundlicheren Zeiten stattfinden und digital zugänglich sein. Wir setzen uns mit Partnern wie dem Brandenburger Städte- und Gemeindebund für die Einführung von Kommunikationskodexen ein, um den Umgang in den Kommunalvertretungen für alle angenehm zu gestalten. Die ~~wertvolle Arbeit~~ Schwelle zur Hauptberuflichkeit soll für kommunale Gleichstellungsbeauftragten auf 10.000 Einwohner*innen abgesenkt werden. Sie brauchen einheitliche Rechte und die Pflichten, denn das Grundrecht auf Gleichstellung darf kein kommunaler Flickenteppich sein. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass kommunale Beauftragte nicht für mehrere Zielgruppen gleichzeitig zuständig sind, denn darunter leiden alle dieser wichtigen Themen. Die queerfeministische Jugendarbeit sollen besser finanziell ausgestattet werden. Unser Ziel bleibt weiterhin die paritätische Besetzung aller Mandate in unseren Parlamenten.

Begründung

Ergänzung des Antrags der LAG Feminismus mit unseren konkreten Forderungen untersetzt. In der Kommunalverfassung wird es voraussichtlich erste Verbesserungen geben, die aus unserer Sicht aber nur ein erster Schritt sein können.

Ä-K16-428 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 78 einfügen:

Feminismus ist ein Querschnittsthema. So ist eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, zum Beispiel der verfügbare und bezahlbare Kita-Platz oder der gut ausgebaute öffentliche Nahverkehr ebenfalls ein feministisches Thema.

Wir wollen das Landesgleichstellungsgesetz überarbeiten und erweitern. Dazu wollen wir die Erkenntnisse aus der Coronapandemie aufgreifen und auf eine geschlechtergerechte Verteilung von Homeoffice und Teilzeitarbeit hinwirken. Die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir stärken, die politische Beteiligung von Frauen befördern und die Überschneidung mit anderen Diskriminierungen in den Blick nehmen.

Begründung

Es ist an der Zeit das LGG grundlegend zu überarbeiten, das in seinen Grundzügen von 1994 stammt und seither nur an einzelnen Stellen überarbeitet wurde. Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre machen eine Überarbeitung nun dringlich. Dazu gibt es auch schon Überlegungen und Vorbereitungen, auf die zurückgegriffen werden kann.

Ä-K15-444 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 49:

~~Wir stellen uns klar gegen rechte und rechtsextreme Populist*innen, die Stimmungsmache auf dem Rücken geflüchteter Menschen betreiben. Geflüchtete und Migrant*innen bereichern unsere Gesellschaft.~~ Unsere Forderungen und vorgesehenen Maßnahmen zur Umsetzung einer humanen und geordneten Aufnahme- und Integrationspolitik sind die beste Antwort auf die populistische Stimmungsmache, die auf dem Rücken geflüchteter Menschen ausgetragen wird. Wir wollen vor allem die Kommunen strukturell besser dabei unterstützen, die Situation der Menschen direkt vor Ort zu verbessern.

Begründung

Wir sollten hier uns ganz klar zu den positiven Ansätzen unserer Asyl- und Integrationspolitik positionieren, nicht immer wieder "gebetsmühlenartig" in Abgrenzung zu Rechtspopulisten. An dieser Stelle sei darauf aufmerksam gemacht, dass die Stimmungsmache ja nicht nur von den Rechtsextremisten ausgeht. (z.B. die neue "BSW"). Es soll dabei auch unterstrichen werden, dass wir strukturell besser "ordnen" wollen.

Ä-K14-448 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Jan Gühne

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 46 einfügen:

Brandenburgs Stützpunktfeuerwehren werden schon heute bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen unterstützt. Immer häufiger müssen bei den Freiwilligen Feuerwehren hauptamtliche Feuerwehrleute die freiwilligen Kräfte unterstützen und eine Mindestbereitschaft absichern. In Zukunft wollen wir die „Richtlinie Stützpunktfeuerwehren“ weiterentwickeln und die Kommunen bei den Personalkosten dieser hauptamtlichen Feuerwehrkräfte unterstützen. Besondere unterstützen werden wir zudem Feuerwehren, welche für Einsätze bei Unfällen auf Autobahnen und vielbefahrenen Bundesstraßen zuständig sind.

Begründung

Gerade Feuerwehren in dünnbesiedelten Gegenden, durch welche Autobahnen und viel befahrene Bundesstraßen verlaufen, stoßen schnell an ihre Grenzen, da es zu überproportional vielen Einsätzen kommt, die zudem besonders belastend sind. So hat sich seit Aufhebung des Tempolimits auf der A 24 die Zahl der Einsätze soweit erhöht, dass es Probleme mit Arbeitgebern gibt. Zunehmender Anteil von E-Autos führt zu weiteren Anschaffungsnotwendigkeiten. Daher muss hier besondere Aufmerksamkeit gelten.

Aus technischen Gründen wurde dieser Antrag in meinem Namen für Heinz-Herwig Mascher angelegt.

Ä-K16-450 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: KV Dahme-Spreewald

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 82 löschen:

Mit einem Aktionsplan „Geschlechtergerechte Gesundheit“ wollen wir uns für mehr Aufklärungskampagnen für Patient*innen und Mediziner*innen einsetzen, damit geschlechtsspezifische Unterschiede richtig erkannt und behandelt werden. Für sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche weiten wir das Angebot an Beratungs- und Behandlungsstellen in allen Regionen aus und erleichtern den schonenderen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch. ~~Wir unterstützen Schwangere aus Polen, die für eine Abtreibung nach Deutschland kommen.~~ Wir wollen flächendeckende Verfügbarkeit der Mammografie zur Brustkrebsfrüherkennung verbessern. Wir wollen kostenlose Menstruationsartikel in Hochschulen und anderen Landeseinrichtungen ermöglichen. An der neu entstehenden medizinischen Fakultät in Brandenburg wollen wir einen Forschungsschwerpunkt auf geschlechtersensible Medizin setzen.

Begründung

Durch den Regierungswechsel in Polen ist davon auszugehen, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Polen wieder deutlich erleichtert wird. Davon abgesehen ist es aufgrund der Freizügigkeit in Europa auch heute schon möglich, dass Polinnen nach Deutschland für einen Schwangerschaftsabbruch kommen.

Ä-K17-456 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 104 einfügen:

Den Abriss des denkmalgeschützten Generalhotels als Ort deutsch-deutscher und europäischer Geschichte auf dem Flughafen BER betrachten wir als fatalen Fehler und auch als mahnendes Beispiel, dass nicht noch mehr Denkmale aus der Zeit gefallenen Planungen und überdimensionierten Neubauprojekten zum Opfer fallen dürfen. Damit verlieren wir nicht nur wertvolle Bausubstanz, Kunstwerke und graue Energie, sondern auch geschichtsträchtige Orte, die sinnvoll weitergenutzt werden könnten. Diesen Maßstab wollen wir auch auf andere Fälle anlegen und zum Beispiel prüfen, ob die Villa und Hochschule Bogensee - als ehemaliger Sitz der Nationalsozialisten und später der FDJ - nachgenutzt und als mahnender Ort erlebbar gemacht werden kann.

Ä-K17-471 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 130:

Über den rbb mitbestimmen können die Menschen in Brandenburg durch den Rundfunkrat. Damit dieser auch wirklich unsere Gesellschaft abbildet, muss er in Zukunft diverser besetzt werden. Wir brauchen aber darüber hinaus noch mehr Mitsprachemöglichkeiten für das Publikum, zum Beispiel durch einen Publikumsrat ~~oder, und~~ neue digitale ~~Beteiligungsoptionen~~ Beteiligungs- und Dialogoptionen.

Begründung

Wir wollen mehr analoge UND digitale Beteiligungs- und Dialogoptionen (siehe LDK Beschluss von März 2023). Ursprungsformulierung könnte als unverbindliche Ausflistung von Beispielen gelesen werden.

Ä-K13-479 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 10 einfügen:

Wir wollen alle Gerichtsstandorte im Land erhalten und das Modell der Gerichtstage vor Ort weiter ausbauen. Im Strafvollzug setzen wir weiter auf Resozialisierung und eine Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund. Verschärfungen des Justizvollzugs lehnen wir ab. So genannte Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weiter zurückdrängen und hierfür alle Möglichkeiten des Landes nutzen.

Inbesondere diejenigen, die sich in und für unsere Gesellschaft engagieren, wie zum Beispiel Kommunalpolitiker*innen, werden in den letzten Jahren immer stärker angefeindet. Sie erleiden Beleidigungen oder Drohungen verbal oder in den sozialen Medien oder werden sogar körperlich angegangen. Damit diese Opfer von Hass und Hetze einen direkten Anlaufpunkt haben, wollen wir eine Zentrale Ansprechstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus nach dem Vorbild von Sachsen einrichten. Damit soll es direkte und feste Ansprechpersonen bei der Generalstaatsanwaltschaft geben. Wenn Menschen wegen ihrer politischen Aktivität oder ihres Engagements für unser Gemeinwohl zu Opfern von Straftaten werden, müssen sie sich darauf verlassen können, dass der Rechtsstaat für eine konsequente Aufklärung und Strafverfolgung sorgt und sie nicht alleine lässt.

Begründung

In einigen Regionen Brandenburgs verlieren diejenigen, die sich für unsere Demokratie engagieren teils das Vertrauen in unsere Justiz. Mit dieser Stelle wollen wir Vertrauen zurückgewinnen und Betroffenen eine direkte Ansprechmöglichkeit geben, die sich mit Fällen wie ihrem auskennen. Mehr Infos über die Stelle in Sachsen finden sich hier: <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/1056996>.

Ä-K13-506 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 18 einfügen:

Schulen werden Demokratiewerkstätten[Leerzeichen]

Begründung

dieses Kapital gehört zu Bildung und Wissenschaft. Es ist eine gute Idee, Bildung überall zu verankern, aber wer sich zu Bildung im Wahlprogramm informieren will, sucht nur bei Bildung und nicht unbedingt auch bei Demokratie

Ä-K15-507 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendörffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 56:

Viele Menschen, die vor Krieg und Gewalt flüchten, brauchen zum Ankommen eine angemessene psychologische Betreuung. Wir wollen eine muttersprachliche Versorgung in Brandenburg ermöglichen. Therapeut*innen, die selbst geflüchtet sind und in Deutschland noch keine Zulassung haben, sollen in speziellen Beratungsstellen arbeiten dürfen und die Hürden zur Arbeitszulassung abgebaut werden. Wir wollen die psychologische Betreuung ~~weiter ausbauen~~ deutlich ausbauen und eine Regelfinanzierung der psychosozialen Einrichtungen und Stellen sicherstellen: Von niedrigschwelligen, stabilisierenden traumapädagogischen Angeboten bis hin zu Traumatherapie in Unterbringungen für Geflüchtete und Orten des Ausreisegewahrsams sowie Gesundheitszentren, Dolmetscher*innen und mehr Angeboten in Muttersprache. Um alle psychologische Erkrankungen angemessen behandeln zu können, braucht es eine ausreichende und langfristige Finanzierung von Psychiater*innen und Neurolog*innen, um nachhaltige Therapien zu ermöglichen. Das Erfolgsmodell Telefon- und Videodolmetschen, das in der Kommunikation zwischen Geflüchteten und beispielsweise Ämtern und Krankenhäusern die Sprachbarriere überwindet, wollen wir weiter finanzieren.

Begründung

Einrichtungen wie KommMit e. V. sind auf eine zuverlässige Finanzierung angewiesen, um ihre wichtige Arbeit gewährleisten zu können. Stabile Regelfinanzierungen sorgen dafür, dass Fachkräfte gehalten werden können und nicht immer über kleine Stellenanteile mit befristeten Projektmitteln finanziert werden. Nur so können langfristige Therapien mit Erfolg ermöglicht werden.

Ä-K15-509 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendörffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 58 einfügen:

Integration braucht auch einen stabilen gesetzlichen Rahmen. Darum setzen wir uns für ein Brandenburger Integrationsgesetz ein. So machen wir die Mitsprache und Gleichberechtigung von Personen mit Migrationsgeschichte in allen Bereichen unserer Gesellschaft zum Gesetz. Im Integrationsgesetz soll ein Landesförderprogramm für die Integration in Kommunen sowie die Bekämpfung von Diskriminierung mit Hilfe von Beratungs- und Bildungsangeboten und Beschwerdestellen enthalten sein. Die Beratungsstelle bei der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg wollen wir über Ende 2024 hinaus erhalten und entfristen. Diese hat sich in den vergangenen Jahren als verlässliche und gut angenommene Unterstützung für alle Betroffenen bewährt.

Zusätzlich dazu wollen wir endlich ein Brandenburger Antidiskriminierungsgesetz verabschieden. Neue Rechtsschutzinstrumente nach Berliner Vorbild sowie eine neu einzurichtende Ombudsstelle werden dazu beitragen, Betroffene in der Durchsetzung ihrer Rechte wirkungsvoll zu unterstützen. Präventive und vielfaltsbezogene Ansätze sollen Antidiskriminierung und Vielfalt zum verbindlichen Leitprinzip der Brandenburger Verwaltungen und Sicherheitsbehörden (vor allem der Polizei) machen.

Begründung

Betroffenen von Diskriminierung fehlen bisher angemessene Möglichkeiten, ihr Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben auf allen Ebenen einzuklagen. Antidiskriminierung in Behörden und Sicherheitsorganen als Leitmotiv zu etablieren ist ein wichtiger Schritt, um strukturelle Diskriminierung, z. B. Rassismus, zu überwinden.

Ä-K15-511 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendörffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 61 einfügen:

Abschiebeeinrichtungen, wie das Behördenzentrum am BER und kommunale Abschiebezentren, halten wir für falsch. Wir werden uns dafür einsetzen, den Bau des menschenrechtswidrigen Abschiebezentrums zu stoppen und aktuelle Verträge und Planungen rückgängig zu machen. Sogenannte "Asylverfahren in Drittstaaten" lehnen wir ab und schließen eine Beteiligung Brandenburgs daran aus. Jegliche Asylrechtsverschärfungen werden wir weder im Land noch im Bund mittragen.

Begründung

Es ist bekannt, dass die Pläne für ein Abschiebezentrum ein Prestigeprojekt von Kathrin Lange (SPD) und Michael Stübgen (CDU) ist. Abschiebungen sind eine menschenfeindliche, neokoloniale Praxis. Daher sollten wir uns gemeinsam mit Bündnispartner:innen weiterhin gegen den Bau des Zentrums stellen.

Ä-K15-513 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendörffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 62:

Landesaufnahmeprogramme ermöglichen eine sichere und geregelte Einreise. Wir wollen die schon bestehenden Landesaufnahmeprogramme weiterführen, und ausbauen und um Afghanistan sowie weitere Länder in Kriegs- und Krisenregionen erweitern. ~~Das Landesaufnahmeprogramm~~ Landesaufnahmeprogramme für Syrien ~~hat~~ und Jesid*innen haben sich in den letzten Jahren bewährt, weswegen wir esbeide wieder einführen wollen.

Ä-K15-516 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendörffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 68:

Menschen müssen einfacher in den Arbeitsmarkt einsteigen dürfen, auch wenn ihr Aufenthaltsstatus noch nicht abschließend geklärt ist. ~~Perspektivisch~~Wir wollen ~~wir~~ alle Arbeitsverbote für Geflüchtete abschaffen und die Möglichkeit vergrößern, Schul- und Bildungsabschlüsse nachzuholen. Dafür setzen wir uns auch weiterhin im Bund ein. Die Menschen, die nach Brandenburg kommen, bringen unterschiedliche Berufsausbildungen und -erfahrungen mit. Es braucht eine schnellere und flexiblere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, damit Geflüchtete ~~schnell auf eigenen Beinen~~ stehenschneller in Arbeit, Sprache und Gesellschaft ankommen können und gleichzeitig die angespannte Arbeits- und Fachkräftesituation entlasten.

Ä-K17-517 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 115:

Um die Aufarbeitung und das Gedenken an die Opfer der DDR-Diktatur am Leben zu halten, wollen wir neue regionale Erinnerungsorte schaffen, ~~in denen~~ und die bestehenden erhalten und stärken. So können sich vor allem junge Menschen auf neue Art mit der Geschichte befassen ~~können. Das~~ Wir setzen uns beim Bund weiterhin dafür ein, das Stasi-Unterlagen-Archiv in Frankfurt (Oder) ~~wollen wir~~ zügig zu modernisieren und die Außenstelle in Cottbus ~~mit einem umfangreichen Bildungsangebot ausstatten voranzubringen. An beiden Standorten braucht es ein umfangreichens Bildungsangebot und mehr Personal.~~

Ä-K15-518 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendorffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 70:

Die Migrationssozialarbeit und die Integrationspauschale sind wichtige Bausteine für eine gelungene Integration in Brandenburg. Diese wollen wir ~~beibehalten~~verstetigen und ~~verstetigen~~flächendeckend ausbauen. Geschlechterspezifische Angebote für queere Geflüchtete und FINTA* sollen vermehrt angeboten werden.

Ä-K15-524 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 60:

Abschiebungen sind nicht die Lösung für die aktuellen Herausforderungen. Bleiberechtmöglichkeiten müssen geprüft und Integrationsleistungen gewürdigt werden statt Abschiebungen zu vollziehen. Dabei sollten Ausländerbehörden auch eine beratende Rolle einnehmen oder auf entsprechende Beratungsstellen/Härtefallkommission hinweisen. Oft stehen tatsächliche Hürden, ~~wie eine ungeklärte Identität~~, einer Abschiebung entgegen und die Zahl der Menschen, die tatsächlich abgeschoben werden können, ist gering. Jede Abschiebung aus Brandenburg muss transparent und detailliert samt Kosten und beteiligter Unternehmen aufgeschlüsselt werden. Das MIK muss den Innenausschuss auf Eigeninitiative Abschiebungen ankündigen und mit diesem regelmäßig zurückliegende Abschiebungen in ihrer Verhältnismäßigkeit evaluieren. Wir setzen uns für eine schnelle und umfassende Integration von Geflüchteten ein.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K15-527 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendörffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 55:

Wir wollen ein breites, kreisübergreifendes und flächendeckendes Angebot an ~~berufsbegleitenden~~ berufs- und ausbildungsbegleitenden Sprachkursen etablieren. Das Angebot an Deutschkursen an Universitäten für internationale Studierende soll ausgebaut werden. Weitere Sprachkurse sollen sich an Geflüchtete mit besonderen Bedürfnissen richten, zum Beispiel an Eltern mit kleinen Kindern. Sprachkurse sollen sich auch flexibler an unterschiedliche Lernniveaus anpassen: Wer zum Beispiel nicht ausreichend in lateinischen Buchstaben lesen und schreiben kann, soll bevorzugt mündlich statt schriftlich geprüft werden.

Begründung

Für viele internationale Studierende fehlt das Angebot an ausreichend Sprachkursen.

Ä-K15-530 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 64:

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre haben wir gelernt: Die Unterbringung von schutzbedürftigen Menschen in zentralen Einrichtungen hilft weder Geflüchteten noch unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für dezentrale Unterbringung in Wohnungen und Nachbarschaften ein, wo Menschen schneller Fuß fassen können. Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften soll so früh wie möglich, spätestens nach 6 Monaten (inklusive der bereits in einer Erstaufnahmeeinrichtung verbrachten Zeit), eine eigene, dezentrale Unterkunft ermöglicht werden. Alle Menschen auf der Flucht müssen umgehend aus der Erstaufnahmeeinrichtung in die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt werden. Der Betrieb von Flüchtlingsunterkünften darf nur noch zulässig sein, wenn die Unterkunft gut in urbane Strukturen eingebunden ist.

Die Zeit in Erstaufnahmeeinrichtungen soll deutlich auf maximal 3 Monate verkürzt werden. Um genügend Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen, wollen wir bestehende Förderprogramme zum Bau von Sozialwohnungen vor allem für kommunalen Wohnungsbau bereitstellen und den seriellen Wohnungsbau vorantreiben. Rechtliche Hürden für eine schnelle dezentrale Unterbringung wollen wir abbauen, denn: Dass Geflüchtete leichter ein Zuhause finden, wenn ihnen Gesetze nicht den Weg versperren, haben wir bei der Integration von Menschen aus der Ukraine gesehen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K15-531 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 66:

~~Geflüchtete schneller in Arbeit bringen~~

Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K18-533 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 143 einfügen:

Das bundesweite „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ hat zum Ziel, Diskriminierungen im privaten und öffentlichen Bereich zu bekämpfen, hat aber viele Lücken. Auch einige EU-Vorgaben sind momentan nicht ausreichend umgesetzt. Diskriminierung findet erwiesenermaßen sowohl bei Mietverhältnissen als auch bei Behördengängen statt. Brandenburg hat immer noch kein landeseigenes Antidiskriminierungsgesetz, das die bestehenden Lücken schließt. Das Gesetz soll klarstellen, welche Aufgaben das Land in diesem Bereich konkret hat und bundesweiten Vorbildcharakter haben.

Einer der Grundpfeiler der EU ist der freie Personenverkehr innerhalb der Mitgliedsstaaten. Für uns heißt das, dass auch Brandenburg in der Pflicht steht, Grenzkontrollen nur in absoluter Ausnahme durchzuführen und stets andere Möglichkeiten zu priorisieren, welche keine willkürlichen, teilweise auf rassistischen Annahmen beruhenden Kontrollen von Reisenden beinhalten. Für die Registrierung von Schutzsuchenden schlagen wir sichtbare Anlaufstellen in direkter Grenznähe vor.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K15-534 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendörffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 54 einfügen:

Viele Migrant*innen warten noch viel zu lange auf Entscheidungen durch Behörden, dürfen nicht arbeiten und verharren jahrelang in Ungewissheit. Wir wollen darum für schnellere Prozesse in Asyl- und Einwanderungsverfahren sorgen. Dafür brauchen wir mehr qualifiziertes Personal in Ausländerbehörden. Analog zu den „Verfahrenshinweisen zum Aufenthalt in Berlin“ der Berliner Verwaltung wollen wir auch in Brandenburg einen festen Rahmen für aufenthaltsrechtliche Ermessensentscheidungen schaffen. Die Hinweise sollen u. a. sicherstellen, dass sich Menschen mit allen Aufenthaltsstatussen, auch vorläufigen und temporären, frei bewegen und reisen können. Damit entlasten wir die Landkreise und kreisfreien Städte und bringen Transparenz in die Entscheidungen.

Begründung

Durch lange Wartezeiten auf die Ausstellung offizielle Aufenthaltstitel und Dokumente und eine intransparente Entscheidungskultur bzgl. der Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen, dürfen Menschen teilweise monatelang nicht reisen.

Ä-K15-536 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 59:

Wir setzen uns uneingeschränkt für flüchtende und geflüchtete Menschen ein. Die von rassistischen und diskriminierenden Vorurteilen ~~geprägten Instrumente Bezahlkarte und~~ geprägte Arbeitspflicht für Geflüchtete lehnen wir ab. Diese schaffen einen unnötigen bürokratischen Aufwand und erschweren die Integration.

Der Einführung einer Socialcard als digitale Übertragung der bisherigen Bargeldauszahlung (Verpflichtungsschein) stehen wir grundsätzlich offen gegenüber, sofern Sanktionierungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind und das auch bleiben. Wir orientieren uns an der Socialcard der Stadt Hannover. Sie soll wie eine EC- oder Kreditkarte ohne eigenes Konto funktionieren. Wir wollen ankommenden Menschen durch die finanzielle Autonomie ihrer Würde bewahren und gleichzeitig neue Wege gehen, um die Kommunen und Behörden schrittweise zu entlasten.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K15-538 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 50:

Die Flucht vieler ~~Ukrainer*innen~~ Menschen aus der Ukraine nach Deutschland hat Brandenburg in den vergangenen zwei Jahren vor große organisatorische Herausforderungen gestellt. Trotzdem stehen wir zu unserer Verantwortung für die Menschen, die vor Putins Angriffskrieg flüchten müssen. Gleichzeitig lehnen wir jede Ungleichbehandlung zwischen Geflüchteten aus Europa und anderen Teilen der Welt ab. Wir wollen Netzwerke von aufnahmebereiten Städten und Gemeinden besonders fördern.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K15-541 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 54:

Viele ~~Migrant*innen~~ Schutzsuchende warten noch viel zu lange auf Entscheidungen durch Behörden, dürfen nicht arbeiten und verharren jahrelang in Ungewissheit. Wir wollen darum für schnellere Prozesse in Asyl- und Einwanderungsverfahren sorgen. Dafür brauchen wir mehr qualifiziertes Personal in Ausländerbehörden. Analog zu den „Verfahrenshinweisen zum Aufenthalt in Berlin“ der Berliner Verwaltung wollen wir auch in Brandenburg einen festen Rahmen für aufenthaltsrechtliche Ermessensentscheidungen schaffen. Damit entlasten wir die Landkreise und kreisfreien Städte und bringen Transparenz in die Entscheidungen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K15-544 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 49:

Wir stellen uns klar gegen rechte und rechtsextreme Populist*innen, die Stimmungsmache auf dem Rücken geflüchteter Menschen betreiben. Geflüchtete und ~~Migrant*innen~~ Menschen mit Migrationsgeschichte bereichern unsere Gesellschaft. Wir wollen vor allem die Kommunen strukturell besser dabei unterstützen, die Situation der Menschen direkt vor Ort zu verbessern.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K13-545 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 22 löschen:

Das Schulgesetz wollen wir erneuern und die Mitwirkung von Schüler*innen, Eltern und Lehrenden erleichtern. Pädagog*innen sollen in Fort- und Weiterbildungen öfter die Möglichkeit bekommen, ihre eigene Arbeit zu reflektieren ~~und so ihre demokratische Haltung zu stärken~~. Auch sollen die Themen Kinderrechte, Beteiligung und Demokratiekompetenz stärker in der pädagogischen Ausbildung und Fortbildungen vermittelt werden. Damit Eltern ihre Mitwirkungsmöglichkeiten im Bildungssystem besser verstehen und nutzen, soll es mehr Fortbildungsangebote geben. Bei Gewalttaten oder rechtsextremistischen Vorfällen wollen wir Schulträger*innen und Schulämter zum Handeln verpflichten.

Begründung

Ich finde diesen Halbsatz sehr vorwurfsvoll.

Ä-K14-548 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 26 löschen:

In Brandenburg können wir gut und sicher leben. Das bestätigt auch die polizeiliche Kriminalstatistik: Zwar stieg die Zahl der Straftaten im letzten Jahr an, sie bleibt aber weiterhin niedriger als vor der Coronapandemie. Das gleiche gilt für schwere Straftaten wie Körperverletzungen. Wir wollen, dass die Brandenburger*innen auch in Zukunft sicher leben können. Darum müssen wir unsere Sicherheitsbehörden jetzt auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten: Mit genug Personal, guter Ausstattung, fairen Arbeitsbedingungen und Digitalkompetenzen. Immer im Blick behalten wir dabei die Freiheitsrechte aller Bürger*innen. Darum stehen wir klar gegen sinnlose Massenüberwachung und intransparente Sicherheitsbehörden. ~~Gemeinsam schützen wir unsere demokratische und vielfältige Gesellschaft.~~

Begründung

"Gemeinsam" - Wer mit wem?

Und wer ist "wir"?

Ä-K15-554 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Wolfgang Freese

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 50 einfügen:

Die Flucht vieler Ukrainer*innen nach Deutschland hat Brandenburg in den vergangenen zwei Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Trotzdem stehen wir zu unserer Verantwortung für die Menschen, die vor Putins Angriffskrieg flüchten müssen. Dabei unterstützen wir auch russische Oppositionelle und russische Kriegsdienstverweigerer.

Begründung

Wenn auch Russland ein Land voller Befürworter*innen von Putins Politik zu sein scheint, ist es außerordentlich wichtig, diejenigen die anders denken oder/und Putins Krieg gegen die Ukraine verurteilen vor Gefängnis und schlimmerem zu bewahren.

Ä-K14-558 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 42 löschen:

Seit die Elektroschockpistole, auch Taser genannt, in Brandenburg probeweise erlaubt ist, wird sie von der Polizei immer häufiger genutzt. Dass Polizeibeamt*innen dank des Tasers seltener zur Schusswaffe greifen, ist bisher aber nicht bestätigt. Stattdessen besteht mit dem Taser die Gefahr, dass Konfrontationen schneller durch unverhältnismäßige Gewalt beendet werden, als dass Polizist*innen deeskalieren. Für Menschen mit Vorerkrankungen und Behinderungen kann der Einsatz der Schockwaffe tödlich enden. ~~Außerdem besteht die Sorge, dass die neue Waffe verstärkt gegen diskriminierte Minderheiten und gegen Menschen eingesetzt werden könnte, die ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen oder sich politisch Gehör verschaffen wollen.~~

Begründung

Die Begründung davor finde ich ausreichend. Was als Sorge beschrieben wird, kann schnell als Unterstellung aufgefasst werden und wir sollten im Wahlprogramm darauf verzichten.

Ä-K15-563 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 57 löschen:

Integration muss dort passieren, wo Menschen ankommen und leben: Darum wollen wir in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Willkommenszentren schaffen. Insbesondere Geflüchtete sollen hier zusätzliche Sprach- und Freizeitangebote finden, mit Arbeitgeber*innen vernetzt werden, sowie Beratung zu Wohnungen, Kinderbetreuung, Alltag und Bürokratie erhalten. In kommunalen Willkommenszentren sollen besonders schutzbedürftige Menschen, ~~wie queere Personen~~, Unterstützung finden und es sollen dort Integrationskurse für alle angeboten werden – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Dafür wollen wir auch lokale Willkommensinitiativen gezielt mit einbeziehen.

Begründung

Es gibt sehr unterschiedliche schutzbedürftige Personengruppen. Wir sollten es bei einer breiten Formulierung belassen, die alle diese Gruppen einschließt und keine besonders herausstellt.

Ä-K15-565 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 59:

Wir setzen uns uneingeschränkt für flüchtende und geflüchtete Menschen ein. ~~Die von rassistischen und diskriminierenden Vorurteilen geprägten Instrumente~~ Eine Bezahlkarte und Arbeitspflicht für Geflüchtete lehnen wir ab. Diese schaffen einen unnötigen bürokratischen Aufwand und erschweren die Integration.

Begründung

Ich finde die Formulierung ziemlich polarisierend. Unnötig, da eine sachliche Begründung folgt.

Ä-K14-569 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 46 einfügen:

Brandenburgs Stützpunktfeuerwehren werden schon heute bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen unterstützt. Immer häufiger müssen bei den Freiwilligen Feuerwehren hauptamtliche Feuerwehrleute die freiwilligen Kräfte unterstützen und eine Mindestbereitschaft absichern. In Zukunft wollen wir die „Richtlinie Stützpunktfeuerwehren“ weiterentwickeln und die Kommunen bei den Personalkosten dieser hauptamtlichen Feuerwehrkräfte unterstützen. Besondere unterstützen werden wir zudem Feuerwehren, welche für Einsätze bei Unfällen auf Autobahnen und vielbefahrenen Bundesstraßen zuständig sind.

Begründung

Gerade Feuerwehren in dünnbesiedelten Gegenden, durch welche Autobahnen und viel befahrene Bundesstraßen verlaufen, stoßen schnell an ihre Grenzen, da es zu überproportional vielen Einsätzen kommt, die zudem besonders belastend sind. So hat sich seit Aufhebung des Tempolimits auf der A 24 die Zahl der Einsätze soweit erhöht, dass es Probleme mit Arbeitgebern gibt. Zunehmender Anteil von E-Autos führt zu weiteren Anschaffungsnotwendigkeiten. Daher muss hier besondere Aufmerksamkeit gelten.

Ä-K15-574 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 64 löschen:

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre haben wir gelernt: Die Unterbringung von schutzbedürftigen Menschen in zentralen Einrichtungen hilft weder Geflüchteten noch unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für dezentrale Unterbringung in Wohnungen und Nachbarschaften ein, wo Menschen schneller Fuß fassen können. Die Zeit in Erstaufnahmeeinrichtungen soll deutlich verkürzt werden. ~~Um genügend Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen, wollen wir bestehende Förderprogramme zum Bau von Sozialwohnungen vor allem für kommunalen Wohnungsbau bereitstellen und den seriellen Wohnungsbau vorantreiben.~~ Rechtliche Hürden für eine schnelle dezentrale Unterbringung wollen wir abbauen, denn: Dass Geflüchtete leichter ein Zuhause finden, wenn ihnen Gesetze nicht den Weg versperren, haben wir bei der Integration von Menschen aus der Ukraine gesehen.

Begründung

Den Satz verstehe ich nicht. Wir wollen "bestehende Förderprogramme ... bereitstellen"?

Darüber hinaus: In Zeiten, in denen für viele Menschen bezahlbare Mieten und Wohnungsmangel zu den drängendsten Problemen gehören, sollten wir weder den Bau von Sozialwohnungen noch den seriellen Wohnungsbau ausschließlich für eine bestimmte Personengruppe vorantreiben, sondern für alle Menschen, die dringend darauf angewiesen sind.

Ä-K15-578 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 68 löschen:

Menschen müssen einfacher in den Arbeitsmarkt einsteigen dürfen, auch wenn ihr Aufenthaltsstatus noch nicht abschließend geklärt ist. Perspektivisch wollen wir alle Arbeitsverbote für Geflüchtete abschaffen. Die Menschen, die nach Brandenburg kommen, bringen unterschiedliche Berufsausbildungen und -erfahrungen mit. Es braucht eine schnellere und flexiblere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, damit Geflüchtete schnell auf eigenen Beinen stehen können ~~und gleichzeitig die angespannte Arbeits- und Fachkräftesituation entlasten.~~

Begründung

Dieses Satz empfinde ich als zynisch. Wir sollten alles tun, um Fluchtursachen zu bekämpfen und Geflüchteten Schutz zu bieten. Doch wir sollten nicht den Anschein erwecken, mit weltweiten Fluchtursachen unseren selbstverschuldeten Fachkräftemangel kompensieren zu wollen.

Ä-K16-579 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 75:

Auch, wenn unsere Gesellschaft moderner und weiblicher wird: Strukturell, also wenn es um Geld, Macht, Gesundheit oder Lebensqualität geht, ~~sind wir von der Gleichstellung von Männern und Frauen und Menschen anderer Geschlechter immer noch weit entfernt. Brandenburg steht im Vergleich mit anderen Bundesländern gut da, aber auch wir haben~~ haben wir noch viel Arbeit vor uns auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten und diskriminierungsfreien Gesellschaft.

Ä-K16-582 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 86:

Wir wollen Frauen, stärker für die Arbeit in der Politik begeistern, sie vorbereiten und beim Einstieg oder Ausüben ihres Mandats unterstützen. Dafür stärken wir Empowerment- und Mentoringprogramme sowie Frauennetzwerke. Wer für seine politische Tätigkeit die Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen bezahlen muss oder Verdienstaufschläge hat, wird dafür entschädigt. Sitzungen sollen zu familienfreundlicheren Zeiten stattfinden und digital zugänglich sein. Wir setzen uns mit Partnern wie dem Brandenburger Städte- und Gemeindebund für ~~die Einführung von Kommunikationskodexen ein, um den Umgang in den Kommunalvertretungen für alle angenehm zu gestalten.~~ Vereinbarungen zum respektvollen Umgang in den Kommunalvertretungen ein. Die wertvolle Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und die queerfeministische Jugendarbeit sollen besser finanziell ausgestattet werden. Unser Ziel bleibt weiterhin die paritätische Besetzung aller Mandate in unseren Parlamenten.

Ä-K17-584 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen Bbg

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 104:

~~Mit einer „Landesstrategie Baukultur“ wollen wir Expert*innen und Fachkräfte aus den Bereichen Architektur, Bau, Kultur, Wissenschaft & Nachhaltigkeit zusammenbringen und mitreden lassen, wenn es um Bauen und Architektur geht. Wir wollen nachhaltige Ziele stärker in unserer Baukultur verankern und unser baukulturelles Erbe erlebbar machen. Dabei soll sich nicht immer alles um Schlösser und Gärten drehen: Auch die jüngere Zeitgeschichte und die Ostmoderne sind wichtige Teile unserer Architekturgeschichte, an die wir mehr Menschen heranführen und die wir erhalten wollen. Wir wollen eine Landesstiftung Baukultur auf den Weg bringen. Erfolgreiche Formate wie das „Landeskonvent der Baukultur“ und den „Tag der Baukultur“ soll es auch in Zukunft geben.~~

Mit einer „Landesagentur KlimaBauKultur“ LKBK wollen wir Bürgerinnen und Bürger, Expert*innen und Fachkräfte aus den Bereichen Klimaschutz, Architektur, Bau, Kultur, Jugend und Wissenschaft zusammenbringen.

Wir wollen die Klimaschutzziele stärker mit unserer Baukultur abgleichen, unsere baukulturellen Gebäude sinnvoll weiterentwickelnd und das Erbe vergangener Generationen integrieren.

Dabei soll sich nicht immer alles um Schlösser und Gärten drehen: Auch die jüngere Zeitgeschichte und die Ostmoderne sind wichtige Teile unserer gemeinsamen Geschichte, an die wir die Menschen heranführen wollen.

Formate wie das „Landeskonvent der Baukultur“ und den „Tag der Baukultur“ sollen hier im Sinne der Versöhnung von Alt und Neu weiterentwickelt werden.

Begründung

Es geht um die Integration von Denkmalschutz und alten Gebäuden und dem notwendigen Klimaschutz. Bisher sind die Abwehrreflexe des Denkmalschutzes unversöhnlich und fast ausschließlich auf Verhinderung von Klimaschutz - insbesondere bei Nachbargebäuden - gerichtet. Hier braucht es dialogische Verfahren. Eine Stiftung würde eher die Abwehrmechanismen verhärten. Eine Agentur mit dem Namen LandesagenturKlimaBauKultur LKBK würde eher integrieren und die Diskussion - die bei weitem noch nicht abgeschlossen ist - befördern.

Ä-K17-583 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 123 löschen:

Zu einer lebendigen und demokratischen Gesellschaft gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Während der Kolonialzeit wurden schwere Verbrechen begangen und ganze Kontinente ausgebeutet. Wir unterstützen daher alle Bemühungen, die koloniale Vergangenheit Brandenburgs, Deutschlands und Europas umfassend aufzuklären. Dazu gehört es, erinnerungskulturelle Angebote weiter auszubauen, neue Gedenkorte und dezentrale Lernorte zu schaffen, Ausstellungen zu überarbeiten und Landesmittel für die Erforschung der Kolonialgeschichte bereitzustellen. Wir unterstützen die Errichtung eines Lern- und Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Kolonialismus. ~~Wir wollen eine unabhängige Kommission einrichten, die untersucht, wie Brandenburg und seine politischen Vorgänger am Kolonialismus beteiligt waren und welche Folgen bis heute nachwirken.~~

Begründung

Da die "politischen Vorgänger" territorial sehr vom aktuellen Bundesland Brandenburg abweichen, sollten wir uns für eine Untersuchung auf Bundesebene einsetzen. Evtl. sogar in Zusammenarbeit mit Polen. Inselprojekte in jedem Bundesland sind wenig effizient.

Ä-K17-585 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Klimaneutrales Bauen Bbg

Beschlussdatum: 20.12.2023

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 103:

Baukultur ~~erlebbarmachen~~integrieren

Begründung

Integration statt Konfrontation sind ugrüne Ziele. Der nachfolgende ÄA versucht diese Diskussion zur Integration auf stabile Füße zu stellen.

Ä-K13-591 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 16:

Am besten ~~erlebt man~~erlebbare ist Demokratie vor Ort in den Städten, Gemeinden und Landkreisen durch ~~das ehrenamtliche kommunalpolitische~~ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement. Die hier kommunalpolitisch ~~Aktiven~~aktiven Menschen verdienen mehr Wertschätzung und Unterstützung. Darum wollen wir eine landesweite Kampagne für das politische Ehrenamt starten. Wir wollen in der Kommunalverfassung die Vereinbarkeit von Familie und Mandat stärken, auch durch erweiterte Freistellungsmöglichkeiten von der Arbeit und verbesserte Regeln zur Übernahme mandatsbedingter Betreuungskosten. Zur Qualifikation und Beratung der Ehrenamtler*innen wollen wir die Finanzierung der kommunalpolitischen Vereinigungen ausbauen.

Ä-K14-593 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 29:

Wir wollen, dass die Brandenburger Polizei gut ausgebildet und ausgestattet ist. Es braucht zudem gute Arbeitsbedingungen und ein offenes Klima im Alltag, damit auch mehr Frauen und unterrepräsentierte Gruppen in den Dienst kommen. ~~Wir~~Durch eine regelmäßige und im Innenministerium gebündelte statistische Erhebung und Evaluierung des Überstundenpensums, wollen wir Überstunden und Belastungen für die Beamt*innen reduzieren und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Um mehr Nachwuchs für den Beruf zu gewinnen, wollen wir bessere Aufstiegschancen und eine faire Bezahlung schaffen. So wird es uns gelingen, unser Ziel von 8.500 gut geschulten Polizeibeamt*innen im gesamten Land Brandenburg zu erreichen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K14-599 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 34:

Wir konnten in der Landesregierung eine Polizeibeauftragte durchsetzen, die als unabhängige Ansprechperson für Polizei, Bürger*innen und die Politik bereitsteht. Zukünftig wollen wir weiterjährlich überprüfen, ob die Beauftragte ihre Aufgaben ausreichend erfüllen kann und sich Polizeibeamt*innen ohne Bedenken an die Stelle wenden können. Wir unterstützen die Polizei in der lückenlosen Aufklärung von rechtsextremen, diskriminierenden und grenzüberschreitenden Vorfällen in den eigenen Reihen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K14-602 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Petra Budke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 46 einfügen:

Brandenburgs Stützpunktfeuerwehren werden schon heute bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen unterstützt. Immer häufiger müssen bei den Freiwilligen Feuerwehren hauptamtliche Feuerwehrleute die freiwilligen Kräfte unterstützen und eine Mindestbereitschaft absichern. In Zukunft wollen wir die „Richtlinie Stützpunktfeuerwehren“ weiterentwickeln und die Kommunen bei den Personalkosten dieser hauptamtlichen Feuerwehrkräfte unterstützen.

[Den Wasserrettungsdienst im Land wollen wir stärken und ihn gleichberechtigt mit dem bodengebundenen Rettungsdienst und der Luftrettung in das Rettungsdienstgesetz aufnehmen.](#)

Begründung

Da Brandenburg sehr wasserreich ist und es leider sehr viele Badeunfälle gibt, müssen wir auch den Wasserrettungsdienst stärken.

Ä-K15-601 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 57 einfügen:

Integration muss dort passieren, wo Menschen ankommen und leben: Darum wollen wir in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Willkommenszentren schaffen. Insbesondere Geflüchtete sollen hier zusätzliche Sprach- und Freizeitangebote finden, mit Arbeitgeber*innen vernetzt werden, sowie Beratung zu Wohnungen, Kinderbetreuung, Alltag und Bürokratie erhalten. Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen benötigen zudem individuelle Beratungen im Bezug auf Pflegeunterstützung und Hilfe bei Antragstellungen an die zuständigen Stellen in ihrer Muttersprache oder mit Dolmetscher. In kommunalen Willkommenszentren sollen besonders schutzbedürftige Menschen, wie queere Personen, Unterstützung finden und es sollen dort Integrationskurse für alle angeboten werden – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Dafür wollen wir auch lokale Willkommensinitiativen gezielt mit einbeziehen.

Ä-K15-606 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 61:

Abschiebeeinrichtungen, wie das Behördenzentrum am BER und kommunale Abschiebezentren,
~~halten~~lehnen wir ~~für falsch~~entschieden ab.

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung ist einfach viel zu schwach!

Ä-K17-613 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 110 einfügen:

Musik- und Kunstschulangebote sowie Projekte im Klassenverband wie die „Klasse Kunst“ wollen wir ausweiten. In landesgeförderten Kulturorten sollen Schulklassen, Auszubildende, Senior*innen und Studierende in Zukunft freien Eintritt erhalten.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K14-616 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 26 einfügen:

In Brandenburg können wir gut und sicher leben. Das bestätigt auch die polizeiliche Kriminalstatistik: Zwar stieg die Zahl der Straftaten im letzten Jahr an, sie bleibt aber weiterhin niedriger als vor der Coronapandemie. Das gleiche gilt für schwere Straftaten wie Körperverletzungen. Wir wollen, dass die Brandenburger*innen auch in Zukunft sicher leben können. Darum müssen wir unsere Sicherheitsbehörden jetzt auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten: Mit genug Personal, guter Ausstattung, fairen Arbeitsbedingungen und Digitalkompetenzen. Immer im Blick behalten wir dabei die Freiheitsrechte aller Bürger*innen. Darum stehen wir klar gegen sinnlose Massenüberwachung und intransparente Sicherheitsbehörden. Gemeinsam schützen wir unsere demokratische und vielfältige Gesellschaft.

Wir stellen uns klar gegen die Aufrüstung von Polizei und Sicherheitsbehörden! Unsere Gesellschaft braucht aufsuchende Hilfsangebote für Menschen in Notlagen und gut ausgebaute Schutzstrukturen für Betroffene von Gewalt durch Mitmenschen und die Polizei. Wir stehen ein für Sicherheitsbehörden, die sich als deeskalierende Akteur*innen verstehen!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä-K16-615 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 94 einfügen:

Wir wollen die Anzahl der Frauenhausplätze in Brandenburg weiter an den Bedarf anpassen und mehr Beratungsangebote in allen Regionen des Bundeslands ausbauen. Es braucht dabei auch barrierefreie Wohnmöglichkeiten, um auch Frauen mit Behinderungen Schutz bieten zu können. Das Angebot von kulturspezifischen und nicht-deutschsprachigen Angeboten wollen wir ausbauen. Für Polizei, Verwaltung und Justiz wollen wir mehr Schulungen im Umgang mit Opfern sexualisierter Gewalt anbieten.

Ä-K18-621 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 138 einfügen:

In der Arbeitswelt wollen wir die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt stärker fördern. Mit Werkstätten für behinderte Menschen wollen wir darum verbindliche Übergangsquoten vereinbaren, um mehr Beschäftigten den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ausbildungs- und Arbeitsplätze in inklusiven Unternehmen wollen wir als Land besonders fördern. An der bundesweiten Diskussion um die Entlohnung der Menschen mit Behinderungen in Werkstätten werden wir uns mit dem Ziel beteiligen, den Mindestlohn auch in Werkstätten einzuführen. Wir werden den Anfang machen und den Mindestlohn in Brandenburger Werkstätten einführen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K17-633 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Petra Budke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 129:

Der journalistische Nachwuchs des rbb soll auch in Zukunft in Brandenburg ausgebildet werden. ~~Dass jetzt an der Electronic Media School (EMS) in Babelsberg die Hälfte der Stellen für Volontär*innen wegfallen sollen, passt nicht ins Bild. Wir fordern den Erhalt der Stellen und~~ Wir möchten den rbb unterstützen, eine eigenständige und tariflich bezahlte Volontär*innenausbildung auf den Weg zu bringen.

Begründung

Die Entscheidung über die Zukunft der EMS ist bis zur Wahl vermutlich gefallen.

Ä-K17-645 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Petra Budke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 129:

~~Der journalistische Nachwuchs des rbb soll auch in Zukunft in Brandenburg ausgebildet werden. Dass jetzt an der Electronic Media School (EMS) in Babelsberg die Hälfte der Stellen für Volontär*innen wegfallen sollen, passt nicht ins Bild. Wir fordern den Erhalt der Stellen und möchten den rbb unterstützen, eine eigenständige und tariflich bezahlte Volontär*innenausbildung auf den Weg zu bringen.~~

Der journalistische Nachwuchs des rbb soll auch in Zukunft in Brandenburg ausgebildet werden. Die Electronic Media School (EMS) wollen wir zu einer crossmedialen Journalist*innenschule für Brandenburg und Berlin weiterentwickeln, die qualifizierten Journalist*innennachwuchs für die Zukunft sichert.

Ä-K15-644 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 61:

Abschiebeeinrichtungen, wie das **Behördenzentrum** geplante nicht menschenrechtskonforme Abschiebezentrum am BER und kommunale Abschiebezentren, halten wir für falsch. Erst wenn alle Ungereimtheiten und Unklarheiten rund um das Abschiebezentrum lückenlos ausgeräumt sind, kann über den Bau von menschenrechtskonformen Unterkünften zur Vorbereitung der freiwilligen Ausreise von Schutzsuchenden ohne die Perspektive auf einen Aufenthaltsstatus gesprochen werden. Bis dahin müssen alle Planungen gestoppt werden.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K13-648 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:

Viel zu häufig dauern Verfahren an unseren Gerichten zu lange und werden große, komplizierte Verfahren durch Deals mit Strafrabatten beendet. Das ist ungerecht und gefährdet das Vertrauen in den Rechtsstaat wie auch unseren Wirtschaftsstandort. Um hier entgegen zu wirken und den Verfahrensstau abzubauen, haben wir in der Regierung erreicht, dass viel zusätzliches Personal eingestellt wurde - mit Erfolg. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen.

Wir haben in den letzten Jahren zudem erfolgreich die Unabhängigkeit der Justiz verteidigt: Während anderswo Richter*innen und Staatsanwält*innen allein durch die Justizminister*innen ernannt und befördert werden, hat in Brandenburg ein demokratisch gewählter Richterwahlausschuss das Sagen. Dessen Rechte wollen wir weiter stärken, ebenso die Mitbestimmung der Justiz an den Gerichten selbst.

Ä-K13-650 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 5:

Eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit ist es, den Rechtsextremismus in Brandenburg als Gesellschaft und Politik gemeinsam zu bekämpfen. ~~Beratungsstellen wie das~~Das Aktionsbündnis Brandenburg, Beratungsstellen wie die demos-Gemeinwesenberatung, die Regionalen Arbeitsstellen „Bildung, Integration und Demokratie“, der Verein „Opferperspektive“ und die Brandenburgische Sportjugend und viele andere leisten schon heute wichtige Arbeit gegen Rechtsextremismus. Um sie weiter zu fördern, wollen wir die Gelder für das Programm „Tolerantes Brandenburg“ erhöhen und es besser mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zusammendenken.

Ä-K13-652 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 5 einfügen:

Eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit ist es, den Rechtsextremismus in Brandenburg als Gesellschaft und Politik gemeinsam zu bekämpfen. Beratungsstellen wie das Aktionsbündnis Brandenburg, die demos-Gemeinwesenberatung, die Regionalen Arbeitsstellen „Bildung, Integration und Demokratie“, der Verein „Opferperspektive“ und die Brandenburgische Sportjugend und viele andere leisten schon heute wichtige Arbeit gegen Rechtsextremismus. Um sie weiter zu fördern, wollen wir die Gelder für das Programm „Tolerantes Brandenburg“ erhöhen und es besser mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zusammendenken. Um die Finanzierung von Demokratiprojekten langfristig auf solide Beine zu stellen, wollen wir mit einem Demokratiefördergesetz für Brandenburg eine verlässliche gesetzliche Grundlage schaffen. So stellen wir sicher, dass gut funktionierende Strukturen nicht jährlich um Zuschüsse zittern müssen und Gefahr laufen, qualifiziertes Personal und mühsam aufgebautes Vertrauen zu verlieren.

Ä-K13-654 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 11:

Beteiligung und Direkte Demokratie ~~ausbauen~~stärken

Ä-K13-657 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 12:

~~Zum Leben in einer~~ Unsere Demokratie ~~sollte mehr gehören, als alle paar Jahre wählen~~ steht aktuell vor Herausforderungen wie selten zuvor. Verfassungsfeinde versuchen gezielt, demokratische Institutionen verächtlich zu gehen ~~machen, gleichzeitig bringen multiple Krisen viele Menschen zum Zweifeln an der Politik als Ganzem. Demokratieskepsis kann nur entgegen gewirkt werden, wenn Menschen konkret vor Ort erleben, dass sie sich einmischen können, und demokratische Aushandlungsprozesse erfahren.~~

Darum wollen wir den Menschen in Brandenburg die Möglichkeit geben, sich mehr und direkter an der Landes- und Kommunalpolitik zu beteiligen. Wir wollen die Hürden für Volksbegehren abbauen, indem wir Unterschriftensammlungen vereinfachen und digitalisieren. Um die Beteiligung zu erhöhen, wollen wir die Termine von Volksentscheiden und Wahlen möglichst zusammenlegen.

Ä-K13-662 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 12:

Zum Leben in einer Demokratie sollte mehr gehören, als alle paar Jahre wählen zu gehen. Darum wollen wir den Menschen in Brandenburg die Möglichkeit geben, sich mehr und direkter an der Landes- und Kommunalpolitik zu beteiligen. Wir wollen die Hürden für Volksbegehren abbauen, indem wir ~~Unterschriftensammlungen vereinfachen und digitalisieren. Um die Beteiligung zu erhöhen, wollen wir die Termine von Volksentscheiden und Wahlen möglichst zusammenlegen.~~

endlich digitale Unterschriften sowie eine freie Sammlung ermöglichen. Um die Beteiligung zu erhöhen, wollen wir die Termine von Volksentscheiden und Wahlen möglichst zusammenlegen. Außerdem wollen wir Themenausschlusskataloge entschlacken, wie es in anderen Ländern schon lange der Fall ist – insbesondere sollen auch Bürgerbegehren zu Bebauungs- und Flächennutzungsplänen möglich sein.

Ä-K18-661 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Christoph Rüdiger Alms

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 147 einfügen:

In ganz Brandenburg sehen wir eine Zunahme von Hetze und Gewalt gegen queere Menschen. Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer queerfeindlicher Gewalt wollen wir daher stärken und landesweit ausbauen. Auch die Mitarbeiter*innen von Polizei und Justiz wollen wir besser für queerfeindliche Gewalt sensibilisieren. Wir wollen Zufluchtsorte für von häuslicher Gewalt betroffene queere Menschen schaffen. Wichtig ist uns auch, die Situation queerer Geflüchteter zu verbessern und konkrete Projektideen unter Beteiligung der queeren Vereine umzusetzen. Mit einer landesweiten Kampagne gegen Hass und Hetze sowie für queere Vielfalt wollen wir zeigen: Dieser Hass hat in Brandenburg keinen Platz!

Begründung

Konkretisierung

Ä-K15-667 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Petra Budke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 49 einfügen:

Wir stellen uns klar gegen rechte und rechtsextreme Populist*innen, die Stimmungsmache auf dem Rücken geflüchteter Menschen betreiben. Geflüchtete und Migrant*innen bereichern unsere Gesellschaft. Wir wollen vor allem die Kommunen strukturell besser dabei unterstützen, die Situation der Menschen direkt vor Ort zu verbessern. Wir setzen uns für eine Umgestaltung des Verteilmechanismus auf die Kommunen ein, so dass die Geflüchteten nicht mehr pauschal auf den ganzen Landkreis, sondern auf die Kommunen verteilt werden. Damit fördern wir die dezentrale Unterbringung und somit auch die Integration Geflüchteter. Unsere Kommunen brauchen aber auch mehr finanzielle Unterstützung, um die notwendige Infrastruktur zu schaffen und Geflüchteten ein neues Zuhause zu bieten. Für die Schaffung ausreichender Kita- und Schulplätze wollen wir ein Förderprogramm des Landes entwickeln. Die Kommunalen Investitionsprogramme (KIP) Kita und Schule wollen wir fortsetzen und einen Schwerpunkt der Förderung auf die Schaffung von Kita- und Schulplätzen für geflüchtete Kinder und Jugendliche legen.

Ä-K14-669 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 26:

In Brandenburg können ~~wir~~ **die meisten Bürger*innen** gut und sicher leben. Das bestätigt auch die polizeiliche Kriminalstatistik: Zwar stieg die Zahl der Straftaten im letzten Jahr an, sie bleibt aber weiterhin niedriger als vor der Coronapandemie. Das gleiche gilt für schwere Straftaten wie Körperverletzungen. Wir wollen, dass ~~die~~ **alle** Brandenburger*innen ~~auch~~ in Zukunft sicher leben können. Darum müssen wir unsere Sicherheitsbehörden jetzt auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten: Mit genug Personal, guter Ausstattung, fairen Arbeitsbedingungen und Digitalkompetenzen. Immer im Blick behalten wir dabei die Freiheitsrechte aller Bürger*innen. Darum stehen wir klar gegen sinnlose Massenüberwachung und intransparente Sicherheitsbehörden. Gemeinsam schützen wir unsere demokratische und vielfältige Gesellschaft.

Begründung

Nicht alle Menschengruppen können in Brandenburg gleich sicher leben. Das sollten wir in dieser Formulierung nicht "weg beschönigen."

Ä-K13-672 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 1:

~~Kapitel 13: Demokratie und Antifaschismus~~

Kapitel 13: Antifaschismus und Demokratie

Begründung

Antifaschismus ist ein zentraler Bestandteil von unserer heutigen demokratischen Gesellschaft. Wir dürfen nicht davon zurückschrecken, diese Notwendigkeit aufgrund von rechter Deformierung zentral zu nennen. Antifaschismus gehört in den Mittelpunkt dieses Kapitels und damit an erster Stelle.

Ä-K13-673 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 13:

~~Wir machen möglich, dass sich Bürger*innen leichter an der Entstehung unserer Gesetze beteiligen können. Dazu wollen wir ein Beteiligungsportal entwickeln, das über kommende Gesetze informiert und die Gesetzesentwürfe öffentlich kommentiert werden können. Wir wollen Beteiligungsformate wie Bürger*innenräte und -dialoge einführen, zu denen Menschen per Losverfahren eingeladen werden. Kommunale Bürger*innenbegehren wollen wir auch für Bebauungs- und Flächennutzungspläne ermöglichen. Die Grundlage für mehr direkte Beteiligung schafft die von uns mit entwickelte neue Beteiligungsstrategie der Landesregierung.~~

Gleichzeitig wollen wir dialogische Verfahren auf allen Ebenen stärken - und machen damit z.B. möglich, dass sich Bürger*innen bei der Entstehung unserer Gesetze mit Ideen und Kritik einbringen können. Wir haben in der Regierung die Entwicklung eines Beteiligungsportals angestoßen, das über kommende Landesstrategien und Gesetze informiert und eine öffentliche Diskussion ermöglicht. Dieses muss nun zügig starten und auf alle relevanten Gesetzesinitiativen der Landesregierung angewendet werden. Zusätzlich wollen wir für wichtige Vorhaben eine aufsuchende Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen und Beteiligungsformate wie Bürger*innenräte etablieren, zu denen Menschen per Losverfahren eingeladen werden. Auch auf kommunaler Ebene wollen wir partizipative Verfahren stärken. Dabei orientieren wir uns am Vorbild Baden-Württembergs, wo feste gesetzliche Regelungen für Bürger*innenbeteiligung auf allen Ebenen etabliert wurden.

Ä-K13-675 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Petra Budke

Änderungsantrag zu WP-3

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

Demokratiebildung beginnt bereits in der Kita. Schon hier müssen Kinder erleben, dass ihre Bedürfnisse ernst genommen werden und dass sie mitentscheiden können, z.B. beim Essen, Schlafen oder der Auswahl von Spielorten. Bereits in der Kita sollten Beteiligungsformate wie Kita-Räte, Kinderkonferenzen oder Beschwerdeverfahren verankert werden. Auch auf der Leitungsebene, in der Zusammenarbeit mit dem Team, dem Träger und den Eltern müssen demokratische Prinzipien gelebt werden. Wir wollen Demokratie mit regelmäßigen selbstorganisierten Klassenräten direkt erfahrbar machen. Wir stärken Schüler*innenräte und fördern die Mitwirkung auf Kreis- und Landesebene. Wir wollen Klassen, Schulen und den weiteren Mitwirkungsgremien eigene Finanzbudgets zur Verfügung stellen.

Ä-K14-676 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 26:

In Brandenburg können wir gut und sicher leben. Das bestätigt auch die polizeiliche Kriminalstatistik: Zwar stieg die Zahl der Straftaten im letzten Jahr an, sie bleibt aber weiterhin niedriger als vor der Coronapandemie. Das gleiche gilt für schwere Straftaten wie Körperverletzungen. Wir wollen, dass die Brandenburger*innen auch in Zukunft sicher leben können. Darum müssen wir unsere Sicherheitsbehörden jetzt auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten: Mit genug Personal, guter Ausstattung, fairen Arbeitsbedingungen und Digitalkompetenzen. Immer im Blick behalten wir dabei die Freiheitsrechte aller Bürger*innen. Darum stehen wir klar **gegen sinnlose Massenüberwachung** für **Transparenz der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden** und **intransparente Sicherheitsbehörden gegen Befugnisse, die unverhältnismäßig in das Leben vieler Unschuldiger eingreifen**. Gemeinsam schützen wir unsere demokratische und vielfältige Gesellschaft.

Ä-K13-679 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 3 einfügen:

Wir wollen den Menschen in Brandenburg mehr Möglichkeiten geben, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Dazu gehört, Kinder und Jugendliche so früh wie möglich einzubinden und ihnen zu zeigen, wie Demokratie funktioniert. Außerdem setzen wir uns weiter für direkte Demokratie ein.

Im Sinne eines lebendigen demokratischen Prozesses setzen wir uns für die Einführung einer Amtszeitbegrenzung für Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sowie für Landesministerinnen und -minister ein. Mit der Möglichkeit einer einzigen Wiederwahl möchten wir die Amtszeit auf insgesamt 10 Jahre begrenzen. Auch für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister streben wir eine Begrenzung der Amtszeit an. Dafür verkürzen wir die Amtsdauer auf sechs Jahre. Eine anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

Die Amtszeitbegrenzung fördert den regelmäßigen Wettstreit der Ideen und verringert die zu starke Reduzierung auf eine eher charismatische Legitimation des Amtes. Sie zeigt, dass Politik lebendig ist, sich entwickelt und auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingeht. Gerade für die wirkungsmächtigsten Ämter auf Landes- und kommunaler Ebene trägt die Begrenzung der Dauer von Macht zur Verhinderung von Machtansammlung, Machtmissbrauch und einem übermäßig starken Einfluss einzelner Personen bei. Darüber hinaus wird ein Anreiz für eine effektive Amtsführung und die Umsetzung von Wahlversprechen gefördert.

Ä-K14-681 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 29:

Wir wollen, dass die Brandenburger Polizei gut ausgebildet und ausgestattet ist. ~~Es braucht zudem~~ Damit die Polizei ihre Arbeit für das Land in hoher Qualität leisten kann, sind gute Arbeitsbedingungen ~~und ein offenes Klima im Alltag, damit auch mehr Frauen und unterrepräsentierte Gruppen in den Dienst kommen~~ moderne Dienststellen unerlässlich. Wir wollen Überstunden und Belastungen für die Beamt*innen reduzieren und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Um mehr Nachwuchs für den Beruf zu gewinnen, ~~wollen~~ setzen wir uns für bessere Aufstiegschancen und eine faire Bezahlung ~~schaffen~~ ein und wollen den Polizeidienst noch stärker für Frauen und unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen attraktiv machen. So wird es uns gelingen, unser Ziel von 8.500 gut geschulten Polizeibeamt*innen im gesamten Land Brandenburg zu erreichen.

Ä-K16-689 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Religion

Beschlussdatum: 10.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 82:

Mit einem Aktionsplan „Geschlechtergerechte Gesundheit“ wollen wir uns für mehr Aufklärungskampagnen für Patient*innen und Mediziner*innen einsetzen, damit geschlechtsspezifische Unterschiede richtig erkannt und behandelt werden. ~~Für sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche weiten wir das Angebot an Beratungs- und Behandlungsstellen in allen Regionen aus und erleichtern den schonenderen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch.~~ Für eine leicht zugängliche und gut erreichbare Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung weiten wir das Angebot an Beratungsstellen in allen Regionen aus. Beratungssuchende sollen flächendeckend Informationen über Sozialleistungen, Unterstützungen und medizinische Eingriffe erhalten. Wir unterstützen Schwangere aus Polen, die für eine Abtreibung nach Deutschland kommen. Wir wollen flächendeckende Verfügbarkeit der Mammografie zur Brustkrebsfrüherkennung verbessern. Wir wollen kostenlose Menstruationsartikel in Hochschulen und anderen Landeseinrichtungen ermöglichen. An der neu entstehenden medizinischen Fakultät in Brandenburg wollen wir einen Forschungsschwerpunkt auf geschlechtersensible Medizin setzen.

Begründung

Wir sind für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und vertreten die doppelte Anwaltschaft für die selbstbestimmte Mutter und das ungeborene Kind. Da das Thema Schwangerschaftsabbrüche in die eine oder andere Richtung schnell emotional aufgeladen ist, plädieren wir für eine möglichst sachliche Formulierung in unserem Landtagswahlprogramm, die uns in keine Richtung Wähler*innenstimmen kostet:

- Beratungsstellen mit ihrem ganzen Angebot und in ihrer vollen Kompetenz benennen.
- medizinischer Eingriff als das letzte Mittel der Wahl, Formulierung schließt auch andere Formen der Geburtenkontrolle ein wie Sterilisation

Ä-K14-688 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-3

Von Zeile 38 bis 39:

Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten Verfassungsschutz zwar kritisch gegenüber, solange es ihn gibt, muss er aber auch seine Aufgaben gut erfüllen können. Der Brandenburger Verfassungsschutz hat die richtigen Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss gezogen und sich positiv entwickelt. Heute gibt es mehr parlamentarische Kontrolle, eine transparentere Kommunikation mit der Öffentlichkeit, neue Prozesse und insbesondere Verbesserungen beim Einsatz von V-Personen. Hierauf müssen Das V-Leute-System in seiner heutigen Form lehnen wir ~~weiter aufbauen~~ jedoch weiterhin ab. Rechtsextremist*innen bedrohen unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft. Vor allem Behörden wie der Verfassungsschutz müssen genau hinschauen und früh tätig werden, wenn es um rechtsextreme Bewegungen geht.

Ä-K13-690 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Petra Budke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 23 einfügen:

Wir wollen Schulen aktiv bei der Prävention und Bekämpfung von rechtsextremen Vorfällen unterstützen und entsprechende Beratungs- und Hilfestrukturen schaffen. Die Meldung von Vorfällen muss ohne Angst vor schulrechtlichen Konsequenzen möglich sein. Die Arbeit der RAA (Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie) wollen wir verstärken und für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt mindestens zwei Koordinator*innenstellen finanzieren. Das Programm "Schulen ohne Rassismus" und das Bundesprogramm Respect Coaches wollen wir absichern.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Bildung gibt es in den Kapiteln „Kita und Schule“, „Studium, Wissenschaft und Hochschule“ und „Ausbildung, Gute Arbeit und Fachkräfte“

Ä-K14-691 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 29 löschen:

Wir wollen, dass die Brandenburger Polizei gut ausgebildet und ausgestattet ist. Es braucht zudem gute Arbeitsbedingungen und ein offenes Klima im Alltag, damit auch mehr Frauen und unterrepräsentierte Gruppen in den Dienst kommen. Wir wollen Überstunden und Belastungen für die Beamt*innen reduzieren und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Um mehr Nachwuchs für den Beruf zu gewinnen, wollen wir bessere Aufstiegschancen und eine faire Bezahlung schaffen. ~~So wird es uns gelingen, unser Ziel von 8.500 gut geschulten Polizeibeamt*innen im gesamten Land Brandenburg zu erreichen.~~

Begründung

Framing von rechten Parteien sollten wir nicht übernehmen.

Ä-K14-692 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 30:

~~Um das Ziel einer modernen, bürgernahen und weltoffenen Polizei zu verwirklichen, wollen wir sie außerdem besser auf aktuelle Herausforderungen, wie zunehmende Hassdelikte, Internet- und Wirtschaftskriminalität vorbereiten. Wir wollen digitale Straftaten, von der Betrugsmasche bis zum Cyberangriff, schnell und kompetent bekämpfen. In Aus- und Weiterbildungen wollen wir darum einen besonderen Fokus auf diese Bereiche legen und mehr IT-Expert*innen mit guten Jobangeboten in den Polizeidienst holen. Eine sichere IT-Infrastruktur und moderne Geräte wie Handys, Laptops und Tablets müssen der neue Standard bei der Polizei werden. Und damit unsere Polizeiarbeit unabhängig bleibt, brauchen wir eigene digitale Lösungen nach deutschen und europäischen Standards, die sicher vor Spionage sind.~~

Damit die Brandenburger Polizei den Herausforderungen der digitalisierten Welt entgegentreten kann, braucht es massive Investitionen in Digitalkompetenz und eine solide IT-Infrastruktur für den täglichen Dienst. Damit schaffen wir die Grundlage für eine schlagkräftige Bekämpfung z.B. zunehmender Hassdelikte, Internet- und Wirtschaftskriminalität. Wir wollen digitale Straftaten, von der Betrugsmasche bis zum Cyberangriff, schnell und kompetent bekämpfen. In Aus- und Weiterbildungen wollen wir darum einen besonderen Fokus auf diese Bereiche legen und mehr IT-Expert*innen mit guten Jobangeboten in den Polizeidienst holen. Die Nutzung von sicheren mobilen Endgeräten im alltäglichen Polizeidienst muss endlich selbstverständlich werden. Teure Scheinlösungen privater Anbieter, die vorgeben, mittels künstlicher Intelligenz den Aufbau einer soliden und gesetzeskonformen Datenhaltung überspringen zu können, lehnen wir hingegen ab.

Ä-K14-693 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 40 einfügen:

Darüber hinaus müssen wir weiter daran arbeiten, dass der Verfassungsschutz wieder mehr Vertrauen in der Bevölkerung gewinnt. Dazu gehört zum einen, die unabhängige Kontrolle der Behörde auszubauen. Vertrauen braucht auch Transparenz: Die Bereiche der Verfassungsschutzarbeit, die nicht aus Sicherheitsgründen geheim gehalten werden müssen, sollen öffentlich zugänglich sein und diskutiert werden. Zum anderen soll der Verfassungsschutz mehr mit der Wissenschaft – insbesondere der Forschung zu verfassungsfeindlichen Bewegungen – zusammenarbeiten. Zudem wollen wir die finanziellen Mittel für Initiativen, Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren und Jahrzehnten im Kampf gegen Rechts engagieren, deutlich und dauerhaft aufstocken.

Begründung

Der beste Verfassungsschutz ist antifaschistische Arbeit.

Ä-K14-694 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 31 löschen:

~~Wir wollen Präventionsangebote in Schulen, Gemeinden, in der Sozialarbeit und Gefängnissen besser fördern, um dem internationalen Terrorismus begegnen zu können. Die Kriminalpolizei wollen wir ebenfalls besser für diese Herausforderungen ausbilden.~~

Ä-K14-696 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 40:

~~Darüber hinaus müssen wir weiter daran arbeiten, dass der Verfassungsschutz wieder mehr Vertrauen in der Bevölkerung gewinnt. Dazu gehört zum einen, die unabhängige Kontrolle der Behörde auszubauen.~~ Die unabhängige Kontrolle der Behörde muss weiter ausgebaut werden. Vertrauen braucht auch Transparenz: Die Bereiche der Verfassungsschutzarbeit, die nicht aus Sicherheitsgründen geheim gehalten werden müssen, sollen öffentlich zugänglich sein und diskutiert werden. Zum anderen soll der Verfassungsschutz mehr mit der Wissenschaft – insbesondere der Forschung zu verfassungsfeindlichen Bewegungen – zusammenarbeiten.

Begründung

Unabhängig von irgendwelchen Zielen, sollte, wenn es den Verfassungsschutz in dieser Art gibt – die parlamentarische Kontrolle und Transparenz dauerhaft ausgebaut werden.

Ä-K13-699 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Erdmute Scheufele

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 7:

Wir helfen Kommunen, Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu entwickeln:

~~Forschung zu Rechtsextremismus wollen wir gesondert fördern.~~

und so z.B. auch die Vorschlagslisten zu Wahlen für ehrenamtliche Schöff*innenämter entsprechend zu prüfen. Forschung zu Rechtsextremismus wollen wir gesondert fördern.

Begründung

Die Unterwanderung von Schöff*innenämtern durch Rechtsextreme stellt eine reale Gefahr dar.

Die Verwaltungsvorschrift zu den Wahlen sollte zu 2028 angepasst werden: <https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/schoeffe>

Ä-K14-698 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 33:

~~Wir sind überzeugt: Wir können in Brandenburg die Grundrechte von Bürger*innen schützen~~Grundrechtsschutz und ~~gleichzeitig in~~ Sicherheit ~~leben~~sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. ~~Neue~~ Befugnisse für die Polizei müssen deshalb immer verhältnismäßig, gut begründet und wirksam sein. ~~Statt~~Nachdem in der Vergangenheit Befugnisse immer ~~weiter auszuweiten~~wieder ausgeweitet wurden, setzen wir uns für eine Überprüfung ~~aller~~von bestehenden Regeln ein. Solche, die sich in der Vergangenheit als nicht wirksam erwiesen haben oder Grundrechte unverhältnismäßig einschränken, ~~wollen wir~~müssen angepasst werden, während gleichzeitig immer wieder streichen. ~~Nur unter dieser Voraussetzung wollen wir einem~~überprüft werden muss, wie neuen ~~Polizeigesetz zustimmen~~Herausforderungen begegnet werden kann. Gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle Sicherheitsprobleme reagieren, wollen wir grundsätzlich zeitlich befristen, damit ein Praxistest erfolgen kann bevor sie in permanentes Recht überführt werden.

Ä-K14-700 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 40 einfügen:

Darüber hinaus müssen wir weiter daran arbeiten, dass der Verfassungsschutz wieder mehr Vertrauen in der Bevölkerung gewinnt. Dazu gehört zum einen, die unabhängige Kontrolle der Behörde auszubauen. Vertrauen braucht auch Transparenz: Die Bereiche der Verfassungsschutzarbeit, die nicht aus Sicherheitsgründen geheim gehalten werden müssen, sollen öffentlich zugänglich sein und diskutiert werden. Zum anderen soll der Verfassungsschutz mehr mit der Wissenschaft – insbesondere der Forschung zu verfassungsfeindlichen Bewegungen – zusammenarbeiten.

In der aktuellen Legislatur gibt es erstmals einen Vizelandtagspräsidenten einer verfassungsfeindlichen Partei. Damit dies nicht wieder geschehen kann, haben wir eine Verfassungsänderung angestoßen und durchgesetzt, welche die Regeln für die Besetzung der Posten im Landtagspräsidium ändert. Im Zweifel dürfen demnach Verfassungsänderungen im Kampf gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen nicht ausgeschlossen werden. Wahlen von Mitgliedern verfassungsfeindlicher Parteien innerhalb des Landtags lehnen wir ab.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K14-702 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 35:

Eine weiträumige Überwachung von Straßen und Plätzen ist mit unseren Freiheitsrechten nicht vereinbar. Videoüberwachung kann lediglich an zentralen Orten mit höherem Gefahrenpotenzial ein Sicherheitsgefühl vermitteln und vereinzelt helfen, Straftaten aufzuklären. Dabei lehnen wir eine automatische Gesichts- und Verhaltenserkennung ab. Auch stellen wir uns nach wie vor gegen andere Mittel der Massenüberwachung wie die Vorratsdatenspeicherung, ~~das anlasslose Speichern von Kennzeichen auf Autobahnen mit dem KESY-System und den Einsatz von Fußfesseln ohne Gerichtsurteil.~~ oder das anlasslose Speichern von Kennzeichen auf Autobahnen mit dem KESY-System.

Ä-K14-703 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 40 einfügen:

Darüber hinaus müssen wir weiter daran arbeiten, dass der Verfassungsschutz wieder mehr Vertrauen in der Bevölkerung gewinnt. Dazu gehört zum einen, die unabhängige Kontrolle der Behörde auszubauen. Vertrauen braucht auch Transparenz: Die Bereiche der Verfassungsschutzarbeit, die nicht aus Sicherheitsgründen geheim gehalten werden müssen, sollen öffentlich zugänglich sein und diskutiert werden. Zum anderen soll der Verfassungsschutz mehr mit der Wissenschaft – insbesondere der Forschung zu verfassungsfeindlichen Bewegungen – zusammenarbeiten.

Um unsere demokratische Verfassung schützen zu können, müssen wir auch neue Wege im Kampf gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen gehen und sprechen uns daher für die Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die Alternative für Deutschland (AfD) aus.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K14-704 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 36:

Mit sogenannten Staatstrojanern können Behörden die Geräte von Tatverdächtigen ~~infiltrieren und überwachen. Das Problem: Um Zugriff auf diese Geräte zu bekommen, müssen allgemeine Sicherheitslücken in unseren Smartphones und Computern offengehalten und ausgenutzt werden, statt repariert und geschlossen. Dieses Verfahren bedroht letztendlich vor allem unschuldige Menschen, Firmen und unsere Infrastruktur. Wir lehnen den Einsatz von Staatstrojanern ab, sowohl in Form der Quellen-Telekommunikationsüberwachung als auch der Online-Durchsuchung.~~überwachen, und damit z.B. auch auf verschlüsselte Kommunikation zugreifen. Um Zugriff auf diese Geräte zu bekommen, müssen allerdings allgemeine Sicherheitslücken in Smartphones und Computern offengehalten und ausgenutzt werden, die auch von Kriminellen und feindlichen staatlichen Akteuren ausgenutzt werden können. Dieses Verfahren bedroht letztendlich vor allem unschuldige Menschen, Firmen und unsere kritische Infrastruktur.

Damit wird die innere Sicherheit nicht gestärkt, sondern massiv geschwächt.

Wir lehnen deshalb den Einsatz von Staatstrojanern ab, sowohl in Form der Quellen-Telekommunikationsüberwachung als auch der Online-Durchsuchung.

Ä-K13-706 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Katherina Toth-Butzke

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 17 einfügen:

Demokratiebildung von Anfang an

Bei den Kleinsten unserer Gesellschaft beginnt Demokratiebildung. Am Besten schon im familiären Umfeld, jedoch spätestens mit dem Beginn der Betreuung in einer Kindertagesstätte. Wir bauen Hilfsangebote für Familien mit kleinen Kinder kontinuierlich aus. Dazu zählt die Unterstützung von Netzwerken und Angeboten die sich im Bereich frühkindliche familiäre Bildung engagieren, sowie der Ausbau von Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern. Kinder sollen von Anfang an ihrem Alter und ihren Fähigkeiten entsprechend in allen für sie wichtigen Belangen beteiligt werden. KiTas und Tagespflegestellen übernehmen hierbei eine wichtige Rolle. Im Bildungsplan werden wir deshalb die Demokratiebildung als wichtigen Baustein verankern.

Begründung

Unser Demokratieverständnis entwickelt sich nicht erst in der Schule. Beteiligung entsprechend der Entwicklung sollten von Anfang an selbstverständlich werden. Hier ein vertiefender Link zur Thematik:

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/kinder-und-politik-2022/506632/demokratie-mit-kindern-in-der-kita/>

Ä-K14-708 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 39:

Der Brandenburger Verfassungsschutz hat die richtigen Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss gezogen und sich positiv entwickelt. Heute gibt es mehr parlamentarische Kontrolle, eine transparentere Kommunikation mit der Öffentlichkeit, neue Prozesse und insbesondere Verbesserungen beim Einsatz von V-Personen. Hierauf müssen wir weiter aufbauen.

~~Rechtsextremist*innen bedrohen unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft. Vor allem Behörden wie der Verfassungsschutz müssen genau hinschauen und früh tätig werden, wenn es um rechtsextreme Bewegungen geht.~~ Um der zunehmenden Bedrohung unserer Demokratie durch Verfassungsfeinde entgegenzutreten, die insbesondere von rechtsextremen Bewegungen ausgeht, muss die Arbeit des Verfassungsschutzes einen Beitrag als Frühwarnsystem für Politik und Gesellschaft leisten.

Ä-K15-713 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 67 einfügen:

Wir wollen Geflüchteten ohne festen Aufenthaltsstatus mit dem sogenannten Spurwechsel eine neue Perspektive geben. Der Spurwechsel bedeutet, dass Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus einen Aufenthaltstitel erhalten können, wenn sie einen Ausbildungserfolg oder die Aufnahme einer Beschäftigung nachweisen können – egal, wann sie nach Deutschland gekommen sind. Damit holen wir Menschen aus der oft jahrelangen Ungewissheit, während sie auf die Entscheidung in ihrem Aufenthaltsverfahren warten. So geben wir Menschen eine Perspektive, bringen sie in Arbeit, bekämpfen den Fachkräftemangel und entlasten die Kommunen. Damit die Möglichkeiten des Chancen-Aufenthaltsrechts in Brandenburg einheitlich sinnvoll genutzt werden können, soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Innen- und Integrationsministerium, kommunaler Ebene sowie Beratungsstellen für Geflüchtete Richtlinien erarbeiten.

Ä-K19-1 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Frank Otto

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 1 einfügen:

Kapitel 19: Kita, Bildung, Berufsbildung, Studium, Wissenschaft und Hochschule

Begründung

Bildung beginnt mit der Kita, setzt sich über die Schule usw. fort. Das muss auch in der Reihenfolge des WP-4 zum Ausdruck kommen. Wir können nicht an anderer Stelle eine einfachere Sprache einfordern und an dieser Stelle zeigen, dass uns die Akademisierung am wichtigsten erscheint. Die Änderung in der Überschrift fordert dann auch eine entsprechend andere Anordnung des Abschnitts.

Ä-K21-2 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Frank Otto

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 49 einfügen:

Wir wollen, dass Brandenburgs Kitas und Schulen unsere Kinder und Jugendlichen noch besser für die Zukunft vorbereiten und die selbstbestimmte Entwicklung fördern. Leistungsvergleiche zeigen immer wieder, dass junge Menschen nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen können. Kernproblem ist die zu frühe Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schulformen, was weniger bildungsaffine Familien dauerhaft benachteiligt. Des Weiteren sind die Schüler:innen aktiver an ihren Lernprozessen zu beteiligen. Ein weiteres Problem ist der Lehrkräftemangel, bei dem wir in den nächsten Jahren noch stärker als zuvor das Ruder alter Fehlentscheidungen herumreißen wollen. Bei inklusivem Lernen, Digitalisierung und Demokratiebildung wollen wir besser werden. Ebenso wollen wir soziale Kompetenzen in Kitas und Schulen stärken und die Kinder im Hinblick auf Weltoffenheit, Akzeptanz und Toleranz aufklären.

Begründung

Wir streben eine Schule für alle Kinder, auch, wenn dies momentan wenig realistisch ist, an, die auch die Forderung nach Inklusion besser aufnimmt. Alle PISA-Studien sagen übereinstimmend, dass in kaum einem anderen Land die Bildung so sehr von den Eltern abhängt, wie in Deutschland. Es ist zu kurzfristig, jetzt plötzlich den Lehrkräftemangel als Kern- und damit Hauptproblem aufzurufen.

Ä-K21-3 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Frank Otto

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 52:

Wir ~~stehen zu den freien~~ unterstützen freie Schulen, die reformpädagogisch orientiert sind und so die Schullandschaft bereichern und die staatlichen Schulen herausfordern. Gleichfalls erwarten wir, dass sie sich in die Schulentwicklungsplanung, Schulvisitation und in die Mitwirkungsgremien einbeziehen lassen. Wir haben uns bereits erfolgreich für eine bessere Finanzierung eingesetzt. Die Wartezeit, bis freie Schulen Zuschüsse vom Land erhalten, haben wir verkürzt und setzen uns dafür ein, dass ihnen rückwirkend ein Teil der Kosten erstattet wird, sobald sie die zweijährige Wartefrist durchlaufen haben. ~~Freie Schulen müssen in Zukunft in die Schulentwicklungsplanung, Schulvisitation und in die Mitwirkungsgremien einbezogen werden.~~

Begründung

Nicht jede freie Schule ist automatisch eine gute Schule. Unser Hauptziel muss bleiben, dass staatliche Schulwesen, in welches eher lenkend und unterstützend eingegriffen werden kann, auf einen höheren Standard zu bringen.

Ä-K21-4 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Frank Otto

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 66:

Um eine inklusive Schule besuchen zu können, sollen Brandenburger Kinder nicht keine weiten Wege zurücklegen müssen. Wir wollen in jedem Landkreis mindestens eine Grundschule und ~~Oberschule~~eine weiterführende Schule, die besonders für die Aufnahme von Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen vorbereitet sind. An diesen Schulen lernen Schüler*innen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam und werden dabei von multiprofessionellen Teams besonders unterstützt. Diese inklusiven Schwerpunktschulen sollen vorrangig in sogenannten Schulzentren geschaffen werden, wo Grundschule und weiterführende Schule am gleichen Ort längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.

Begründung

Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf sollen nach der Grundschule grundsätzlich alle weiterführenden Schulen offen stehen. Das unterstreicht den Anspruch nach Inklusion und macht die Oberschule nicht zur verkappten Hauptschule.

Ä-K21-5 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Frank Otto

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 73 einfügen:

Wir wollen das System der Schulnoten ändern, weil sie nicht aussagekräftig genug sind, um so zentral über die Zukunft von Kindern und Jugendlichen zu entscheiden. Wir wollen Notenbewertungen Schritt für Schritt durch besser verständliche Lernstandserhebungen ersetzen, die auch eine Selbsteinschätzung der Schüler*innen einbeziehen. Viele Lehrkräfte und Schüler*innen wünschen sich zeitgemäße Beurteilungsmöglichkeiten wie Portfolios oder Lernberichte. Bis einschließlich Jahrgangsstufe 8 soll auf Noten verzichtet werden. Wo sie noch nötig sind, sollen Zensuren wohlwollend, persönlichkeitsfördernd nachvollziehbar und transparent vergeben werden.

Begründung

Noten sollen nicht als Strafen empfunden werden. Zudem sollen sie der Schülerin/dem Schüler Lernmöglichkeiten eröffnen und so Blockaden eher abbauen.

Ä-K21-6 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Frank Otto

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 81:

~~Aktuell gilt in Brandenburg: Kinder, die bis zum 30. September eines Jahres sechs Jahre alt werden, müssen im selben Jahr eingeschult werden. Eine Regelung, die für viele – aber bei weitem nicht für alle Kinder eine gute Lösung ist. Kinder, die noch mit fünf oder gerade sechs Jahren in die Schule kommen, haben oft noch großen Entwicklungsbedarf im vorschulischen Bereich, möchten sich viel bewegen und spielen, statt in vollen Klassenräumen zu sitzen. Ein weiteres Jahr im Kindergarten würde ihrer Entwicklung helfen und sie mit besseren Voraussetzungen in die Schule starten lassen.~~

Aktuell gilt in Brandenburg: Kinder, die bis zum 30. September eines Jahres sechs Jahre alt werden, müssen im selben Jahr eingeschult werden. Um mehr Schüler:innen einen erfolgreichen Start in die Schulzeit zu ermöglichen, wollen wir den Einschulungstichtag auf den 30.Juni vorverlegen. Auf die dann noch vorhandenen Entwicklungsunterschiede muss die Schuleingangsphase reagieren. Auf dem Bewegungs- und Spielbedarf ist Rücksicht zu nehmen. Eine Lernhaltung muss nach und nach gefördert werden. Das wird durch kleinere Klassen (max. 20), abwechslungsreich gestaltete Klassenräume und auch durch Flexklassen erreicht. Sind Zweifel an der Schulreife gegeben, können Eltern sich bei der Schuluntersuchung beraten lassen und ggf.eine Rückstellung beantragen

Begründung

Ich habe den folgenden Abschnitt integriert. Der kann dann gestrichen werden. Ich halte Rückstellungen für problematisch. Diese müssen genau geprüft werden, da überfürsorgliche Eltern oft denken, ihre Kinder noch vor der vermeintlich stressigen Schule schützen zu müssen. Eher muss in der Schule auf die Verschiedenheit reagiert werden. Entwicklungspsychologisch dienen mindestens die ersten zwei Schuljahre der Entwicklung einer Lernhaltung.

Ä-K21-7 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Frank Otto

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 82 löschen:

~~Eltern können für ihre jungen Kinder zwar eine Rückstellung beantragen, doch ist dieser Prozess kompliziert und nicht immer erfolgreich. Um mehr Brandenburger Kindern einen erfolgreichen Start in die Schulzeit zu ermöglichen, wollen wir den Einschulungstichtag in den nächsten drei Jahren jeweils einen Monat nach vorne verlegen, um letztendlich den 30. Juni zum neuen Stichtag zu machen.~~

Begründung

ergibt sich aus meinem vorangegangenen Änderungsantrag, in dem Aspekte dieses Teils integriert wurden.

Ä-K21-8 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 59 einfügen:

Um mehr pädagogische Fachkräfte in den Beruf zu bringen, starten wir eine Fachkräfteoffensive, schaffen das Schulgeld für Erzieher*innen in Ausbildung ab, bauen berufsbegleitende Ausbildungsgänge aus und sichern ein hohes Ausbildungsniveau. So machen wir den Beruf noch attraktiver. Unser perspektivisches Ziel ist weiterhin die Beitragsfreiheit für Kitas. Wir setzen uns für ein neues und zukunftsorientiertes Kitagesetz ein. Es soll mit allen Beteiligten auf Augenhöhe geschaffen werden und eindeutige Vorgaben für die Finanzierung und Qualitätsstandards festschreiben. Wir stehen zu Kitas in der freien Trägerschaft und damit zu einem vielfältigen Angebot. Die Verbesserung der Betreuung ist für uns unerlässlich.

Begründung

Schon seit Jahren fordern Elternvertreter*innen, Wohlfahrtsverbände und Kita-Träger eine Erneuerung des brandenburgerischen Kitagesetzes (KitaG). Wenn wir von einer Verbesserung der Kindertagesbetreuung sprechen, dann müssen wir das Problem eindeutig nennen: das KitaG in der derzeitigen Form. Im Jahr 2023 haben sich die o.G. Akteuer*innen zusammengetan und fordern gemeinsam unter dem Bündnis "KITA KOLLAPS" (<https://www.kitakollaps.de/>) eine deutliche Verbesserung.

Als Partei, welche schon immer die Zivilgesellschaft einbezieht, sollten wir diese eindeutige Forderung mit aufnehmen. Durch den oberen Teil würde es ohnehin Änderungen geben. Es würden aber längst nicht alle Probleme gelöst werden können. Für eine wirklich gute Kita – braucht es ein neues Gesetz, welches auf Augenhöhe erarbeitet wurde.

Ä-K21-56 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Hendrik Martens

Redaktionelle Änderung

Hallo,

in Zeile 66 findet sich eine doppelte Verneinung, die den Satz ins Gegenteil verkehrt. Bitte das "nicht" streichen, dann hat der Satz wieder Sinn.

Liebe Grüße

Hendrik Martens (KV MOL)

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 66 löschen:

Um eine inklusive Schule besuchen zu können, sollen Brandenburger Kinder ~~nicht~~ keine weiten Wege zurücklegen müssen. Wir wollen in jedem Landkreis mindestens eine Grundschule und Oberschule, die besonders für die Aufnahme von Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen vorbereitet sind. An diesen Schulen lernen Schüler*innen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam und werden dabei von multiprofessionellen Teams besonders unterstützt. Diese inklusiven Schwerpunktschulen sollen vorrangig in sogenannten Schulzentren geschaffen werden, wo Grundschule und weiterführende Schule am gleichen Ort längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.

Begründung

Doppelte Verneinung. Sinn des Satzes wird ins Gegenteil verkehrt. Bitte das "Nicht" streichen.

Ä-K20-78 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 47:

Durch starke ökologische und soziale Vorgaben wird das Vergaberecht komplexer, auch für die Unternehmen. Zudem muss ab einem niedrigen Schwellenwert europaweit ausgeschrieben werden. Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung dieser Werte bei der EU ein. Damit die Vergabestellen ~~von Land und der~~ Kommunen nicht überfordert werden, wollen wir eine zentrale ~~Vergabekompetenzstelle schaffen~~ Vergabestelle für öffentliche und öffentlich beherrschte Auftraggeber anbieten. ~~Die Kompetenzstelle~~ Diese kann Vergaben durchführen und ~~diese~~ durch gebündelte Expertise effizienter gestalten.

Begründung

Eine Vergabestelle kann nur ein Angebot für die Kommunen sein (Selbstverwaltung Art.28 GG). Das Land hat genügend eigene Kapazität bzw. kann diese aufbauen.

Die niedrigen Schwellenwerte der EU führen zu einem ungerechtfertigten Vergabeaufwand und benachteiligen kleine Unternehmen.

Die Vergabestelle soll auch für kommunale Töchter zur Verfügung stehen (Wohnungsbau, Erschließung, Medien, Tourismus, etc.)

Ä-K21-90 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 49:

~~Wir wollen, dass Brandenburgs Kitas und Schulen unsere Kinder und Jugendlichen noch besser für die Zukunft vorbereiten und die selbstbestimmte Entwicklung fördern. Leistungsvergleiche zeigen immer wieder, dass junge Menschen nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen können. Kernproblem ist der Lehrkräftemangel, bei dem wir in den nächsten Jahren noch stärker als zuvor das Ruder alter Fehlentscheidungen herumreißen wollen. Bei inklusivem Lernen, Digitalisierung und Demokratiebildung wollen wir besser werden. Ebenso wollen wir soziale Kompetenzen in Kitas und Schulen stärken und die Kinder im Hinblick auf Weltoffenheit, Akzeptanz und Toleranz aufklären.~~

Wir wollen, dass Brandenburgs Kitas und Schulen unsere Kinder und Jugendlichen -----stärker ihren individuellen Fähigkeiten entsprechend gefördert werden und somit eine selbstbestimmte Entwicklung ermöglicht wird..Die Gründe für das schlechte Abschneiden der Brandenburger Schülerinnen und Schüler bei den Leistungserhebungen in den Kernkompetenzen lesen, rechnen und schreiben sind vielschichtig und werden von uns systematisch angegangen. Inklusives Lernen, Digitalisierung und Demokratiebildung stellen zentrale Zielsetzungen unserer bildungspolitischen Agenda dar.

Begründung

1. wie auch weiter unten erwähnt, wollen wir möglichst allen Schüler:innen, auch begabten gerecht werden. 2. Lehrermangel nicht Kernproblem. In der sogenannten "Bildungsmisere" wirken vielfältige Faktoren zusammen. 3. Unsere Schwerpunktsetzung auf "Inklusion", "Digitalisierung" und "Demokratiebildung" sollte klarer und schärfer formuliert werden.

Ä-K21-91 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 50:

~~Wir haben die Konzepte dafür, wie wir in den nächsten zehn Jahren tausende von gut ausgebildeten Pädagog*innen in unsere Kitas und Schulen bringen. Und wie wir sie mit Weiterbildungen immer auf dem neuesten Stand halten. Wir setzen uns dafür ein, dass unser Bildungssystem endlich die finanziellen Ressourcen erhält, die es braucht. Dazu gehört auch, dass Steuergelder gezielt eingesetzt werden und insbesondere Mittel für benachteiligte Schüler*innen und Standorte diese auch erreichen. Gerade dort, wo Kinder zuerst Deutsch lernen müssen, wo Schüler*innen mit Behinderungen lernen und wo Familien besondere Hilfen benötigen, wollen wir unterstützen. Kitas und Schulen in benachteiligten Lagen sollen so mehr Geld bekommen, was dann auch den Schüler*innen und den Kita-Kindern zugutekommt.~~

Die Rekrutierung gut ausgebildeter Pädagogen wird kurz- und mittelfristig nicht ohne eine Reform der Lehrer- und Erzieherausbildung möglich sein. Dies schließt sowohl eine ideelle als auch eine sich finanziell auswirkende Wertschätzung des Lehrer- und Erzieherberufs mit ein. Wir setzen uns dafür ein, dass unser Bildungssystem endlich die finanziellen Ressourcen erhält, die es braucht. Dabei gilt es, Kitas und Schulen in benachteiligten Lagen ihrem besonderen Bedarf entsprechend finanziell auszustatten.

Begründung

1. die im Entwurf vorliegende Formulierung ist vermessen, auch wenn später weiter unten konkrete Maßnahmen folgen. 2. Formulierung prägnanter.

Ä-K21-92 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 50 bis 51 einfügen:

Strukturelle Änderungen lassen sich jedoch bereits kurzfristig auf Landesebene vornehmen: Verwaltungsaufgaben von Erziehern und Lehrern sind zu "entschlacken" und Verwaltungsfachkräften zu übertragen. die Entwicklung von Schulverwaltungsprogrammen ist effizienter zu gestalten. Dem Weiterbildungsbedarf der Pädagogen muss durch eine entsprechende Anrechnung auf das Stundendeputat Rechnung getragen werden. Weiterbildungsmaßnahmen dürfen nicht länger im Belieben der "Freizeitgestaltung" des Schul- und Kitapersonals verbleiben.Schulen dürfen keine Orte der Angst sein. Darum wollen wir der demokratischen Bildung mehr Platz einräumen und Rechtsextremismus an Schulen und Kitas entschlossen entgegentreten. Dazu gehört auch, dass wir Schüler*innen den Raum geben, sich freiheitlich und kreativ zu entfalten. Brandenburgs Schüler*innen sind selbstbewusst, vielseitig erfolgreich und selbstbestimmt. Dieses Potenzial wollen wir auch in Zukunft voll ausschöpfen.

Ä-K20-95 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Anna Posenauer

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 42 einfügen:

Die Bildung von Betriebsräten zu untersagen, ist nicht rechtens und stellt eine Straftat dar. Wir wollen deshalb eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft einrichten, die von erfahrenen Arbeitsrechtler*innen unterstützt wird, und Beamte von Polizei und Justiz in der Ausbildung besser für diese Straftaten sensibilisieren. Sie sollen außerdem die gesetzliche Mindestquote von Frauen in den Räten überprüfen.

Ä-K21-96 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Anna Posenauer

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 51 einfügen:

Schulen dürfen keine Orte der Angst sein. Darum wollen wir der demokratischen Bildung mehr Platz einräumen und Rechtsextremismus an Schulen und Kitas entschlossen entgegentreten. Dazu gehört auch, dass wir Schüler*innen den Raum geben, sich freiheitlich und kreativ zu entfalten. Brandenburgs Schüler*innen sind selbstbewusst, vielseitig erfolgreich und selbstbestimmt. Dieses Potenzial wollen wir auch in Zukunft voll ausschöpfen. Lehrkräfte, die rassistische, antisemitische oder diskriminierende Vorfälle melden wollen, können das anonym machen oder Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen.

Ä-K21-97 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Anna Posenauer

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 84 einfügen:

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für Globales Lernen wollen wir im schulischen und außerschulischen Bereich ausbauen und die Projektförderung vereinfachen und verstetigen. Das Fach Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde wollen wir auch in der Sekundarstufe II anbieten. Die schulischen Lerninhalte sollen unsere Kinder auf die heutigen und zukünftigen Lebensrealitäten vorbereiten. Die Lehrpläne müssen deshalb Themenbereiche, wie bspw. Klimaschutz, mentale Gesundheit und Künstliche Intelligenz (KI) mit berücksichtigen. Lernen ist ein lebenslanger Prozess und hört nicht mit dem Abschluss der Berufsausbildung auf. Die Volkshochschulen, Erwachsenenbildungsstätten, die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Schule für niedersorbische Sprache und Kultur sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Bildungslandschaft. Wir wollen sie stärken und gerade in ländlichen Regionen die Angebote weiter ausbauen. Angebote des zweiten Bildungswegs müssen besonders in ländlichen Regionen erreichbar sein. Hier wollen wir verstärkt auf Möglichkeiten zum hybriden Unterricht setzen.

Ä-K21-116 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Barbara Brecht-Hadraschek

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 61:

Bildung bedeutet nicht nur Schulstoff büffeln, sondern auch soziales Lernen, Gemeinschaft und Persönlichkeitsentwicklung. Um Kinder und Jugendliche in ihrem persönlichen Wachstum zu unterstützen und den komplexen Hilfebedarfen von Familien gerecht zu werden, braucht es darum Expert*innen aus Psychologie, Sozialarbeit, Heilpädagogik, ~~Gesundheit, Informationstechnik~~ und ~~Verwaltung~~ Gesundheit in unseren Bildungseinrichtungen.

Begründung

Die Entlastung durch Expert*innen in Informationstechnik und Verwaltung ist sehr wichtig, aber passt hier inhaltlich nicht in diese Aufzählung. Würde ich an anderer Stelle argumentativ einbringen.

Ä-K21-119 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Immanuel Zirkler

Änderungsantrag zu WP-4

Nach Zeile 52 einfügen:

Beim Umgang mit Schulverweigerung wollen wir den Kindeswille stärker berücksichtigen. Es soll Ausnahmen von der Schulpflicht auf Antrag und mit Konzept geben, wenn dies dem Kindeswillen entspricht, keine Isolation und Indoktrination stattfindet und die Kinder in ihrer Bildung unterstützt werden. Dies soll bei Antragstellung und auch später überprüft werden. Auch wollen wir Konzepte wie die hybride Bildung und den Uracher Plan ermöglichen.

Begründung

Eine freiheitlich-demokratische, also eine auf den Prinzipien von Selbstbestimmung und Mitbestimmung aufbauende Gesellschaft muß logischerweise auch ihr Bildungssystem auf diese Grundlage stellen. Kinder und Jugendliche müssen folglich im Rahmen des organisatorisch Möglichen selbstbestimmt entscheiden dürfen, was sie lernen und wo, wann, wie und von wem sie es lernen.

([KRÄTZÄ, Entwurf eines freiheitlich-demokratischen Bildungssystems](#))

Bei Unterstützung und Begleitung der Schulverweigerung durch die Eltern könnten Ausnahmen von der Schulpflicht so aussehen:

1. Die Familie schreibt ein Konzept, in dem sie darstellt, wie bei ihnen die Bildung funktioniert. Sie führt ein Lerntagebuch, in dem Aktivitäten und soziale Kontakte dokumentiert werden.
2. Sie sucht sich eine zu ihrem Konzept passende Schule, die die Familie begleitet. Mindestens einmal im Monat nimmt die Familie an schulischen Aktivitäten teil. (z. B. Ausflüge, Nachmittagsprogramm oder auch durch Teilnahme an einzelnen Schulfächern.) Einmal im Jahr gibt es ein Entwicklungsgespräch mit der Schule.
3. Einmal im Jahr berichtet die Familie mit einer Präsentation der Schulbehörde über das vergangene Jahr, die Aktivitäten und die sozialen Kontakte. Dabei wird im Gespräch auch der Kindeswille abgefragt.
4. Auf Grundlage vom Konzept der Familie, der Einschätzung der betreuenden Schule sowie der Jahrespräsentation wird dann von der Schulbehörde über eine Genehmigung für das nächsten Jahre entschieden. Im Zweifelsfall dann auch mit weiteren Gesprächen, Überprüfungen und Auflagen, um den Zugang zu vielfältigen sozialen Kontakten und Bildungsmöglichkeiten sicherzustellen.

Hier gibt es Informationen zum Uracher Plan: <https://www.lv-dl.de/index.php?id=14>

Hier gibt es Informationen zur hybriden Schule: <https://www.hybridebildung.de/schriftliche-stellungnahme-zur-hybriden-bildung/>

Ä-K21-167 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 79 einfügen:

Wir haben ein Mehrsprachigkeitskonzept mit auf den Weg gebracht. Damit wollen wir die in Brandenburg besonders geschützten Regional- und Minderheitenheutensprachen wie Sorbisch und Niederdeutsch, aber auch unsere Nachbarsprache Polnisch und die Herkunftssprachen von Zugewanderten stärker fördern. Im Landtag wollen wir dafür ein Niederdeutsch-Gesetz verabschieden. Gleichzeitig sorgen wir für gute Deutschkenntnisse und ein gutes Fremdsprachenangebot. Pilotprojekte für das frühe Lernen von Polnisch, Sorbisch, Niederdeutsch und ein größeres Angebot an Unterricht von Herkunftssprachen wollen wir mit zusätzlichen Mitteln fördern. Wir wollen die neue Grundschulausbildung in Senftenberg um Sorbisch und Polnisch erweitern und Mehrsprachigkeit auch im neuen Berufsschullehramt und in der Ausbildung von Erzieher*innen integrieren. Gute Beispiele wie Pflegeangebote auf Niederdeutsch wollen wir ausdehnen.

Begründung

In der aktuellen Wahlperiode wurde bereits ein entsprechender Gesetzentwurf erarbeitet, der aber von SPD und CDU verzögert und so nicht mehr in den Landtag eingebracht wurde. Wir sollten das Thema in der nächsten Legislaturperiode wieder aufnehmen.

Ä-K21-176 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 53 löschen:

~~Wir wollen, dass es in jedem Landkreis mindestens eine Grundschule und Ober- oder Gesamtschule gibt.~~ Wir setzen uns für Schulzentren ein, die mehrere Schulen vereinen und damit Kindern ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. In Schulzentren wollen wir möglichst alle Abschlüsse anbieten, auch den Weg zur allgemeinen Hochschulreife. Besonders in ländlichen Regionen wollen wir Schulträger ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe zusammenzulegen.

Begründung

Ich verstehe diesen Satz nicht. Eine Grund- und weiterführende Schule das ist wohl bereits erreicht.

Ä-K21-177 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 59:

Um mehr pädagogische Fachkräfte in den Beruf zu bringen, starten wir eine Fachkräfteoffensive, schaffen das Schulgeld für Erzieher*innen in Ausbildung ab, bauen berufsbegleitende Ausbildungsgänge aus und sichern ein hohes Ausbildungsniveau. So machen wir den Beruf noch attraktiver. Unser perspektivisches Ziel ist weiterhin die Beitragsfreiheit für Kitas. Die Verbesserung der Betreuung ~~ist~~hat für uns ~~unerlässlich~~allerdings Vorrang.

Begründung

So habe ich die bündnisgrüne Linie in den vergangenen Jahren immer verstanden und denke wir sollten klar dabei bleiben. Das Wort unerlässlich sollte wir meiden, da es klingt als sei die aktuelle Betreuungssituation rechtswidrig.

Ä-K21-178 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 65 löschen:

Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass alle Schüler*innen gemeinsam an einer Regelschule lernen können. Diesem Ziel wollen wir einen gesetzlichen Vorrang zu Förderschulen einräumen. Dank des Programms „Schule für gemeinsames Lernen“ sind schon heute über 80.000 Brandenburger Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in gemeinsamen Klassen. Dieses Erfolgsmodell wollen wir fortsetzen und mindestens 20 Prozent mehr Schulen, darunter erstmals auch Gymnasien, in das Programm holen. ~~Außerdem wollen wir das Programm so weiterentwickeln, dass künftig eine Schwerpunktsetzung zur Antidiskriminierung in der Schule erfolgen kann.~~ Für Lehrkräfte wollen wir mehr Gelder für Weiterbildungen im Bereich der Inklusion bereitstellen.

Begründung

Antidiskriminierung ist für uns absolute Querschnittsaufgabe und keine Aufgabe für bestimmte Förderschwerpunkte. Förderschwerpunkte richten sich nach mehr oder minder scharf eingegrenzten körperlichen und seelischen Defiziten. Diskriminierendes Verhalten ist sicherlich nicht akzeptabel, aber in dem Sinne wohl keine förderfähige Beeinträchtigung im Sinne der Inklusion.

Ä-K21-179 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 77:

~~Es darf für Lehramtsstudiengänge keinen~~ Wir wollen den Zugang zum Studium erleichtern und den sogenannten Numerus Clausus geben. Dafür wollen absenken, indem wir die Zahl der Studienplätze weiter ausbauen und in Frankfurt (Oder) einen neuen Standort für das Lehramtsstudium entwickeln. Wir wollen Schule neu denken. Darum wollen wir in Potsdam eine sogenannte Universitätsschule schaffen, die unter wissenschaftlicher Begleitung Lehrmodelle von morgen erprobt.

Begründung

Die Hochschulen brauchen ein Auswahlssystem bei mehr Bewerber*innen als Plätzen. Entweder wir schlagen etwas anderes vor oder wir müssen uns damit abfinden.

Ä-K20-186 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 29:

Kapitel 20: Ausbildung, ~~Gute Arbeit~~ und ~~Fachkräfte~~ Gute Arbeit

Begründung

In der Kapitelüberschrift werden die Fachkräfte entfernt, weil das eigentliche Fachkräfteproblem im nachfolgenden Text gar nicht adressiert wird. Es gibt einen ergänzenden Änderungsantrag für das Wirtschaftskapitel, um das Thema Fachkräfte dort zu adressieren.

Ä-K20-187 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 30:

In Brandenburg wird in allen Branchen händeringend nach Fachkräften gesucht. Um junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk oder in der Pflege zu begeistern, braucht es gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Studium und duale Ausbildung gleichwertig behandelt werden und die gleiche soziale Anerkennung erhalten. Auszubildende in Brandenburg müssen von ihrem Gehalt leben können, beste Lernbedingungen an ihren Berufsschulen haben und ähnliche Unterstützung wie Studierende bekommen. **[Leerzeichen]**

Wir wollen Unternehmen stärker unterstützen und in die Pflicht nehmen, gute Ausbildungsplätze für die Fachkräfte von morgen zu schaffen. Manche Berufsbilder und Lernumfelder im Handwerk regen wir an zu modernisieren, damit sie für junge Menschen attraktiver werden und den Anforderungen einer klimaneutralen Wirtschaft besser entsprechen. Damit junge Menschen den Beruf finden, der zu ihnen passt, wollen wir Jugendberufsagenturen in allen Landkreisen etablieren.

Begründung

Die Ergänzungen im Text folgen dem LDK-Beschluss „Für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und klimaneutrale Wirtschaft in Brandenburg“ vom 29.04.2023 und ergänzen die aus Sicht der Wirtschaftspolitik zusätzlich relevanten Aspekte zum Thema Ausbildung.

Ä-K20-188 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 31:

Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt. ~~Wir wollen~~ Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen stärken wir den Rücken ~~stärken~~ und unterstützen moderne Arbeitsmodelle ~~unterstützen~~. Wir haben in der Landesregierung den Vergabemindestlohn erhöht und die Vergabe öffentlicher Aufträge neu geregelt. Weitere Vergabegrundsätze wie Klauseln zur Tariftreue wollen wir im Landesvergabegesetz ergänzen.

Begründung

stärkere Formulierung

Ä-K20-202 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG WiFi

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 38:

Guter Berufsschulunterricht ist für eine erfolgreiche Ausbildung genauso wichtig wie gute Bedingungen im Ausbildungsunternehmen. Doch nur rund die Hälfte aller Auszubildenden ist mit der Qualität des Unterrichts in ihrer Berufsschule zufrieden. Ein wichtiger Grund: Wie im gesamten Schulsystem mangelt es auch an die Berufsschulen massiv an mangelnder digitaler Ausstattung und fehlenden Lehrkräften.

Ä-K20-203 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Kay Patzwald

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 39:

Wir wollen, dass Berufsschüler*innen in Brandenburg eine Topausbildung erhalten. Darum haben wir durchgesetzt, dass Berufsschullehrkräfte an der Universität Potsdam jetzt in einem eigenen Studiengang ausgebildet werden. Wir wollen Quereinsteiger*innen an Berufsschulen fördern, indem wir die Weiterbildungsmöglichkeiten stark verbessern. ~~Und weil sich gute Lehre immer weiterentwickelt, fordern wir ein kontinuierliches Weiterbildungsprogramm für alle Lehrkräfte an Berufsschulen.~~ Um eine flexiblere Berufsausbildung mit einem größeren Angebot an Fächern zu ermöglichen, wollen wir an Berufsschulen digitalen Hybridunterricht etablieren.

Dafür wollen wir die Schulträger bei der Ausstattung der Schulen mit einer angemesseneren digitalen Infrastruktur (Glasfaser, WLAN für Lehrende und Lernende) und digitalen Endgeräten für Lehrkräfte unterstützen.

Gemeinsam mit allen Partnern der dualen Ausbildung prüfen wir Alternativen zur Schul-Cloud. Dabei setzen wir auf OpenSource-Software und eine längerfristige und nachhaltige Weiterentwicklung.

Begründung

Streichung: Es gibt bereits ein "kontinuierliches Weiterbildungsprogramm".

Ergänzung: Glasfaser ist an vielen Schulen weiterhin nicht der Standard. Viele Schulträger zögern, die Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten auszustatten, da die Finanzierung des längerfristige Support der Geräte nicht geklärt ist. Hier muss eine Einigung erzielt werden. Hybrider Unterricht ist an vielen Berufsschulen nicht möglich.

Die SchulCloud des HPI hat bisher wenige Funktionen und die längerfristige Finanzierung und Weiterentwicklung ist nicht geklärt. Sie bietet im Vergleich wenige Funktionen und richtet sich primär an allgemeinbildende Schulen. Aktuell ist es nicht möglich, dass beispielsweise Ausbilder:innen auf die Kurse zugreifen können. Private Anbieter nutzen diese Lücke aus und entwickeln eigene Lernplattformen. Hier sollte das Land auf eine längerfristige, nachhaltige Lösung wie z. B. Moodle setzen. Dieses OpenSource-Lernmanagementsystem wird an den meisten Hochschulen und vielen Schulen eingesetzt. Die freiwerdenden finanziellen Mittel sollen in die Unterstützung der Community gesteckt werden.

Ä-K21-231 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 04.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 58:

~~Wir wollen dem Kitapersonal mehr Zeit für Aus- und Fortbildungen, für Qualitäts- und Konzeptarbeit und die Vor- und Nachbereitung geben. Wir wollen ein Kind-Pädagog*innen-Verhältnis von 1:3 für Kinder unter drei Jahren und 1:7 für ältere Kinder ermöglichen. Ab dem ersten Kita-Jahr sollen Kinder durch multiprofessionelle Fachkräfte unterstützt werden und eine flächendeckende Sprachförderung möglich sein.~~

Mehr Zeit der Erzieher*innen für jedes einzelne Kind ist eine wichtige Voraussetzung, damit Kitas ihren Bildungsauftrag erfüllen können. Das sorgt für soziale Gerechtigkeit sowie für gute Arbeitsbedingungen und beugt Überlastung vor. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viele zusätzliche Erzieher*innen in die Kitas gebracht, die Fachkraft-Kind-Relation stetig verbessert und sind jetzt bei einem Personalschlüssel von 1: 10 für die Drei- bis Sechsjährigen und (ab 1.8.2024) von 1:4 für die Unter-Dreijährigen. In einem nächsten Schritt wollen wir zunächst die Leitungsfreistellung für Kitas ausweiten und dann weitere Schritte bei der Verbesserung der Personalschlüssel gehen. Dabei sollen auch die Horte einbezogen werden. Wir wollen außerdem einen verbindlichen Personalschlüssel, der die Zeiten für Urlaub, Fortbildung, Krankheit und Elternarbeit einbezieht.

Ä-K21-233 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 04.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 59:

Um mehr pädagogische Fachkräfte in den Beruf zu bringen, starten wir eine Fachkräfteoffensive, schaffen das Schulgeld für Erzieher*innen in Ausbildung ab, bauen berufsbegleitende Ausbildungsgänge aus und sichern ein hohes Ausbildungsniveau. So machen wir den Beruf noch attraktiver. ~~Unser perspektivisches Ziel ist weiterhin die Beitragsfreiheit für Kitas. Die Verbesserung der Betreuung ist für uns unerlässlich.~~ Kitas und Horte sind Bildungseinrichtungen. Deshalb streben wir weitere Schritte bei der Beitragsfreiheit an. Die Maßnahmen, die bereits zur finanziellen Entlastung von Familien getroffen wurden, werden wir fortsetzen. Bereits jetzt sind Drei- bis Sechsjährige vollständig beitragsfrei, Familien mit kleinen und mittleren Einkommen werden ganz oder teilweise entlastet. In weiteren Schritten werden wir zunächst die Hortkinder beitragsfrei stellen, um einen echten Ganzttag zu ermöglichen, und dann Schritt für Schritt die Krippenkinder. Die Kitarechtsreform werden wir neu angehen mit dem Ziel, die Kitafinanzierung zwischen Land, Kommunen, Trägern und Eltern transparent und gerecht zu regeln.

Ä-K19-236 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 9:

Der Wohnraummangel in Universitätsstädten ist für Studierende besonders spürbar.

~~Studierendenwohnheime wollen wir darum stärker im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung unterstützen. Studierendenwerke sollen beim Bau und der Sanierung von Wohnheimen höhere Zuschüsse vom Land erhalten. Insbesondere in Potsdam ist nicht ausreichend Wohnraum für Studierende vorhanden. In anderen Universitätsstädten wie Frankfurt (Oder) und Cottbus ist die Herausforderung, den Bestand an Studierendenwohnheimen zu erhalten und zu modernisieren. Studentisches Wohnen hat oft andere Bedarfe als anderer sozialer Wohnungsbau. Daher wollen wir eine eigene Richtlinie in der Wohnraumförderung für studentisches und junges Wohnen auf den Weg bringen, die offene Fragen zum Beispiel bei Bau- und Ausstattungsstandards klärt.~~

Begründung

Die derzeit größte Herausforderung ist nicht die Höhe der Zuschüsse, sondern die fehlende Berücksichtigung der speziellen Anforderungen von studentischem Wohnen in der Wohnraumförderung. Diese sollten wir in einer eigenen Richtlinie klären.

Ä-K21-244 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 52:

Wir ~~stehen zu den freien~~ unterstützen Schulen ~~und in freier~~ Trägerschaft. Sie tragen dazu bei, die Vielfalt der schulischen Bildungsangebote im Land zu gewährleisten. Wir haben uns bereits erfolgreich für eine bessere Finanzierung eingesetzt. Die Wartezeit, bis freie Schulen Zuschüsse vom Land erhalten, haben wir verkürzt und setzen uns dafür ein, dass ihnen rückwirkend ein Teil der Kosten erstattet wird, sobald sie die zweijährige Wartefrist durchlaufen haben. ~~Freie~~ Schulen ~~müssen~~ in freier Trägerschaft sollten in Zukunft stärker in die Schulentwicklungsplanung, Schulvisitation und in die Mitwirkungsgremien einbezogen werden.

Begründung

1. Begrifflichkeit adequat verwenden. Begründung für unsere Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft erscheint angebracht. 2. Schulen in freier Trägerschaft können z.B. aufgrund ihrer rechtlichen Stellung nicht dazu verpflichtet werden, Schulvisitationen durch staatliche Behörden zuzulassen.

Ä-K21-245 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 73:

~~Wir wollen das System der Schulnoten ändern, weil sie nicht aussagekräftig genug sind, um so zentral über die Zukunft von Kindern und Jugendlichen zu entscheiden. Wir wollen Notenbewertungen Schritt für Schritt durch besser verständliche Lernstandserhebungen ersetzen, die auch eine Selbsteinschätzung der Schüler*innen einbeziehen. Viele Lehrkräfte und Schüler*innen wünschen sich zeitgemäße Beurteilungsmöglichkeiten wie Portfolios oder Lernberichte. Bis einschließlich Jahrgangsstufe 8 soll auf Noten verzichtet werden. Wo sie noch nötig sind, sollen Zensuren nachvollziehbar und transparent vergeben werden.~~

Die Zensurengebung soll transparent und nachvollziehbar unter Einbeziehung der Selbsteinschätzung der Schüler:innen erfolgen. Über Alternativen, z.B. verbale Beurteilungen in der Grundschule entscheiden die Schulen weiterhin in eigener Verantwortung, an weiterführenden Schulen soll diese Möglichkeit bei besonderem Bedarf ermöglicht werden. Ebenso treten wir dafür ein, dass bei der Ermittlung der individuellen Schülerleistungen einer Vielfalt an Formaten der Leistungsmessung Rechnung getragen wird. So sollen die Schulen bis Klasse 10 in eigener Verantwortung darüber entscheiden können.

Begründung

1. Eine Abschaffung der Noten bis Klasse 8 erscheint aus mehreren Gründen nicht praktikabel und durchsetzbar: Die Brandenburger Schule muss in jedem Fall den Übergang von Schüler:innen in andere Bundesländer berücksichtigen. Dies gilt insbesondere auf weiterführende Schulen. 2. Die im Entwurf erwähnte Alternative "Portfolios", Lernstandberichte etc... machen einen sehr hohen Arbeitsaufwand für die Lehrkräfte erforderlich, der in keinem Verhältnis zur pädagogischen Wirkung derartiger Berichte ab ca. Klasse 5 steht. Nach meiner 40-jährigen Berufserfahrung kann ich sagen, dass ab einem bestimmten Alter die Schüler:innen sich durchaus mit anderen messen wollen. Die Noten 1-6 stellen dabei nach wie vor den Gradmesser dar, zumal er ja dann auch in der Oberstufe eine zentrale Rolle spielt. Auch werden Übergangsmöglichkeiten an Schulen in andere Bundesländer dadurch erschwert.

2. Die Wahl einer Vielfalt an Formaten zur Leistungsmessung kann dazu beitragen, die individuellen und schulspezifischen Gegebenheiten zur Leistungserbringung zu berücksichtigen. Wie Klassenarbeiten, Tests gegenüber anderen Formen der Leistungsmessung zu gewichten sind, könnten in den Schulen durch die Fachkonferenzen in eigener Verantwortung entschieden werden.

Ä-K21-316 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 79:

Wir haben dafür gesorgt, dass Brandenburg ein Mehrsprachigkeitskonzept mit auf den Weg gebracht bekommt. Damit wollen wir die in Brandenburg besonders geschützten RegionalMinderheitenheiten- und MinderheitenheitensprachenRegionalsprachen wie Sorbisch und Niederdeutsch, aber auch unsere Nachbarsprache Polnisch und die Herkunftssprachen von Zugewanderten stärker fördern. Gleichzeitig sorgen wir für gute Deutschkenntnisse und ein gutes Fremdsprachenangebot. Pilotprojekte für das frühe Lernen von Polnisch, Sorbisch, Niederdeutsch und ein größeres Angebot an Unterricht von Herkunftssprachen wollen wir mit zusätzlichen Mitteln fördern. Wir wollen die neue GrundschulausbildungGrundschullehrkräfteausbildung in Senftenberg um Sorbisch und Polnisch erweitern, ein Polnischlehramt an der Viadrina prüfen und Mehrsprachigkeit auch im neuen Berufsschullehramt und in der Ausbildung von Erzieher*innen integrieren. Wir wollen die Sprachlernreihenfolge in der Grenzregion umdrehen: Früher Spracherwerb ist vor allem sinnvoll bei Nachbar- und Minderheitensprachen, Englisch folgt regulär. Daher fördern wir Pilotprojekte für weitere mehrsprachige Kitas und Grundschulen. Die Europaschulen sollen mehr Sprachangebote unterbreiten können. Wir haben uns für ein Niederdeutschgesetz stark gemacht und begrüßen, dass dieses nun auf den Weg gebracht wurde. Gute Beispiele wie Pflegeangebote auf Niederdeutsch wollen wir ausdehnen. Zur Koordination dient das geplante Kompetenzzentrum Mehrsprachigkeit, dass wir am LISUM gemeinsam mit den Brandenburger Universitäten einrichten wollen, die zu Mehrsprachigkeit forschen.

Begründung

Konkrete Forderungen, die wir aus der Anhörung im Ausschuss ableiten

Ä-K21-324 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Religion

Beschlussdatum: 07.01.2024

Titel

Ändern in:

Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 84 einfügen:

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für Globales Lernen wollen wir im schulischen und außerschulischen Bereich ausbauen und die Projektförderung vereinfachen und verstetigen. Das Fach Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde wollen wir auch in der Sekundarstufe II anbieten, da es einen Beitrag für interreligiösen Dialog und Integration darstellt und Demokratiekompetenz fördert. Lernen ist ein lebenslanger Prozess und hört nicht mit dem Abschluss der Berufsausbildung auf. Die Volkshochschulen, Erwachsenenbildungsstätten, die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Schule für niedersorbische Sprache und Kultur sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Bildungslandschaft. Wir wollen sie stärken und gerade in ländlichen Regionen die Angebote weiter ausbauen. Angebote des zweiten Bildungswegs müssen besonders in ländlichen Regionen erreichbar sein. Hier wollen wir verstärkt auf Möglichkeiten zum hybriden Unterricht setzen.

Begründung

Die Begründung („da...“) stärkt den Programmpunkt.

Ä-K21-330 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG KJuFa

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 50:

~~Wir haben die Konzepte dafür, wie wir in den nächsten zehn Jahren tausende von gut ausgebildeten Pädagog*innen in unsere Kitas und Schulen bringen. Und wie wir sie mit Weiterbildungen immer auf dem neuesten Stand halten.~~ Der Bekämpfung des Fachkräftemangels in Schulen und Kitas wollen wir zukünftig absolute Priorität einräumen. Wir setzen uns dafür ein, dass unser Bildungssystem endlich die finanziellen Ressourcen erhält, die es braucht. Dazu gehört auch, dass Steuergelder gezielt eingesetzt werden und insbesondere Mittel für benachteiligte Schüler*innen und Standorte diese auch erreichen. Gerade dort, wo Kinder zuerst Deutsch lernen müssen, wo Schüler*innen mit Behinderungen lernen und wo Familien besondere Hilfen benötigen, wollen wir unterstützen. Kitas und Schulen in benachteiligten Lagen sollen so mehr Geld bekommen, was dann auch den Schüler*innen und den Kita-Kindern zugutekommt.

Begründung

Keiner hat wirklich „die“ Konzepte, um in den nächsten zehn Jahren tausende Fachkräfte zu gewinnen. Es wäre zu „vollmundig“ so eine Versprechung zu machen.

Ä-K21-337 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Tom Ritter

Änderungsantrag zu WP-4

Nach Zeile 71 einfügen:

[In der Schule auf das Arbeitsleben vorbereiten](#)

[Sozialpartnerschaft ist die tragende Säule unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Das muss sich auch in den Lehrplänen der Schulen und Hochschulen widerspiegeln. Wissen über Gewerkschaften, Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung muss einen höheren Stellenwert bekommen und fest in den Rahmenlehrplänen aller Jahrgangsstufen und Schulformen verankert werden. Wir möchten für Gewerkschaften zudem ein Zugangsrecht zu Schulen und Hochschulen sicherstellen.](#)

Begründung

Mitbestimmung im Betrieb und Organisation von Arbeitskämpfen gehört in die Lehrpläne. Auch sollten die Gewerkschaften Zugang zu Schulen u. Hochschulen erhalten, um aufzuklären und zu werben. Ein gutes Leben kann nur entstehen, wenn man die Kenntnis darüber hat, wie es entstehen kann.

[Siehe den 5-Punkte-Plan für die Tarifwende des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg](#)

Ä-K20-351 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Peter Staudt-Fischbach

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 30 einfügen:

In Brandenburg wird in allen Branchen händeringend nach Fachkräften gesucht. Um junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk oder in der Pflege zu begeistern, braucht es gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Auszubildende in Brandenburg von ihrem Gehalt leben können, beste Lernbedingungen an ihren Berufsschulen haben und ähnliche Unterstützung wie Studierende bekommen. Inbesondere soll die Weiterbildung zum Industrie- oder Handwerksmeister genau so gebührenfrei möglich sein, wie der Erwerb eines Hochschulabschlusses. Wir wollen Unternehmen stärker unterstützen und in die Pflicht nehmen, gute Ausbildungsplätze für die Fachkräfte von morgen zu schaffen. Damit junge Menschen den Beruf finden, der zu ihnen passt, wollen wir Jugendberufsagenturen in allen Landkreisen etablieren.

Begründung

Ein wesentlicher Teil der Arbeiten zur Energiewende und Klimafolgenanpassung muss durch Fachbetriebe durchgeführt werden. In den Bereichen Elektrotechnik, Kälte- und Klimatechnik, Heizungsbau und Anlagentechnik werden Meisterbetriebe zur Ausbildung des Nachwuchses benötigt. Viele Ausbilder gehen in den nächsten 5 Jahren in Rente. Um die dringend benötigten Nachwuchskräfte zu gewinnen, ist eine sofortige Beendigung der ungerechten Bevorzugung akademischer Bildungswege dringlich nötig.

Ä-K21-352 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendörffer

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 51 einfügen:

Schulen dürfen keine Orte der Angst sein. Darum wollen wir der demokratischen Bildung mehr Platz einräumen und Rechtsextremismus an Schulen und Kitas entschlossen entgegentreten. Wir rücken eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen und Brandenburger Kolonialgeschichte stärker in den Fokus der Lehrpläne. Dadurch sollen deren weiterhin andauernde Auswirkungen auf zutiefst rassistische gesellschaftliche Strukturen und eurozentrische Denkweisen im Bildungsbereich stärker reflektiert und überwunden werden.

Begründung

Eine kritische Beschäftigung mit dem eigenen Weißsein, damit verbundenen Privilegien, Vorurteilen und darauf aufbauende (unbewusst) rassistischen Haltungen und Wirkweisen in gesellschaftlichen Strukturen muss bereits in der schulischen, beruflichen und akademischen Ausbildung passieren.

Ä-K20-362 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Clemens Rostock

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 31 einfügen:

Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt. Wir wollen Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen den Rücken stärken und moderne Arbeitsmodelle unterstützen. Wir haben in der Landesregierung den Vergabemindestlohn erhöht und die Vergabe öffentlicher Aufträge neu geregelt. Weitere Vergabegrundsätze wie Klauseln zur Tariftreue wollen wir im Landesvergabegesetz ergänzen.

Um sich dem bundes- und ostdeutschen Durchschnitt anzugleichen, wollen wir einen zusätzlichen Feiertag in Brandenburg einführen. Für uns kommen dafür der Frauentag am 8. März, der Tag der Märzrevolutionäre am 18. März, der Tag der Befreiung am 8. Mai oder der vielfältig historische 9. November in Frage. Wir wollen mit allen demokratischen Fraktionen in den Austausch gehen, welcher davon am besten zu Brandenburg passt.

Begründung

In der Hälfte der Bundesländer gelten 10 Feiertage, in der anderen Hälfte 11 bis 12, in einigen Regionen sogar bis zu 14. In 3 der 5 ostdeutschen Flächenländer gelten 11 Feiertage (in einzelnen Regionen bis zu 12).

Es geht also zu Einem um eine Angleichung an den bundesdeutschen und ostdeutschen Durchschnitt.

Andererseits ist es ein Beitrag im Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte, die aktuell einer der limitierenden Faktoren der Wirtschaftsentwicklung sind.

Drittens ist es ein Beitrag zu Suffizienz, die neben Effizienz und Konsistenz ein wichtiger Baustein zur Nachhaltigkeit ist.

Nicht umsonst hat die SPD jüngst beschlossen, den Frauentag als Feiertag einzuführen. Den konkreten Feiertag bereits festzulegen, wäre für uns aber taktisch unklug. Mit der gewählten Aufzählung lassen sich Befürworter*innen verschiedener potenzieller Feiertage ansprechen. Gleichzeitig erhält man sich Offenheit gegenüber politischen Partner*innen, die man für eine Mehrheit benötigt. Gleichzeitig grenzt man damit aber auch ein und fordert nicht nur willkürlich irgendeinen zusätzlichen Feiertag.

Dieser Antrag ist auch im Zusammenhang mit dem ÄA355 von Tom Ritter zu diskutieren. An welcher Stelle man das Thema im Programm verankert, wäre dann ebenfalls festzulegen.

Ä-K21-376 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Daniel Meile

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 66:

Um eine inklusive Schule besuchen zu können, sollen Brandenburger Kinder nicht keine weiten Wege zurücklegen müssen. Wir wollen in jedem Landkreis mindestens eine Grundschule und Oberschule, die besonders für die Aufnahme von Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen vorbereitet sind. An diesen Schulen lernen alle Schüler*innen ~~mit und ohne Beeinträchtigungen~~ gemeinsam und werden dabei von multiprofessionellen Teams besonders unterstützt. Diese inklusiven Schwerpunktschulen sollen vorrangig in sogenannten Schulzentren geschaffen werden, wo Grundschule und weiterführende Schule am gleichen Ort längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.

Begründung

Förderbedarf nach vorn rücken, nicht die Beeinträchtigungen.

Ä-K21-378 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Daniel Meile

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 67 einfügen:

Immer noch stehen Schüler*innen in den Bildungsgängen „Lernen und Geistige Entwicklung“ nach der Schule ohne Abschluss da. Das wollen wir ändern und zukünftig eigene kompetenzorientierte Schulabschlüsse für diese Gruppe schaffen.???

Begründung

Was soll das sein? Die aktuellen landeseigenen Abschlüsse fußen auf einem kompetenzorientierten Rahmenlehrplan. Wenn es anerkannte Abschlüsse geben soll, muss dies auf KMK-Ebene realisiert werden.

Ä-K21-386 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 49:

Wir wollen, dass Brandenburgs Kitas und Schulen unsere Kinder und Jugendlichen ~~noch~~ besser für die Zukunft vorbereiten und die selbstbestimmte Entwicklung fördern. Noch immer hängt Bildungserfolg viel zu sehr von der sozialen Herkunft eines Kindes ab. Leistungsvergleiche zeigen immer wieder, dass ~~junge Menschen~~ Schüler*innen nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen können. ~~Kernproblem~~ Ein aktuell großes Problem ist der Lehrkräftemangel, bei dem wir in den nächsten Jahren noch stärker als zuvor das Ruder alter Fehlentscheidungen herumreißen wollen. Bei inklusivem Lernen, Digitalisierung und Demokratiebildung wollen wir besser werden. Ebenso wollen wir soziale Kompetenzen in Kitas und Schulen stärken und die Kinder im Hinblick auf Weltoffenheit, Akzeptanz und Toleranz aufklären.

Ä-K21-387 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 49:

Wir wollen, dass Brandenburgs Kitas und Schulen unsere Kinder und Jugendlichen noch besser für die Zukunft vorbereiten und die selbstbestimmte Entwicklung fördern. Leistungsvergleiche zeigen immer wieder, dass junge Menschen nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen können. Kernproblem ist der Lehrkräftemangel, bei dem wir in den nächsten Jahren noch stärker als zuvor das Ruder alter Fehlentscheidungen herumreißen wollen. Bei inklusivem Lernen, Digitalisierung und Demokratiebildung wollen wir besser werden. ~~Ebenso wollen wir soziale Kompetenzen in Kitas und Schulen stärken und die Kinder im Hinblick auf Weltoffenheit, Akzeptanz und Toleranz aufklären.~~ Wir wollen Empathie, Wertschätzung füreinander und das Arbeiten miteinander als Voraussetzung für gegenseitige Akzeptanz, Toleranz und Weltoffenheit fördern.

Ä-K21-389 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 50:

~~Wir haben die Konzepte dafür, wie wir in den nächsten zehn Jahren tausende von gut ausgebildeten Pädagog*innen in unsere Kitas und Schulen bringen. Und~~ Wir wollen in den nächsten Jahren alles daran setzen, möglichst viele gute ausgebildete Pädagog*innen in unsere Kitas und Schulen zu bingen und wie wir sie mit Weiterbildungen immer auf dem neuesten Stand halten. Wir setzen uns dafür ein, dass unser Bildungssystem endlich die finanziellen Ressourcen erhält, die es braucht. Dazu gehört auch, dass Steuergelder gezielt eingesetzt werden und insbesondere Mittel für benachteiligte Schüler*innen und Standorte diese auch erreichen. Gerade dort, wo Kinder zuerst Deutsch lernen müssen, wo Schüler*innen mit Behinderungen lernen und wo Familien besondere Hilfen benötigen, wollen wir unterstützen. Kitas und Schulen in benachteiligten Lagen sollen so mehr Geld bekommen, was dann auch den Schüler*innen und den Kita-Kindern zugutekommt.

Ä-K21-390 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 51:

Schulen dürfen keine Orte der Angst sein. Darum wollen wir der demokratischen Bildung mehr Platz einräumen und **Rechtsextremismus insbesondere Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus** an Schulen und Kitas entschlossen entgegentreten. Dazu gehört auch, dass wir Schüler*innen den Raum geben, sich freiheitlich und kreativ zu entfalten. Brandenburgs Schüler*innen sind selbstbewusst, vielseitig erfolgreich und selbstbestimmt. Dieses Potenzial wollen wir auch in Zukunft voll ausschöpfen.

Ä-K21-392 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 52:

Wir ~~stehen zu den freien Schulen~~ unterstützen freie Schulen, die reformpädagogisch orientiert sind und so die Schullandschaft bereichern. Gleichfalls wollen wir, dass sie in die Schulentwicklungsplanung, Schulvisitation und in die Mitwirkungsgremien einbezogen werden. Wir haben uns bereits erfolgreich für eine bessere Finanzierung eingesetzt. Die Wartezeit, bis freie Schulen Zuschüsse vom Land erhalten, haben wir verkürzt und setzen uns dafür ein, dass ihnen rückwirkend ein Teil der Kosten erstattet wird, sobald sie die zweijährige Wartefrist durchlaufen haben. ~~Freie Schulen müssen in Zukunft in die Schulentwicklungsplanung, Schulvisitation und in die Mitwirkungsgremien einbezogen werden.~~

Ä-K21-409 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule & Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 84 einfügen:

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für Globales Lernen wollen wir im schulischen und außerschulischen Bereich ausbauen und die Projektförderung vereinfachen und verstetigen. Das Fach Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde wollen wir auch in der Sekundarstufe II anbieten. Die fachdidaktische Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit Befähigung für die Sekundarstufe II im Fach LER, wie auch in dessen Bezugswissenschaften Philosophie, Psychologie und Religionswissenschaft, soll zum Studienangebot von Hochschulen im Land Brandenburg gehören. Für bereits ausgebildete Lehrkräfte ist ein Angebot zur berufsbegleitenden Weiterbildung für die Befähigung für die Sekundarstufe II zu schaffen. Lernen ist ein lebenslanger Prozess und hört nicht mit dem Abschluss der Berufsausbildung auf. Die Volkshochschulen, Erwachsenenbildungsstätten, die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Schule für niedersorbische Sprache und Kultur sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Bildungslandschaft. Wir wollen sie stärken und gerade in ländlichen Regionen die Angebote weiter ausbauen. Angebote des zweiten Bildungswegs müssen besonders in ländlichen Regionen erreichbar sein. Hier wollen wir verstärkt auf Möglichkeiten zum hybriden Unterricht setzen.

Begründung

Die Bezugswissenschaften des Fachs LER können bereits jetzt von Schülerinnen und Schülern anstelle von LER in der SEK II belegt werden. Hier kommen allerdings selten Kurse zustande, weil Lehrkräfte fehlen - denn diese werden in Brandenburg nicht ausgebildet. Ein unhaltbarer Zustand, da diese Fächer bei uns für das Abitur zugelassen sind. Für das Fach LER konnte in Brandenburg bisher nur eine Befähigung für die SEK I erworben werden (und zwar paradoxerweise auch für die weiteren gewählten Fächer). Die Fachdidaktik an den Hochschulen muss derart ausgebaut werden, dass wir die Lehrkräfte auch hier im Land ausbilden können. Das gilt für das Fach LER, wie auch für die 'alternativen' Schulfächer seiner Bezugswissenschaften Philosophie, Psychologie und Religionswissenschaft. Das muss im Programm auftauchen, denn LER nur in der SEK II 'anzubieten' schafft die gleiche Situation, wie sie jetzt bei Philosophie, Psychologie und Religionswissenschaft - also theoretisch belegbar, aber keine Lehrkräfte vorhanden.

Alle diese Schulfächer sind derzeit wichtiger denn je. Wir erleben eine Krise des kritischen Denkens und sehen, dass unsere Schulen junge Menschen nicht gut genug auf Fake News, Populismus und Alarmismus vorbereiten. Ein entsprechender Unterricht ist auch in der Sekundarstufe II unabdingbar, wo sich bei Schülerinnen und Schülern überhaupt erst gewisse Fähigkeiten entwickeln, gesellschaftliche Zusammenhänge angemessen zu reflektieren. Für eine detailliertere Erläuterung sei noch einmal verwiesen auf den entsprechenden Antrag 'DEMOKRATIEFÄHIGKEIT VON BRANDENBURGER SCHÜLER*INNEN STÄRKEN DURCH LER-UNTERRICHT IN DER OBERSTUFE', den wir bei der 48. LDK im vergangenen Jahr beschlossen haben. (<https://brandenburg.antragsgruen.de/ldk2023-48/Demokratiefähigkeit-von-Brandenburger-Schuler-innen-starken-durch-LER-24978>) Der wesentliche Gehalt dieses Beschlusses sollte auch im Wahlprogramm abgebildet sein.

Ä-K19-410 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 2 einfügen:

Kein Bundesland balanciert so geübt zwischen Vergangenheit und Neustart wie Brandenburg, daher sind Forschung und Innovationen für uns besonders wichtig. Hier gibt es weltweit renommierte Forschungsinstitute und acht staatliche Hochschulen mit über 50.000 Studierenden. Die bedeutende Rolle unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen erstreckt sich über wissenschaftliche Lehre und Forschung hinaus. Sie bringen wissenschaftliche Innovation, regionale Wertschöpfung und tragen zum gesellschaftlichen Diskurs bei. Unsere Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sind Anziehungspunkte für junge Menschen aus aller Welt, Schmieden für hochqualifizierte Fachkräfte und spielen eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der drängenden Fragen unserer Zeit. Insbesondere im Strukturwandel der Lausitz und in Zeiten der Klimakrise sind Hochschulen ein zentraler Baustein.

Begründung

Im einleitenden Absatz, der die Bedeutung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen für das Land Brandenburg herausstellt, fehlen zentrale inhaltliche Punkte. So sind Hochschulen ein wichtiger Baustein im demographischen Wandel, bei der Standortattraktivität, dem Fachkräfteproblem, etc. Der ergänzende Satz greift diese Aspekte auf.

Ä-K19-411 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 3 löschen:

~~Mit dem Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ haben wir Verbesserungen für wissenschaftliche und studierende Mitarbeitende an unseren Hochschulen erreicht. Den Prozess wollen wir fortsetzen und um einen landesweiten „Kodex Gute Arbeit“ ergänzen. Wir setzen uns für mehr Mitbestimmung, Chancengleichheit, Diversität, Diskriminierungsschutz, Inklusion und bessere gesundheitliche Unterstützung an Hochschulen ein. Wir möchten die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter erhöhen.~~

Begründung

Diese Punkte gehören inhaltlich zum Projekt "Gute Arbeit für Beschäftigte an Hochschulen". Deshalb soll dieser Absatz nach unten als einleitender Absatz des Projekts "Gute Arbeit für Beschäftigte an Hochschulen" verschoben werden (siehe entsprechenden ÄÄ)

Ä-K19-412 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 4:

Wir werden die Bedingungen für das Studium in Brandenburg sowie erfolgreiche Forschung und Entwicklung ~~sowie~~ weiter verbessern. Dazu möchten wir an der Hochschultreppe festhalten und die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter erhöhen. Wir wollen ein Landesprogramm für Bau und Sanierung im Bereich der Hochschulen und der Studierendenwerke auflegen. Der Hochschulbau muss perspektivisch von Bund und Ländern wieder als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Dabei wollen wir mehr Mittel bereitstellen, für eine bessere Personalausstattung sorgen und Verwaltungsverfahren vereinfachen.

Wir wollen die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Brandenburger Hochschulgesetz mit der Begrenzung der Professor*innenmehrheit und eine Beteiligung der Gremien an den Hochschulverträgen weiter ausbauen.

Auch wollen wir den Wissenstransfer von Brandenburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen in ~~der~~ die Praxis ~~weiter verbessern.~~ Vorhandene stärken und vorhandene Strukturen und Ansätze, wie die Transfer- und Präsenzstellen sowie Förder- und Unterstützungsstrukturen für Gründungen und Startups im Umfeld von Wissenschaftseinrichtungen ~~wollen wir~~ dazu weiter stärken ausbauen.

Begründung

An dieser Stelle ist es mit Blick auf mögliche Koalitionsverhandlungen sowie hinsichtlich der Erwartungen zentraler Akteur*innen aus der Hochschul- und Forschungscommunity sehr wichtig, konkreter zu benennen, was wir unter der "Verbesserung der Bedingungen für das Studium, Forschung und Entwicklung" meinen. Inhaltlich müssen hier entsprechend die Punkte, "Hochschultreppe", "Hochschulbau" genannt werden.

Da dieser Absatz ganz grundlegende Positionierungen dazu, wie wir die Bedingungen im Hochschulsystem verbessern wollen, vornimmt, ist es zudem inhaltlich konsistent, den Satz "Wir wollen die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Brandenburger Hochschulgesetz mit der Begrenzung der Professor*innenmehrheit und eine Beteiligung der Gremien an den Hochschulverträgen weiter ausbauen" aus dem Projekt "Gute Arbeit für Beschäftigte an Hochschulen" herauszulösen und an dieser Stelle als eigenen Absatz zu integrieren.

Die restlichen vorgenommenen redaktionellen Änderungen im Absatz im ergeben sich dann aus den genannten inhaltlichen Ergänzungsbedarfen.

Ä-K19-413 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 7 einfügen:

Sozialoffensive für ein Studium, das sich alle leisten können

Begründung

Der Projekttitle sollte aus kommunikativer Perspektive und den weitreichenden inhaltlichen Forderungen entsprechend um das Wort "Sozialoffensive" ergänzt werden.

Ä-K19-415 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 9:

Der Wohnraummangel in ~~Universitätsstädten~~Hochschulstandorten ist für Studierende besonders spürbar. Studierendenwohnheime wollen wir darum stärker im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung unterstützen. Studierendenwerke sollen beim Bau und der Sanierung von Wohnheimen höhere Zuschüsse vom Land erhalten. Zudem wollen wir die freie Kreditaufnahme durch Studierendenwerke für Investitionen in Wohnheime ermöglichen.

Begründung

In Brandenburg gibt es mehr Fachhochschulen als Universitäten - zudem hat man sich in der Wissenschaftspolitik offiziell auf den Oberbegriff Hochschulen (= FHs + Unis) geeinigt. Deshalb soll der Begriff "Universitätsstädte" durch "Hochschulstandorte" ersetzt werden.

Die freie Kreditaufnahme durch Studierendenwerke ist ein zentrales Instrument zur Bekämpfung des Wohnraummangels für Studierende und soll hier entsprechend ergänzt werden.

Ä-K19-416 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 8 einfügen:

Wir wollen, dass gute Bildung in Brandenburg eine freie Entscheidung und kein Privileg für Wohlhabende ist. Der Zugang zu einem Studium sollte für alle ohne finanzielle Sorgen möglich sein. Darum setzen wir uns für die Abschaffung von Verwaltungs- und Rückmeldegebühren ein. Auf der Bundesebene setzen wir uns für eine deutliche Erhöhung der Sätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ein.

Neben dem Studium noch zu jobben, ist in Zeiten von Inflation und steigenden Mieten für viele junge Menschen keine Ausnahme, sondern die Regel. An den Brandenburger Hochschulen arbeiten rund 2.500 studentische Beschäftigte. Doch statt fairer Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen bekommen arbeitende Studierende häufig prekäre Verhältnisse und Stundenlöhne geboten, die sich nur knapp über dem Mindestlohn bewegen. Das stürzt nicht nur viele in Finanznöte, es bedeutet auch, dass man es sich leisten können muss, an Hochschulen zu arbeiten. Unser Ziel ist es, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in der Tarifgemeinschaft der Länder abzuschließen, der höhere Stundenlöhne, bessere Arbeitsbedingungen und Mindestvertragslaufzeiten von zwei Jahren enthält.

Begründung

Der Absatz beginnend mit "Neben dem Studium noch zu jobben..." ist aus dem Projekt "Gute Arbeit für Beschäftigte an Hochschulen" herausgelöst (siehe unten) und hier einleitend integriert, da die inhaltlichen Forderungen zum Tarifvertrag für studentische Beschäftigte" eher zu diesem Projekt gehören und als solches auch kommuniziert werden sollen.

Ä-K19-417 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 13 einfügen:

Künstliche Intelligenz (KI) verändert unsere Lebens- und Arbeitswelt in hohem Tempo. Und auch in der Hochschulbildung ist es wichtig, dass wir uns jetzt gut auf die Chancen und Risiken von KI vorbereiten. Viele hochqualifizierte Berufe werden zukünftig jeden Tag mit KI-Anwendungen arbeiten. Studierende und junge Wissenschaftler*innen sollten darum umfassend im Bereich von KI und Data Science ausgebildet werden. Doch nicht nur der kompetente Umgang mit neuen Technologien und großen Datenmengen will gelernt sein. Auch gesellschaftliche Risiken, Sicherheitsanforderungen und ein reflektierter Umgang müssen zum unverzichtbaren Bestandteil der Hochschulbildung werden. [Hierzu wollen wir vorhandene Strukturen und Kompetenzen an unseren Hochschulen weiter ausbauen.](#)

Begründung

Das Projekt "Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz einen Rahmen geben" soll an dieser Stelle mit einer Aussage dazu, wie wir die zuvor beschriebenen KI-bezogenen Aus- und Weiterbildungsbedarfe, adressieren wollen, ergänzt werden. Dem trägt der eingefügte Satz Rechnung. Zudem greift dies aktuelle Forderungen des Fachgesprächs zu KI in den Hochschulen des Fachausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Landtag vom 06.12.2023 auf.

Ä-K19-418 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 14:

Auch zum Lernen nutzen Studierende zunehmend KI-Tools wie Chatbots und Assistenzsysteme. Zudem birgt KI auch neue Möglichkeiten sowie Herausforderungen in der schulischen Bildung und stellt deshalb die Lehrkräfteausbildung und -weiterbildung vor neue Fragen. Daher werden wir ein Forum „KI in der Hochschulbildung“ unter der Beteiligung der Landesregierung und aller Statusgruppen an den Hochschulen einrichten, um einen verbindlichen Rahmen zu und ein langeseigenes Förderprogramm zu entwickeln, das gewährleistet, wie KI sicher und zukunftsweisend Teil unserer Hochschulbildung und insbesondere auch der Lehrkräfteausbildung und Bildungsforschung werden kann.

Begründung

Das Projekt "Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz einen Rahmen geben" sollte um die vorgenommenen inhaltlichen Punkte ergänzt werden, damit die Zielstellung und das Mandat des Forums "KI in der Hochschulbildung" konkretisiert wird und wir eine belastbare Grundlage für mögliche Koalitionsverhandlungen haben. Die ergänzten Punkte greifen zugleich zentrale Erkenntnisse und aktuelle Forderungen des Fachgesprächs zu KI in den Hochschulen des Fachausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Landtag vom 06.12.2023 auf.

Ä-K20-422 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Martin Pohlmann

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 47:

~~Durch starke ökologische und soziale Vorgaben wird das Vergaberecht komplexer. Damit die Vergabestellen von Land und Kommunen nicht überfordert werden, wollen wir eine zentrale Vergabekompetenzstelle schaffen. Die Kompetenzstelle kann Vergaben durchführen und diese durch gebündelte Expertise effizienter gestalten.~~

Öffentliche Auftragsvergaben sind heute komplexer. Zu berücksichtigen sind von Behörden und den Bieterunternehmen ein schnelllebiger und globaler Angebotsmarkt, die vergaberechtlichen Regelungen der EU und des Bundes hinsichtlich Ökologie, Qualität, Innovation und Sozialem und die Schwellenwerte für EU-weite Vergabeverfahren. Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung dieser Werte bei der EU ein. Um die Vergabestellen der Landesverwaltung und der Kommunen zu entlasten, wollen wir eine zentrale Vergabestelle für öffentliche, öffentlich-rechtlich organisierte und unter öffentlicher Aufsicht stehende Auftraggeber etablieren. Diese soll im Charakter einer Kompetenzstelle Aufgaben bündeln, zielgerichtet zu wirtschaftlicher, nachhaltiger und innovativer Beschaffung beraten und Vergaben und das Vergabemanagement effizienter durchführen.

Begründung

Um wirtschaftliche, klimafreundliche und nachhaltige und auch innovative Beschaffung stärker und fallspezifisch in die Umsetzungspraxis (und auch im Sinne eines „training on the job“) zu bringen, bedarf es einer kompetenten Hilfestellung für die Bedarfsträger und Beschaffungsstellen. Die vorhandene Auftragsberatungsstelle Brandenburg e.V. berät nur KMUs als potenzielle Bieter auf öffentliche Ausschreibungen.

Ä-K20-424 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Martin Pohlmann

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 46:

2021 haben wir mit der Novelle des BbgVergabegesetzes in diesem Bereich bereits große Schritte gemacht und erreicht, dass ~~nur Unternehmen~~ der Landeshaushaltsordnung unterliegenden Stellen bei der Vergabe ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen sollen. Unternehmen, die für das Land arbeiten, die müssen ihren Beschäftigten mindestens einen Lohn von 13 Euro pro Stunde zahlen und ~~bestimmte vom Auftraggeber zu definierende~~ Umweltansprüche erfüllen. Wir wollen bereits vorhandene soziale und ökologischen Vergabeanforderungen praktikabel weiterentwickeln, dabei auch den Baubereich einschließen und verbindlich in einer Verwaltungsvorschrift bündeln.

Begründung

Das Bbg-Vergabegesetz enthält die Vorschrift, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe berücksichtigt werden sollen. Diese gilt es mit konkreten und verpflichtenden Kriterien zu untersetzen. Diesen Weg ist auch das Bundesland Berlin gegangen. Durch die Orientierung am Vorbild Berlin werden die Vergabekriterien in der Metropolregion Berlin-Brandenburg vereinheitlicht. Das pusht die nachhaltige öffentliche Beschaffung, da der Zentraldienst der Polizei (ZDPol) des Landes BB bereits heute diverse Vergaben auch für das Land Berlin abwickelt wie die Beschaffung der Dienstkleidung für die Polizei, Justiz und Grünflächenämter.

Ä-K19-427 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 17:

~~Neben dem Studium noch zu jobben, ist in Zeiten von Inflation und steigenden Mieten für viele junge Menschen keine Ausnahme, sondern die Regel. An den Brandenburger Hochschulen arbeiten rund 2.500 studentische Beschäftigte. Doch statt fairer Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen bekommen arbeitende Studierende meist nur prekäre Verhältnisse und Stundenlöhne geboten, die sich nur knapp über dem Mindestlohn bewegen. Das stürzt nicht nur viele in Finanznöte, es bedeutet auch, dass man es sich leisten können muss, sich an Hochschulen hochzuarbeiten.~~

Mit dem von uns in den letzten Koalitionsvertrag eingebrachten Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ haben wir Verbesserungen für wissenschaftliche und studierende Mitarbeitende an unseren Hochschulen erreicht. Den Prozess wollen wir fortsetzen und um einen landesweiten „Kodex Gute Arbeit“ ergänzen.

Begründung

Entsprechend der Integration der Punkte zum studentischen Tarifvertrag in das Projekt "Studium, das sich alle leisten können"(siehe Ä416)und entsprechend Ä411soll der einleitende Absatz hier mit dem Absatz zum "Kodex Gute Arbeit in der Wissenschaft" ersetzt werden.

Ä-K19-429 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 18 löschen:

~~Unser Ziel ist es, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in der Tarifgemeinschaft der Länder abzuschließen, der höhere Stundenlöhne, bessere Arbeitsbedingungen und Vertragsmindestlaufzeiten von zwei Jahren enthält.~~

Begründung

Entsprechend der Integration der Punkte zum studentischen Tarifvertrag in das Projekt "Studium, das sich alle leisten können"(siehe Ä416)und entsprechend Ä411 soll dieser Satz an dieser Stelle gestrichen werden.

Ä-K20-431 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: GewerkschaftsGrün

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 46 einfügen:

2021 haben wir in diesem Bereich bereits große Schritte gemacht und erreicht, dass nur Unternehmen für das Land arbeiten, die ihren Beschäftigten mindestens einen Lohn von 13 Euro pro Stunde zahlen und bestimmte Umweltansprüche erfüllen. Nach der hohen Inflation und den nachfolgenden Lohnsteigerungen muss dieser Vergabemindestlohn deutlich angehoben werden. Uns leitet dabei die EU-Richtlinie die den Mindestlohn bei mindestens 60% des Medianlohns vorgibt. Damit überschreiten wir inzwischen die 14€ und nähern uns den 15€. Ein guter Vergabemindestlohn hindert Unternehmen aber nicht daran, beim Urlaubsanspruch, der Arbeitszeit und in vielen anderen Bereichen nur das absolute Minimum für ihre Beschäftigten zu leisten. Tarifverträge sorgen für gute und geregelte Arbeitsbedingungen, weshalb wir fordern: Firmen, die im Auftrag des Landes arbeiten, müssen neben starken Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien zukünftig Arbeitsbedingungen und Löhne in einer Qualität gewährleisten, die denen von tarifgebundenen Unternehmen entspricht.

Begründung

Anfang 2021 tagte die Mindestlohnkommission und im Frühjahr 2021 folgten wir deren Empfehlung und erhöhten den Vergabemindestlohn auf 13€. Die Mindestlohnkommission soll alle 2 Jahre tagen. Er tagte allerdings erst Ende 2023 und vertagte sich auch noch ohne Ergebnis. Wir müssen jetzt davon ausgehen, dass die Kommission im April/Mai tagen und einen Vorschlag unterbreiten und die SPD voll darauf anspringen wird. Da wir die Mindestlohnkommission bisher in ihrer Arbeitsweise anerkennen, können wir das Ergebnis nicht vorweg nehmen. Was wir aber tun können ist deutlich zu machen, was für uns dabei die Richtschnur ist und was das konkret bedeutet.

Da GewerkschaftsGrün nicht direkt antragsberechtigt ist, noch der Hinweis: dass hinter dem Antrag u.a. die Mitglieder Niko Stumpfögger, Ruth Wagner, Clemens Rostock stehen. Bei der Sitzung waren 9 Menschen, davon 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Ä-K19-432 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 8 einfügen:

Wir wollen, dass gute Bildung in Brandenburg eine freie Entscheidung und kein Privileg für Wohlhabende ist. Der Zugang zu einem Studium sollte für alle ohne finanzielle Sorgen möglich sein. Darum setzen wir uns für die Abschaffung von Verwaltungs- und Rückmeldegebühren ein. Auf der Bundesebene setzen wir uns für eine deutliche Erhöhung der Sätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetztes (BAföG) ein.

Wir haben erfolgreich für ein vergünstigtes Deutschlandticket für Studierende gekämpft. Diese kann nun die Semestertickets ablösen. Das Solidarmodell, bei dem alle Studierenden ein Ticket bekommen, hat sich bewährt, daher wollen wir es beibehalten.

Begründung

Wichtige inhaltliche Ergänzung um den Hinweis, dass wir erfolgreich für ein vergünstigtes Deutschlandticket für Studierende gekämpft haben und um die Forderung, dass das Solidarmodell beibehalten werden soll.

Ä-K19-434 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 19:

Dass auch große Teile der Dozierenden und Wissenschaftler*innen im akademischen Mittelbau weiterhin unter prekären Bedingungen arbeiten und sich von Vertrag zu Vertrag hangeln, ist weder gut für die Forschung noch für die Lernbedingungen von Studierenden. Wir fordern daher eine garantierte Qualifizierung in der Arbeitszeit und längere Vertragslaufzeiten. Mindestens die Hälfte der Arbeitszeit muss für der eigenen Qualifikation vorbehalten sein. Wir treten für eine angemessene Arbeitsbelastung für den akademischen Mittelbau ein und wollen dazu die Lehrverpflichtungsverordnung reformieren. Wir setzen uns für mehr unbefristete Stellen beim wissenschaftlichen Personal ~~und substanzielle Verbesserungen für Lehrbeauftragte~~, weniger Ausschlüsse im Personalvertretungsgesetz und mehr Mitbestimmung durch Beschäftigte ein. Wenn Hochschulen Tätigkeiten outsourcen, darf das kein Lohndumping bedeuten: Den Beschäftigten von externen Dienstleistern muss eine tarifliche Bezahlung in Anlehnung an den Tarifvertrag der Länder gewährt werden. Auch bei den Lehrbeauftragten haben wir großen Nachholbedarf, da sie nicht mal einen Arbeitsvertrag haben und oftmals prekär bezahlt werden - bei Ausfall oder Krankheit sind sie ohne Absicherung. Wir wollen dauerhaft tätige Lehrbeauftragte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umwandeln. Darüber hinaus wollen wir freiberufliche Lehrkräfte einführen und in Anlehnung an den Tarifvertrag vergüten.

Für verbesserte Personalstrukturen an den brandenburgischen Hochschulen sind flachere Hierarchien dringend erforderlich. Teil des "Kodex Gute Arbeit" soll deshalb auch die Einführung von Departmentstrukturen sein.

Begründung

Unsere inhaltlichen Forderungen zur Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für den akademischen Mittelbau und insbesondere auch der Lehrbeauftragten müssen hier konkreter benannt werden, um eine belastbare Grundlage für mögliche Koalitionsverhandlungen zu haben und konkret zu benennen, was zentrale Akteur*innen aus der Brandenburger Wissenschafts- und Hochschulcommunity von uns erwarten. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nun auch relativ klar, welche unserer Forderungen es in die Novelle des BbgHG geschafft haben und welche nicht, daher können wir die fehlenden jetzt konkret benennen (was wir vor ein paar Monaten noch nicht konnten)

Ä-K19-435 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 20 löschen:

~~Wir wollen die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Brandenburger Hochschulgesetz mit der Einführung einer demokratischen Organisation von Departements, der Begrenzung der Professor*innenmehrheit und eine Beteiligung der Gremien an den Hochschulverträgen weiter ausbauen.~~

Begründung

Inhalte sind in den vorausgegangenen Absatz bzw in den einleitenden Teil des Kapitels aufgenommen worden (siehe oben).

Ä-K19-439 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 25 einfügen:

Wir wollen bei allen bestehenden Hochschulbauten und Studierendenwohnheimen eine Installation von Photovoltaik-Anlagen prüfen, nachhaltige Kriterien im Hochschulbau entwickeln und die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in der Lehre vorantreiben sowie den Wissenstransfer in diesem Bereich verbessern. [Dazu braucht es Nachhaltigkeitskonzepte und -beauftragte an allen Hochschulen](#). So unterstützen wir unsere Hochschulen darin, Nachhaltigkeit, Werte und Kompetenzen zu vermitteln und zukünftige Lehr- und Führungskräfte dahingehend auszubilden.

Begründung

Wichtige inhaltliche Ergänzung, um konkret zu benennen, was Kernpunkte des Pakts für Nachhaltigkeit sein sollen. Kann jetzt konkretisiert werden, weil nun klar ist, dass es diese Forderung sehr wahrscheinlich nicht in die aktuelle BbgHG-Novelle schaffen wird.

Ä-K19-440 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 27 einfügen:

Auch an Hochschulen gibt es Diskriminierung und Frauen, sowie trans*, inter* und nicht-binäre Menschen in der Wissenschaft sind immer noch unterrepräsentiert. Zwar konnten wir durch unsere Initiativen bei der Gleichstellung und Antidiskriminierung weiterkommen, doch muss in der Zukunft noch konsequenter gegen Belästigung und Gewalt vorgegangen werden. Den Diskriminierungsschutz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wollen wir an unseren Hochschulen endlich auch auf Studierende und Lehrbeauftragte anwenden. Ebenso braucht es Initiativen, um die strukturelle Benachteiligung zu beheben. Die familienpolitische Komponente, mit der die Höchstbefristungsdauer für die Qualifizierungsphase um je zwei Jahre pro Kind verlängert wird, muss an allen Hochschulen auch für Drittmittelbeschäftigte umgesetzt werden. Die Gleichstellungsbeauftragten wollen wir mit einem Organklagerecht stärken.

Begründung

Mit der Ausweitung des Anwendungsbereichs des AGG auf Studierende und Lehrbeauftragte, der flächendeckenden Umsetzung der familienpolitischen Komponente, dem Organklagerecht für die Gleichstellung und der Förderung der Geschlechterforschung und Rechtsextremismusforschung (letztere wird im Kapitel zu Demokratie und Antifaschismus gefordert), werden zentrale Forderungen des Projekts "Hochschulen ohne Diskriminierung" ergänzt. Kann nun konkretisiert werden, weil klar ist, dass es diese Forderungen sehr wahrscheinlich nicht in die aktuelle BbgHG Novelle geschafft haben.

Ä-K19-442 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft, Hochschule und Technik

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 28:

Wir wollen Brandenburgs UnisHochschulen barrierefrei machen. Dafür wollen wir jeden Hochschulcampus in Brandenburg physisch barrierefrei gestalten und stärker die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Der Leistungsdruck an Universitäten ist enorm. Wir wollen die mentale Gesundheit von Studierenden mit besseren psychologischen Angeboten unterstützen. Dazu wollen wir vorhandene Angebote personell besser ausstatten und da, wo es noch keine gibt, neue schaffen. Wir treten für eine landeseigene Förderung der Geschlechterforschung und der Rechtsextrimismusforschung ein.

Begründung

In Brandenburg gibt es Universitäten und (deutlich mehr Fachhochschulen) - der offizielle Oberbegriff ist "Hochschulen". Die Geschlechterforschung und Rechtsextrimismusforschung werden in den betreffenden anderen Kapiteln gefordert und sollten hier entsprechend auch in diesem Projekt abgebildet sein.

Ä-K21-454 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 53:

Wir wollen, ~~dass es in jedem Landkreis mindestens eine Grundschule~~ Schule neu denken. Wir setzen uns für längeres gemeinsames Lernen und ~~Ober-~~mehr individuelle Förderung für jedes Kind ein. ~~oder Gesamtschule gibt~~ Wir wollen Schulen zu Orten zum Lernen und Leben machen, an denen sich alle Beteiligten wohl fühlen und ihre Potentiale bestmöglichst ausschöpfen können. Wir setzen uns für Schulzentren ein, die Grund- und weiterführende Schulen vereinen und alle Abschlüsse ermöglichen, auch den Weg zur Allgemeinen Hochschulreife. Wir setzen uns für Schulzentren ein, die mehrere ~~Schulen~~ Schulformen vereinen und damit Kindern ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Ein erster Schritt hin zur Errichtung neuer Schulzentren können Kooperationen von Grund- und Oberschulen sein, die wir fördern möchten. In Schulzentren wollen wir möglichst alle Abschlüsse anbieten, auch den Weg zur allgemeinen Hochschulreife. Besonders in ländlichen Regionen wollen wir Schulträger ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe zusammenzulegen.

Ä-K21-455 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 62:

Dank unseres Einsatzes gibt es diese multiprofessionellen Teams heute schon an vielen Brandenburger Schulen. Sie helfen dort unter anderem, die Folgen des Lehrer*innenmangels abzufedern. ~~Diese positive Entwicklung wollen wir fortsetzen und weiter fördern.~~ Wir wollen Qualitätsstandards für multiprofessionelle Teams entwickeln ~~und Positivbeispiele zu mehr Bekanntheit verhelfen.~~ Wir wollen noch mehr Teams an Brandenburgs Kitas und Schulen bringen und sicherstellen, dass diese kein bestehendes Kita- und Lehrpersonal ersetzen. ~~Gesundheitsfachkräfte an Schulen und die~~ Kita- und Schulsozialarbeit sind eine Erfolgsgeschichte, die wir fortführen und ausbauen werden.

Ä-K21-457 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 61:

~~Bildung bedeutet nicht nur Schulstoff büffeln, sondern auch soziales Lernen, Gemeinschaft und Persönlichkeitsentwicklung. Um Kinder und Jugendliche in ihrem persönlichen Wachstum zu unterstützen~~
Bildung im 21. Jahrhundert darf nicht ideenloses Pauken sein. Es sieht vorrangig das persönliche Wachstum im gemeinsamen Suchen nach Lösungen, das soziale Lernen in einer Lehr- und Lerngemeinschaft im Vordergrund. um dem gerecht zu werden und den komplexen Hilfebedarfen von Familien gerecht zu werden, braucht es darum Expert*innen aus Psychologie, Sozialarbeit, Heilpädagogik, Gesundheit, Informationstechnik und Verwaltung in unseren Bildungseinrichtungen.

Ä-K21-458 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 64:

Schulen und Kitas sollten Orte sein, die Kinder und Jugendliche zusammenbringen und ihnen ein sicheres Aufwachsen in einer Gemeinschaft ermöglichen. Darum wollen wir eine Schule, in der alle Menschen unabhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Lage, der familiären Umstände, der Herkunft, ~~der religiösen Überzeugung, der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung~~ gemeinsam lernen. Wir wollen Schüler*innen besonders fördern, wenn sie über besondere Begabungen verfügen, sozial und finanziell benachteiligt sind oder eine Behinderung haben. mit und ohne Behinderung, der religiösen Überzeugung, der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung gemeinsam lernen. Wir wollen jedes Kind so fördern, dass es seine Potenziale bestmöglich entfalten kann.

Ä-K21-459 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 65:

Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass alle Schüler*innen gemeinsam an einer Regelschule lernen können. Diesem Ziel wollen wir einen gesetzlichen Vorrang zu Förderschulen einräumen. Dank des Programms „Schule für gemeinsames Lernen“ sind schon heute über 80.000 Brandenburger Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in gemeinsamen Klassen. Dieses Erfolgsmodell wollen wir fortsetzen und mindestens 20 Prozent mehr Schulen, darunter erstmals auch Gymnasien, in das Programm holen. Außerdem wollen wir das Programm so weiterentwickeln, dass künftig eine Schwerpunktsetzung zur Antidiskriminierung in der Schule erfolgen kann. ~~Für Lehrkräfte wollen wir mehr Gelder~~Die Fortbildungsangebote für Weiterbildungen~~Lehrkräfte~~ im Bereich ~~der~~ Inklusion ~~bereitstellen~~wollen wir im neu zu gründenden Landesinstitute ausbauen.

Ä-K21-461 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 66:

Um eine inklusive Schule besuchen zu können, sollen Brandenburger Kinder ~~nicht~~ keine weiten Wege zurücklegen müssen. Wir wollen in jedem Landkreis mindestens eine Grundschule und ~~Oberschule~~ eine weiterführende Schule, die besonders für die Aufnahme von Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen vorbereitet sind. An diesen Schulen lernen Schüler*innen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam und werden dabei von multiprofessionellen Teams besonders unterstützt. Diese inklusiven Schwerpunktschulen sollen vorrangig in sogenannten Schulzentren geschaffen werden, wo Grundschule und weiterführende Schule am gleichen Ort längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.

Ä-K21-463 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 68:

Die Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern kommt. Darum wollen wir frühzeitig gute Qualitätsstandards entwickeln und Beratungsangebote für Schulen schaffen. Mit Fortbildungen, Konzepten und Förderungen wollen wir Schulen und ihre Teams bei der ~~Umstellung~~ Entwicklung des Ganztags unterstützen. Ziel ist, auch Grundschulen den Weg hin zu gebundenen Ganztagsangeboten zu öffnen, bei denen sich Phasen von Lernen und Entspannen abwechseln.

Ä-K21-464 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 70 einfügen:

Auf dem Weg zu besserer Bildung spielen das Fortbildungssystem und die Qualitätssicherung an unseren Schulen eine wichtige Rolle. Das Landesinstitute für Schule und Medien (LISUM) wollen wir nach der Trennung von Berlin neu aufbauen. Weil sie ihre Arbeit am besten kennen, wollen wir Schulleitungen und Lehrkräften in diesem Bereich mehr Freiheit und Eigenverantwortung geben. Wir wollen mehr Fortbildungen ermöglichen, an denen alle pädagogischen Mitarbeiter*innen an Schulen gemeinsam im Team teilnehmen können. Lehrer*innen sollen aktiv in ihrer Entwicklung unterstützt werden, zum Beispiel mit verbindlichen Personalentwicklungsgesprächen und Coachingangeboten.

Ä-K21-466 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 71:

Die Qualität und Erfolge von Fortbildungen und Bildungsmaßnahmen sollen stärker überprüft und Lehrkräften mehr Angebote zur Selbstevaluation und Supervision gemacht werden. Die ~~Leistungen von Schulen sollen öfter verglichen werden, wobei~~ Schulvisitation wollen wir ~~aber~~ fortsetzen und auch wichtige Faktoren wie das Schulklima, die Persönlichkeitsentwicklung der Lernenden, Demokratiebildung einbeziehen und diskriminierungssensible Kompetenzen ins Auge fassen wollen. Wir unterstützen Schulen bei der Weiterentwicklung. Das Programm "Schule macht stark" wollen wir ausbauen.

Ä-K21-468 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 73:

~~Wir wollen das System der Schulnoten ändern, weil sie nicht aussagekräftig genug sind, um so zentral über die Zukunft von Kindern in Ziffernform sind umstritten. Sie erscheinen oft ungerecht und Jugendlichen wirken demotivierend, statt Lust am Lernen und an Leistung zu entscheiden wecken. Reformschulen machen vor, dass es auch anders geht.~~ Wir wollen Notenbewertungen Schritt für Schritt durch besser verständliche Lernstandserhebungen ersetzen, die auch eine Selbsteinschätzung der Schüler*innen einbeziehen. Viele Lehrkräfte und Schüler*innen wünschen sich zeitgemäße Beurteilungsmöglichkeiten wie Portfolios oder Lernberichte. ~~Bis~~ Wir wollen Schulen die Möglichkeit geben, dass sie in Zukunft bis einschließlich Jahrgangsstufe 8 ~~soll~~ auf ~~Noten verzichtet werden~~ Ziffernnoten verzichten können. Wo sie noch nötig sind, sollen Zensuren nachvollziehbar und transparent vergeben werden.

Ä-K21-469 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 74:

~~Mehr Praxis und Plätze für das Lehramtsstudium~~

Lehramtsstudium reformieren und praxisnäher machen

Ä-K21-470 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 75 löschen:

In den kommenden zehn Jahren müssen wir in Brandenburg jährlich etwa 1000 bis 1.500 Lehrer*innenstellen neu besetzen. Um diesen riesigen Bedarf zu erfüllen, konnten wir ~~in der Vergangenheit~~ bereits mehr Lehramtsstudienplätze in Potsdam und Senftenberg auf den Weg bringen. In Senftenberg gehen wir in der Lehrkräfteausbildung neue Wege und verzahnen Theorie und Praxis enger. ~~Schon heute wird das wissenschaftliche Studium mehr mit der Praxis verbunden.~~ Wir wollen das Lehramtsstudium grundsätzlich reformieren und zu einem praxisorientierten dualen Studium weiterentwickeln.

Ä-K19-472 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Tammo Westphal

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 28 einfügen:

Wir wollen Brandenburgs Unis barrierefrei machen. Dafür wollen wir jeden Hochschulcampus in Brandenburg physisch barrierefrei gestalten und stärker die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Der Leistungsdruck an Universitäten ist enorm. Hinzu kommen Existenzängste, Wohnungsnot und Sorgen um die Zukunft. Wir wollen die mentale Gesundheit von Studierenden mit besseren psychologischen Angeboten unterstützen. Dazu wollen wir vorhandene Angebote personell besser ausstatten und da, wo es noch keine gibt, neue schaffen.

Ä-K21-473 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 82 einfügen:

Eltern können für ihre jungen Kinder zwar eine Rückstellung beantragen, doch ist dieser Prozess kompliziert und nicht immer erfolgreich. Um mehr Brandenburger Kindern einen erfolgreichen Start in die Schulzeit zu ermöglichen, wollen wir den Einschulungstichtag in den nächsten drei Jahren jeweils einen Monat nach vorne verlegen, um letztendlich den 30. Juni zum neuen Stichtag zu machen. Die Übergänge zwischen Kita und Schule, Grundschule und weiterführender Schule, SEk I und SEK II oder Ausbildung gehören zu den besonders sensiblen Phasen in den Bildungsbiographien von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen die Übergänge durch gute kooperationsangebote zwischen den Bildungsträgern erleichtern.

Ä-K21-474 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 83:

~~Nachhaltiges, lebenslanges Lernen~~

Mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung, Eigenverantwortung für Schulen und ein Schulbudget

Ä-K21-475 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2023

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 83 bis 84:

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für Globales Lernen wollen wir im schulischen und außerschulischen Bereich ausbauen und die Projektförderung vereinfachen und verstetigen. Das Fach Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde wollen wir auch in der Sekundarstufe II anbieten.

Wir leben in Zeiten multipler Krisen., die bei vielen Schüler*innen große Ängste auslösen. Viele Lehrkräfte wünschen sich mehr Raum und Zeit, um darauf zu reagieren und sich mit aktuellen Problemen auseinanderzusetzen. Wir unterstützen Schulen, die mehr Eigenverantwortung wollen, um Projektlernen, Demokratie und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Das mit dem Aufholprogramm Corona eingeführte Schulbudget wollen wir verstetigen.

Lebenslanges Lernen

~~Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für Globales Lernen wollen wir im schulischen und außerschulischen Bereich ausbauen und die Projektförderung vereinfachen und verstetigen. Das Fach Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde wollen wir auch in der Sekundarstufe II anbieten.~~ Lernen ist ein lebenslanger Prozess und hört nicht mit dem Abschluss der Berufsausbildung auf. Die Grundbildungszentren wollen wir fortführen und auf alle Kreise ausdehnen. Die Volkshochschulen, Erwachsenenbildungsstätten, die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Schule für niedersorbische Sprache und Kultur sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Bildungslandschaft. Wir wollen sie stärken und gerade in ländlichen Regionen die Angebote weiter ausbauen. Angebote des zweiten Bildungswegs müssen besonders in ländlichen Regionen erreichbar sein. Hier wollen wir verstärkt auf Möglichkeiten zum hybriden Unterricht setzen. Lebenslanges Lernen sorgt für soziale, kulturelle, berufliche und politische Teilhabe. Das stärkt den Zusammenhalt und unsere Demokratie.

Ä-K19-482 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Sophie Bischof

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 27 einfügen:

Auch an Hochschulen gibt es Diskriminierung und Frauen, sowie trans*,inter* und nicht-binäre Menschen in der Wissenschaft sind immer noch unterrepräsentiert. Zwar konnten wir durch unsere Initiativen bei der Gleichstellung und Antidiskriminierung weiterkommen, doch muss in der Zukunft noch konsequenter gegen Belästigung und Gewalt vorgegangen werden. Ebenso braucht es Initiativen, um die strukturelle Benachteiligung zu beheben. [Damit Forschung die Gesellschaft tiefgreifender untersuchen kann, setzen wir uns für eine finanzielle Förderung der Gender Studies als interdisziplinäres Lehr- und Forschungsfeld an der Universität Potsdam ein.](#)

Begründung

An Universitäten wird Forschung häufig erst durch finanzielle Mittel möglich gemacht. Eine finanzielle Förderung der Gender Studies (Geschlechterforschung) bedeutet demnach die Realisierbarkeit von Forschungsvorhaben mit und für marginalisierte Personengruppen. Als neue Wissenschaft sind Gender Studies essenziell, um das Forschungsportfolio der Universität Potsdam zu ergänzen und zu erweitern. Die Gender Studies setzen sich zudem interdisziplinär mit Diversität, Gleichstellung und Antidiskriminierung auseinander. Dieser Forschungsfokus ist insbesondere in Zeiten in denen Parolen der AfD zunehmen wichtig, um rechten Narrativen entgegenzuwirken.

Ä-K20-480 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Ruth Wagner

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 41:

~~Betriebsräte vertreten die Interessen von Beschäftigten und sind damit ein unverzichtbarer Vermittler zwischen Unternehmensführung und Belegschaft. Beschäftigten, die einen Betriebsrat gründen oder ihrer Arbeit im Betriebsrat nachgehen wollen, werden immer wieder Steine in den Weg gelegt.~~

Betriebs- und Personalräte sind die demokratisch gewählten Interessenvertretungen der Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen. Sie sind unverzichtbare Ansprechpartner von Arbeitgebern und Belegschaft in allen Belangen des Arbeitslebens.

Begründung

Betriebs- und Personalräte müssen an dieser Stelle beide benannt werden. Sie haben dieselbe Funktion in unterschiedlichen Bereichen. Die demokratische Legitimation durch Wahlen ist wichtig. Ihre Funktion ist zuvorderst Interessenvertretung, nicht die Vermittlung. Letztere ist allenfalls die erforderlich werdende Folge.

Ä-K20-483 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Ruth Wagner

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 42:

~~Die Bildung von Betriebsräten zu untersagen, ist nicht rechtens und stellt eine Straftat dar. Wir wollen deshalb eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft einrichten, die von erfahrenen Arbeitsrechtler*innen unterstützt wird, und Beamte von Polizei und Justiz in der Ausbildung besser für diese Straftaten sensibilisieren.~~

Die Bildung und die Arbeit von Betriebs- und Personalräten sind nicht immer selbstverständlich. Gezielte Störungen, Behinderungen oder sogar Verhinderung von Betriebsratstätigkeit und von gewerkschaftlicher Betätigung, sogenanntes Union Busting, sind keine Seltenheit. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht in solchen Vorgehensweisen Straftaten, die mit einer Geldstrafe oder bis zu einem Jahr Haft geahndet werden können. Die Umsetzung durch die Strafverfolgungsbehörden weist jedoch Verbesserungsbedarfe auf. Wir wollen deshalb mit der Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die mit ausreichendem und dafür qualifizierten Personal ausgestattet ist, die Verfolgung dieser Delikte unterstützen. Beamt*innen in Polizei und Justiz sind in der Ausbildung gezielt für diese Straftaten zu sensibilisieren.

Begründung

Das Problem besteht nicht in der "Untersagung" von Betriebs- oder Personalräten, sondern in gezielten Maßnahmen durch Arbeitgebern, die Wahlen und die Arbeit dieser Gremien zu torpedieren - durch Drohung, Einschüchterung, Erteilung von Abmahnungen, Kündigungen. Betroffen ist nicht nur die Ausübung von betriebsverfassungsrechtlichen oder personalvertretungsrechtlichen Rechten, sondern auch von Gewerkschaftsrechten. Union Busting muss gleichermaßen bekämpft werden.

Ä-K20-484 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 03.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 30 einfügen:

In Brandenburg wird in allen Branchen händeringend nach Fachkräften gesucht. Um junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk oder in der Pflege zu begeistern, braucht es gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Auszubildende in Brandenburg von ihrem Gehalt leben können, beste Lernbedingungen an ihren Berufsschulen haben und ähnliche Unterstützung wie Studierende bekommen. Wir wollen Unternehmen stärker unterstützen und in die Pflicht nehmen, gute Ausbildungsplätze für die Fachkräfte von morgen zu schaffen. Damit junge Menschen den Beruf finden, der zu ihnen passt, wollen wir Jugendberufsagenturen in allen Landkreisen etablieren.

Die Ansiedlung von Zukunftsbranchen in Brandenburg schafft gute Arbeitsplätze. Ein Beispiel dafür ist der Bedarf an Fachkräften in wachsenden und neu angesiedelten Klima- und Energiewirtschaftsunternehmen. Alle die im Land neue Perspektiven suchen, können von dieser Entwicklung profitieren. Deshalb brauchen wir eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für Zukunftsberufe. Im Speziellen für die Umsetzung der Energiewende werden Installateure, Elektriker, Ingenieure, Planer und Handwerker dringend gebraucht z.B. für Gebäudesanierungen, Produktion und Installation von erneuerbaren Energien oder Batterie- und Wasserstofftechnologien.

Begründung

Der Hinweis auf die Chancen auch in der Arbeitswelt die die Energiewende gerade auch im Flächenland Brandenburg bietet, ist nicht ausreichend enthalten. Es gibt ein schon jetzt klar erkennbares Defizit an Fachkräften, der Standortvorteil, der sich durch die regionalen Gegebenheiten ergibt muss durch ein gutes Angebot an Fachkräften ergänzt werden.

Ä487 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2024

Titel

Ändern in:

Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Begründung

Die Reihenfolge der Kapitel soll sich an dem Alter der jeweiligen Zielgruppe ausrichten: Kita (Kindertagespflege), Schule, Ausbildung, Studium etc. Bevor jemand studiert, braucht es die Schulen und davor die Kitas.

Die Mehrheit der Bündnisgrünen ist akademisiert, wenn wir das Thema Bildung und Wissenschaft mit der Wissenschaft beginnen, dann bestätigen wir dieses Image.

Grundsätzlich möchte die LAG Bildung Bedeutung des Themas Bildung im Wahlprogramm und in der Wahlkampfstrategie hervorheben, es ist ein Kernthema unserer Gesellschaft zur Zeit. Und die Studien zu den Bildungsergebnisse in Schulen und Kitas zeigen ein verheerendes Bild für die Situation der Kinder und Schüler*innen in Brandenburg. Das wurde von vielen Personen angemerkt und final durch die LAG Bildung am 09.01.2024 beschlossen.

Außerdem gehören die Kapitel "Schulen werden Demokratiewerkstätten" und "Digital von Kindheit an" zur Bildung, dort werden die Interessierte Infos zu diesen Fragen suchen.

Ä-K20-492 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Ruth Wagner

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 43:

~~Digitales Arbeiten verändert auch das Arbeitsleben in unseren öffentlichen Verwaltungen. Um diese Veränderungen mitzugestalten, wollen wir neue Beteiligungsrechte im Personalvertretungsgesetz verankern. Weitergehend wollen wir die Stärkung der Rechtsstellung von Personalräten vorantreiben. Dafür wollen wir Einigungsstellen in Verwaltungen stärken.~~

Die Digitalisierung in den Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen verändert beständig die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Homeoffice und mobiles Arbeiten verwischen die Grenzen von Arbeit und Privatsphäre, von Arbeitszeit, Arbeitsmenge und Arbeitsort. Um diese Veränderungen im Interesse der Beschäftigten zu gestalten, wollen wir eine mitbestimmungsrechtliche Zuständigkeit der Personalräte für alle personellen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten im Brandenburgischen Personalvertretungsgesetz verankern (Allzuständigkeit). Die Mitbestimmung der Personalräte in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist deutlich zu stärken.

Die Rechtsstellung von Personalräten bei der Durchsetzung von Beteiligungsrechten ist zu verbessern. Dafür wollen wir den eigenständigen Zugang der Personalräte zu der jeweiligen Einigungsstelle ermöglichen und das Letztentscheidungsrecht der Dienststellenleitungen auf enge Ausnahmen beschränken (Rechtsstand vor Änderung des Personalvertretungsgesetzes im Jahr 2014). Wie im Betriebsverfassungsgesetz wollen wir den Personalräten zudem einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch auf Rückgängigmachung beteiligungswidriger Maßnahmen und auf zukünftige Unterlassung gegenüber den Arbeitgebern einräumen.

Begründung

Die Verankerung von Beteiligungsrechten im Zuge der Digitalisierung muss konkretisiert werden. Die Einräumung der sog. Allzuständigkeit von Personalräten würde Streitigkeiten und Differenzen zwischen Dienststellen/Arbeitgebern und Personalvertretung zur Zuständigkeit verhindern und klare Zuständigkeiten schaffen. Allzuständigkeit ist in anderen Personalvertretungsgesetzen, z.B. Personalvertretungsgesetze in Thürigen und Bremen, bereits normiert.

Die geforderte Stärkung der Einigungsstellen muss ebenfalls konkretisiert werden. Dazu gehört, dass den Personalräten das - bislang fehlende - Recht eingeräumt werden muss, die Einigungsstelle eigenständig anzurufen. Das sog. Letztentscheidungsrecht der Dienststellenleitungen, d.h. das Recht den Spruch der Einigungsstelle aufzuheben, ist weitgehend abzuschaffen, bzw. wieder auf den Stand zu bringen, der bereits im Personalvertretungsgesetz Brandenburg bis 2014 enthalten war. Die damalige rot-/rote Regierung hat die Rechte der Einigungsstelle zugunsten der Arbeitgeber massiv beschnitten und deren Wirkung fast zu Makulatur werden lassen.

Da sich auch Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes keineswegs immer rechtskonform verhalten und personalvertretungsrechtliche Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte nicht immer einhalten, müssen rechtswirksame Durchsetzungsmöglichkeiten für die Personalräte geschaffen werden. Hierzu gehört die Einräumung eines Rechtes auf Rückgängigmachung von beteiligungswidrigen Maßnahmen und eines Unterlassungsanspruches, die in Wirtschaftsbetrieben von Betriebsräten gegenüber den

Arbeitgebern gerichtlich durchgesetzt werden können. Diese Ansprüche werden derzeit von den Verwaltungsgerichten abgelehnt. Sie müssen ausdrücklich im Personalvertretungsgesetz Brandenburg verankert werden.

Ä-K21-491 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.10.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 56 einfügen:

Beste frühkindliche Bildung (mit diesem Kapitel muss dieses Thema Bildung und Wissenschaft beginnen)

Begründung

Wir strafen uns selbst Lügen, indem wir die frühkindliche Bildung hier hinten verstecken und die Wissenschaft an die erste Stelle setzen.

Bildung von Anfang muss das Ziel sein, um den Weg in die Gesellschaft zu unterstützen. Und dieser Weg beginnt für die Kleinen in der Kita (Kindertagespflege).

Ä-K21-493 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.10.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 57:

Wir wissen, wie wichtig die frühkindliche Bildung für den Bildungsweg unserer Kinder ist. Zeit, dass wir auch so handeln. ~~Darum wollen~~Für die Kitas wollen wir mehr gut ausgebildetes Personal, eine moderne Ausstattung mit viel Raum, Licht und Natur sowie hochwertiges Essen in unseren Kitas. Für die Kleinen unter 3 Jahren stärken wir die Betreuung in der Kindertagespflege. Tagesmütter und -väter werden besser qualifiziert und finanziell auskömmlich ausgestattet. Je motivierter ihr Engagement, desto wichtiger ist ihr Beitrag zur frühkindlichen Bildung.

Begründung

In Brandenburg werden immerhin 3.500 Kinder in der Kindertagespflege betreut. Hier wird ein wertvoller Beitrag für FBBE geleistet, die Eltern sind auf diese Betreuung angewiesen, wenn sie gerade dieses Angebot wählen, das für Kinder unter drei durchaus adäquat zur Kita ist.

Ä497 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2024

Begründung

Dieser Satz muss besser erklärt werden, haben wir in der LAG Bildung nicht verstanden.

Ä-K21-498 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 65:

Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass alle Schüler*innen gemeinsam an einer Regelschule lernen können. Diesem Ziel wollen wir einen gesetzlichen Vorrang zu Förderschulen einräumen. Dank des Programms „Schule für gemeinsames Lernen“ sind schon heute über 80.000 Brandenburger Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in gemeinsamen Klassen. Dieses Erfolgsmodell wollen wir fortsetzen und mindestens 20 Prozent mehr Schulen, darunter erstmals auch Gymnasien, in das Programm holen. Außerdem wollen wir das Programm so weiterentwickeln, dass künftig eine Schwerpunktsetzung zur Antidiskriminierung in der Schule erfolgen kann. ~~Für Lehrkräfte wollen wir mehr Gelder~~ Die Fortbildungsangebote für Weiterbildungen Lehrkräfte im Bereich der Inklusion ~~bereitstellen~~ wollen wir an einem dafür neu zu gründenden Landesinstitut ausbauen.

Begründung

Das Geld für die Fortbildung von Lehrkräfte ist im Landeshaushalt eingestellt, wird aber regelmäßig nicht abgerufen.

Ä-K21-503 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 77:

Es darf für Lehramtsstudiengänge keinen Numerus Clausus geben. Dafür wollen wir die Zahl der Studienplätze weiter ausbauen und in Frankfurt (Oder) einen neuen Standort für das Lehramtsstudium entwickeln. Angesichts des Lehrkräftemangels werden wir auch weiterhin Seiteneinsteiger*innen dringend brauchen. Wir wollen sie für ihre Aufgabe gut qualifizieren, möglichst schon vor Beginn der Unterrichtstätigkeit. Die berufsbegleitenden Studienangebote werden wir in Zusammenarbeit mit den Bildungsträgern und den Universitäten ausweiten. Das Refugee Teacher Programm wollen wir fortführen und für Lehrkräfte aus dem Ausland öffnen. Gerade Schulen im ländlichen Raum leiden besonders unter dem Lehrkräftemangel. Deshalb wollen wir das erfolgreiche Landlehrkräftestipendium weiterführen und ausbauen. Für den Berufseinstieg, die sogenannte "dritte" Phase nach dem Referendariat, wollen wir im neu dafür zu gründenden Landesinstitut Angebote schaffen. Wir wollen Schule neu denken. Darum wollen wir in Potsdam eine sogenannte Universitätsschule schaffen, die unter wissenschaftlicher Begleitung Lehrmodelleneue Unterrichtskonzepte erprobt und damit zu einer Blaupause für die Schule von ~~morgen-erprobt~~Morgen werden kann.

Begründung

Es gibt ein Modellvorhaben in Potsdam, das mit Unterstützung der zuständigen Landesministerien und der Stadt Potsdam auf den Weg gebracht wird. Wie der Text schon: Wie wollen Schule neu denken und dies wird hier exemplarisch erprobt.

Ä-K20-529 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 36:

Um Auszubildende besser zu unterstützen, wollen wir in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern Azubiwerke nach den Vorbildern in München und Hamburg etablieren. Die neuen Azubiwerke sollen neben dem Bereitstellen von Wohnraum ~~eine ganze Menge~~ auch darüber hinaus viele Angebote für Auszubildende ~~bieten~~ bereithalten: Psychologische, sowie Sozial- und Rechtsberatung, Kinderbetreuungsangebote und Kulturveranstaltungen.

Ä-K21-535 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 66 einfügen:

Um eine inklusive Schule besuchen zu können, sollen Brandenburger Kinder nicht keine weiten Wege zurücklegen müssen. Wir wollen in jedem Landkreis mindestens eine Grundschule und Oberschule, die besonders für die Aufnahme von Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen vorbereitet sind. An diesen Schulen lernen Schüler*innen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam und werden dabei von multiprofessionellen Teams besonders unterstützt. Diese inklusiven Schwerpunktschulen sollen vorrangig in sogenannten Schulzentren geschaffen werden, wo Grundschule und weiterführende Schule am gleichen Ort längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Dafür muss Barrierefreiheit im gesamten Schulbereich geschaffen werden. Nur dann kann umfassende Teilhabe für Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen an allen schulischen Aktivitäten möglich sein.

Ä-K21-549 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Steffi Bernsee

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 67:

Immer noch ~~stehen haben~~ Schüler*innen in Förderschulen mit den Bildungsgängen „Lernen und Geistige Entwicklung“ nach der Schule ohne Abschluss da ~~Förderschwerpunkten~~ „Geistige Entwicklung“ oder „Lernen“ keine Möglichkeiten, einen regulären Schulabschluss zu erreichen. Das wollen wir ändern und zukünftig eigene kompetenzorientierte Schulabschlüsse für diese Gruppe schaffen. Langfristig wollen wir dass möglichst viele Schüler*innen in inklusiven Klassen lernen und wie alle Kinder, einen Schulabschluss erreichen können.

Ä-K19-561 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Wolfgang Freese

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 5:

Insbesondere die Forschungs- und Transferaktivitäten in zentralen Zukunftsbereichen, wie der Klima- und Umweltforschung, der ~~Hochschulmedizin an~~ Universitätsmedizin der Medizinische Hochschule Brandenburg Theodor Fontane (MHB), am im Aufbau befindlichen Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus (IUC) und in der Lehrkräfteausbildung an der Universität Potsdam und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg wollen wir weiter unterstützen und ausbauen. Zudem möchten wir die Angebote an Hochschulen zur beruflichen Weiterbildung stärken und so eine Fachkräftebasis für morgen sicherstellen.

Begründung

Es handelt sich um eine begriffliche Richtigstellung, auf die die Mitarbeiter*innen des Universitätsklinikums großen Wert legen.

Ä-K20-592 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: GewerkschaftsGrün

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 47 einfügen:

Durch starke ökologische und soziale Vorgaben wird das Vergaberecht komplexer. Damit die Vergabestellen von Land und Kommunen nicht überfordert werden, wollen wir eine zentrale Vergabekompetenzstelle schaffen. Die Kompetenzstelle kann Vergaben durchführen und diese durch gebündelte Expertise effizienter gestalten.

Freie Träger fair finanzieren

Freie Träger übernehmen eine Vielzahl von Aufgaben im öffentlichen Auftrag oder bieten freiwillig ihre Leistungen an. Sie sind damit fester Bestandteil zum Funktionieren und zur Bereicherung unserer Gesellschaft in allen Bereichen. Aber selbst dann, wenn ihnen eine Tarifierung in Anlehnung an TVL oder TVÖD auferlegt wird, sind damit nicht automatisch entsprechende regelmäßige Anpassungen der Fördersummen verbunden. Das wollen wir ändern. Grundsätzlich sollen bei der Landesförderung von Freien Trägern regelmäßig die Teuerungsrate und Tarifsteigerungen berücksichtigt werden. Darüber hinaus werden wir für regelmäßig erbrachte Aufgaben auch längerfristige Förderperioden etablieren und die Verfahren von Antragsstellung und -abrechnung entbürokratisieren.

Begründung

Die Fördersummen vieler freier Träger sind teils seit Jahren nicht angepasst worden. Anpassungen erfolgen teilweise nur durch erheblichen öffentlichen Druck für einzelne Träger oder Trägerbereiche, was die Ungerechtigkeit innerhalb und zwischen den Ressorts noch erhöht. Freie Träger sind keine Bittsteller. Unsere Gesellschaft würde z. B. im Sozial- und Jugendbereich ohne sie gar nicht funktionieren oder wird durch ihre Angebote z. B. im Kulturbereich, der Umweltarbeit, in der Bildung oder dem Sport erheblich bereichert.

Ä-K20-603 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: GewerkschaftsGrün

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 46:

2021 haben wir in diesem Bereich bereits große Schritte gemacht und erreicht, dass nur Unternehmen für das Land arbeiten, die ihren Beschäftigten mindestens einen Lohn von 13 Euro pro Stunde zahlen und bestimmte Umweltansprüche erfüllen. ~~Ein guter Vergabemindestlohn hindert Unternehmen aber nicht daran, beim Urlaubsanspruch, der Arbeitszeit und in vielen anderen Bereichen nur das absolute Minimum für ihre Beschäftigten zu leisten. Tarifverträge sorgen für gute und geregelte Arbeitsbedingungen, weshalb wir fordern: Firmen, die im Auftrag des Landes arbeiten, müssen neben starken Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien zukünftig Arbeitsbedingungen und Löhne in einer Qualität gewährleisten, die denen von tarifgebundenen Unternehmen entspricht. Ein guter Vergabemindestlohn kann aber nur eine Untergrenze darstellen. Besser sind Tarifverträge, die neben guten Löhnen auch beim Urlaubsanspruch, der Arbeitszeit, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und in vielen anderen Bereichen für gute und geregelte Arbeitsbedingungen sorgen. Jedoch sinkt die Tarifbindung stetig, auch weil Unternehmen mit Tarifverträgen im Wettbewerbsnachteil sind, weil sie mit höheren Lohnkosten kalkulieren müssen. Deshalb fordern wir neben einem höheren Mindestlohn und starken Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien auch eine Tariftreueklausel. Damit erhalten solche Unternehmen öffentliche Aufträge, die tarifgemäß bezahlen. Wir orientieren uns dabei am Berliner Modell im Sinne eines einheitlichen Wirtschafts- und Tarifraums und da zahlreiche Brandenburger Unternehmen die Berliner Regelungen durch Teilnahme an dortigen Ausschreibungen bereits kennen. Tariftreue soll dabei nicht nur für Vergaben, sondern auch für Wirtschaftsförderung und Zuwendungsempfänger als Voraussetzung gelten. So beseitigen wir unfaire Wettbewerbsbedingungen und stärken die Tarifbindung.~~

Begründung

Deutschland ist bei der Tarifbindung weit unterhalb der Zielmarke von 80 % Tarifbindung nach der neuen EU-Richtlinie zu Mindestlöhnen und Tarifbindung. Tarifbindung hat nicht nur eine wichtige Wirkung für abhängig Beschäftigte, sondern auch für Unternehmen. Sie schafft eine faire Wettbewerbsordnung. Diese Tatsache wollen wir im Wahlprogramm nennen und uns explizit zur „Stärkung der Tarifbindung“ bekennen.

Eigentlich wollten wir die Tariftreueklausel bereits in der aktuell laufenden Legislatur im Vergabegesetz verankern. Dies scheitert v.a. am Widerstand des SPD-geführten Wirtschafts- und Arbeitsministerium. Der DGB wird den Landtagswahlkampf in Brandenburg deshalb mit einer Kampagne zur Stärkung der Tarifbindung begleiten.

Ä-K20-614 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Clemens Rostock

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 31:

~~Die~~Nicht nur die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt. Um den Status und Wandel der Arbeitswelt besser zu erfassen, wollen wir die Stichprobe des DGB-Index Gute Arbeit durch das Land Brandenburg aufstocken. Wir wollen Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen den Rücken stärken und moderne Arbeitsmodelle unterstützen. Wir haben in der Landesregierung den Vergabemindestlohn erhöht und die Vergabe öffentlicher Aufträge neu geregelt. Weitere Vergabegrundsätze wie Klauseln zur Tariftreue wollen wir im Landesvergabegesetz ergänzen.

Begründung

Welchen Arbeitsbelastungen sind die Beschäftigten ausgesetzt? Wie steht es um ihre Weiterbildungsmöglichkeiten? Wie sind Einkommen und Altersvorsorge? Der DGB-Index Gute Arbeit ist ein wissenschaftlich fundiertes Instrument, um die Arbeitswelt aus Sicht der Beschäftigten zu beurteilen. Er liefert wertvolle Daten, um Handlungsbedarfe zu identifizieren – auf betrieblicher und auch politischer Ebene. Viele Bundesländer profitieren bereits von der länderspezifischen Arbeitsberichterstattung. Die künftige Regierung sollte den Index für das Land nutzen und die Stichprobe aufstocken. Der DGB-Index Gute Arbeit eignet sich außerdem sehr gut zur Erfassung der Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Ä-K20-619 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Clemens Rostock

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 31 einfügen:

Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt. Wir wollen Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen den Rücken stärken und moderne Arbeitsmodelle unterstützen. Wir haben in der Landesregierung den Vergabemindestlohn erhöht und die Vergabe öffentlicher Aufträge neu geregelt. Weitere Vergabegrundsätze wie Klauseln zur Tariftreue wollen wir im Landesvergabegesetz ergänzen. Den Sozialpartnerdialog, das Bündnis für Gute Arbeit sowie den Betriebsrätetag wollen wir fortführen und weiterentwickeln.

Ä-K19-623 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 26:

Hochschulen ~~ohne~~gegen Diskriminierung

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K20-626 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 30:

In Brandenburg wird in allen Branchen händeringend nach Fachkräften gesucht. Um junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk oder in der Pflege zu begeistern, braucht es gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Auszubildende in Brandenburg von ihrem Gehalt leben können, ~~beste Lernbedingungen an ihren Berufsschulen haben und ähnliche Unterstützung wie Studierende bekommen.~~ und beste Lernbedingungen an ihren Berufsschulen haben. Wir wollen Unternehmen stärker unterstützen und in die Pflicht nehmen, gute Ausbildungsplätze für die Fachkräfte von morgen zu schaffen. Damit junge Menschen den Beruf finden, der zu ihnen passt, wollen wir Jugendberufsagenturen in allen Landkreisen etablieren.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K21-632 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 76 einfügen:

Während des Studiums soll es bezahlte Praxisphasen geben und der Vorbereitungsdienst (das Referendariat) soll in den Masterstudiengang integriert werden. So können Studierende frühzeitig eine Bindung zur Schule aufbauen, mehr Praxiserfahrungen machen und das Studium verkürzen. Damit wollen wir das Studium attraktiver machen und die Zahl der Absolvent*innen erhöhen. Außerdem sollten mindestens drei Prozent der Studienleistungen im Bereich der Inklusions- und Sonderpädagogik erworben werden. Studiumsbezogene und ehrenamtliche Leistungen im Bereich der kulturellen Kompetenzen wollen wir durch ein landesweites Zertifikat anerkennen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K20-660 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Ruth Wagner

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 35:

Auszubildende müssen in Brandenburg oft weite Strecken zurücklegen, weil sich die passende Berufsschule ~~in einem anderen Landkreis~~ weit weg befindet. Viele Azubis müssen daher zeitweise woanders wohnen. Weil Wohnraum knapp ist, nicht überall genügend Wohnheimplätze vorhanden und Azubi-Gehälter klein sind, wird so Vielen der Weg in den Beruf erschwert.

Begründung

Größere Entfernungen können auch in einem Landkreis vorgefunden werden bzw. sind nicht von Landkreisgrenzen abhängig.

Ä-K21-663 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Katherina Toth-Butzke

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 59 einfügen:

Um mehr pädagogische Fachkräfte in den Beruf zu bringen, starten wir eine Fachkräfteoffensive, schaffen das Schulgeld für Erzieher*innen in Ausbildung ab, bauen berufsbegleitende Ausbildungsgänge aus und sichern ein hohes Ausbildungsniveau. So machen wir den Beruf noch attraktiver. Unser perspektivisches Ziel ist weiterhin die Beitragsfreiheit für Kitas. Die Verbesserung der Betreuung ist für uns unerlässlich.

Die Qualitätsentwicklung in den Kindertagesstätten möchten wir vorantreiben. Deshalb setzen wir uns für den verpflichtenden Einsatz von Instrumenten zur Qualitätssicherung in allen Einrichtungen (Kitas, Horte und Tagespflege) ein.

Begründung

Im Land Brandenburg existiert bisher keine Verpflichtung zur Qualitätsmessung und Qualitätskontrolle, obwohl Evaluation im SGB VIII §22a seit 2005 verbindlich vorgeschrieben ist. Im Hinblick auf die Veränderungen in der Kita-Personalverordnung, den Ganztagsausbau und erweiterter Doppelnutzung von Räumlichkeiten im Hortbereich sowie durch den Ausbaubedarf an Einrichtungen, ist es für das Wohl der betreuten Kinder essentiell, die Qualität der pädagogischen Arbeit im Blick zu behalten.

Ä-K20-665 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Ruth Wagner

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 43 einfügen:

Digitales Arbeiten verändert auch das Arbeitsleben in unseren öffentlichen Verwaltungen. Um diese Veränderungen mitzugestalten, wollen wir neue Beteiligungsrechte im Personalvertretungsgesetz verankern. Weitergehend wollen wir die Stärkung der Rechtsstellung von Personalräten vorantreiben. Dafür wollen wir Einigungsstellen in Verwaltungen stärken.

Für die studentischen Beschäftigten in den Hochschulen und Universitäten Brandenburgs wollen wir die Einrichtung von eigenständigen Personalvertretungen im Brandenburgischen Personalvertretungsrecht ermöglichen. Die Verfahrensregelungen, wie z.B. die Wahlperioden, sind auf die Besonderheiten der Arbeitsverhältnisse der studentischen Beschäftigten abzustellen.

Begründung

Die studentischen Beschäftigten sind mit den aktuellen personalvertretungsrechtlichen Regelungen nur unzureichend erreichbar. Es müssen deshalb eigenständige und angemessene Regelungen für diese Beschäftigtengruppe geschaffen werden.

Ä-K20-670 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Gewerkschaftsgrün

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 47:

~~Durch starke ökologische und soziale Vorgaben wird das Vergaberecht komplexer. Damit die Vergabestellen von Land und Kommunen nicht überfordert werden, wollen wir eine zentrale Vergabekompetenzstelle schaffen. Die Kompetenzstelle kann Vergaben durchführen und diese~~ Das Vergaberecht ist komplex. Wir wollen die Vergabestellen von Land und Kommunen unterstützen, indem wir eine zentrale Vergabekompetenzstelle schaffen. Diese kann Vergaben durchführen und durch gebündelte Expertise effizienter gestalten.

Begründung

Eine Kompetenzstelle ist unabhängig von zukünftigen Änderungen im Vergaberecht sinnvoll. Das Vergaberecht ist geschaffen worden, um allen Unternehmen gleichen Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu geben. Dazu ist die öffentliche Verwaltung an komplexe Regeln gebunden worden. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, dass ökologische und soziale Ziele die Kommunen und Landesstellen überfordern könnten.

Ä-K20-677 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Gewerkschaftsgrün

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 45:

Deutsche Firmen erhalten rund ein Drittel ihrer Aufträge ~~vom Staat~~ also von Bund, Ländern und Kommunen. Darum kann es große Wirkung haben, wenn das Land Brandenburg bei seinen öffentlichen Aufträgen strengere Ansprüche an ökologische und soziale Ziele stellt. Dafür wollen wir das Vergaberecht ändern.

Begründung

Im Alltagssprachgebrauch ist der vorhandene Entwurf ok, aber rechtlich sind nur der Bund und Länder "Staat". Die Straffung des Texts vermeidet die Unschärfe der Formulierung

Ä-K21-697 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 51 einfügen:

Schulen dürfen keine Orte der Angst sein. Darum wollen wir der demokratischen Bildung mehr Platz einräumen und Rechtsextremismus an Schulen und Kitas entschlossen entgegentreten. Dazu gehört auch, dass wir Schüler*innen den Raum geben, sich freiheitlich und kreativ zu entfalten. Brandenburgs Schüler*innen sind selbstbewusst, vielseitig erfolgreich und selbstbestimmt. Dieses Potenzial wollen wir auch in Zukunft voll ausschöpfen.

Schulen sind kein Ort für Werbung. Das bedeutet, dass wir neben kommerzieller Werbung auch die Berufs- und Nachwuchswerbung der Bundeswehr an Schulen nicht zulassen wollen. Falls Vertretende der Bundeswehr eingeladen werden, dann soll gleichzeitig auch Kriegsdienstverweigernden und Mitgliedern von Friedensorganisationen die Möglichkeit eingeräumt werden ihre Positionen darzustellen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K22-13 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Kaj Mertens-Stickel

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 7 einfügen:

Brandenburg ist nicht reich an Bodenschätzen. Der Bedarf an Kies, Sand oder Kupfer steigt aber weltweit. Das macht auch kleinere Vorkommen für Unternehmen attraktiv. Wir verschließen uns ihrer Förderung nicht grundsätzlich, denn heute werden Bodenschätze in der Regel ohne Nachfrage nach ihrer Herkunft und den hiermit verbundenen Umwelt- und Menschenrechtsproblemen importiert. Nicht zuletzt der Blick auf die Verwüstung durch den Braunkohletagebau in der Lausitz macht aber deutlich, dass es klare ökologische und an Nachhaltigkeit ausgerichtete Grenzen bzw. Kriterien geben muss, unter denen Rohstoffe gefördert werden dürfen. Wir wollen Bodenschätze nicht um jeden Preis, sondern nur nach den höchsten Standards fördern lassen. Die Förderabgabe des Landes wollen wir für alle Rohstoffe, auch für Kupfer, einführen beziehungsweise schrittweise erhöhen.

Auch Rohstoffe aus aller Welt werden wir besser schonen. Es sollen die für den jeweiligen Zweck nachhaltigsten Konzepte so gefördert werden, dass ihr Einsatz wirtschaftlich wird.

Begründung

Beispiel: So ist Lithium als Elektrodenmaterial und Elektrolyt für mobile Speicher derzeit nicht austauschbar, bei stationären Speichern für ein Dorf oder Quartier muss es aber möglich sein, dass sich wirtschaftlich z.B. ein Redox-Flow- oder Salzspeicher durchsetzt.

Ä-K25-71 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Feminismus

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 89:

Wir wollen, dass Frauen, inter*,trans* und nicht-binäre Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten haben. Darum haben sie auch das gleiche Recht auf jeden Euro, den wir in Politik und Verwaltung ausgeben. Beim sogenannten „Gender Budgeting“ prüfen Land und Kommunen bei der Aufstellung ihrer Finanzhaushalte, ob ihre Ausgaben und Förderungen geschlechtergerecht sind. Für faire Haushalte wollen wir kommunale Haushälter*innen ~~unterstützen und ihnen Orientierungshilfen geben. In einem ersten Schritt wollen wir einen geschlechtergerechten Teilbereich des Landeshaushalts aufstellen.~~ fortbilden und ihnen Orientierungshilfen geben. Der aktuelle Landeshaushalt soll auf Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden. Zukünftige Haushalte sollen geschlechtergerecht sein. Bei der Förderung von Unternehmen mit öffentlichen Geldern wollen wir prüfen, ob diese an der Beseitigung des Gender-Pay-Gap arbeiten und Entgeltgleichheit umsetzen.

Ä-K22-79 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 3 einfügen:

Wir wollen raus aus den Krisen in eine nachhaltige Zukunft. Brandenburg hat sich auch in schwierigen Zeiten als Wirtschaftsstandort, führendes erneuerbares Energieland und beliebtes Reiseziel einen Namen gemacht. Wir wollen das Potenzial unseres Bundeslands nutzen und Brandenburgs Wirtschaft noch erfolgreicher, innovativer, gerechter und nachhaltiger machen. Dafür machen wir bei der Digitalisierung Hochdruck, fördern erneuerbare Energien und die Kreislaufwirtschaft, verbessern Arbeitsbedingungen und machen unsere Verwaltung effizienter. Und sorgen mit mehr Partizipation für mehr Akzeptanz bei Ansiedlungen

Begründung

Echte Partizipation in den Kommunen ist Beschleunigung und Schaffung von Akzeptanz vor Ort.

Ä-K22-80 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 5:

Wir wollen Brandenburgs Wirtschaft ~~klimaneutral machen~~ klimagerecht gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir klare und zukunftsfeste Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehört der Ausbau erneuerbarer Energien, die Entwicklung einer grünen Wasserstoffinfrastruktur ~~und~~, eine starke digitale Infrastruktur und der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft. Bald soll mit grünem Wasserstoff aus der Uckermark in Eisenhüttenstadt grüner Stahl entstehen, aus dem in Hennigsdorf Züge für den öffentlichen Nahverkehr gebaut werden. Wir wollen es einfacher machen, örtlich erzeugten Ökostrom auch kostengünstig vor Ort zu nutzen und ökologisch und klimagerecht zu planen und zu bauen, das mit wiederverwendeten Bauteilen und vor Ort recycelten Baustoffen gelingt.

Begründung

Wirtschaft ist nie klimaneutral. Sie kann der Klimakrise und unserem Planeten Erde nur gerecht werden in dem sie wirklich nachhaltig wird. Dies gelingt mit EE, Wasserstofftechnologien, sparsamer Flächeninanspruchnahme, nachhaltigen Baustoffen wie Holz, Lehm, Hanf und Stroh sowie einer regionalen Kreislaufwirtschaft für wiederverwendete Bauteile und recycelte Baustoffe, wobei auf Kaskadennutzung geachtet werden muss.

Das Bauwesen ist ein ganz wesentlicher Wirtschaftsfaktor in BB, der einer eigenständigen Befassung bedarf. Die Transformation der Bauwirtschaft ist Hauptbestandteil einer Strategie zur Bewältigung der Klimakrise, denn das Bau- und Siedlungswesen ist hauptverantwortlich für die Klimakatastrophe. Baukultur ist das Instrument zur Meisterung dieser Krise

Ä-K22-81 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 16:

Wir wollen Brandenburg in der Kreislaufwirtschaft führend machen, denn Rohstoffe und Bauteile oder Verpackungen wiederzuverwenden schafft Mehrwert, schützt die Umwelt und ist der Schlüssel zu einer ~~klimaneutralen~~ klimangerechten Produktion.

Begründung

Die Wertschöpfung und der ökologische Fußabdruck eines Produktes sei es eine Getränkeflasche, ein Fahrrad oder eine Haus wird durch Materialeinsatzes (Rohstoff) und den Verarbeitungsprozess (Planung und Realisierung des Prozesses) und den Handel und Transport bestimmt. Im Fall eines Defektes oder nach Nutzung sollte das Produkt mit möglichst wenig Aufwand (materielle und nichtmaterielle Ressourcen) wieder in Nutzung gebracht werden.

Im Falle der Getränkeflasche ist das Mehrwegkonzept das richtige, ein altes Fahrrad kann oft durch ein professionelles Aufarbeiten ein zweites Leben erhalten und bei einem Haus, das saniert wird können beispielsweise Balken, Fenster und Türen repariert und ergänzt (z.B. zur Einhaltung des Wärmedurchgangswertes und der Dichtigkeit) werden. Mineralische Baustoffe lassen sich – bei entsprechender Trennung – gut recyceln, dazu müssten die entsprechenden technischen Bestimmungen geändert werden. Ein gutes Beispiel ist das Berliner Gipsrecycling

Ä-K22-82 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 19:

Neue Lösungen für nachhaltigere Prozesse kommen von Brandenburger Hochschulen, die wir hierfür enger mit Industrie und Handwerk vernetzen. Teil der Strategie sollen auch landesweite Vorgaben für Recyclingquoten und die Schaffung neuer **Rohstoff**-Sammelstellen für Sekundärrohstoffe und wiederverwendbaren Bauteile sein. Unser Ziel ist es, dass Brandenburg beim Recycling von E-Autobatterien bundesweit Spitze wird. Außerdem wollen wir neue Wiederverwendungs-Ziele für das Wirtschaften von öffentlichen Einrichtungen festschreiben.

Begründung

Wiederverwendbaren Bauteile, seien es Balken, wiederverwendbaren Bekleidungen oder Fenster und Türen sind Bestandteil einer erfolgreichen Kreislaufwirtschaft

Ä-K22-83 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 19 einfügen:

Neue Lösungen für nachhaltigere Prozesse kommen von Brandenburger Hochschulen oder Institutionen wie die Bauhaus der ERde GgmbH in Potsdam, die wir hierfür enger mit Industrie und Handwerk vernetzen. Teil der Strategie sollen auch landesweite Vorgaben für Recyclingquoten und die Schaffung neuer Rohstoff-Sammelstellen für Sekundärrohstoffe sein. Unser Ziel ist es, dass Brandenburg beim Recycling von E-Autobatterien bundesweit Spitze wird. Außerdem wollen wir neue Wiederverwendungs-Ziele für das Wirtschaften von öffentlichen Einrichtungen festschreiben.

Begründung

Die Bauhaus der Erde GgmbH, geleitet von Philipp Misselwitz und John Schellnhuber, hat einen 100% Recycling-Stein aus Brandenburg entwickelt und eine Bauaufsichtsbehörde Zulassung erwirkt, fehlt nur noch der Industriebetrieb und die rechtlichen Rahmenbedingungen zum flächendeckenden Einsatz als Ersatz für die üblichen Kalksandsteine aus Rüdersdorf.

Ä-K22-84 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 22 einfügen:

Um die Klimaziele zu erreichen und den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, möchten wir den Kauf unnötiger Produkte verringern und eine längere Nutzungsdauer fördern. Das erfordert eine Reparaturfähigkeit und eine höhere Qualität der Produkte, nachhaltige Produkte mögen auf den ersten Blick teurer sein, betrachtet man den gesamten Lebenszyklus sind Update-fähige, reparier- und modernisierbare Produkte deutlich wirtschaftlicher. Diese Qualitäten bedürfen einer Transformation unserer Wirtschaftsstrukturen Wir möchten einen Reparatur-Bonus einführen, bei dem Reparaturen nach klaren Kriterien bezuschusst werden können. Wir unterstützen die Arbeit von Repair-Cafés, in denen zum Beispiel Geräte und Kleidung repariert werden können sowie lokaler Initiativen zum Werkzeug- und Technikverleih.

Begründung

Für die Beurteilung der Nachhaltigkeit eines Produkts ist seine Lebensdauer und Reparier- und Modernisierbarkeit entscheidend. Produkte in höherer Qualität sind langlebiger, werden besser gepflegt und gewartet.

Unser derzeitiges Wirtschaftssystem fördert hingegen immer noch das Neue, das billige und einfache (Geiz ist geil gilt leider immer noch zu oft)

Ä-K23-85 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 35:

Die ländlichen Räume Brandenburgs sind das Herz unseres Bundeslandes. Dort werden die Fragen unserer Zukunft beantwortet: Wo wird grüner Strom produziert, wo werden regionale Lebensmittel angebaut und verarbeitet oder ökologische Baustoffe wie Holz, Hanf, Stroh, Lehm oder Recyclingmauersteine hergestellt? Auf dem Land. Wenn das gelingen soll, müssen vor Ort die ~~Grundvoraussetzungen~~Voraussetzungen stimmen.

Begründung

Die Wertschöpfung des Bauwesens in den ländlichen Räumen ist schon heute erheblich, mit Kreislaufwirtschaft und Öko-Baustoffen kann das noch ausgebaut werden

Ä-K25-86 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 85:

Brandenburgs Kommunen machen jeden Tag unser Leben lebenswert: Sie planen, bauen und errichten und betreiben Kitas und Schulen, kümmern sich um Trinkwasser, Busverbindungen und Müllabfuhr, ~~dem~~ KlimawandelKlimakrise und einer alternden Gesellschaft kommen außerdem immer neue Herausforderungen auf die Kommunen zu. Dabei haben nicht alle Kommunen den gleichen Spielraum: Während manche Kommunen gute Einnahmen haben, drehen andere Kommunen jeden Euro zweimal um. Das führt zu einer Spaltung unserer Gesellschaft. Wir wollen mehr Spielraum für unsere Kommunen ermöglichen und setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land ein. Dafür wollen wir die Regeln der Kommunalfinanzierung ändern.

Begründung

Planung und Bau von öffentlichen Einrichtungen ist eine erhebliche Belastung für alle Kommunen. Fachkräftemangel in den Planungsämtern, Bauaufsichten und Bauverwaltungen (Eigenbau) für oft zu wenig nachhaltigen und teuer zu betreibenden Einrichtungen. Hier müssen die Kommunen fachlich und finanziell je nach Leistungsfähigkeit unterstützt werden. Denn gute Baukultur ist – neben vielen anderen Dingen – der Schlüssel zu nachhaltigen und lebenswerten Kommunen.

Ä-K26-87 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 117 einfügen:

Wir wollen als Land Brandenburg einer Partnerregion in der Ukraine beim Aufbau helfen. Beraten und unterstützen wollen wir dabei besonders im Bereich der kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsstrukturen und einer eigenständigen ukrainischen Baukultur für nachhaltiges Planen und Bauen. Zu diesem Zweck sollen Austauschprogramme in der öffentlichen Verwaltung, der Justiz, der Bildung und anderen Bereichen geschaffen werden.

Begründung

Schon jetzt sind zahllose Unternehmen und Regierungen aus den ganzen Welt in der Ukraine um am Wiederaufbau zu partizipieren. Leider stehen nicht immer die Bedarfe der Ukrainer*innen oder klimagerechter, wirtschaftlich und sozial nachhaltiger Aufbau im Vordergrund. Gute Baukultur ist regionale Baukultur, überall. Wir wollen, dass die Ukrainer*innen ihren eigenen Weg gehen. Dazu gehört auch eine EU-Vollmitgliedschaft

Ä-K26-88 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 118 einfügen:

Wir wollen mehr unabhängige Regionalforschung für das östliche Europa, die den eigenständigen Identitäten postsowjetischer Völker ausreichend Sichtbarkeit gibt. Wir Bündnisgrüne setzen uns darum für die Einrichtung eines interdisziplinären Zentrums für Ukraine-Studien an einer Brandenburger Hochschule ein. Mit dem Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) gibt es bereits ein erfolgreiches Forschungsinstitut dieser Art, das ein Vorbild für das neue Ukraine-Zentrum sein könnte. In Lwiw könnte beispielsweise das Neue Europäische Bauhaus für ganz Osteuropa angesiedelt werden, denn mit dem Bauhaus der Erde hat Potsdam einen echten Kompetenzträger hierfür.

Begründung

Lwiw, das frühere Lemberg – eine ehemals multikulturelle Stadt – ist geografisch und kulturell für eine solche Einrichtung prädestiniert. Das NEB – von John Schellnhuber initiiert, von Ursula von der Leyen ausgerufen und Ruth Reichstein umgesetzt – ist das Schlüsselprojekt für die klimagerechte und ressourceneffiziente Transformation des Bau- und Siedlungswesens. Fördermittel aus dem Horizon-Programmen der EU werden verstärkt nach NEB-Kriterien vergeben. Leider verschläft Brandenburg diese Entwicklung.

Ä-K26-89 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 91 einfügen:

Kapitel 26: Frieden und Europa Das gesamte Kapitel hat hier nicht seinen Platz, es sollte dem Demokratiekapitel vorangestellt werden, z.B. nach dem zweiten Absatz der einleitenden Ausführungen.

Begründung

Das Kapitel "Frieden und Europa" erscheint unter dem übergeordneten Kapitel des Wahlprogramms "Klima, Wirtschaft und Tourismus" nicht angemessen platziert, Es sollte dem übergeordneten Kapitel "Demokratie und Sicherheit" zugeordnet werden. Die Forderungen beziehen sich nicht in erster Linie auf wirtschaftliche oder klimatische oder touristische Aspekte.

Ä-K22-123 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 18 einfügen:

Eine Kreislaufwirtschaft, in der Materialien und Bauteile mehrfach wiederverwendet werden, statt nach einer Benutzung auf der Mülldeponie zu landen, bedeutet mehr Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit. Wir wollen eine Brandenburger Strategie zur Kreislaufwirtschaft auf den Weg bringen, die konkrete Maßnahmen enthält, wie wir in allen Branchen ressourcenschonende Geschäftsmodelle aufbauen, langlebige und einfach reparierbare Produkte entwickeln, Abfälle vermeiden und Rohstoffe wiederverwenden können.

Begründung

Kreislaufwirtschaft ist mehr als Recycling und Rohstoffrückgewinnung. Diese Prozesse stehen ganz am Ende eines hoffentlich langen Produktlebens in einer Kreislaufwirtschaft. Davor kommen Repair (Reparieren), Reuse (Wiederverwenden), Refurbish (Nachrüsten), die sehr große Beiträge leisten können, um natürliche Ressourcen (inkl. Energie) zu sparen. Das sollten wir deutlich machen!

Ä-K25-130 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-5

Nach Zeile 75 einfügen:

Ansiedlung von Bundesbehörden

Die Bundesregierung hat sich die gezielte Ansiedlung von Bundesbehörden in Ostdeutschland zum Ziel gemacht. In Brandenburg hat mit "Zukunft Umwelt Gesellschaft" in Cottbus nur das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eine Bundesbehörde angesiedelt. Weitere Einrichtungen, z.B. in strukturschwachen Klein- oder Mittelstädten sind nicht geplant. Das möchten wir ändern und fordern daher, dass die nächste Landesregierung sich aktiv für die weitere Ansiedlung von Bundesbehörden gerade außerhalb der Brandenburger Ballungszentren einsetzt.

Begründung

Auch wenn sich das Ossi-Wessi-Thema scheinbar überholt, so beschäftigt es doch noch viele unserer Wähler*innen bzw. der Menschen, die wir von unserer Politik überzeugen wollen. Der aktuellste Bericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung zeigt, dass die gefühlten Graben tatsächlich immer tiefer werden. Daher halte ich das für ein Thema, das wir in unserem Wahlprogramm nicht ausklammern dürfen, um auch Menschen außerhalb unserer Bubble zu erreichen. Wir sollten uns an WK-Ständen nicht den Vorwurf gefallen lassen müssen, wir seien ja eh eine reine Wessi-Partei, die die ostdeutsche Perspektive komplett ausblendet. Es folgen daher im restlichen Wahlprogramm verteilt weitere ÄA, die versuchen Projekte noch etwas zu ergänzen und damit auch ein wenig "ostdeutsche Handschrift" dem Programm hinzu zu fügen, ohne den gesamten Charakter in Frage zu stellen.

Ä-K22-131 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-5

Nach Zeile 10 einfügen:

Mehr Ostdeutsche in Führungspositionen

Ostdeutsche haben seltener die Spitzenpositionen in den wichtigsten Institutionen, Unternehmen und Organisationen in Deutschland inne, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Die personelle Unterrepräsentation der Ostdeutschen, und anderer Bevölkerungsgruppen, in Elitenpositionen von Öffentlichkeit und Politik wird mittlerweile als zentrale Dimension struktureller OstWest-Ungleichheit diskutiert. Auch wird darin eine Ursache für Gefühle der Benachteiligung in Ostdeutschland gesehen, weil personelle Unterrepräsentation ungleiche Chancen politischer und gesellschaftlicher Teilhabe klar sichtbar macht. Nur 5,5% der obersten Führungsebenen der Bundesministerien bzw. 7,3% in Bundesbehörden ist ostdeutsch (ohne Berlin) sozialisiert - Tendenz fallend. Damit wird eine ganze Perspektive ausgeblendet. Dem müssen wir uns auch auf Landesebene stellen und aktiv dagegen vorgehen. Wir wollen daher eine Datengrundlage schaffen, um so Missverhältnisse frühzeitig erkennen und beheben zu können. Bis 2025 soll zudem eine bundesweite Diversitäts-Strategie für Bundesbehörden erarbeitet werden, die die Vielfaltsdimension „regionale Herkunft“ beinhaltet. An diesem Beispiel muss eine eben solche Strategie auch für Brandenburg erstellt und umgesetzt werden.

Begründung

Auch wenn sich das Ossi-Wessi-Thema scheinbar überholt, so beschäftigt es doch noch viele unserer Wähler*innen bzw. der Menschen, die wir von unserer Politik überzeugen wollen. Der aktuellste Bericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung zeigt, dass die gefühlten Graben tatsächlich immer tiefer werden. Daher halte ich das für ein Thema, das wir in unserem Wahlprogramm nicht ausklammern dürfen, um auch Menschen außerhalb unserer Bubble zu erreichen. Wir sollten uns an WK-Ständen nicht den Vorwurf gefallen lassen müssen, wir seien ja eh eine reine Wessi-Partei, die die ostdeutsche Perspektive komplett ausblendet. Es folgen daher im restlichen Wahlprogramm verteilt weitere ÄA, die versuchen Projekte noch etwas zu ergänzen und damit auch ein wenig "ostdeutsche Handschrift" dem Programm hinzu zu fügen, ohne den gesamten Charakter in Frage zu stellen.

Ä-K24-168 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 63:

Wir wollen den Zweckverband Digitale Kommunen (DIKOM) Brandenburg so stärken, dass er zukünftig den ~~landeseigenen~~-IT-Betrieb **von Kommunen** zentral verantworten und über die Einhaltung notwendiger Sicherheitsstandards wachen kann. Dafür soll der DIKOM Brandenburg die Kommunen aktiv mit Digitalisierungsangeboten unterstützen und mehr Kompetenzen bei der Digitalisierung unserer Kommunen erhalten und bündeln.

Begründung

Beim DIKOM geht es ja gerade nicht um die landeseigene IT, sondern um die kommunale. Die landeseigenen Aufgaben werden ja vom ZIT-BB erledigt.

Die Kommunen können im Rahmen ihrer Selbstverwaltung dem DIKOM beitreten und ihre IT-Aufgaben dort erledigen lassen. Dies sollten wir ausbauen und fördern.

Ä-K26-169 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 92:

Brandenburg liegt ~~heute~~-im Herzen Europas-~~und besonders~~. Besonders eng sind unsere Verbindungen mit Polen und anderen osteuropäischen EU-Nachbarn. Europa ist allgegenwärtig: Von EU-geförderten Bau- und Infrastrukturprojekten über den freien Warenverkehr bis zu Studierenden, die ganz selbstverständlich an Unis im europäischen Ausland lernen. Für uns ist klar: Die Europäische Union bringt uns Freiheit, Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Darum wollen wir Brandenburgs Platz in Europa weiter stärken.

Begründung

fast redaktionell, aber BB lag schon immer im Herzen Europas.

Ä-K26-170 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 104:

Die neue Koordinierungsstelle soll Brandenburgs Gemeindevertretungen dabei unterstützen, Europabeauftragte ~~einzu~~berufen zu berufen. Sie soll außerdem bestehende Städte- und Gemeindeparterschaften zwischen Brandenburg und dem Ausland neu beleben und helfen, neue Partnerschaften zu schließen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf Kommunen in Polen und EU-Kandidatur-Ländern wie dem Westbalkan, Moldau und der Ukraine liegen.

Begründung

falsches Wort

Ä-K22-180 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 7 löschen:

~~Brandenburg ist nicht reich an Bodenschätzen.~~ Der Bedarf an Kies, Sand oder Kupfer steigt aber weltweit. Das macht auch kleinere Vorkommen für Unternehmen attraktiv. Wir verschließen uns ihrer Förderung nicht grundsätzlich, denn heute werden Bodenschätze in der Regel ohne Nachfrage nach ihrer Herkunft und den hiermit verbundenen Umwelt- und Menschenrechtsproblemen importiert. Nicht zuletzt der Blick auf die Verwüstung durch den Braunkohletagebau in der Lausitz macht aber deutlich, dass es klare ökologische und an Nachhaltigkeit ausgerichtete Grenzen bzw. Kriterien geben muss, unter denen Rohstoffe gefördert werden dürfen. Wir wollen Bodenschätze nicht um jeden Preis, sondern nur nach den höchsten Standards fördern lassen. Die Förderabgabe des Landes wollen wir für alle Rohstoffe, auch für Kupfer, einführen beziehungsweise schrittweise erhöhen.

Begründung

Der Bergbau ist noch ein ziemlich relevanter Arbeitszweig in unserem Bundesland. Daher ist es nicht ganz einleuchtend zu sagen, dass Brandenburg nicht reich an Bodenschätzen wäre.

Ä-K24-181 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

Von Zeile 57 bis 58 einfügen:

Zugang zu schnellem Internet ist für den Erfolg von Unternehmen eine Grundvoraussetzung. Der ländliche Raum wird zunehmend attraktiv für Start-ups, Existenzgründer*innen und für die Ansiedlung großer Technologieunternehmen. Wir setzen uns ein für einen schnellen und flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur (Glasfasernetze) und der Mobilfunknetze.

Begründung

Schnelles und flächendeckendes Internet ist nicht nur für digitale Unternehmen und Start-Ups zentral, sondern für alle Unternehmen in Brandenburg. Im Kapitel Digitalisierung wird aktuell nicht erwähnt, dass überhaupt erst einmal Zugang zu schnellem Internet geschaffen werden muss. Die Formulierung entspricht dem Beschluss der 48. LDK „Für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und klimaneutrale Wirtschaft in Brandenburg“ (<https://brandenburg.antragsgruen.de/ldk2023-48/fur-eine-wettbewerbsfahige-nachhaltige-und-klimaneutrale-wirtschaft-i-38879>)

Ä-K24-183 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 67:

Wir brauchen gute Daten, um richtige Entscheidungen treffen zu können. Das haben wir in der Coronapandemie gelernt, sehen es aber auch im Klimaschutz, in der Landwirtschaft und vielen weiteren Bereichen. In Zeiten, in denen die Künstliche Intelligenz jeden Tag Sprünge macht und sich neue technische Möglichkeiten eröffnen, muss sich die Verwaltung weiterentwickeln. Eine zentrale Rolle spielt dabei der freie Zugang zu Informationen: In einer lebhaften Demokratie müssen öffentliche Daten, die nicht schutzbedürftig sind, der Öffentlichkeit gehören. ~~Deshalb~~ Open Data in der Verwaltung ermöglicht neue, wertschöpfende Geschäftsmodelle und kann sich damit zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickeln. Aus diesen Gründen

Begründung

Der Aspekt Wirtschaft wird aktuell im Zusammenhang mit Open Data noch nicht erwähnt, ist aber nicht zu unterschätzen. Die Formulierung orientiert sich an einem Beschluss der 48. LDK „Für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und klimaneutrale Wirtschaft in Brandenburg“ (<https://brandenburg.antragsgruen.de/ldk2023-48/fur-eine-wettbewerbsfahige-nachhaltige-und-klimaneutrale-wirtschaft-i-38879>)

Ä-K22-189 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 1:

~~Kapitel 22: Wirtschaft, Industrie und Tourismus~~

Kapitel 22: Brandenburgs Wirtschaft: wettbewerbsfähig, innovativ und klimaneutral

Begründung

Wir finden eine positive Botschaft im Titel des Kapitels besser, als die bloße Aufzählung „Wirtschaft, Industrie und Tourismus“, die u.E. redundant ist, da Wirtschaft als Oberbegriff die beiden anderen Begriffe inkludiert.

Ä-K22-190 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 2:

Unsere Brandenburger Wirtschaft wurde in den letzten Jahren vor viele Herausforderungen gestellt: Die Coronapandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, globale Konflikte und die Auswirkungen der Klimakrise Klimawandel sorgten für Produktionsausfälle, Lieferprobleme, Preissteigerungen und Energieunsicherheiten. Der Fachkräftemangel und die Abwanderung aus ländlichen Gebieten machen Unternehmen ~~nach wie vor~~ das Leben schwer. ~~Mit den Rettungspaketen des Landes konnten wir viele Unternehmen in~~ Auch wenn Unterstützungspakete der Krise unterstützen Bundes- und Landesregierung manches absichern konnten, so bleiben die Herausforderungen immens.

Begründung

Die Änderungsvorschläge im weiteren Text kommen daher, da uns sehr daran liegt, Klimaneutralität, Nachhaltigkeit und Wirtschaft zusammen zu denken und so zu gestalten, dass Unternehmen wie Beschäftigte in Brandenburg Vertrauen in unsere Wirtschaftskompetenz haben können. Unsere Anliegen für Kreislaufwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und Gemeinwohlorientierung sollen nicht abschrecken, sondern Mut machen. Sollen die Unternehmen nicht überfordern oder negativ konnotieren, sondern ihre Bereitschaft fördern, uns zu wählen und gemeinsam mit uns zu gestalten.

Wir wollen nicht bevormunden, sondern ermutigen. Wir wissen nicht alles besser, aber wir haben einen klaren Kompass und hören zu. Der Dreiklang aus Ermutigung, Kompass und Dialog kann Wirtschaft und Beschäftigten neues Vertrauen geben und dringend benötigte schöpferische Initiative und Leistungsbereitschaft hervorbringen.

Ä-K22-192 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 3:

~~Wir wollen raus aus den Krisen in eine nachhaltige Zukunft. Brandenburg hat sich auch in schwierigen Zeiten als Wirtschaftsstandort, führendes erneuerbares Energieland und beliebtes Reiseziel einen Namen gemacht. Wir wollen das Potenzial unseres Bundeslands nutzen und Brandenburgs Wirtschaft noch erfolgreicher, innovativer, gerechter und nachhaltiger machen. Dafür machen wir bei der Digitalisierung Hochdruck, fördern erneuerbare Energien und die Kreislaufwirtschaft, verbessern Arbeitsbedingungen und machen unsere Verwaltung effizienter.~~

Trotz schwieriger Zeiten hat Brandenburg sich als attraktiver Wirtschaftsstandort, führendes erneuerbares Energieland und beliebtes Reiseziel einen Namen gemacht. Diese Potenziale wollen wir nutzen, um gestärkt aus den Krisen zu wachsen, und zwar mit dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, einer effizienten Verwaltung, flächendeckend zugänglicher und schneller digitaler Infrastruktur und guten Arbeitsbedingungen.

Das Prinzip, Ressourcen und Energie einzusparen ist unser Leitgedanke. Eine moderne Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft, bessere Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) und Gründende, nachhaltiger Tourismus, gute Arbeitsbedingungen und moderne Berufsbilder sowie ein gutes Netzwerk aus Hochschulen, Unternehmen, Wirtschaftsorganisationen, Politik und Verwaltung können das Land nachhaltiger, klimaneutral, innovativer und wettbewerbsfähiger werden lassen.

Begründung

Die Änderungsvorschläge kommen daher, da uns sehr daran liegt, Klimaneutralität, Nachhaltigkeit und Wirtschaft zusammen zu denken und so zu gestalten, dass Unternehmen wie Beschäftigte in Brandenburg Vertrauen in unsere Wirtschaftskompetenz haben können. Unsere Anliegen für Kreislaufwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und Gemeinwohlorientierung sollen nicht abschrecken, sondern Mut machen. Sollen die Unternehmen nicht überfordern oder negativ konnotieren, sondern ihre Bereitschaft fördern, uns zu wählen und gemeinsam mit uns zu gestalten.

Wir wollen nicht bevormunden, sondern ermutigen. Wir wissen nicht alles besser, aber wir haben einen klaren Kompass und hören zu. Der Dreiklang aus Ermutigung, Kompass und Dialog kann Wirtschaft und Beschäftigten neues Vertrauen geben und dringend benötigte schöpferische Initiative und Leistungsbereitschaft hervorbringen.

Ä-K22-193 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 4:

~~Klimaneutrale Wirtschaft~~

Industrie zukunftsfähig ausrichten

Begründung

Und auch wenn „Industrie“ im alten Titel genannt wurde, so kam dieser Wirtschaftsbereich im weiteren Text gar nicht vor. Deshalb finden wir es wichtig, hier einen Absatz einzufügen.

Es sind im Übrigen in Brandenburg nicht die Großkonzerne, die die Industrie prägen, sondern unser Land ist auch hier mittelständisch geprägt. Das sollten wir nicht vergessen.

Ä-K22-194 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 5:

~~Wir wollen Brandenburgs Wirtschaft klimaneutral machen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir klare und zukunftsfeste Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehört der Ausbau erneuerbarer Energien, die Entwicklung einer grünen Wasserstoffinfrastruktur und eine starke digitale Infrastruktur. Bald soll mit grünem Wasserstoff aus der Uckermark in Eisenhüttenstadt grüner Stahl entstehen, aus dem in Hennigsdorf Züge für den öffentlichen Nahverkehr gebaut werden. Wir wollen es einfacher machen, örtlich erzeugten Ökostrom auch kostengünstig vor Ort zu nutzen.~~

Brandenburg ist ein vorwiegend mittelständisch geprägter Industriestandort. Über 110.000 Menschen arbeiten in über 1.200 Industriebetrieben mit mehr als 20 Beschäftigten. Die Industrie ist ein bedeutender Wohlfaktor in Brandenburg, den wir erhalten, fördern und bei der Transformation unterstützen wollen.

Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern wollen wir die Bestandsunternehmen dabei unterstützen, sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen, ihre Energieverbräuche zu reduzieren oder Energie selbst zu produzieren, Wertstoffkreisläufe umzusetzen und die Klimaneutralität anzustreben. Dafür setzen wir auf einen Mix aus Beratung und Förderung. Wir wollen die Entwicklung einer grünen Wasserstoffinfrastruktur. Bald soll mit grünem Wasserstoff aus der Uckermark in Eisenhüttenstadt grüner Stahl entstehen, aus dem in Hennigsdorf Züge für den öffentlichen Nahverkehr gebaut werden.

Bei der Neuansiedlung von Unternehmen in modernen Industrien setzen wir insbesondere auf das Schließen von Wertschöpfungsketten, um Transportwege zu reduzieren und die Wirtschaft in Brandenburg widerstandsfähiger zu machen. Dabei haben wir auch den Flächenverbrauch im Blick.

Begründung

Auch wenn „Industrie“ im alten Titel des Kapitels genannt wurde, so kam dieser Wirtschaftsbereich im weiteren Text gar nicht vor. Deshalb finden wir es wichtig, hier einen Absatz einzufügen. Es sind im Übrigen in Brandenburg nicht die Großkonzerne, die die Industrie prägen, sondern unser Land ist auch hier mittelständisch geprägt. Das sollten wir nicht vergessen.

Moderne Industrieproduktion, mit integrierter Energieversorgung ist nicht immer auf bestehenden Gewerbegebieten umsetzbar. Deshalb ist die Entsiegelung von Brachflächen parallel zu verfolgen.

Ä-K22-195 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

Nach Zeile 8 einfügen:

Fachkräftemangel ganzheitlich angehen

Der demografische Wandel führt bereits heute dazu, dass Fach- und Arbeitskräfte nicht mehr im ausreichenden Maße zur Verfügung stehen. Damit werden sowohl die Entwicklungschancen unserer Unternehmen als auch die Potenziale für die Energiewende und die Transformation unserer Wirtschaft begrenzt. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Wir wollen dem Mangel mit einem umfassenden Bündel von Maßnahmen begegnen.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Ausbildung gibt es im Kapitel „Ausbildung und Gute Arbeit“

Wir wollen die duale Ausbildung entsprechend zukunftsorientierten Berufsbildern modernisieren, ihre Attraktivität durch gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und eine adäquate Entlohnung erhöhen und dafür Sorge tragen, dass die soziale Anerkennung erhöht wird und duale und akademische Abschlüsse gleichwertig behandelt werden.

Wir müssen auch diejenigen Bevölkerungsgruppen im Blick haben, deren Erwerbsbeitrag noch gesteigert werden kann.

Wir wollen die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Brandenburg erhöhen. Dazu gehören der Ausbau der Kinderbetreuung und Pflegeangebote sowie flexible Arbeitsmöglichkeiten wie Homeoffice, Job-sharing und Arbeitszeitkonten. Es ist wichtig, dass Frauen in Betrieben Wertschätzung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Für Karrieren und Führungspositionen darf Familienarbeit und Kinderbetreuung kein Hindernis sein.

Quereinsteiger*innen muss der Zugang zu Jobangeboten erleichtert werden, für ältere Menschen wollen wir durch entsprechende Qualifizierungen die Möglichkeiten verbessern, beruflich aktiv zu bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass klein- und mittelständische Unternehmen bei der Qualifizierung Ihrer Arbeitnehmer*innen unterstützt werden. Wir unterstützen die Beratung zu Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsvorsorge, um die Arbeitskraft der Menschen länger zu erhalten. Wir möchten auch die Einbindung von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt verbessern.

Wir unterstützen die Integration von Geflüchteten und Zuwanderung von Arbeitskräften und setzen uns für eine landesweite Willkommenskultur ein. Es ist wichtig, die Menschen schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren und für sinnvolle Tätigkeiten einzusetzen. Sprache kann sowohl in Kursen als auch am Arbeitsplatz gelernt werden.

Hierfür ist eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie die Nachqualifizierung von Arbeitskräften notwendig. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Integration gibt es im Kapitel „Integration, Asyl und Migration“

Begründung

Der Änderungsantrag folgt dem im LDK-Beschluss „Für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und klimaneutrale Wirtschaft in Brandenburg“ vom 29.04.2023 enthaltenen Tenor: Ein Bündel von Maßnahmen ist notwendig, da durch den demografische Wandel das quantitative Potenzial an jungen Menschen dramatisch abnehmen wird, ohne dass wir kurz- und mittelfristig etwas dagegen tun können. Daher müssen alle anderen möglichen Potenziale konsequent erschlossen werden.

Zur Erklärung sind hier Maßnahmen aus verschiedenen Politikbereichen kurz angeschnitten, (jedoch nicht im Detail ausgeführt), die zusammengenommen zu der ganzheitlichen Sichtweise führen, die wir zur Lösung des Problems brauchen. Diese ganzheitliche Sichtweise differenziert uns von unseren Wettbewerbern.

Ä-K22-196 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 28:

Nachhaltigen ~~Wassertourismus~~Tourismus fördern

Begründung

Der Änderungsantrag behebt die einseitige Fokussierung auf den Wassertourismus und erweitert den Abschnitt um den für Brandenburg sehr bedeutsamen Fahrradtourismus.

Ä-K22-197 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 29:

~~Brandenburgs Flüsse und Seen sind ein wunderschönes und naturnahes Urlaubsziel, das schon heute viele Urlauber*innen von Nah und Fern anzieht. Mit dem Kanu oder einem kleinen Boot unsere Wasserwanderwege zu erkunden, ist nicht nur erholsam, sondern auch ressourcenschonend. Damit das in Zukunft noch mehr Menschen erleben können, wollen wir stärker in den Wassertourismus investieren.~~

Brandenburg ist ein wunderschönes und naturnahes Urlaubsziel, das schon heute viele Urlauber*innen von Nah und Fern anzieht. Insbesondere Fahrrad- und Wassertourismus bieten naturnahe Erholung, schonen die Ressourcen und schaffen gerade auf dem Land eine erhebliche lokale Wertschöpfung. Damit das in Zukunft noch mehr Menschen erleben können, wollen wir stärker in den naturnahen Tourismus investieren.

Wir wollen Brandenburg zur Modellregion eines zeitgemäßen Radtourismus in Deutschland und Europa machen. Die hier liegenden Potenziale gilt es zum Nutzen aller Akteur*innen stärker auszuschöpfen.

Wir wollen für die wesentliche Voraussetzung sorgen: Eine erstklassige Radverkehrsinfrastruktur, welche Naturräume, Naturdenkmäler, Städte und kulturellen Höhepunkte durchgängig erschließt. Wir setzen uns daher für ein integriertes einheitliches Qualitäts- und Datenmanagement für die touristische Radinfrastruktur ein. Damit eine Anreise ohne Auto gelingen kann, setzen wir uns für eine engere Verknüpfung mit attraktiven ÖPNV-Angeboten ein.

Wer in Brandenburg mit dem Fahrrad bzw. e-Bike unterwegs ist, soll überall begleitende Infrastruktur, wie Gastronomie, Werkstätten, Ladepunkte, Unterkünfte, Sanitäreinrichtungen und überdachte Rastplätze finden. Wir wollen hierfür auf Grundlage eines engmaschigen Monitorings die Marktforschung im Bereich Radtourismus ausbauen, die Vermarktung des Radtourismus stärken und ihn in der Wirtschaftsförderung hervorgehoben verankern.

Begründung

Der Änderungsantrag behebt die einseitige Fokussierung auf den Wassertourismus und erweitert den Abschnitt um den für Brandenburg sehr bedeutsamen Fahrradtourismus.

Sowohl Rad- als auch Wassertourismus haben ein großes Wachstumspotenzial, wobei Anspruch und Realität bei der Infrastruktur noch auseinanderlaufen.

Ä-K22-198 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 30:

Um noch mehr Urlauber*innen aufs Wasser zu locken, braucht es in Brandenburg mehr Unterkunftsmöglichkeiten und Anlegestellen. ~~Hier wollen wir die Wartezeiten für Genehmigungen verkürzen und Fördermittel bereitstellen. Wir setzen uns für eine bessere Versorgung mit Frischwasser, Strom, Treibstoff~~ Wir setzen uns für eine bessere Versorgung mit Frischwasser, Strom, Sanitäranlagen und Müllentsorgungsplätzen auf dem Wasserstraßennetz ein.

Begründung

Um den Abschnitt nicht insgesamt zu lang werden zu lassen, wurde der Text zum Wassertourismus behutsam gekürzt.

Ä-K22-199 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 31:

Langsam, aber sicher fahren immer mehr Boote auf Brandenburgs Gewässern mit einem Elektroantrieb. ~~Wir wollen die richtigen Anreize und Fördermittel auf den Weg bringen, um die Elektrifizierung von Booten und den Ausbau der Ladeinfrastruktur zu beschleunigen. Die Reduzierung von Abgasen und Verschmutzung ist auf unseren sensiblen Gewässern besonders nötig.~~ Wir wollen die richtigen Anreize und Förderprogramme auf den Weg bringen, um die Elektrifizierung von Booten und den Ausbau der Ladeinfrastruktur zu beschleunigen.

Ä-K22-200 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 32:

~~Für ein gutes Vorankommen auf dem Wasser braucht es ein funktionierendes Wasserstraßennetz. Wir setzen uns für mehr digitale Lösungen bei der Nutzung von Schleusen und Ladesäulen sowie der Tourenplanung ein. In Zeiten der Klimaerhitzung müssen unsere Wasserstraßen außerdem zukunftssicher entwickelt und erhalten werden.~~

Wir setzen uns für mehr digitale Lösungen bei der Nutzung von Schleusen und Ladesäulen sowie der Tourenplanung ein.

Begründung

Um den Abschnitt nicht insgesamt zu lang werden zu lassen, wurde der Text zum Wassertourismus behutsam gekürzt.

Ä-K22-201 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Andrea Lübcke

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 7 einfügen:

Brandenburg ist nicht reich an Bodenschätzen. Der Bedarf an Kies, Sand oder Kupfer steigt aber weltweit. Das macht auch kleinere Vorkommen für Unternehmen attraktiv. Wir verschließen uns ihrer Förderung nicht grundsätzlich, denn heute werden Bodenschätze in der Regel ohne Nachfrage nach ihrer Herkunft und den hiermit verbundenen Umwelt- und Menschenrechtsproblemen importiert. Nicht zuletzt der Blick auf die Verwüstung durch den Braunkohletagebau in der Lausitz macht aber deutlich, dass es klare ökologische und an Nachhaltigkeit ausgerichtete Grenzen bzw. Kriterien geben muss, unter denen Rohstoffe gefördert werden dürfen. Wir wollen Bodenschätze nicht um jeden Preis, sondern nur nach den höchsten Standards fördern lassen. Die Förderabgabe des Landes wollen wir für alle Rohstoffe, auch für Kupfer, einführen beziehungsweise schrittweise erhöhen.

Rohstoffe gibt es nicht nur unter der Erde - sie sind auch in großen Mengen verbaut in Geräten, Anlagen und Bauwerken. Diese gilt es als Ressource zu begreifen. Deshalb unterstützen wir den Aufbau einer zirkulären Wirtschaft: Produkte sollen möglichst lange im Einsatz bleiben und repariert werden können. Ausgediente Produkte sollen hier im Land recycled werden - dadurch werden neue Wertschöpfungsketten aufgebaut und die wichtigen Rohstoffe verbleiben hier.

Begründung

Wir sollten die großen Ressourcen an wichtigen Rohstoffen, die sich bereits im Land befinden nicht vernachlässigen (Stichwort "Urban Mining")

Ä-K22-205 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG-WiFi

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 22:

Um die Klimaziele zu erreichen und den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, möchten wir den Kauf ~~unnötiger~~ immer weiterer neuer Produkte verringern und eine längere Nutzungsdauer fördern. Wir möchten einen Reparatur-Bonus einführen, bei dem Reparaturen nach klaren Kriterien bezuschusst werden können. Wir orientieren uns hier am erfolgreichen Programm in Thüringen. Wir unterstützen die Arbeit von Repair-Cafés, in denen zum Beispiel Geräte und Kleidung repariert werden können sowie lokaler Initiativen zum Werkzeug- und Technikverleih.

Begründung

Der Ausdruck – „unnötig“ wird von unterschiedlichen Menschen verschieden eingeschätzt und kann wieder als Verbot der Grünen interpretiert werden. Daher schlagen wir die genannte, ggf. etwas weniger wertende Formulierung vor.

Auch sollten ausgewogen auf Verbraucher- wie auf Unternehmensseite Anreize gesetzt werden, Produkte erst einmal zu reparieren statt sie zu ersetzen und Produktdesigns so zu gestalten, dass die Waren auch reparaturfähig sind.

Ä-K22-206 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 25:

~~Gewinn für das Allgemeinwohl~~

Wirtschaft für die Menschen

Begründung

Diese Begründung bezieht sich auf den gesamten Abschnitt, inklusive Überschrift. Da wir den Inhalt dieses Abschnitts weiter gefasst haben, halten wir den Titel "Wirtschaft für die Menschen" für aussagekräftiger als den Ursprungstitel. Die Gemeinwohlorientierte Bilanzierung war ein wichtiger Schritt, um auch in Deutschland Unternehmen stärker für die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu sensibilisieren. Die EU hat mittlerweile Nachhaltigkeitsberichtsstandards (CSRD) verabschiedet, in die sukzessive mehr Unternehmensgrößen miteinbezogen werden. Die europäische EFRAG (European Financial Reporting Advisory Group) hat zum Ziel die EU bei den Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und unterstützen. Die 2010 gegründete Gemeinwohlökonomie (GWÖ) ist mittlerweile Mitglied der europäischen EFRAG und bringt sich bezüglich der entsprechenden Standards ein. Vor dem Hintergrund der von Unternehmen immer wieder bemängelten erhöhten bürokratischen Anforderungen, wollen wir darauf verzichten, ein interessantes Instrument, wie die gemeinwohlorientierte Bilanzierung, als Kriterium für z.B. Kreditvergaben einzuführen, wenn gleichzeitig europäische Berichtspflichten ähnliche, aber verbindliche, Anforderungen stellen. Außerdem sieht die CSRD vor, dass die gesamte nichtfinanzielle Berichterstattung von Unternehmen in einem Bericht zusammengefasst wird und keine weiteren separaten nichtfinanziellen Berichte erstellt werden. (Noch) nicht entsprechend berichtspflichtige Unternehmen unterstützen wir gerne bei Interesse bei der Erstellung von Gemeinwohlbilanzen. Hinzu kommen die Anforderungen des bereits geltenden deutschen Lieferkettensorgfaltsgesetz und des weitergehenden europäischen Lieferkettengesetz, das bis zur Landtagswahl in Kraft sein wird. Wir haben in Deutschland und in der EU bereits Erfolge erreicht, hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen. Daher verzichten wir auf die Forderung nach weiteren aufwändigen Berichten.

Ä-K22-207 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 26:

~~Erfolg bedeutet für deutsche Unternehmen immer noch in erster Linie: Die Gewinne steigen und steigen. Aber wollen wir den Konzernen mit Rekordgewinnen, dessen Produkt eine tödliche Belastung für die Allgemeinheit darstellt, wirklich als Beispiel für erfolgreiches Wirtschaften hochhalten? Nein, die klassische ökonomische Erfolgsmessung steht in direktem Widerspruch zu einer nachhaltigen, klimaneutralen und krisenfesten Wirtschaftsweise. Das Gegenmittel heißt „Gemeinwohlorientierte Bilanzierung“. Die gemeinwohlorientierte Bilanzierung bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern rechnet auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein. Wir wollen Unternehmen mit Landesbeteiligung und Privatunternehmen bei der Einführung der gemeinwohlorientierten Bilanzierung beraten und unterstützen.~~

Wir setzen uns ein für eine Wirtschaft, die ressourcenschonend arbeitet, ihre Geschäfte transparente führt und faire Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeitenden garantiert.

Die von der EU für alle Mitgliedsländer eingeführte verbindliche Nachhaltigkeitsberichterstattung für bestimmte Unternehmensgrößen und das deutsche, wie europäische Lieferkettengesetz tragen schon heute dazu bei, dass Unternehmen fairer und nachhaltiger wirtschaften. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen dabei unterstützt werden, diesen strengeren Berichtspflichten nachzukommen und die damit verbundenen ökologischen und sozialen Bedingungen zu erfüllen.

Uns sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt und eine nachhaltige und gesunde Arbeitsumgebung wichtig.

Darüber hinaus setzen wir uns für gemeinnützige Arbeitgeber, Genossenschaften, Sozialunternehmen und solidarische Gemeinschaften ein. Wir möchten auch ökologische und soziale Beschaffung in der Verwaltung fördern. Landeseigene Betriebe wollen wir bei der Einführung von Gemeinwohlbilanzen unterstützen und interessierte privatwirtschaftliche Unternehmen dazu ermutigen.

Die gemeinwohlorientierte Bilanzierung bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern rechnet auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein.

Begründung

Die Gemeinwohlorientierte Bilanzierung war ein wichtiger Schritt, um auch in Deutschland Unternehmen stärker für die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu sensibilisieren. Die EU hat mittlerweile Nachhaltigkeitsberichtsstandards (CSRD) verabschiedet, in die sukzessive mehr Unternehmensgrößen miteinbezogen werden. Die europäische EFRAG (European Financial Reporting Advisory Group) hat zum Ziel die EU bei den Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und unterstützen. Die 2010 gegründete Gemeinwohlökonomie (GWÖ) ist seit 2022 Mitglied der europäischen EFRAG und bringt sich bezüglich der entsprechenden Standards ein. Vor dem Hintergrund der von Unternehmen immer wieder bemängelten erhöhten bürokratischen Anforderungen, wollen wir darauf verzichten, ein interessantes Instrument, wie die gemeinwohlorientierte Bilanzierung, als Kriterium für z.B. Kreditvergaben einzuführen, wenn

gleichzeitig europäische Berichtspflichten ähnliche, aber verbindliche, Anforderungen stellen. Außerdem sieht die CSRD vor, dass die gesamte nichtfinanzielle Berichterstattung von Unternehmen in einem Bericht zusammengefasst wird und keine weiteren separaten nichtfinanziellen Berichte erstellt werden. (Noch) nicht entsprechend berichtspflichtige Unternehmen unterstützen wir gerne bei Interesse bei der Erstellung von Gemeinwohlbilanzen. Hinzu kommen das bereits geltende deutsche Lieferkettensorgfaltsgesetz und das weitergehende europäische Lieferkettengesetz, das bis zur Landtagswahl in Kraft sein wird. Wir haben in Deutschland und EU bereits Erfolge erreicht hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen. Daher verzichten wir auf die Forderung nach weiteren aufwändigen Berichten.

Ä-K22-208 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 27 löschen:

~~Nach einer anfänglichen Testphase wollen wir das neue Instrument anschließend in landeseigenen Unternehmen zum Einsatz bringen. Bei der Wirtschaftsförderung Brandenburg wollen wir die Zertifizierung von Unternehmen stärker auf ökologische und soziale Bewertungskriterien stützen. Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) soll die gemeinwohlorientierte Bilanzierung in ihrer Kreditvergabe berücksichtigen. Außerdem soll das Instrument im Vergaberecht und bei Direktinvestitionen des Landes sowie bei Sanierungs- und Rettungsmaßnahmen eine Rolle spielen.~~

Begründung

Die Gemeinwohlorientierte Bilanzierung war ein wichtiger Schritt, um auch in Deutschland Unternehmen stärker für die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu sensibilisieren. Die EU hat mittlerweile Nachhaltigkeitsberichtsstandards (CSRD) verabschiedet, in die sukzessive mehr Unternehmensgrößen miteinbezogen werden. Die europäische EFRAG (European Financial Reporting Advisory Group) hat zum Ziel die EU bei den Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und unterstützen. Die 2010 gegründete Gemeinwohlökonomie (GWÖ) ist seit 2022 Mitglied der europäischen EFRAG und bringt sich bezüglich der entsprechenden Standards ein. Vor dem Hintergrund der von Unternehmen immer wieder bemängelten erhöhten bürokratischen Anforderungen, wollen wir darauf verzichten, ein interessantes Instrument, wie die gemeinwohlorientierte Bilanzierung, als Kriterium für z.B. Kreditvergaben einzuführen, wenn gleichzeitig europäische Berichtspflichten ähnliche, aber verbindliche, Anforderungen stellen. Außerdem sieht die CSRD vor, dass die gesamte nichtfinanzielle Berichterstattung von Unternehmen in einem Bericht zusammengefasst wird und keine weiteren separaten nichtfinanziellen Berichte erstellt werden. (Noch) nicht entsprechend berichtspflichtige Unternehmen unterstützen wir gerne bei Interesse bei der Erstellung von Gemeinwohlabilanzen. Hinzu kommen das bereits geltende deutsche Lieferkettensorgfaltsgesetz und das weitergehende europäische Lieferkettengesetz, das bis zur Landtagswahl in Kraft sein wird. Wir haben in Deutschland und EU bereits Erfolge erreicht hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen. Daher verzichten wir auf die Forderung nach weiteren aufwändigen Berichten.

Ä-K22-209 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 15:

~~Kreislauf- statt Wegwerfwirtschaft~~

Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit

Begründung

Diese Begründung gilt für den gesamten Absatz, also auch die unter diesem Titel noch folgenden Änderungsanträge:

Wir glauben daran, dass man den Menschen Innovationen positiv nahebringen muss. Daher wünschen wir uns eine grundsätzlich positive Konnotation von Kreislaufwirtschaft und nicht die negative Gegenüberstellung „Wegwerfgesellschaft“. Die Betonung, dass globale Rohstofflieferketten häufig mit Menschenrechtsverletzungen, ökologischem Raubbau, klimaschädlich und sozial ungerecht vorstattengehen, haben wir bereits im Absatz „Rohstoffe“ herausgearbeitet. Daher kann hier u.E. auf eine Wiederholung verzichtet werden. Und wir fanden den alten Absatz für das Ziel „Projektorientierung“ des Wahlprogramms zu undifferenziert und allgemein. Daher haben wir präzisere Vorgaben und Formulierungen gewählt. Zentral fehlte uns im Absatz das wichtige Projekt „Urban Mining“ und gerade auch die Rückgewinnung kritischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffe. Dies ist aber für die klimaneutrale Transformation und den Bedarf an kritischen Rohstoffen elementar wichtig und kann für Brandenburg zu einem guten Industriezweig ausgebaut werden.

Ä-K22-210 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 16:

Wir wollen Brandenburg zum Innovationsführer in der Kreislaufwirtschaft führend-machen, denn Rohstoffe wiederzuverwenden ist effizient, schafft Mehrwert, schützt die Umwelt und ist der Schlüssel zu einer klimaneutralen Produktion.

Wir möchten das Brandenburgische Abfall- und Bodenschutzgesetz erneuern und eine brandenburgische Kreislaufwirtschaftsstrategie auf Basis der nationalen Strategie der Bundesregierung entwickeln. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesland Berlin wird intensiviert, um hierbei Synergieeffekte zu nutzen. Konkrete Maßnahmen und messbare Ziele sollen zur Abfallvermeidung, zu ressourcenschonenden Prozess- und Produktdesigns, verbindlicher Nutzung von Sekundärrohstoffen, Wiederverwendung und Recycling beitragen. Zertifizierte Sekundärbaustoffe sollen Produktstatus bekommen. Wir setzen uns ein für landesweite Recyclingquoten und Sammelstellen für Sekundärrohstoffe jeglicher Art, von Kunststoff über Baumaterialien bis hin zu Elektronikkomponenten, Solaranlagen, Elektromobilen und Windkraftwerken sowie für den Aufbau von Kapazitäten im Batterierecycling.

Wir möchten die Zusammenarbeit von brandenburgischen Hochschulen mit lokaler Industrie und KMU/Handwerk fördern und landesweite Innovationspreise auflegen. Ziel ist es, Konzepte und Projekte zu entwickeln und zu unterstützen, die zur Rückgewinnung kritischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffe aus Abraumhalden, Bauschuttdeponien und langlebigen Konsumgütern (urban mining) beitragen. Auch die Entwicklung ressourcenschonender und kreislauffähiger Prozesse und Produkte soll gefördert werden. Über offene Schnittstellen im Internet erreichbare Datenbanken sollen Informationen über Stoffströme geben und Produkte sollen digitale Produktpässe erhalten, um ihre Kreislauffähigkeit zu dokumentieren. Unternehmen, die bereits beim Produktdesign auf Reparaturfähigkeit, Wiederverwendung und Recycling achten, sollen gezielt unterstützt werden. Brandenburg wird seine Initiativrechte im Bundesrat nutzen, um die gesetzlichen Regelungen auf den Weg zu bringen.

Wir wollen, dass die Öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion konsequent nachkommt und Recyclingmaterialien bevorzugt einsetzt. Verbraucher*innen wollen wir dabei unterstützen, kreislaufwirtschaftliches Verhalten stärker in ihren Alltag zu integrieren.

Begründung

Wir glauben daran, dass man den Menschen Innovationen positiv nahebringen muss. Daher wünschen wir uns eine grundsätzlich positive Konnotation von Kreislaufwirtschaft und nicht die negative Gegenüberstellung „Wegwerfgesellschaft“. Die Betonung, dass globale Rohstofflieferketten häufig mit Menschenrechtsverletzungen, ökologischem Raubbau, klimaschädlich und sozial ungerecht

vonstattengehen, haben wir bereits im Absatz „Rohstoffe“ herausgearbeitet. Daher kann hier u.E. auf eine Wiederholung verzichtet werden. Und wir fanden den alten Absatz für das Ziel „Projektorientierung“ des Wahlprogramms zu undifferenziert und allgemein. Daher haben wir präzisere Vorgaben und Formulierungen gewählt. Zentral fehlte uns im Absatz das wichtige Projekt „Urban Mining“ und gerade auch die Rückgewinnung kritischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffe. Dies ist aber für die klimaneutrale Transformation und den Bedarf an kritischen Rohstoffen elementar wichtig und kann für Brandenburg zu einem guten Industriezweig ausgebaut werden.

Ä-K22-211 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 17 löschen:

~~Fossile Brennstoffe, Metalle, Mineralien: Unsere Industrie ist stark von Materialien abhängig, die wir nach Deutschland importieren müssen. Das gilt leider auch für die Technologien, die uns in Zukunft klimaneutral machen werden – beispielsweise Photovoltaikzellen oder Batterien für Elektroautos. Die von uns importierten Rohstoffe werden in anderen Ländern häufig unter menschenunwürdigen und umweltschädlichen Bedingungen gewonnen. Ihr Transport verursacht riesige Mengen an Treibhausgasemissionen. Wie gefährlich außerdem die Abhängigkeit von Rohstoffimporten für unsere Wirtschaft ist, haben wir zuletzt während Russlands Krieg gegen die Ukraine erlebt.~~

Begründung

Wir glauben daran, dass man den Menschen Innovationen positiv nahebringen muss. Daher wünschen wir uns eine grundsätzlich positive Konnotation von Kreislaufwirtschaft und nicht die negative Gegenüberstellung „Wegwerfgesellschaft“. Die Betonung, dass globale Rohstofflieferketten häufig mit Menschenrechtsverletzungen, ökologischem Raubbau, klimaschädlich und sozial ungerecht vonstattengehen, haben wir bereits im Absatz „Rohstoffe“ herausgearbeitet. Daher kann hier u.E. auf eine Wiederholung verzichtet werden. Und wir fanden den alten Absatz für das Ziel „Projektorientierung“ des Wahlprogramms zu undifferenziert und allgemein. Daher haben wir präzisere Vorgaben und Formulierungen gewählt. Zentral fehlte uns im Absatz das wichtige Projekt „Urban Mining“ und gerade auch die Rückgewinnung kritischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffe. Dies ist aber für die klimaneutrale Transformation und den Bedarf an kritischen Rohstoffen elementar wichtig und kann für Brandenburg zu einem guten Industriezweig ausgebaut werden.

Ä-K22-212 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 18 löschen:

~~Eine Kreislaufwirtschaft, in der Materialien mehrfach wiederverwendet werden, statt nach einer Benutzung auf der Mülldeponie zu landen, bedeutet mehr Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit. Wir wollen eine Brandenburger Strategie zur Kreislaufwirtschaft auf den Weg bringen, die konkrete Maßnahmen enthält, wie wir in allen Branchen Abfälle vermeiden und Rohstoffe wiederverwenden können.~~

Begründung

Dieser Absatz ist inhaltlich in der Neuformulierung enthalten.

Wir glauben daran, dass man den Menschen Innovationen positiv nahebringen muss. Daher wünschen wir uns eine grundsätzlich positive Konnotation von Kreislaufwirtschaft und nicht die negative Gegenüberstellung „Wegwerfgesellschaft“. Die Betonung, dass globale Rohstofflieferketten häufig mit Menschenrechtsverletzungen, ökologischem Raubbau, klimaschädlich und sozial ungerecht vonstattengehen, haben wir bereits im Absatz „Rohstoffe“ herausgearbeitet. Daher kann hier u.E. auf eine Wiederholung verzichtet werden. Und wir fanden den alten Absatz für das Ziel „Projektorientierung“ des Wahlprogramms zu undifferenziert und allgemein. Daher haben wir präzisere Vorgaben und Formulierungen gewählt. Zentral fehlte uns im Absatz das wichtige Projekt „Urban Mining“ und gerade auch die Rückgewinnung kritischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffe. Dies ist aber für die klimaneutrale Transformation und den Bedarf an kritischen Rohstoffen elementar wichtig und kann für Brandenburg zu einem guten Industriezweig ausgebaut werden.

Ä-K22-213 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 19 löschen:

~~Neue Lösungen für nachhaltigere Prozesse kommen von Brandenburger Hochschulen, die wir hierfür enger mit Industrie und Handwerk vernetzen. Teil der Strategie sollen auch landesweite Vorgaben für Recyclingquoten und die Schaffung neuer Rohstoff-Sammelstellen für Sekundärrohstoffe sein. Unser Ziel ist es, dass Brandenburg beim Recycling von E-Autobatterien bundesweit Spitze wird. Außerdem wollen wir neue Wiederverwendungs-Ziele für das Wirtschaften von öffentlichen Einrichtungen festschreiben.~~

Begründung

Dieser gestrichene Absatz ist inhaltlich weitgehend in der Neuformulierung enthalten.

Wir glauben daran, dass man den Menschen Innovationen positiv nahebringen muss. Daher wünschen wir uns eine grundsätzlich positive Konnotation von Kreislaufwirtschaft und nicht die negative Gegenüberstellung „Wegwerfgesellschaft“. Die Betonung, dass globale Rohstofflieferketten häufig mit Menschenrechtsverletzungen, ökologischem Raubbau, klimaschädlich und sozial ungerecht vonstattengehen, haben wir bereits im Absatz „Rohstoffe“ herausgearbeitet. Daher kann hier u.E. auf eine Wiederholung verzichtet werden. Und wir fanden den alten Absatz für das Ziel „Projektorientierung“ des Wahlprogramms zu undifferenziert und allgemein. Daher haben wir präzisere Vorgaben und Formulierungen gewählt. Zentral fehlte uns im Absatz das wichtige Projekt „Urban Mining“ und gerade auch die Rückgewinnung kritischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffe. Dies ist aber für die klimaneutrale Transformation und den Bedarf an kritischen Rohstoffen elementar wichtig und kann für Brandenburg zu einem guten Industriezweig ausgebaut werden.

Ä-K22-238 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 7:

~~Brandenburg ist nicht reich an Bodenschätzen.~~ Der Bedarf an Kies, Sand oder Kupfer steigt ~~aber weltweit~~ weltweit, Brandenburg ist davon durch den Bauboom in Berlin besonders betroffen. Das macht auch kleinere Vorkommen für Unternehmen attraktiv. ~~Wir~~ Auch wenn wir, wo es möglich ist, auf andere Bau- und Rohstoffe oder Wiederverwendung setzen, verschließen ~~wir uns ihrer~~ wir der Förderung nicht grundsätzlich, denn heute werden Bodenschätze in der Regel ohne Nachfrage nach ihrer Herkunft und den hiermit verbundenen Umwelt- und Menschenrechtsproblemen importiert. Nicht zuletzt der Blick auf die Verwüstung durch den Braunkohletagebau in der Lausitz ~~macht~~ oder die riesigen Kiesabbaugebiete an der Elbe machen aber deutlich, dass es klare ökologische und an Nachhaltigkeit ausgerichtete Grenzen bzw. Kriterien geben muss, unter denen Rohstoffe gefördert werden dürfen. Dass in manchen Ecken Brandenburgs diskutiert wird, dass Wald und Schutzgebiete dem Kiesabbau weichen sollen, ist angesichts der Klimakrise absurd. Wir wollen Bodenschätze nicht um jeden Preis, sondern nur nach den höchsten Standards fördern lassen. Die Förderabgabe des Landes wollen wir für alle Rohstoffe, auch für Kupfer, einführen beziehungsweise schrittweise erhöhen.

Die größte Stellschraube bei der Förderung von Bodenschätzen ist jedoch das Bundesbergrecht. Auch wenn der Braunkohleabbau enden wird, ist damit nicht die Förderung von Rohstoffen in Brandenburg beendet. Brandenburg muss sich gegenüber dem Bund dafür einsetzen und konkrete Vorschläge unterbreiten, dass das Bergrecht wie angedacht endlich reformiert wird damit Klimaschutz, Umweltschutz und die Anliegen der Betroffenen nicht mehr anderen Interessen untergeordnet werden.

Begründung

Das Bundesbergrecht ist die wichtigste Stellschraube in dem Bereich. Das BMWK arbeitet bereits an Eckpunkten. Es braucht Druck aus den betroffenen Ländern, dass das umgesetzt wird. Da es für unser Bundesland eine wirklich große Relevanz hat, sollten wir an dieser Stelle ausnahmsweise eine Forderung an den Bund mit aufnehmen.

Ä-K22-251 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 13:

Wir ~~möchten~~wollen die Chancen für das traditionelle Handwerk vor Ort, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Start-ups bei öffentlichen Ausschreibungen verbessern. Ziel soll die Förderung der regionalen Wertschöpfungsketten, der Produktion vor Ort, der Erhalt und die Schaffung neuer, gut bezahlter Arbeitsplätze in den Städten und Gemeinden sein. Die bestehenden gesetzlichen Regeln hierfür sollen verbindlicher gestaltet werden. Die Vergaberegeln sollen angepasst und der Fokus auf die regionale Wertschöpfung gelegt werden. Bei Referenzen und Zertifizierungen sollen Ausnahmen für ~~kleinere und neue~~junge Unternehmen möglich sein.

Das Startgeld Lausitz wollen wir evaluieren und als Unterstützung für Gründende landesweit anbieten. Landesförderprogramme wollen wir dahingehend überprüfen, Beantragung und Nachweisführung für KMU zu vereinfachen.

Um Unternehmen und Start-ups zu unterstützen, wollen wir Akteur*innen besser vernetzen, unter anderem mit dem Mittelstand-Digital Zentrum Spreewald und durch Bildung von lokalen Netzwerken bestehend aus IHK, HWK, Wirtschaftsförderungs-gesellschaften, den Fachämtern und bestehenden Unternehmernetzwerken. Wir möchten digitale Plattformen für schnelle Betriebsgründungen und -erweiterungen, auch für Unternehmensnachfolgen ausbauen. Unternehmerinnen wollen wir durch besondere Programme fördern.

Begründung

Es ist wichtig, sowohl KMU und start-ups die Möglichkeit zu geben, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen, als auch den regionalen Bezug und die Integration in regionale Wertschöpfungsketten deutlich zu machen. Beim Startgeld Lausitz erhalten Gründende 12 Monate lang eine finanzielle Unterstützung, die auch zum Lebensunterhalt verwendet werden kann. Dies ist ein auch von den Kammern gefordertes Instrument, um Unternehmensgründungen zu fördern. Dieses Pilotprojekt wollen wir von der Lausitz auf das ganze Land erweitern. Über regionale Unternehmensnetzwerke haben gerade KMU und start-ups bessere Möglichkeiten, ihr know-how zielgerichtet und oft kostengünstiger und durch die örtliche Nähe klimaneutraler einzubringen. Eine gezielte Ermutigung für Frauen, Unternehmen zu gründen und zu leiten, ist unbedingt erforderlich.

Ä-K22-252 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 14 löschen:

~~Um Start-ups zu unterstützen, wollen wir Akteur*innen besser vernetzen, unter anderem mit dem Mittelstand-Digital-Zentrum Spreewald. Wir möchten digitale Plattformen für schnelle Betriebsgründungen und -erweiterungen ausbauen. Weibliche Unternehmer*innen wollen wir durch besondere Programme fördern.~~

Begründung

siehe Begründung Änderungsantrag Beschluss LAG Wirtschaft und Finanzen vom 2.1.2024 Ä251

Ä-K24-267 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Torsten Wiebke

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 62:

Brandenburg braucht eine moderne digitale Verwaltung, die Bürger*innen das Leben erleichtert und neue Chancen eröffnet. Dafür wollen wir ~~den~~ die IT-Standardisierungsrichtlinie novellieren um die Beschaffung und Entwicklung moderner und bedarfsgerechter Hard- und Software zu ermöglichen. Der Brandenburger IT-Dienstleister ZIT-BB soll personell und technisch besser ~~ausstatten~~ ausgestattet werden. Das bedeutet auch, konkurrenzfähige Stellenangebote für IT-Expert*innen mit entsprechenden Freiräumen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten anzubieten. Der ZIT-BB soll bei der Planung, Architektur und Ausschreibung von großen IT-Projekten von Beginn an eine größere Rolle übernehmen. In Zukunft soll der Dienstleister auch einen Schwerpunkt auf die eigenständige Softwareentwicklung und insbesondere auf die kooperative Open-Source-Entwicklung inklusive der Veröffentlichung der Quellcodes und die Nutzung von Basiskomponenten offener Standards legen. Wo es passt, soll der ZIT-BB dazu auch Partnerschaften mit anderen IT-Dienstleistern, ~~(zum Beispiel mit Dataport, Dataport)~~ und der Open-Source-Community (z.B. der Open Source Business Allianz, entsprechenden Vereinen und den local chairs von Softwareprojekten) eingehen können.

Begründung

Die Richtlinie über die Anwendung der IT-Strategie und von IT-Standards in der Landesverwaltung Brandenburg (IT-Standardisierungsrichtlinie) sind veraltet und hemmen in der aktuellen Fassung eine bedarfsgerechte Beschaffung und Entwicklung moderner und insbesondere von Open-Source Software.

Es ist nicht damit getan dem IT-Dienstleister des Landes mehr Finanz- und Personalmittel zukommen zu lassen. Es bedarf auch entsprechender Freiräume, Weiterbildungen und Richtlinien die eine moderne Entwicklung zulassen aber Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigen. Bisher ist es einfacher, die Standards einzuhalten und proprietäre Software von der Stange zu kaufen und damit bestenfalls für sein Fachverfahren eine Lösung gefunden zu haben, als konzentriert Digitalisierungsprobleme anzugehen.

Eine Beteiligung und Unterstützung von Open-Source- und Open-Data-Initiativen ist momentan nicht oder sehr schwer möglich da die Beschaffungs- und Sicherheitsrichtlinien dagegen stehen. Gängige Standards zur Datenhaltung und -übertragung werden nicht berücksichtigt. In den Verwaltungen sind Datensilos entstanden, die nur mit hohem personellen und finanziellem Aufwand zu beseitigen sind. Dafür braucht es aber einer Einstellungsänderung in der gesamten Verwaltungsstruktur.

Ä-K23-282 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 43:

In Regionen, wo Sparkassen und Arztpraxen schließen, wollen wir mutig neue Wege gehen. Das können mobile Angebote ~~in der Pflege~~ von Pflegestützpunkten, von Banken oder Zahnärzt*innen sein. Digitale Bürger*innenbüros von Krankenversicherungen, Pflegestützpunkten, Banken oder bestimmten Bereichen der kommunalen Verwaltung können das Angebot verbessern.

Begründung

Die häusliche Krankenpflege arbeitet als Eckpfeiler der Pflege bereits seit jeher mobil, daher lieber Forderung nach mehr mobiler Arbeit der Pflegestützpunkte im Land.

Ä-K24-283 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 56 löschen:

~~Wir setzen uns für einen Ausschuss für Digitales im Brandenburger Landtag ein, in dem der digitale Wandel in unserem Land transparent verhandelt wird.~~ Um den Datenschutz und die Sicherheit unserer landesweiten IT-Infrastruktur zu stärken, wollen wir die Landesbeauftragte für den Datenschutz mit mehr Rechten und Personal ausstatten.

Begründung

Es ist nicht sinnstiftend einen isolierten Ausschuss ohne passendes Ministerium und damit Handlungsmöglichkeiten in der Landesregierung einzurichten. Das bindet nur wertvolle parlamentarische Kapazitäten.

Ä-K24-284 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 67 löschen:

Wir brauchen gute Daten, um richtige Entscheidungen treffen zu können. Das haben wir in der Coronapandemie gelernt, sehen es aber auch im Klimaschutz, in der Landwirtschaft und vielen weiteren Bereichen. ~~In Zeiten, in denen die Künstliche Intelligenz jeden Tag Sprünge macht und sich neue technische Möglichkeiten eröffnet, muss sich die Verwaltung weiterentwickeln.~~ Eine zentrale Rolle spielt dabei der freie Zugang zu Informationen: In einer lebhaften Demokratie müssen öffentliche Daten, die nicht schutzbedürftig sind, der Öffentlichkeit gehören. Deshalb wollen wir die bestehenden Informationsgesetze des Landes und das neue Open Data Gesetz zu einem umfassenden Transparenzgesetz weiterentwickeln und bündeln.

Begründung

Es ist ja nicht so als würde das die Verwaltung nicht bereits machen.

Ä-K25-285 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 81:

Wir wollen, dass Brandenburger Geld nachhaltig angelegt wird. Die Brandenburger Sparkassen und die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) machen mit ihren Krediten jedes Jahr millionenschwere Projekte möglich. Wir wollen dafür sorgen, dass über diesen Weg in Zukunft keine klimaschädlichen Projekte mehr finanziert werden. Dafür setzen wir die deutsche Sustainable Finance-Strategie auf Landesebene um und nehmen neue ökologische und soziale Kriterien in die Kreditvergabe ~~von Sparkassen und~~der ILB auf.

Begründung

Die Sparkassen gehören den Kreisen, daher können wir auf Landesebene deren Kreditvergabe nicht regeln. Es sei den wir fassen das Sparkassengesetz an, das sollten wir aber auch so formulieren dann.

Ä-K22-288 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtscha

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 6:

~~Bodenschätze~~ Bodenschätze sparsam nutzen und umweltverträglich erschließen

Begründung

Die Einschätzung, dass Brandenburg nicht reich an Bodenschätzen ist, teilen wir als LAG nicht. Siehe nachfolgende Änderungsvorschläge. Eine sparsame und umweltverträgliche Nutzung sollte jedoch bereits im Titel betont werden.

Ä-K22-290 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 7:

~~Brandenburg ist nicht reich an Bodenschätzen. Der Bedarf an Kies, Sand oder Kupfer steigt aber weltweit. Das macht auch kleinere Vorkommen für Unternehmen attraktiv. Wir verschließen uns ihrer Förderung nicht grundsätzlich, denn heute werden Bodenschätze in der Regel ohne Nachfrage nach ihrer Herkunft und den hiermit verbundenen Umwelt- und Menschenrechtsproblemen importiert. Nicht zuletzt der Blick auf die Verwüstung durch den Braunkohletagebau in der Lausitz macht aber deutlich, dass es klare ökologische und an Nachhaltigkeit ausgerichtete Grenzen bzw. Kriterien geben muss, unter denen Rohstoffe gefördert werden dürfen. Wir wollen Bodenschätze nicht um jeden Preis, sondern nur nach den höchsten Standards fördern lassen. Die Förderabgabe des Landes wollen wir für alle Rohstoffe, auch für Kupfer, einführen beziehungsweise schrittweise erhöhen.~~

Brandenburg ist reich an Bodenschätzen.

Die Kupfervorkommen in Brandenburg, aber auch die Nutzung von geothermischen Potentialen und der nachhaltige Abbau von Kiesen und Sanden sind für eine klimaneutrale Transformation der Wirtschaft und den Ausbau von Elektromobilität sowie der erneuerbaren Energieversorgung von Bedeutung.

Wir möchten die Erforschung und Nutzung weiterer geologischer Rohstoffe fördern, um nachhaltige Industrien zu unterstützen. Auch diese Bodenschätze sind möglichst naturschonend und verhältnismäßig zu nutzen.

Der steigende Bedarf an Rohstoffen für die Transformation der Industrie und die Energiewende machen auch kleinere Vorkommen für Unternehmen attraktiv. Deren Erschließung kann sinnvoll sein, denn heute werden Bodenschätze in der Regel ohne Rücksicht auf ihre Herkunft und die hiermit verbundenen Umwelt- und Menschenrechtsprobleme importiert.-

Eine moderne Rohstoffpolitik muss neben ökologischen und klimarelevanten Faktoren auch auf die Frage globaler Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit in kritischen Lieferketten eine Antwort geben. Brandenburg kann sich hierbei an die Rohstoffstrategie des Bundes anschließen.

Wir brauchen eine moderne Rohstoffpolitik in Brandenburg und eine Reform des Bergbaurechtes mit nachhaltigen, ökologischen und ethischen Grundsätzen. Künftige Förderrechte wollen wir an die Bedingung knüpfen, dass während des Abbauprozesses eine wirtschaftlich tragfähige Recyclingkette für den geförderten Rohstoff aufgebaut wird oder in anderer Weise die Abhängigkeit vom Rohstoffabbau dauerhaft reduziert wird.

Die bisherige Förderabgabe des Landes wollen wir im Lichte einer modernen Rohstoffpolitik reformieren.

Angesichts des bevorstehenden Auslaufens fossiler Energien halten wir die Exploration neuer Gasvorkommen in Brandenburg nicht für nachhaltig und verhältnismäßig.

Begründung

Die Einschätzung, dass Brandenburg nicht reich an Bodenschätzen ist, teilen wir als LAG Wirtschaft und Finanzen überhaupt nicht. Im Gegenteil: Die Kupfervorkommen bei Spremberg sind möglicherweise aktuell die größten Europas. Ihre Erschließung ist elementar wichtig für die Elektromobilität und Windkraft. Auch geothermisch ist Brandenburg sehr attraktiv. Bereits heute sind

oberflächennahe Geothermie vielerorts wichtige Wärmeversorger. Die Tiefengeothermie wird erforscht. Unverzichtbar für die Bauindustrie sind Kiese, Sande, Kalk- und Zementrohstoffe, Quarzsande, Naturstein, Ziegelton und Findlinge. Aber eben auch für die „klimaneutrale Transformation“, denn ohne diese keine Zuwege zu Windkraft- und Photovoltaikanlagen oder Fundamente für Windkraftanlagen.

Und es gibt neben der Braunkohle auch Erdgas- und Erdöllagerstätten. Wobei auch der Heliumanteil Interesse weckt sowie die Suche bzw. Erkundung von polymetallischen Lagerstätten. Auch der Lithiumgehalt von Fluiden tiefliegender salinärer Aquifere rückt in den Blickpunkt des Interesses.

Diese Aktivitäten befinden sich in den unterschiedlichsten Stadien der Recherche bzw. des bergrechtlichen Genehmigungsverfahrens, beginnend bei Aufsuchungsanträgen.

Am weitesten fortgeschritten dabei ist das Projekt „Kupferschiefer Spremberg“ der KSL GmbH, das sich derzeit im Raumordnungsverfahren befindet.

Wir sollten uns daher zu einem nachhaltigen und verantwortungsvollen Umgang mit Brandenburgs Bodenschätzen bekennen, aber auch zu einem klaren Bekenntnis durchringen, dass fossile Rohstoffe wie Kohle, Gas und Erdöl zukünftig besser im Boden verbleiben sollten.

Bereits 2013 hat die Grüne Landtagsfraktion in Brandenburg ein Positionspapier zur sparsamen und umweltverträglichen Nutzung von Brandenburgs Bodenschätzen verabschiedet. Es gibt keinen Grund hinter diese durchdachten Positionen und Forderungen zurückzufallen. Im Gegenteil: eine neue Rohstoffpolitik ist heute dringender denn je als Basis einer klimaneutralen Transformation der Wirtschaft und eines verantwortungsvollen Blicks auf die kritischen globalen Lieferketten.

Ä-K25-292 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 79:

Wir werden die nötigen Investitionen für unsere Zukunft auf den Weg bringen, denn wir wollen zukünftigen Generationen kein kaputtgespartes Land hinterlassen. Darum wollen wir die Schuldenbremse weiterentwickeln. Unser Ziel sind neue Regeln, die Ausnahmen für Investitionen in unsere Zukunft und die Lebensgrundlage kommender Generationen enthalten. Auf Landesebene wollen wir Investitionsgesellschaften schaffen nutzen, um zum Beispiel ~~unbürokratisch~~ die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude voranzubringen.

Begründung

Die meisten Änderungen sind redaktioneller Art. Der kommunale Transformationsfonds sollte nicht nur für erneuerbare Energien, sondern auch für energetische Sanierungen kommunaler Gebäude eingesetzt werden können. Mehr Transparenz in der Arbeit der Sparkassen fordert die Verbraucherzentrale.

Ä-K25-293 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 80:

Öffentliche ~~Kreditvergabe~~Finanzen nachhaltig machen

Begründung

Redaktionell und im Zusammenhang mit nachfolgenden Änderungen im Absatz

Ä-K25-294 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 81 einfügen:

Wir wollen, dass Brandenburger Geld nachhaltiger angelegt wird. Die Brandenburger Sparkassen und die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) machen mit ihren Krediten jedes Jahr millionenschwere Projekte möglich. Wir wollen dafür sorgen, dass über diesen Weg in Zukunft keine klimaschädlichen Projekte mehr finanziert werden. Dafür setzen wir die deutsche Sustainable Finance-Strategie auf Landesebene um und nehmen neue ökologische und soziale Kriterien in die Kreditvergabe von Sparkassen und ILB auf.

Das Sparkassengesetz wollen wir ändern und dort mehr Transparenz einfordern. Die Vorstandsgehälter sollen offengelegt und die Arbeit der Verwaltungsräte gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass die Gehälter gemeinwohlorientierter Geldinstitute Geheimsache sind, gleichzeitig aber Sparkassenfilialen in den ländlichen Räumen geschlossen werden. Ebenso erwarten wir ein stärkeres Engagement der Sparkassen bei der Finanzierung der Schuldnerberatung.

Begründung

Die meisten Änderungen sind redaktioneller Art. Der kommunale Transformationsfonds sollte nicht nur für erneuerbare Energien, sondern auch für energetische Sanierungen kommunaler Gebäude eingesetzt werden können. Mehr Transparenz in der Arbeit der Sparkassen fordert die Verbraucherzentrale.

Ä-K25-295 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 82 löschen:

Mit der ~~landeseigenen~~-ILB wollen wir noch einen Schritt weitergehen und eine Null-Emissions-Strategie entwickeln, mit der sie bis 2025 alle klimaschädlichen Investitionen und Finanzierungen beendet. Wir wollen die Sparkassen bewegen, ihre Anlagestrategien komplett fossilfrei und weltweit menschenrechtskonform zu gestalten.

Begründung

Die ILB ist per se "landeseigen". Kann hier redaktionell gestrichen werden.

Ä-K25-296 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 83:

Das Land Brandenburg ist an vielen privatwirtschaftlichen Unternehmen beteiligt. Wir wollen ~~die Beteiligungsrechte~~ diese Beteiligungen in Zukunft stärker nutzen, um einen ökologischen und sozialen Wandel in diesen Unternehmen vorwärtszubringen und aktiv für die Einhaltung der Pariser Klimaziele zu arbeiten.

Begründung

Der Begriff "Beteiligungsrechte" ist in diesem Zusammenhang falsch.

Ä-K25-297 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 85:

Brandenburgs Kommunen machen jeden Tag unser Leben lebenswert: Sie betreiben Kitas und Schulen, kümmern sich um Trinkwasser, Busverbindungen und Müllabfuhr, betreiben Krankenhäuser und Büchereien sowie vieles mehr. Mit der Digitalisierung, dem Klimawandel und einer alternden Gesellschaft kommen außerdem immer neue Herausforderungen auf die Kommunen zu. Dabei haben nicht alle Kommunen den gleichen Spielraum: Während manche Kommunen gute Einnahmen haben, drehen andere ~~Kommunen~~ jeden Euro zweimal um. Das führt zu einer Spaltung unserer Gesellschaft. Wir wollen ~~mehr Spielraum für unsere~~ die Gelder gerechter zwischen den Kommunen ~~ermöglichen~~ verteilen und setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land ein. Dafür wollen wir die Regeln der Kommunalfinanzierung ändern.

Begründung

Wir können nicht neues Geld schöpfen, aber die vorhandenen Mittel gerechter verteilen.

Ä-K25-298 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 86:

Wir wollen den Schlüssel anpassen, nach dem Steuereinnahmen im Land auf die Kommunen verteilt werden. Kommunen, in denen mehr Menschen mit geringeren Einkommen leben, sollen so in Zukunft mehr Geld zugewiesen bekommen. Auch soll die Bevölkerungsdichte stärker berücksichtigt werden. Damit stärken wir gezielt Kommunen in ländlichen Räumen. Um ärmeren Gemeinden große Investitionen wie beispielsweise den Bau einer neuen Kita zu ~~ermöglichen~~erleichtern, wollen wir es möglich machen, Steuerzuweisungen des Landes auch zur Tilgung von Investitionskrediten zu nutzen. Wir wollen einen Transformationsfonds auflegen, der kommunale Investitionen in energetische Sanierungen oder eine erneuerbare Energieversorgung ~~ermöglicht, die unabhängig von fossilen Energieträgern ist~~fördert.

Begründung

Zum einen müssen wir realistisch bleiben. Daher plädieren wir für ein vorsichtiges "erleichtern" statt "ermöglichen". Der kommunale Transformationsfonds sollte nicht nur für erneuerbare Energien, sondern auch für energetische Sanierungen kommunaler Gebäude eingesetzt werden können.

Ä-K22-332 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Lydia Vogler

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 25:

~~Gewinn für das Allgemeinwohl~~

Wirtschaften fürs Gemeinwohl

Ä-K22-333 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Lydia Vogler

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 26:

~~Erfolg bedeutet für deutsche Unternehmen immer noch in erster Linie: Die Gewinne steigen und steigen. Aber wollen wir den Konzern mit Rekordgewinnen, dessen Produkt eine tödliche Belastung für die Allgemeinheit darstellt, wirklich als Beispiel für erfolgreiches Wirtschaften hochhalten? Nein, die klassische ökonomische Erfolgsmessung steht in direktem Widerspruch zu einer nachhaltigen, klimaneutralen und krisenfesten Wirtschaftsweise. Das Gegenmittel heißt „Gemeinwohlorientierte Bilanzierung“. Die gemeinwohlorientierte Bilanzierung bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern rechnet auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein. Wir wollen Unternehmen mit Landesbeteiligung und Privatunternehmen bei der Einführung der gemeinwohlorientierten Bilanzierung beraten und unterstützen.~~

Wir setzen uns ein für eine Wirtschaft, die ressourcenschonend arbeitet, ihre Geschäfte transparent führt und faire Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeitenden garantiert. Die von der EU für alle Mitgliedsländer eingeführte verbindliche Nachhaltigkeitsberichterstattung für bestimmte Unternehmensgrößen und das deutsche sowie europäische Lieferkettengesetz tragen schon heute dazu bei, dass Unternehmen fairer und nachhaltiger wirtschaften. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen dabei unterstützt werden, diesen Berichtspflichten nachzukommen und die damit verbundenen ökologischen und sozialen Bedingungen zu erfüllen. Darüber hinaus setzen wir uns für gemeinnützige Arbeitgeber*innen, Genossenschaften, Sozialunternehmen und solidarische Gemeinschaften ein. Nicht alle Unternehmen werden durch die in der EU beschlossene Nachhaltigkeitsberichterstattung erfasst. Daher möchten wir die Gemeinwohlorientierte Bilanzierung einführen. Mit wirtschaftlichem Erfolg wird noch immer vor allem Wachstum und Gewinnsteigerung verbunden. Da sich Wirtschaftswachstum jedoch nicht vollständig vom Ressourcenverbrauch entkoppeln lässt, werden planetare Grenzen missachtet, die Klimakrise verstärkt und die Allgemeinheit belastet. Wirtschaftliche Erfolgsmessung darf sich daher nicht allein auf Gewinnmaximierung beschränken, sondern muss sich am Wohlbefinden der Menschen orientieren. Durch die Abkehr von einseitiger Gewinnmaximierung und stattdessen mit Orientierung auf das Gemeinwohl sind wir überzeugt, schaffen wir nachhaltige, klimaneutrale und resiliente Unternehmen. Wir werden das Managementinstrument "Gemeinwohlorientierte Bilanzierung" einführen. Diese bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern bezieht auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein. In einer Testphase zur Gemeinwohlorientierten Bilanzierung werden Unternehmen mit Landesbeteiligung und private Unternehmen bei der Umsetzung unterstützt und der Erfolg des Instrumentes anschließend evaluiert. Dazu werden wir Zertifizierungen von Unternehmen über die Wirtschaftsförderung Brandenburg finanziell ermöglichen. Dieser Prozess soll von Forschungen lokaler Hochschulen wissenschaftlich begleitet werden. Langfristig soll die Gemeinwohlorientierte Bilanzierung als Kriterium im Brandenburgischen Vergaberecht sowie bei Direktinvestitionen in Wirtschaftsunternehmen durch das Land Brandenburg etabliert werden.

Begründung

Geminwohlorientierte Bilanzierung sollte als konkretes Projekt im Wahlprogramm auftauchen. Der problematische Zusammenhang zwischen unbegrenztem Wirtschaftswachstum und der Missachtung planetarer Grenzen sollte klar benannt und ein möglicher Lösungsweg aufgezeigt werden.

Ä-K22-334 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Lydia Vogler

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 27 löschen:

~~Nach einer anfänglichen Testphase wollen wir das neue Instrument anschließend in landeseigenen Unternehmen zum Einsatz bringen. Bei der Wirtschaftsförderung Brandenburg wollen wir die Zertifizierung von Unternehmen stärker auf ökologische und soziale Bewertungskriterien stützen. Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) soll die gemeinwohlorientierte Bilanzierung in ihrer Kreditvergabe berücksichtigen. Außerdem soll das Instrument im Vergaberecht und bei Direktinvestitionen des Landes sowie bei Sanierungs- und Rettungsmaßnahmen eine Rolle spielen.~~

Begründung

Mit der Annahme des ÄA333 würde dieser Absatz überflüssig, da die inhaltlichen Punkte überwiegend im ÄA333 formuliert sind.

Ä-K26-345 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 107:

Nach dem Regierungswechsel in Polen 2023 wollen wir die Zusammenarbeit neu beleben. Das betrifft insbesondere den grenzüberschreitenden Verkehr und die Zusammenarbeit im Bereich von Zoll und Polizei, die wir auch auf die Justiz ausweiten wollen. Wir wollen grenzüberschreitende Kooperationen im Rettungsdienst, Katastrophenschutz und im Gesundheitswesen voranbringen. Die Position der oder des **DB**Brandenburger Polenbeauftragten wollen wir jetzt endlich mit Leben füllen, extern besetzen und mit Ressourcen ausstatten.

Ä-K26-346 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 111 einfügen:

Bisher berücksichtigt das Abkommen die Auswirkungen des Klimawandels nicht. Außerdem verfolgte die bisherige polnische Regierung einen Ausbau für die Güterschifffahrt. Die Baumaßnahmen, durch die die Hochwassergefahr im Sommer steigen würde, müssen verhindert werden. Um den Einsatz von Eisbrechern und eine verträgliche Schifffahrt zu ermöglichen, ist kein Komplettausbau nötig.

Stattdessen brauchen wir naturnahen Hochwasserschutz durch Rückhalteflächen und Maßnahmen, die so wenig wie möglich in die Natur eingreifen.

Begründung

Wichtige Klarstellung, dass Komplettausbau nicht nötig ist, um diese legitimen Ziele zu erreichen.

Ä-K26-347 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 113:

Wir wollen die Oder regenerieren, denn der Ausbau ~~hat~~zerstört Rückzugs- und Laichorte für Fische ~~zerstört~~ und erhöht das Risiko für das Wachstum giftiger Algen. Die Salzeinleitungen müssen reduziert werden, um weitere Fisch- und Muschelsterben zu verhindern. Dazu braucht es eine konsequente Umsetzung des EU-Umweltrechts, vor allem der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Hier wollen wir dafür sorgen, dass die Ziele früher erreicht werden. Nur so hat die Oder auch eine Perspektive für den Tourismus, die Fischerei und als lebenswerter Fluss. Um diese zu sichern, wollen wir einen Masterplan für die Oder erarbeiten.

Begründung

Ausbau hält an, daher Präsens. Wir sollten beim Bundesverkehrsministerium und der ausführenden WSA darauf hinwirken, dass eine Verbesserung des ökologischen Zustands nach WRRL nicht erst ab 2029 oder noch später angestrebt wird. Die Fischerei sollte noch erwähnt werden.

Ä-K22-385 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: KV Dahme-Spreewald

Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 26:

~~Erfolg bedeutet für deutsche Unternehmen immer noch in erster Linie: Die Gewinne steigen und steigen. Aber wollen wir den Konzern mit Rekordgewinnen, dessen Produkt eine tödliche Belastung für die Allgemeinheit darstellt, wirklich als Beispiel für erfolgreiches Wirtschaften hochhalten? Nein, die klassische ökonomische Erfolgsmessung steht in direktem Widerspruch zu einer nachhaltigen, klimaneutralen und krisenfesten Wirtschaftsweise. Das Gegenmittel heißt „Gemeinwohlorientierte Bilanzierung“. Die gemeinwohlorientierte Bilanzierung bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern rechnet auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein. Wir wollen Unternehmen mit Landesbeteiligung und Privatunternehmen bei der Einführung der gemeinwohlorientierten Bilanzierung beraten und unterstützen.~~

Wir wollen Unternehmen mit Landesbeteiligung und Privatunternehmen bei der Einführung der gemeinwohlorientierten Bilanzierung beraten und unterstützen. Die gemeinwohlorientierte Bilanzierung bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern rechnet auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein. Dies hilft dabei den Wert (und die Kosten) eines Unternehmens für die Allgemeinheit realistischer einzuschätzen.

Begründung

Wir empfinden den Einstieg in diesen Absatz verstörend: er reißt alte Gräben zwischen Unternehmer*innen / Wirtschaft / Industrie und den Grünen wieder auf und pauschalisiert. Wir müssen begreifen, dass Unternehmen / Wirtschaft / Industrie keine Gegner sondern Partner auf dem Weg in die Transformation sind und sollten deshalb den Einstieg versöhnlicher formulieren. Auch ist die Aussage "Produkt mit tödlicher Belastung der Allgemeinheit" völlig unklar (was ist eine tödliche Belastung?) .

Ä-K25-430 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 89 einfügen:

Wir wollen, dass Frauen, inter*trans* und nicht-binäre Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten haben. Darum haben sie auch das gleiche Recht auf jeden Euro, den wir in Politik und Verwaltung ausgeben. Beim sogenannten „Gender Budgeting“ prüfen Land und Kommunen bei der Aufstellung ihrer Finanzhaushalte, ob ihre Ausgaben und Förderungen geschlechtergerecht sind. Für faire Haushalte wollen wir kommunale Haushälter*innen unterstützen und ihnen Orientierungshilfen geben. In einem ersten Schritt wollen wir einen geschlechtergerechten Teilbereich des Landeshaushalts aufstellen. Bei der Förderung von Unternehmen mit öffentlichen Geldern wollen wir prüfen, ob diese an der Beseitigung des Gender-Pay-Gap arbeiten und Entgeltgleichheit umsetzen. Wir wollen Entgeltgleichheitschecks in allen Einrichtungen des Landes durchzuführen, denn Tarifbindung schützt nicht vor geschlechtsbedingten Ungleichheiten. Im Rahmen des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms wollen wir eine Kampagne für Entgeltgleichheitschecks in Kommunen und Unternehmen konzipieren.

Begründung

Das Thema Entgeltgleichheit sollten wir konkreter untersetzen. Vergleiche entsprechende Forderung in LT-Beschluss 7/3020, die noch nicht umgesetzt ist. Wir sollten diese Forderung in die nächste Wahlperiode weitertragen.

Ä-K22-446 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Reiner Merker

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 7 einfügen:

Brandenburg ist nicht reich an Bodenschätzen. Der Bedarf an Kies, Sand oder Kupfer steigt aber weltweit. Das macht auch kleinere Vorkommen für Unternehmen attraktiv. Wir verschließen uns ihrer Förderung nicht grundsätzlich, denn heute werden Bodenschätze in der Regel ohne Nachfrage nach ihrer Herkunft und den hiermit verbundenen Umwelt- und Menschenrechtsproblemen importiert. Nicht zuletzt der Blick auf die Verwüstung durch den Braunkohletagebau in der Lausitz macht aber deutlich, dass es klare ökologische und an Nachhaltigkeit ausgerichtete Grenzen bzw. Kriterien geben muss, unter denen Rohstoffe gefördert werden dürfen. Wir wollen Bodenschätze nicht um jeden Preis, sondern nur nach den höchsten Standards fördern lassen. Die Förderabgabe des Landes wollen wir für alle Rohstoffe, auch für Kupfer, einführen beziehungsweise schrittweise erhöhen.

[Angesichts des bevorstehenden Auslaufens der Nutzung fossiler Energien lehnen wir die Exploration neuer Gasvorkommen in Brandenburg ab.](#)

Begründung

Da die Neuerschließung von Gasvorkommen nicht nur rein hypothetisch, sondern in Zehdenick ganz praktisch auf der Tagesordnung steht, soll hier eine klare Aussage getroffen werden. In Zehdenick haben wir und andere Akteure uns mit dem Vorhaben vor Ort intensiv auseinandergesetzt und sehen u.a., dass eine Gasförderung, wenn sie denn neu aufgesetzt wird allein aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten so lange laufen muss, wie es einen Markt gibt und die Lagerstätte es hergibt. Daher kollidieren solche Vorhaben heute in jedem Fall mit unseren Klimazielen.

(Bei Annahme des ÄA 290 der LAG Wirtschaft und Finanzen bezieht sich der ÄA auf den dortigen letzten Satz.)

Ä-K25-452 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 86 einfügen:

Wir wollen den Schlüssel anpassen, nach dem Steuereinnahmen im Land auf die Kommunen verteilt werden. Kommunen, in denen mehr Menschen mit geringeren Einkommen leben, sollen so in Zukunft mehr Geld zugewiesen bekommen. Auch soll die Bevölkerungsdichte stärker berücksichtigt werden. Damit stärken wir gezielt Kommunen in ländlichen Räumen. Um ärmeren Gemeinden große Investitionen wie beispielsweise den Bau einer neuen Kita zu ermöglichen, wollen wir es möglich machen, Steuerzuweisungen auch zur Tilgung von Investitionskrediten zu nutzen. Wir wollen **außerdem** einen Transformationsfonds auflegen, der kommunale Investitionen in eine erneuerbare Energieversorgung ermöglicht, die unabhängig von fossilen Energieträgern ist.

Begründung

Das Wort wurde versehentlich nicht im ursprünglichen ÄA, der auch diesen Absatz betrifft aufgenommen. Dies ist nur ein korrigierender Nachtrag.

Ä-K24-462 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

Von Zeile 57 bis 58 einfügen:

Beim Aufbau einer zukunftsorientierten digitalen Infrastruktur in Brandenburg wollen wir darauf achten, dass der Klimaschutz auch beim Neubau von Rechenzentren einen hohen Stellenwert bekommt. Dazu zählt vor allem, dass der Wasserverbrauch dieser Anlagen vor Ort möglichst gering ist, die produzierte Abwärme z.B. für kommunale Wärmeplanungen der umliegenden Orte zur Verfügung stehen soll sowie auf klimafreundliche Alternativen bei Kältemitteln gesetzt wird. Auch treten wir dafür ein, dass das Land die Umsetzung der Green-IT Empfehlungen des IT-Planungsrats weiter vorantreibt.

Begründung

Die LAG befürwortet Ä181. Ongiger ÄA soll diesen ergänzen, da Klimaschutz beim Infrastrukturausbau berücksichtigt werden muss.

Ä-K26-476 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 98 löschen:

~~Wir wollen, dass alle Brandenburger Schüler*innen zwei europäische Fremdsprachen in der Schule lernen können. Insbesondere brauchen wir mehr Polnisch-Unterricht und Angebote für selten gelehrt europäische Sprachen. Wir setzen uns für mehr zweisprachige Kitas und Schulen sowie mehr Austauschprogramme für Lehrkräfte ein.~~

Begründung

Wir sollten in Zeiten, wo Lehrkräfte (Teachers for Future) sich mehr Freiräume für den Klassenzusammenhalt und aktuelle Themen wünschen, nicht noch zusätzliche Vorgaben für die Lehrpläne machen. Auch für die Ziele von Klassenfahrten würde ich keine Vorgaben machen. Ebenso sind wir skeptisch bei den zwei Fremdsprachen für Oberschulen, weil sie ganz besonders unter dem Lehrkräftemangel leiden. Das Thema wird auch schon im Kapitel Mehrsprachigkeit leben berührt

Ä-K26-477 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 99 löschen:

~~Wir setzen uns dafür ein, dass alle Brandenburger Schüler*innen mindestens eine Klassen- oder Kursfahrt nach Polen unternehmen und einmal die europäischen Institutionen in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg kennenlernen können. Wir wollen, dass europäische Themen nicht nur in den Klassen 9 und 10 gelehrt werden, sondern fester Bestandteil der Fächer Geschichte, Geografie und Politikwissenschaften in allen Altersstufen werden.~~

Begründung

Wir sollten in Zeiten, wo Lehrkräfte (Teachers for Future) sich mehr Freiräume für den Klassenzusammenhalt und aktuelle Themen wünschen, nicht noch zusätzliche Vorgaben für die Lehrpläne machen. Auch für die Ziele von Klassenfahrten würde ich keine Vorgaben machen. Ebenso sind wir skeptisch bei den zwei Fremdsprachen für Oberschulen, weil sie ganz besonders unter dem Lehrkräftemangel leiden. Das Thema wird auch schon im Kapitel Mehrsprachigkeit leben berührt.

Ä-K24-478 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 72 einfügen:

In einer digitalen Welt ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche so früh wie möglich einen kompetenten und selbstbestimmten Umgang mit digitalen Technologien erlernen. Dazu gehört für uns neben einem fundierten Technikwissen vor allem die Fähigkeit, kritisch mit Medien und Informationen umgehen und sich bewusst eine Meinung bilden zu können. Schulen und Kitas brauchen hierfür eine optimale Ausstattung mit digitaler Infrastruktur, Soft- und Hardware. Die weitere Umsetzung des Digitalpakts Schule des Bundes, bei dem für Brandenburg rund 196 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung stehen, muss zügig erfolgen und durch Landesförderprogramme ergänzt werden. Das Land hat in der Corona-Krise bereits rund 23 Millionen Euro zusätzlich für die Ausstattung der Schulen mit Laptops zur Verfügung gestellt. Unser Ziel ist es, dass Brandenburger Schulen zusammen mit IT-Expert*innen zukunftsweisende und pädagogisch sinnvolle Medienkonzepte entwickeln und für diese ausreichend ausgestattet werden. Künstliche Intelligenz und ChatGPT werden die Schulen verändern. Wir müssen die Chancen für guten Unterricht und mehr individuelles Lernen nutzen, ohne die Risiken auszublenden. Lehrkräfte und angehende Lehrkräfte müssen im Umgang mit digitalen Medien immer wieder weitergebildet werden, um auf dem neuesten Stand zu bleiben. Damit sie sich ganz auf ihre pädagogische Tätigkeit konzentrieren können, brauchen wir im Kontext der multiprofessionellen Teams mehr IT-Administrator*innen, die die technische Wartung der Systeme übernehmen.

Ä-K22-495 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Ruth Wagner

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 2:

~~Unsere~~Die Brandenburger Wirtschaft wurde in den letzten Jahren vor viele Herausforderungen gestellt: Die Coronapandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Auswirkungen der Klimakrise sorgten für Produktionsausfälle, Preissteigerungen und Energieunsicherheiten. Der Fachkräftemangel und die Abwanderung aus ländlichen Gebieten machen Unternehmen nach wie vor das Leben schwer. Mit den Rettungspaketen des Landes konnten wir viele Unternehmen in der Krise unterstützen.

Begründung

Das besitzanzeigende Fürwort finde ich unpassend. Das ist nicht "unsere" Wirtschaft. Wir (Wer eigentlich? Die Grünen, die Mitglieder...?) haben daran nur indirekten Anteil.

Ä-K22-520 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Oliver Gutperl

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 26 löschen:

~~Erfolg bedeutet für deutsche Unternehmen immer noch in erster Linie: Die Gewinne steigen und steigen. Aber wollen wir den Konzern mit Rekordgewinnen, dessen Produkt eine tödliche Belastung für die Allgemeinheit darstellt, wirklich als Beispiel für erfolgreiches Wirtschaften hochhalten? Nein, die klassische ökonomische Erfolgsmessung steht in direktem Widerspruch zu einer nachhaltigen, klimaneutralen und krisenfesten Wirtschaftsweise. Das Gegenmittel heißt „Gemeinwohlorientierte Bilanzierung“.~~ Die gemeinwohlorientierte Bilanzierung bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern rechnet auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein. Wir wollen Unternehmen mit Landesbeteiligung und Privatunternehmen bei der Einführung der gemeinwohlorientierten Bilanzierung beraten und unterstützen.

Begründung

"tödliche Belastung" ist nur der Höhepunkt eines Absatzes, der in dieser Form nicht in Programm einer demokratischen Partei stehen sollte. Diese verklausulierte Forderung nach Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft macht das Programm radikal und damit unwählbar.

Ä-K22-586 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 10.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 26:

~~Erfolg bedeutet für deutsche Unternehmen immer noch in erster Linie: Die Gewinne steigen und steigen. Aber wollen wir den Konzernen mit Rekordgewinnen, dessen Produkt eine tödliche Belastung für die Allgemeinheit darstellt, wirklich als Beispiel für erfolgreiches Wirtschaften hochhalten? Nein, die klassische ökonomische Erfolgsmessung steht in direktem Widerspruch zu einer nachhaltigen, klimaneutralen und krisenfesten Wirtschaftsweise. Das Gegenmittel heißt „Gemeinwohlorientierte Bilanzierung“. Die gemeinwohlorientierte Bilanzierung bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern rechnet auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein. Wir wollen Unternehmen mit Landesbeteiligung und Privatunternehmen bei der Einführung der gemeinwohlorientierten Bilanzierung beraten und unterstützen.~~

Gesellschaftlicher Erfolg bedeutet in Deutschland in erster Linie wirtschaftlicher Erfolg und Gewinne für Großkonzerne. Die Menschen vor Ort, die Menschen, die ein Großteil des wirtschaftlichen Erfolges erarbeiten, und damit das Allgemeinwohl unserer Gesellschaft, geraten dabei aus dem Blick.

Die klassische ökonomische Erfolgsmessung steht in direktem Widerspruch zu einer nachhaltigen, krisenfesten und gerechten Gesellschaft.

Wir wollen deshalb unseren Blick auf die Menschen vor Ort richten. Dafür einstehen, dass das Allgemeinwohl, soziale Aspekte und die Sicherung unserer Lebensgrundlage im Vordergrund stehen.

Wir wollen dafür sorgen, dass Landesbeteiligungen an Unternehmen, die in Brandenburg wirtschaften, ausgebaut werden und wir so übermäßige Gewinne Einzelner vermeiden und das Gemeinwohl und die Interessen der Menschen in unserer Gesellschaft sichern.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä-K22-587 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 10.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 27 löschen:

~~Nach einer anfänglichen Testphase wollen wir das neue Instrument anschließend in landeseigenen Unternehmen zum Einsatz bringen. Bei der Wirtschaftsförderung Brandenburg wollen wir die Zertifizierung von Unternehmen stärker auf ökologische und soziale Bewertungskriterien stützen. Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) soll die gemeinwohlorientierte Bilanzierung in ihrer Kreditvergabe berücksichtigen. Außerdem soll das Instrument im Vergaberecht und bei Direktinvestitionen des Landes sowie bei Sanierungs- und Rettungsmaßnahmen eine Rolle spielen.~~

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä-K23-627 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Petra Budke

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 50 einfügen:

Der Lokaljournalismus ist in der Krise. Für ein Flächenland wie Brandenburg ist das besonders fatal, denn wir brauchen gute, unabhängige Berichterstattung auch aus den ländlichen Regionen. Im Bereich von Radio und Fernsehen fördert das Land bereits seit einigen Jahren journalistische Angebote mit einer Million Euro im Jahr. Bei Print- und Onlinemedien fehlt dies allerdings. Wir wollen die Unterstützung des Landes darum verdoppeln und sicherstellen, dass es auch in Zukunft gute, regionale Zeitungen und informative, konkurrenzfähige Online-Angebote gibt. Dazu wollen wir eine Stiftung gründen, die unabhängige lokale Berichterstattung in Printmedien und im Netz staatsfern fördern kann.

Ä-K22-637 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 2:

Unsere Brandenburger Wirtschaft wurde in den letzten Jahren vor viele Herausforderungen gestellt: Die Coronapandemie, ~~der russische~~Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Auswirkungen der Klimakrise sorgten für Produktionsausfälle, Preissteigerungen und Energieunsicherheiten. Der Fachkräftemangel und die Abwanderung aus ländlichen Gebieten machen Unternehmen nach wie vor das Leben schwer. Mit den Rettungspaketen des Landes konnten wir viele Unternehmen in der Krise unterstützen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K22-638 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 17:

Fossile Brennstoffe, Metalle, Mineralien: Unsere Industrie ist stark von Materialien abhängig, die wir nach Deutschland importieren müssen. Das gilt leider auch für die Technologien, die uns in Zukunft klimaneutral machen werden – beispielsweise Photovoltaikzellen oder Batterien für Elektroautos. Die von uns importierten Rohstoffe werden in anderen Ländern häufig unter menschenunwürdigen und umweltschädlichen Bedingungen gewonnen. Ihr Transport verursacht riesige Mengen an Treibhausgasemissionen. Wie gefährlich außerdem die Abhängigkeit von Rohstoffimporten für unsere Wirtschaft ist, haben wir zuletzt während ~~Russlands Krieg~~ Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine erlebt.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K22-641 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 7 einfügen:

Brandenburg ist nicht reich an Bodenschätzen. Der Bedarf an Kies, Sand oder Kupfer steigt aber weltweit. Das macht auch kleinere Vorkommen für Unternehmen attraktiv. Wir verschließen uns ihrer Förderung nicht grundsätzlich, denn heute werden Bodenschätze in der Regel ohne Nachfrage nach ihrer Herkunft und den hiermit verbundenen Umwelt- und Menschenrechtsproblemen importiert. Nicht zuletzt der Blick auf die Verwüstung durch den Braunkohletagebau in der Lausitz macht aber deutlich, dass es klare ökologische und an Nachhaltigkeit ausgerichtete Grenzen bzw. Kriterien geben muss, unter denen Rohstoffe gefördert werden dürfen. Ausschließlich für nicht kommerzielle Zwecke im Sinne der Gesundheitsversorgung, Forschung und Energiesicherheit. Wir wollen Bodenschätze nicht um jeden Preis, sondern nur nach den höchsten Standards und mit verbindlichen Renaturierungs- und Kompensationsplänen fördern lassen. Die Förderabgabe des Landes wollen wir für alle Rohstoffe, auch für Kupfer, einführen beziehungsweise schrittweise erhöhen.

Begründung

ggf. mündlich

Ä-K24-653 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 67 einfügen:

Wir brauchen gute Daten, um richtige Entscheidungen treffen zu können. Das haben wir in der Coronapandemie gelernt, sehen es aber auch im Klimaschutz, in der Landwirtschaft und vielen weiteren Bereichen. In Zeiten, in denen die Künstliche Intelligenz jeden Tag Sprünge macht und sich neue technische Möglichkeiten eröffnen, muss sich die Verwaltung weiterentwickeln. Eine zentrale Rolle spielt dabei der freie Zugang zu Informationen: In einer lebhaften Demokratie müssen öffentliche Daten, die nicht schutzbedürftig sind, der Öffentlichkeit gehören. Zudem ermöglicht Open Data in der Verwaltung neue, wertschöpfende Geschäftsmodelle und kann sich damit zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickeln. Deshalb wollen wir die bestehenden Informationsgesetze des Landes und das neue Open Data Gesetz zu einem umfassenden Transparenzgesetz weiterentwickeln und bündeln.

Begründung

Modifizierte Übernahme von Ä183. Die Wertschöpfungsdimension ein, aber mitnichten nicht der alleinige Mehrwert von Open Data. Es geht auch um öffentliche Transparenz, Rechenschaftspflicht und Kontrolle des staatlichen Verwaltungshandelns, also um den demokratischen Wert von Open Data.

Ä-K24-659 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 71:

~~Digital von Kindheit an~~

Schulische Bildung fit für die Digitalen Welt machen

Begründung

siehe Begründung zum nachfolgenden ÄÄ

Ä-K24-668 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 72:

~~In einer digitalen Welt ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche so früh wie möglich einen kompetenten und selbstbestimmten Umgang mit digitalen Technologien erlernen. Dazu gehört für uns neben einem fundierten Technikwissen vor allem die Fähigkeit, kritisch mit Medien und Informationen umgehen und sich bewusst eine Meinung bilden zu können. Schulen und Kitas brauchen hierfür eine optimale Ausstattung mit digitaler Infrastruktur, Soft- und Hardware. Unser Ziel ist es, dass Brandenburger Schulen zusammen mit IT-Expert*innen zukunftsweisende und pädagogisch sinnvolle Medienkonzepte entwickeln und für diese ausreichend ausgestattet werden. Lehrkräfte müssen im Umgang mit digitalen Medien immer wieder weitergebildet werden, um auf dem neuesten Stand zu bleiben.~~

Unser Ziel ist es, dass Schüler*innen digitale Technologien kompetent und selbstbestimmt nutzen können. Wenn junge Menschen über Digitalkompetenzen verfügen, begreifen sie sich als Gestalter*innen und nicht nur als Konsument*innen der digitalisierten Welt. Nicht nur in akademischen Berufen, sondern auch in vielen Ausbildungsberufen sind IT-Kenntnisse bereits heute unabdingbar. Zu diesen Zukunftskompetenzen gehören technische IT-Kenntnisse sowie die Fähigkeit kritisch mit Medien und Informationen umgehen zu können.

Die Digitalisierung und insbesondere Künstliche Intelligenz verändert auch die Lehr- und Lernformen selbst. Wir wollen, dass digitale Endgeräte in Kombination mit geeigneten Übungsprogrammen und analogen Lehr- und Lernmethoden Lehrkräfte entlasten und eine individuelle Förderung der Schüler*innen sowie qualitativ hochwertige Unterrichtseinheiten erleichtern.

IT- und Medienkompetenzen wollen wir in allen Phasen der Lehrkräfteausbildung fest verankern. Dazu wollen wir die Lehrkräfteausbildung und -fortbildung stärker auf die Anforderungen der digitalen Welt abstimmen. Angehenden und bereits ausgebildeten Lehrer*innen wollen wir ein verpflichtendes, breit gefächertes Weiterbildungsangebot zur Verfügung stellen und hierauf die Neuausrichtung des LISUM als eigenes Landesinstitut lenken.

Die Schullaufbahn legt den Grundstein für die informatische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen und ist der zentrale Ort, um unabhängig von Geschlecht und sozio-kulturellen Hintergründen informatische Kenntnisse und Medienkompetenzen zu erwerben. Informatik und Medienkompetenz wollen wir deshalb künftig zu einem eigenen verpflichtenden Schulfach für die Sekundarstufen I und II machen. Um dieses Ziel perspektivisch zu erreichen, setzen wir uns dafür ein, dass die Landesregierung unter Beteiligung von Wissenschaft und allen wichtigen Akteursgruppen einen verbindlichen Plan, mit einer Pilot-, eine Evaluierungs- und Ausweitungphase bis 2030 erarbeitet.

Gute schulische Bildung in der digitalen Welt setzt zudem eine digitale Grundausstattung der Schüler*innen und schulischen Lernorte voraus. Wir wollen dazu die IT-Basisausstattung für alle Schulen und Schüler*innen weiter verbessern. Die weitere Umsetzung des Digitalpakts Schule und eine Anschlussprogramm müssen dazu zügig erfolgen und durch landeseigene Förderung ergänzt werden. Damit sich Lehrkräfte ganz auf ihre pädagogische Tätigkeit konzentrieren können, setzen wir uns für mehr IT-Administrator*innen, die die technische Wartung der Systeme übernehmen, ein.

Begründung

Das Projekt "Digital von Kindheit an" ist mit dem Adressierung von Kita und Schule einerseits zu umfassend und breit angelegt und andererseits zu unkonkret, was die Maßnahmen angeht. Wie kommen wir denn tatsächlich zu dem Ziel, dass "Kinder und Jugendliche so früh wie möglich einen kompetenten und selbstbestimmten Umgang mit digitalen Technologien erlernen" ? - der ÄA greift die Grundidee und Zielstellung auf konzentriert sich stattdessen aber auf die schulische Bildung und macht belastbare Aussagen zu den Instrumenten:

1) Verpflichtende Aus- und Weiterbildung, 2) verbindlicher Plan unter Beteiligung aller Akteursgruppen, wie wir in Brandenburg zu einem neuen Schulfach, das Kenntnisse in Informatik + Medienkompetenz vermittelt, kommen und 3) IT-Ausstattung

Dabei sind wesentliche Inhalte von Ä478 der LAG Bildung bereits integriert.

Ä-K24-671 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Rebecca-Lea Freudl

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 73 löschen:

~~Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Kinder und Bildung gibt es in den Kapitel „Kita und Schule“, „Kinder, Jugend, Familie und Senior*innen“~~

Begründung

Als Folge von Ä668 müsste hier stattdessen ein Hinweis auf das Bildungskapitel stehen.

Ä138 Perspektivenvielfalt in der Parteiarbeit

Antragsteller*in: Gerrit Alino Prange (KV Potsdam)

Änderungsantrag zu V4

In Zeile 1 einfügen:

Die Landesdelegiertenkonferenz bittet den Landesvorstand, eine Strategie zu entwickeln und darauf aufbauend, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Partei attraktiver für Auszubildende und Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung zu machen und mögliche Barrieren abzubauen. Dies soll mit Priorität geschehen, um möglichst noch im Landtagswahlkampf 2024 erste Wirkung zu entfalten und dort insbesondere bei der Themensetzung und Kommunikation Beachtung finden. Strategien und Maßnahmen sollen auch den Handlungsraum der Kreisverbände vor Ort einbeziehen, um möglichst landesweit das politische Engagement und damit die Teilhabe von Menschen mit Berufsausbildung zu fördern.

Begründung

Für eine genaue Ausformulierung der Zielgruppe(n). Möglicherweise waren in der vorherigen Version Auszubildende mitgemeint, allerdings nicht konkret benannt. Deshalb dieser Vorschlag für mehr Eindeutigkeit.

Ä597 Perspektivenvielfalt in der Parteiarbeit

Antragsteller*in: Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu V4

In Zeile 2 einfügen:

Strategie und Maßnahmen sind der nächsten LDK zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen.

Eine Verstärkung der Perspektivenvielfalt in unserer Parteiarbeit ist aber auch jenseits des beruflichen Hintergrundes notwendig. Deshalb soll in einem zweiten Schritt die Strategie erweitert und mit Leben gefüllt werden. Egal, ob Handwerkerin, Altenpfleger oder Wissenschaftlerin, egal ob Rentner, der schon seit 70 Jahren in der Region lebt oder junge Frau, die erst vor kurzem hergezogen ist, egal ob auf dem Land oder in der Stadt zu Hause - in unserer Partei sollen sich alle wohlfühlen und Ideen mit einbringen - ihre Perspektiven sind wichtig.

Begründung

Ich begrüße diesen Antrag ausdrücklich, uns fehlt aber nicht nur eine stark sichtbare Perspektive von Menschen ohne akademischen Hintergrund. Insbesondere ältere Menschen aus den ländlichen Räumen sind in unserer Partei viel zu wenig sichtbar. Ich möchte deshalb anregen, hier den Blick noch mal zu weiten. Da in diesem Umfang die Aufgabe, die Strategie zur nächsten LDK zu entwickeln, womöglich zu groß wird, kann diese Ergänzung auch erst in einem zweiten Schritt erfolgen.